M 3477 FX

blätter des iz3w

informationszentrum dritte welt - iz3w

AFGHANISTAN

NACHRICHTEN UND KURZBERICHTE ZU:

Nr. 83 Februar 1980 DM 4,00

impressum

blätter des iz3w

herausgegeben vom Informationszentrum Dritte Welt, Postfach 53 28, Kronenstr. 16 (Hinterhaus), D-7800 Freiburg i. Br., Telefon: 0761/7 40 03. Bürozeiten: Mo—Fr, 10-12 und 15-18 Uhr

Zusammengestellt von: Roland Beckert, Birgitt Bender, Wolfgang Beyer, Gerhard Braun, Florence Buchmann, Georg Cremer, Benedikt Fehr, André Guerrini, Susanne Habicht, Stefan Helming, Hartmut Jung, Klaus Höweling, Uli Kieser, Eugen Kohm, Elisabeth Lauck, Thomas Marx, Mechthild Maurer, Bernhard Merk,Hein Möhlenkamp, Götz Nagel, Christian Neven-du Mont, Horst Pöttker, Dominique Prodel, Raili Salmela, Peter Schmidt, Bertina Schulze-Mittendorf, Dieter Seifried, Albert Sommerfeld, Hartmut Stüwe, Beate Thill, Georg Wacker, Hildegard Wenzler, Walter Witzel.

Konten (Aktion Dritte Welt e. V.): Postscheckkonto Karlsruhe Nr. 148239-755;
Österreichische Postsparkasse Nr. 2377.047;
Postscheckkonto Basel Nr. 40-35899.

Dem als Streifbandzeitung versandten Teil der Auflage liegt ein Bestellzettel bei.

Satz: Composer-Satz-Service, Bonn, Tel. 28 26 19
Bundschuh-Licht-Satz, Freiburg, Tel. 5 35 56
Druck: SOAK Hannover, Telefon: 1 76 18

Jahresabonnement (8 Ausgaben) im In- und Ausland: DM 35.- (für Rentner, Arbeitslose, Schüler, Studenten, Wehr- und Zivildienstleistende, sowie andere einkommensschwache Gruppen nach Selbsteinschätzung: DM 26.-)

Schweiz: SFR: 35.- (bzw. 25.-)
Österreich: ÖS: 260.- (bzw. 190.-)
Luftpostabonnements:
Europa: 44,60.-DM (bzw. 34,60.-)
Afrika, Nord- und Mittelamerika, Nahost und Südasien: 52,60.-DM (bzw. 42,60.-)
Südamerika, Südostasien, Fernost: 59,-DM (bzw. 49.-)
Australien, Südpazifik: 65,40.- DM (bzw. 55,40,-);

Aufruf: Informationen über Berufsverbotsfälle

Die Arbeitsgruppe Berufsverbote der Initiative für ein Kuratorium für Demokratie und Menschenrechte in der BRD bittet um Zusendung von Informationsmaterial über Berufsverbotsfälle im öffentlichen Dienst und im privatwirtschaftlichen Bereich. Die Kuratoriums-Initiative, der u.a. Albertz, Drewitz, Einsele, Gollwitzer, Hannover, Heldmann, Jungk, Moneta, Narr, Negt, Seifert, Schily, Traube, Vack und Wesel angehören, will die fast eingeschlafene Anti-Berufsverbotskampagne reaktivieren. Seit den Kabinettsbeschlüssen zur „Radikalenfrage" vom Januar 1979 ist es nämlich um die Berufsverbote sehr ruhig geworden. In der Öffentlichkeit ist kaum noch etwas zu erfahren, und so entsteht der falsche Anschein, daß sich faktisch eine Liberalisierung durchgesetzt hätte. Die Arbeitsgruppe Berufsverbote verfügt jedoch inzwischen über eine Reihe Anhaltspunkte, daß die Berufsverbotspraxis weiter betrieben wird – in vielen Fällen nur ungleich subtiler, versteckter und auch geschickter. Da die bürgerlichen Medien aber kaum noch darüber berichten und viele Fälle vermutlich öffentlich unbemerkt bleiben, bittet die Arbeitsgruppe Berufsverbote, bei den Recherchen der „Berufsverbote unter der öffentlichen Decke" behilflich zu sein. Insbesondere legen wir auf Informationen Wert, die Berufsverbotspraktiken nach dem 1.1.1979 („Liberalisierung") zum Gegenstand haben. Im einzelnen brauchen wir folgende Angaben: Name und Adresse der/des Betroffenen; angestrebter oder ausgeübter Beruf bzw. Tätigkeit; Dienststelle, Betrieb; die von der Behörde/Betriebsleitung etc. getroffenen Maßnahme(n) (Nicht-Einstellung, Entlassung, Disziplinarverfahren, Nicht-Weiterbeschäftigung, Nicht-Übernahme ins Angestellten/Beamtenverhältnis etc.); offiziell genannte Gründe; Entwicklung des Berufsverbotsfalls (in Stichworten); Informationshinweise (z.B. interne Papiere, Veröffentlichungen, Presseausschnitte o.ä.). Die Arbeitsgruppe wird koordiniert von Peter Grottian, Irmgardstr. 26, 1000 Berlin 37; auch mit einer telefonischen Nachricht könnte der Informationszweck erreicht werden (030/8523078 oder 3135064).

TAGUNGSHINWEISE

„Aktuelle Probleme der Ausländerpolitik", 8. – 9.3. 1980, Jugendhof 4973 Vlotho
„Problwme der Weltwirtschaftsordnung", 7. – 9.3. 1980, 5800 Hagen (Bildungsstätte Schalksmühle)
„Massentourismus und Dritte Welt", 28. – 30.3.80, in 5800 Hagen (Schalksmühle)
„Die Entwicklungsstrategie Tansanias", 18. – 20.4.80 5800 Hagen (Schalksmühle)
„Ausländische Frauen in der Bundesrepublik Deutschland", 14. – 18.5.1980, in Tecklenburg (Evang. Jugendbildungsstätte Sonnenwinkel)
„Probleme der Arbeit mit ausländischen Kindern und Jugendlichen in der Offenen Jugendarbeit", 29. – 24. 5.1980 (Arbeit mit Jugendlichen), 23. – 27.6.80 (Arbeit mit Kindern), Jugendfreizeithaus Hagen
„Seminar in der Türkei (Familie und Erziehung)", 16. 3. – 5.4.1980
„Seminar in Spanien" (Familie und Erziehung), Oktober 1980
Information und Anmeldung für alle obengenannten Veranstaltungen:
AKE, Jugendhof Vlotho, Postfach 1763, 4973 Vlotho

Seminare der Akademie Klausenhof, Postfach 244, 4236 Hamminkeln-Dingden: „Asylbewerber – Verlorener Haufen in der Wohlstandsgesellschaft" 7. – 9.3.1980
„Probleme der Integration der Indochina-Flüchtlinge (II), 2. – 4.5.1980
„Re-Integration der ausländischen Arbeitnehmer als entwicklungspolitische Strategie?", 12. – 13.6.1980
„Ausländer der zweiten Generation zwischen Anpassung und Entwurzelung", 12. – 14.9.1980
„Ausländische Arbeitnehmer-Ghettos als Integrationshilfe?", 28. – 30.11.1980

NACHRICHTEN UND BERICHTE

Indien

Sieg für Indira Gandhi

Mit dem Wahlsymbol der „Rettenden Hand" hat Indira Gandhi für das Amt des indischen Premierministers kandidiert und die Rückkehr zu „Ruhe und Ordnung" zum zentralen und ziemlich einzigen Wahlversprechen gekürt. Damit scheint sie der indischen Realität, die von der Desintegration des Parteiensystem, von wirtschaftlichen Schwierigkeiten und sozialen Auseinandersetzungen geprägt ist, optimal entsprochen zu haben. Frau Gandhis Partei Congress I stellt im neuen Parlament 351 der Anfang Januar gewählten 525 Abgeordneten. Damit liegt sie ganz knapp über der Zwei-Drittel-Marge von 350 Sitzen. Zählt man aber die 21 Mandate der mit ihr verbündeten Parteien hinzu, verfügt der Congress I schon jetzt über die Zwei-Drittel-Mehrheit der insgesamt 542 Parlamentssitze. Über die restlichen 17 Sitze wird in Nachwahlen entschieden. Der Triumph von Frau Gandhis Partei ist landesweit, mit Ausnahme der Bundesstaaten West-Bengalen und Kerala, wo eine von den Kommunisten (CPI(M)) dominierte Linksfront 37 der 41 bzw. 9 der 20 Mandate erringen konnte (NZZ, 11.1.80; The Statesman Weekly, 12.1.80). Geschmälert wird der überwältigende Wahlsieg Indira Gandhis allerdings durch die geringere Wahlbeteiligung, die gegenüber 1977 um ein Sechstel — von 60 auf 50% — gesunken ist.

Die politische Desintegration

Indira Gandhi hatte den Wahlkampf mit einem Minimum an inhaltlichen Aussagen geführt. Stattdessen hatte sie die seit den Jahren des Ausnahmezustands geläuterte „Landesmutter" herausgekehrt, ihre diktatorischen Maßnahmen teils abgestritten, teils entschuldigt.

Bezeichnenderweise brauchte sie sich zu einigen ihrer Notstandsgesetze garnicht zu äußern, da z.B. eine Regelung zur politischen Vorbeugehaft auch die zwei „demokratischen" Jahre der Janata-Regierung überlebt hat. Indira Gandhis größter Vorteil allerdings war die Zerstrittenheit und Handlungsunfähigkeit ihrer politischen Gegner, die sich vor allem persönlichen Querelen und parteipolitischem Kuhhandel — bis zur Auflösung der Regierung — hingaben, während sie den seit März 1979 rapide wachsenden wirtschaftlichen und sozialen Problemen ohne Konzept und passiv gegenüberstanden.

Der Janata-Block hatte sich 1977 aus sehr heterogenen Parteien gebildet. Zusammenhalt lag fast nur in der oppositionellen Haltung gegen Indira Gandhi. Von den vereinten Gegnern des Ausnahmezustandes verblieben in der Janata-Partei bis Ende 1979 die Jana Sangh, eine hinduistische, nationalistisch orientierte Gruppe mit dem berüchtigten RSS als paramilitärischen Verbündeten, der ehemalige Premier Morarje Desai und der seit 1946 in nahezu jedem Kabinett vertretene Unberührbare Jagjivan Ram.

Desai, Ram und der Vertreter der nordindischen ländlichen Bourgeoisie, Charan Singh, der im September 1979 eine neue Partei gegründet hatte, hatten sich in der zweieinhalbjährigen Regierungszeit der Janata ständig in persönliche Kämpfe verstrickt. Je mehr sie Erinnerung an die Zeit des Ausnahmezustandes verblaßte, desto schneller verloren sie eine gemeinsame Perspektive zur Bekämpfung der wirtschaftlichen und sozialen Schwierigkeiten Indiens.

Nicht zu vergessen ist allerdings der Beitrag Indira Gandhis, eine handlungsfähige Regierung zu verhindern: Indem sie bei der letztjährigen Regierungskrise ihre politischen Gegner ständig über ihre Haltung bzw. Koalitionsbereitschaft im Unklaren ließ und einmal gegebene Zusagen mit fadenscheinigen Argumenten zurückzog (vgl. TAZ, 21.8.79), erstickte sie alle Ansätze zu einer neuen Regierungsbildung im Keim. In dieser Situation wurden Neuwahlen mit der Hoffnung auf klare Mehrheiten zur einzigen Möglichkeit.

Die wirtschafliche Krise — Die Illusion der Janata

Kastendenken, Verbundenheit mit hinduistischen Normen und persönlicher Ehrgeiz reichen zur Erklärung für die Fraktionskämpfe in der Janata-Partei nicht aus. Zu begründen sind sie vielmehr aus den Umständen der Parteigründung, der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung seit 1977, der die konzeptlosen Janata-Politiker nicht gerecht werden konnten.
Indira Gandhi griff in der Zeit des Ausnahmezustandes von 1975 bis 1977 zu diktatorischen Maßnahmen, um in Anbetracht der auseinanderstrebenden Interessen von städtischer und ländlicher Bourgeoisie, Arbeitern, Arbeitslosen und Landlosen, faktisch in Schuldknechtschaft lebenden Bauern, orthodoxen Hindus, religiösen und ethnischen Minoritäten ihre politischen Vorstellungen durchzusetzen.

Demgegenüber bezog die Janata-Partei, deren Führer eher die Interessen der ländlichen Bourgeoisie als die der Grossindustrie (Investitions-, Einfuhr-, und Produktionskontrolle zur Sicherung arbeitsintensiver „indischer" Kleinindustrie) vertraten, ihre vorübergehende Integrationskraft aus ihrer Opposition gegen Indira Gandhi. Dazu weckte die Regierung Desai große Erwartungen in der Bevölkerung, als sie die Planungskommission für den Fünfjahresplan 1978/79 bis 1982/83 sich an folgenden Zielen ausrichten hieß: Die Bereitstellung von 100 Millionen Arbeitsplätzen und die vollständige Beseitigung der Arbeitslosigkeit und weitverbreiteten Unterbeschäftigung; eine spürbare Verbesserung des Lebensstandards der ärmsten Bevölkerungsschichten; der Ausbau der Infrastruktur zur Befriedigung von Grundbedürfnissen — dies alles innerhalb von zehn Jahren. (Diese und soweit nicht anders vermerkt, weitere Informationen aus NZZ 18.8.79). Die Wichtigsten Reformen allerdings, mit denen diese Ziele hätten angesteuert werden können, wurden bezeichnenderweise nicht genannt bzw. nicht angegangen: Bodenreformen zugunsten der Landlosen, die Sicherung der Pachtrechte von Kleinpächtern und ein umfassendes Programm ländlicher Industrialisierung (vgl. TAZ 4.1.80).

Stattdessen stritt sich die Regierung um Höhe und Verteilung der Planungsausgaben und hatte bis zur Wahl Indira Gandhis im Januar 1980 keinen Plan verabschiedet.

Subventionen und gestiegene Preise

Angesichts dieses prekären Zustandes in einem gesamtwirtschaftlichen System, das auf der Basis einer wirtschaftlichen Rahmenplanung arbeitet, verwunderte es nicht, daß seit März 1979, nach einer 18-monatigen relativen Stabilität, die Preisentwicklung einen inflationären Verlauf nahm. Um fast sieben Prozent steigen die Großhandelspreise für Fleisch, Getreide, Gemüse und Früchte allein in den Monaten Mai und Juni. Im Jahresdurchschnitt lag die Erhöhung der Ladenpreise von Lebensmitteln und Gebrauchsgütern bei über 20%, für einzelne lebensnotwendige Produkte mußten gar bis zu 50% mehr als vor einem Jahr bezahlt werden. Direkter Auslöser waren die erheblichen Steuerrhöhungen, die Finanzminister Charan Singh im Februar im Kabinett zur Subventionierung der Landbourgeoisie durchgesetzt hatte. Angesichts solcher Zahlen und der Tatsache, daß die tägliche Kalorien- und Proteinaufnahme eines Inders 11 bzw. 20% unter dem von der FAO ermittelten Minimum liegen, geben Zahlen über Industriewachstum (1978/79: 4,3%, 1977/8: 7,4%), Exporterfolge der Chemie- und Lebensmittelindustrie nur noch Auskunft über die relative Leistungsfähigkeit der indischen Industrie (The Statesman Weekly, 19.1.80) und nicht über die reale Lebenssituation der Massen.

Die Energiekrise

Die auffälligste Schwachstelle der indischen Wirtschaft lag seit Sommer 1979 bei der Energieversorgung. Erstmalig seit mehreren Jahren gab es wieder Schlangen an Kerosinverkaufsständen (Kerosin ist der wichtigste Brennstoff für den Hausgebrauch). An den Tankstellen warteten LKWs und Traktoren auf Diesel, hofften Bauern auf Teibstoff für ihre Bewässerungsanlagen. Ursache der Dieselknappheit war die auf die Trockenheit in Nordindien zurückzuführende Verbrauchssteigerung in der Landwirtschaft (NZZ 6.10.79). Außerdem hatte es die Regierung versäumt, rechtzeitig Verhandlungen um Rohöllieferungen zu führen, so daß Ende August bereits ein Defizit von 700 000 Tonnen bestand.

Dann verhinderten die Auseinandersetzungen um die „arabische" Atombombe die Lieferung libyschen Erdöls. Ersatz kam schließlich aus der UdSSR, dem Irak und Indonesien. Diese Lieferungen wurden besonders dringend benötigt, da durch Tansporte auf der Straße im letzten Jahr unplanmäßig mehr Treibstoffe verbraucht wurden. Viele Branchen wollten sich auf die Unwägbarkeiten des Bahntransports nicht mehr einlassen, die ebenfalls ein Faktor für die mangelnde Effizienz der Elektrizitätswerke waren. Lieferverzögerungen der sowieso schon knappen Kohle führten dazu, daß z.B. das Kraftwerk in Delhi bisweilen nur über Kohlevorräte für einen Tag verfügte. So nahm es nicht wunder, daß insgesamt nur die Hälfte der installierten Kapazität des indischen Energiesektors genutzt werden konnte. Zwar produzierte man damit zwischen April und August 1979 immer noch 23% mehr als in dem entsprechenden Zeitraum vergangenen Jahres, doch verhinderten die schlechte Wartung, lange Reparaturzeiten, mangelhaftes Management und hohe Übertragungsverluste (etwa 20%) die erforderliche weitere Steigerung der Energieproduktion.

Come back

Die Exekutive reagierte auf die Mangelsituation, indem sie zum einen Schwarzhändlern Sicherheitsverwahrung auch ohne Gerichtsbeschluß androhte (NZZ 10.10.79), zum anderen den Energieverbrauch der Haushalte und Industriebetriebe durch stundenlange Stromsperren rationierte. Die Behörden wollten so der von der Dürre betroffenen nordindischen Landwirtschaft die zur Bewässerung notwendige Energie zuleiten.

Dürre und Ölpreise

Dennoch mußte das indische Landwirtschaftministerium bei der Ernte im November/Dezember einen Verlust von 12 Mio. Tonnen Nahrungsgetreide im Wert von 13 bis 15 Mrd. Rupien veranschlagen. Zwar konnte die Knappheit durch ausreichende Regierungsvorräte ausgeglichen werden, doch wird ein solches Krisenmanagement in Zukunft vor allem durch die steigenden Ölpreise immer ungewisser. Nur durch den massenhaften Einsatz von Kunstdünger hatte es Indien geschafft, als eines der wenigen Entwicklungsländer sich selbst mit Nahrungsgetreide versorgen zu können. Mit der Verteuerung des Öls aber wird auch der Preis für Kunstdünger in die Höhe schnellen. So muß Indien 1980 dreimal soviel für Erdöl ausgeben wie 1979, werden mindestesn zwei Drittel der gesamten Exporteinnahmen für das Öl aufgewendet (FR 9.1.80) Damit aber wird auch zweifelhaft, ob durch die weitere Steigerung der industriellen Produktion mehr Arbeitsplätze geschaffen werden können, da nun ein beträchtlicher Teil der staatlichen Gelder statt für Investitionen im Industriesektor für die Deckung der gestiegenen Ölimporte abgezweigt werden muß. Hier erhebt sich die grundlegende Frage, inwieweit der indische Entwicklungsweg — einseitiger, massiver Ausbau des Industriesektors im Rahmen einer staatskapitalistischen Wirtschaftsordnung — überhaupt geeignet ist, die Ursachen der Armut zu überwinden. Denn, obwohl das Pro-Kopf-Einkommen seit 1951 trotz der Bevölkerungsexplosion von 360 auf 650 Mio. rein statistisch gesehen gestiegen ist, die Kluft zwischen Arm und Reich hat sich noch mehr vertieft. Armut, Arbeitslosigkeit und Ungleichheit haben mit dem Fortschritt der Planung zugenommen.

Die Reaktionen des Volkes

Als Reaktion auf die Verschlechterung der Lebensbedingungen, aus Enttäuschung über die nicht eingelösten Wahlversprechen kämpften verschiedene soziale Bewegungen umso heftiger für ihre Ziele, je handlungsunfähiger die Regie-

rungen in Delhi und in den Bundesstaaten wurden. So verstärkten im Nordosten Indiens in den Bundesstaaten Meghalaya, Mizoram, Nagaland, Tripura und Arunachal und Pradesh um kulturelle und politische Autonomie kämpfende Gruppen ihre Agitation und griffen die indischen Sicherheitstruppen an, die in manchen Gebieten seit Jahren wie Besatzungstruppen den Ausnahmezustand durchsetzen (Guardian 5.12.79; TAZ 8.1.80). Der RSS, eine mit der Jana-Sangh-Partei liierte paramilitärische Gruppe terrorisierte moslemische Minderheiten. Polizisten meuterten und forderten Lohnerhöhungen. Industriearbeiter reagierten auf die Preissteigerungen mit Streiks, Landarbeiter besetzten Ländereien, die die von der Regierung festgelegten Höchstgrenzen überschritten.

Als Antwort darauf verhängte die Regierung des Bundesstaates Bihar den Ausnahmezustand über die Industriestadt Jamshedpru, nachdem bei Kämpfen zwischen dem RSS und Muslims fünf Personen getötet und 25 verletzt worden waren (NZZ 31.8.79); tötete die Armee im Kampf gegen streikende Polizisten und Werkschutzangestellte im gleichen Bundesstaat 28 Menschen (SZ 28.879); erschossen Polizisten in Faridabad/Haryana 65 streikende Textil- und Maschinenbauarbeiter (SZ 29.10.79). In den Gefängnissen herrschten nach wie vor unmenschliche Bedingungen, waren Schläge und Vergewaltigungen nichts Ungewöhnliches, blieben mittellose Menschen jahrelang ohne Rechtsbeistand in Untersuchungshaft.

Die Wahl

In Anbetracht der wirtschaftlichen und sozialen Krise und der Unmöglichkeit, daß sich im Unterhaus noch eine Mehrheit der Abgeordneten auf eine Regierung hätte einigen können, wurden vom Präsidenten im August des letzten Jahres das Parlament aufgelöst und Neuwahlen ausgeschrieben. Charan Singh bekam die kommisarische Verwaltung der Regierungsgeschäfte für die Interimszeit übertragen. Indira Gandhi hatte zu dieser Entwicklung entscheidend beigetragen. Denn sie, die die Regeln des machtpolitischen Taktierens so gut beherrscht wie kein anderer indischer Politiker, versagte schließlich einer möglichen Regierung unter Premier Jagjivam Ram die Unterstützung und gab mit dieser Entscheidung den Anlaß für Neuwahlen.
Es war klar geworden, daß wegen des Zerwürfnisses in der Janata-Partei jede neuzubildende Regierung auf die Zustimmung des Congress I angewiesen war, der inzwischen zur größen Oppositionspartei angewachsen war.

Die Zeit bis zu den Neuwahlen wurde jedoch von den Parteien keinesfalls für die längst anstehende Analyse der Entwicklung benutzt, sondern zur Gründung höchst heterogener Parteien und Allianzen. So standen sich bei den Wahlen im Januar die Janata-Partei, der Lok Dal und der Indira-Congress sowie lokale Parteiengruppierungen gegenüber. (Südasien-Nachrichten 2, S.4-12)

Die Janata-Partei erinnerte im Wahlkampf in Ermangelung eines eigenständigen Programms an die Greuel des Ausnahmezustandes, womit sie der Tatsache entsprach, daß in ihr in etwa die Mitglieder vereinigt waren, die 1977 Indira Gandhi besiegt hatten. Abgesprungen waren Charan Singh als Vertreter der nordindischen ländlichen Bourgeoisie und der Führer des radikaleren Sozialistenflügels George Fernandez, die sich als Lod Dal mit den Marxisten (CPM), den moskauorientiertn Kommunisten (CPI) und einer Congress-Fraktion in einer Wahlallianz zusammengeschlossen hatten. Diese führte ihren Wahlkampf ebenfalls mit der Kritik an den Gegnern: „anti-communalism", also gegen die angeblich von RSS dominierten Janata-Partei, „anti-authoritarianism" gegen Indira Gandhi. Doch das Rennen um das Amt des Regierungschefs gewann Indira Gandhi mit einer nie erwarteten Zwei-Drittel-Mehrheit.

Wie konnte es zu diesem unerwartet hohen Wahlsieg kommen, nachdem sie vor nicht einmal drei Jahren eine vernichtende Niederlage hinnehmen mußte? Waren die umfassenden Repressionen während des Ausnahmezustands, die besonders die Armen trafen (Vgl. Heft Nr. 54 und 55 (1976)) schon soweit in Vergessenheit geraten, daß die Mehrheit der Bevölkerung den Warnungen der anderen Parteien keine Beachtung mehr schenkte? Sicher sind die Zerstrittenheit und Handlungsunfähigkeit der Janata-Regierung sowie die rapide schlechter werdende Lebenssituation für die Mehrheit des Volkes grundlegend wichtige Gründe zur Erklärung des Wahlergebnisses, doch diese allein reichen nicht aus, um eine befriedigende Antwort auf unsere Frage zu erhalten. Denn mit ihnen können wir zwar die Abkehr der Wähler von der Janata-Regierung hinreichend erklären aber nicht die Hinwendung zu Indira Gandhi und ihrem Congress. Andere Faktoren müssen hier noch eine Rolle spielen.

Zunächst einmal die Wahlarithmetik: Wegen des indischen Mehrheitswahlrechts, bei dem die Stimmen der in den jeweiligen Wahlkreisen unterlegenen Kandidaten im Gesamtergebnis nicht berücksichtigt werden, spiegelt die Sitzverteilung im Parlament nicht die wirkliche Entscheidung der Wähler wieder. Indiras überwältigender Wahlsieg entpuppt sich bei näherem Hinsehen als ein eher bescheidenes Votum der indischen Wählermassen: Bei einer Wahlbeteiligung von nur 50% stimmten ca.45% der Wähler für Indira Gandhis Congress, das sind bei 362 Mio. Wahlberechigten und 180 Wahlenthaltungen lediglich 80 Millionen Inder, die sich für Indira Gandhi entschieden haben! Ein relativ geringer Stimmengewinn von ca. 10% gegenüber 1977, als sie mit 34,5% der Stimmen nur 28% der Sitze im Parlament erhielt und damit als Regierungschefin nicht mehr in Frage kam, genügte bei den diesjährigen Wahlen schon, um im Parlament 67% der Sitze zu erringen. Von den Oppositionsparteien, die zusammen 55% der Stimmen auf sich vereinigen konnten, errang keine jene 55 Sitze, die zur Anerkennung des Fraktionsstatus notwendig sind (Der Spiegel, 3/80). Allein eine vereinigte Linksfront könnte dies erreichen unter der Bedingung, daß sie bei den Nachwahlen noch mindestens zwei Sitze hinzugewinnt. Kurzum: Mit recht wenigen Wählerstimmen gelang es Indira Gandhi, zur unangefochtenen Siegerin zu werden, die mit ihrer Zwei-Drittel-Mehrheit die Verfassung ändern kann und wenig Rücksicht auf die Opposition nehmen muß. Auf die breite Unterstützung des Volkes kann sie sich bei ihrer Politik nicht berufen. Die hohe Wahlenthaltung zeigt, daß ein großer Teil des Volkes kein Vertrauen in die Mechanismen der indischen parlamentarischen Demokratie hat und keiner der kandidierenden Parteien die Fähigkeit zur Lösung der drändenden Probleme zuspricht. In der Tat werden seine Forderungen und Interessen in der Politik wenig berücksichtigt und finden in zunehmendem Maß Ausdruck in offenen Konflikten.

Die Tatsache, daß das Votum für Indira Gandhi dem von 1971 sehr nahe kommt, läßt darauf schließen, daß all jene Wäler, die 1977 sich von Indira Gandhi abgewandt und für die Janata gestimmt hatten, jetzt wieder zum Congress I zurückgekehrt sind. Der Wahlsieg basiert also auf einer angestammten Wählerschaft. Gerade die Harijans (Kastenlose, Unberührbare) und Moslems haben dieses Mal wieder Indira Gandhi gewählt. Anscheinend versprechen sich diese Gruppen allein von ihr einen gebührenden Schutz ihres Minderheitenstatus. Sogar Jagjivan Ram, der selbst ein Unberührbarer ist, konnte nicht die Mehrheit der Harijans für sich und seine Janata-Partei gewinnen.

Die Moslems sahen in Indira Gandhi einen Schutz gegen die Militanz des paramilitärischen, hinduistischen RSS, vor der sie die Regierungen der letzten zweieinhalb Jahre nur mangelhaft bewahrt hatte.

Entscheidend ist immer wieder, sich vor Augen zu führen, daß allein Indira Gandhi eine national bekannte Politikerin ist, der zudem charismatische Eigenschaften zugeschrieben werden. Als charismatischer Führer erscheint sie vielen als 'Retter in der Not', dem man es trotz aller Enttäuschungen zutraut, die tiefe Krise zu überwinden. In einer Situation mangelnder Alternativen - unter allen indischen Politikern erscheint sie immer noch als die fähigste - wählen viele Inder, die dem politischen System noch nicht ganz entfremdet sind, Indira Gandhi als das kleinere Übel oder gar als 'Retter in der Not'. Diese Einschätzung der Wähler entbehrt auch nicht einer gewissen realen Grundlage. Indira Gandhi kann auf eine Partei verweisen, die ge-

Sitzverteilung im indischen Parlament

	1980	1979 [a]	1977
Congress I	351	83	153
Congress U	13	64 [b]	
Janata	32	205	298
Lok Dal	41	77 [c]	
CPI [d]	10	7	7
CPI (M)	34	22	22
Andere Parteien, Unabhängige	44	84	62

[a] Datum der Parlamentsauflösung
[b] Bald nach der Wahl spaltete sich der Congress
[c] Charan Singh und seine Anhänger verließen Mitte 1979 die Janata - Partei
[d] CPI = Communist Party of India, CPI (M) = Communist Party of India, Marxist

Quelle: India News, 10.1.80

schlossen hinter ihr steht. Eine Selbstzerfleischung, die, wie es die Janata-Regierung eindrücklich demonstriert hat, zwangsläufig zur Lähmung jeglicher Aktivität der Regierung führt, ist beim Indira-Congress ausgeschlossen. Dazu ist die Partei zu homogen, nicht in Fraktionen gespalten und zu stark auf die autoritäre Führerpersönlichkeit Indira Gandhi ausgerichtet. Mit dieser Partei im Rücken und aufgrund ihrer nationalen, gesamtindischen Orientierung kann Indira Gandhi im Gegensatz zu den anderen, nur regional verankerten Politikern und Parteien sich über Partikularinteressen eher hinwegsetzen und eine konsistentere Politik durchführen, die zwar 'effektiver' im Sinne der herrschenden gesellschaftlichen Logik ist, aber nach wie vor einen eindeutigen Klassencharakter aufweist. Um diesen möglichst zu verschleiern, greift Frau Gandhi zu einer Politik mit starken populistischen Zügen. Dazu gehören z.B. das punktuelle, drastische Vorgehen gegen Schwarzmarkthändler, die zum Zweck des höherern Profits notwendige Lebensmittel zurückhalten und später teuer verkaufen, oder großangelegte Razzien in den Wohnungen reicher Geschäftsleute, die der Steuerhinterziehung verdächtigt werden. Solche publikumswirksamen Maßnahmen erlauben es dann Frau Gandhi, sich als natürliche Verbündete der Armen und Machtlosen auszugeben.

Zukunftsaussichten

Ob Indira Gandhi allerdings die Entwicklung der indischen Gesellschaft, in der die Bedeutung der Kasten immer mehr hinter die der Klassen zurücktritt, in den Griff bekommt, bleibt dahingestellt. Die zunehmende Polarisierung der ländlichen und städtischen Bevölkerung, verursacht durch die "Grüne Revolution" und die Industrialisierung, scheint mit den bisher angewandten Mitteln nicht aufzuhalten zu sein. Auf jeden Fall versucht Frau Gandhi einen Neuanfang, der dort anknüpfen wird, wo sie 1977 unterbrochen wurde. Sie kann sich dabei auf ein ihr ergebenes Parlament stützen, dessen Abgeordnete zum großen Teil von ihrem Sohn ausgesucht worden sind: Die bisher vereidigten Minister gehören allesamt nicht mehr zur alten Garde, mit der schon Indiras Vater Nehru regiert hatte. Einen wirklichen Neuanfang jedoch, etwa im Sinne der Überwindung der 'Unterentwicklung, ganz besonders der Massenarmut, wird ihr nicht gelingen, da Indira Gandhi dem Großkapital nahesteht und eine grundlegende Änderung des bisherigen Entwicklungsweges daher nicht möglich sein wird. Noch ist in Indien die gesellschaftliche Kräftekonstellation derart beschaffen, daß die Armen, Ausgebeuteten und Entrechteten ihre Interessen nicht durchsetzen können und bei der Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums unter den Tisch falle.

Im Übrigen verhält Frau Gandhi sich bisher eher vorsichtig. So enthielt sich in Indien in den Vereinigten Nationen der Stimme als es um die Verurteilung der sowjetischen Invasion Afghanistans ging. Bei anderer Gelegenheit äußerte Frau Gandhi Verständnis für die Aktion, dann sah sie darin eine Gefahr für Indien (NZZ 4.1.; FR 19.1.; Zeit 18.1.80).

Eine Bedrohung bedeutet ihr jedenfalls die erneute amerikanische Waffenhilfe für Pakistan, die als Reaktion auf die sowjetische Invasion in Afghanistan angekündigt worden ist. (FR 5.2.80).

es/jür

Eritrea

Die Offensive der EPLF

In Heft Nr. 81 (November 79) hatten wir ausführlich über den Befreiungskampf in Eritrea berichtet. Zu dem Zeitpunkt hatte die Offensive der Äthiopier die eritreischen Befreiungsbewegungen zu einem „strategischen Rückzug" aus den eroberten Gebieten in unzugängliche Bergregionen gezwungen. Die Frage, ob ihre dennoch optimistische Einschätzungen der Lage begründet war, blieb offen.

Inzwischen konnten die Befreiungsbewegungen sich gut gegen die äthiopische Armee behaupten — das zeigt der folgende kurze Bericht. Zu den Hintergründen verweisen wir auf das genannte Themen - Heft. Red.

Wir, drei Frauen aus Bremen, waren von Mitte November bis Anfang Dezember in Eritrea im Gebiet der eritreischen Befreiungsfront (EPLF). Wir sind seit Ende September unterwegs und haben im Oktober das Gebiet der anderen Befreiungsbewegung ELF besucht. Während wir im EPLF - Gebiet waren, fand die im folgenden kurz beschriebene Offensive statt. Die Informationen über die äthiopische Armee haben wir in Gesprächen mit Deserteuren und Kriegsgefangenen bekommen.

Eine neue Erfahrung auf der Reise war, die Bedeutung der militärischen Auseinandersetzung für die soziale Revolution zu begreifen.

In den ersten Dezemberwochen haben in Eritrea erneut schwere Kämpfe stattgefunden. Diese Kämpfe bedeuten einen Wendepunkt in der militärischen Auseinandersetzung der eritreischen Befreiungsbewegungen mit den Äthiopiern.

Der ELF ist es in der Offensive gelungen, die äthiopische Front um Nacfa vollständig zu zerschlagen und die Äthiopier im 70km bis nach Afabet zurückzudrängen.

Seit Juni 1978 versuchten die Äthiopier in bisher 5 Offensiven, unterstützt durch die Sowjetunion, dem eritreischen Befreiungskampf ein Ende zu bereiten. In den ersten drei Offensiven wurden die Befreiungsbewegungen, die vorher 95% des Landes befreit hatten, gezwungen, sich aus den meisten Städten und einem Großteil des Landes zurückzuziehen. Als letzte strategisch wichtige größere Stadt verblieb der EPLF Nacfa, die die Äthiopier in der 4. und 5. Offensive erfolglos einzunehmen versuchten. Die Taktik der Äthiopier war, mit der 40km langen Front um Nacfa möglichst viele Kämpfer

der EPLF dort zu binden, um ihre eigenen in anderen Teilen des Landes stationierten Truppen, zu schützen. Trotz der starken Überlegenheit der Äthiopier an Waffen und Soldaten konnte die EPLF nicht nur einen Durchbruch verhindern, sondern selbst erfolgreich diese Gegenoffensive durchführen, bei der 10000 äthiopische Soldaten getötet, verwundet oder gefangengenommen wurden.

Dieser Erfolg ist unter anderem auf die starke Demoralisierung und auf die Widersprüche in der äthiopischen Armee selbst zurückzuführen. Sie besteht zu einem erheblichen Teil aus zwangsrekrutierten Bauern, denen gesagt wurde, daß in der 14. äthiopischen Provinz Eritrea eine arabische Invasion stattfindet, die sie zurückschlagen müssen. Außerdem wurde ihnen ein Stück Land in Eritrea oder die baldige Rückkehr in ihr Dorf versprochen. Doch die Unzufriedenheit dieser Bauern ist nicht nur auf die falschen Versprechungen, sondern auch auf die realen Bedingungen in der äthiopischen Armee zurückzuführen: Als Miliz werden sie bei allen Kämpfen an die vorderste Front geschickt, d.h. von der regulären Armee als Kanonenfutter benutzt. Ihr Lohn beträgt 1/6 des normalen Armeesoldes und selbst der wird oft nicht ausgezahlt. Ihr Essen besteht aus 3 Packungen à 4 Keksen und Wasser. Forderungen nach Verbesserung ihrer eigenen Situation werden mit Erschießungen beantwortet.

Diese Zustände erklären den Erfolg der EPLF. Eine Armee, deren Soldaten unter solchen Bedingungen zum Kämpfen gezwungen werden, kann langfristig einer Befreiungsarmee nichts entgegensetzen. Ohne die massive militärische Unterstützung durch die Sowjetunion wäre sie schon lange geschlagen.

Der Erfolg der EPLF liegt darin, daß es ihr nach 5 Offensiven der Äthiopier gelungen ist, wieder selbst aus der Defensive in die Offensive zu gehen und durch die Zerschlagung der Front um Nacfa die Beweglichkeit im Lande wiederzuerlangen.

Peru

Bauernmassaker und Teilamnestie

Der Anspruch der peruanischen Militärs, sie hätten 1969 eine „Revolution" in Gang gesetzt, oder eine gerechte Agrarreform durchgeführt, konnte in den letzten Jahren immer weniger erst genommen werden.

Den Peruanischen Bauern im Hochland hatte die Zielsetzung der Agrarreform aber eine Hoffnung gegeben, das Land, das die Hacendados den Campesinogemeinschaften in den letzten 60 Jahren abgenommen hatten, wieder für sich zu beanspruchen. Sie hatten gleich nach der Reformgesetzgebung die Militärs bei ihren Ansprüchen gepackt und Land besetzt, wenn der Enteignungsprozeß zu langsam vor sich ging (s. „blätter des iz3w", Themenblock Landwirtschaft II). Die in der Agrarreform gebildeten „landwirtschaftlichen Gemeinschaften mit sozialer Zielsetzung" (Sociedades Agricolas de Interés Social) SAIS setzten sich gewöhnlich aus mehreren, zu Dienstleistungsgenossenschaften umgewandleten Haciendas und einer Reihe umliegender Campesinogemeinschaften zusammen. Wie für die staatliche Mobilisierungsorganisation im Agrarbereich, SINAMOS, viele linke Intellektuelle eingespannt worden waren, glaubten auch die Campesinos zunächst an diese neue Form. Aber es stellte sich heraus: für die Campesinos hatte sich nichts geändert.

Denn die Kooperativen verfolgten das staatliche Interesse der Produktionsteigerung nach kapitalistischen Prinzipien.

Wer dort eine feste Anstellung gefunden hatte, war privilegiert, allerdings konnte die neue Hacienda aus Rentabilitätsgründen kaum zusätzliche Arbeitskräfte einstellen. Nach wie vor hatten die Kooperativen das bessere Land, mehr Wasser und wurden auch bei neuen Investitionen bevorzugt.

Es ist folgerichtig, daß Campesinos erstmals das Land einer Kooperative besetzten.

Daß aber die privilegierten Mitglieder einer SAIS und von SINAMOS wie „neue Haciendados" Landbesetzer mit Rauben, Morden und Gefangennahme vertreiben, zeigt, wie weit sich die Agrarreform inzwischen von den Campesinos entfernt hat.

Red.

Am 18. Dezember um 3 Uhr morgens stürmten 600 Polizisten und Angehörige der berüchtigten Antiguerillaeinheit, die „Sinchis", das Gebiet von Atocsaico, das zu der Bauerngemeinde Ondores gehört. Begleitet waren sie von Schlägerbanden der APRA - Partei (1) und Mitgliedern der SAIS (2) Tupac Amaru, die von der staatlichen SAIS - Verwaltung angeheuert worden waren. Sinchis und Schlägertrupps wüteten wie selten zuvor. Die Bauern, völlig überrascht, versuchten sich mit Steinschleudern und Holzknüppeln zu verteidigen. Die Sinchis eröffneten das Feuer und töteten in einem abscheulichen Gemetzel 3 Bauern und verletzten 15 schwer. 40 Bauern, darunter Frauen und Kinder, wurden verhaftet und 10 Personen sind seither verschwunden.

Damit nicht genug: Die Sinchis vergewaltigten Frauen, steckten Hütten in Brand und vernichteten die Habseligkeiten der Familien. Dann erschossen sie den gesamten Viehbestand: Schafe, Rinder und Pferde. Damit wurde den Bauern ihre bisherige Existenzgrundlage genommen, die sich fast ausschließlich auf Vieh- und Schafzucht gründete, da ihnen der kärgliche Boden des Andenhochlandes von Huancavelica keine andere Wahl ließ.

Wie kam es zu diesem Massaker?

Vor mehr als drei Monaten hatten über hundert Bauernfamilien der Gemeinde San Juan de Ondores 17500 Hektar Land der SAIS Tupac Amaru besetzt und mit dem Bau von Hütten begonnen. Dieses Land gehört seit Jahrhunderten den Bauern von Ondores. 1926 verkauften Dritte Personen das Land an die US - amerikanische Cerro de Pasco Corporation, obwohl dieser Verkauf gegen die Verfassung von 1920 verstieß. 1958 wurden zwar Prozesse gegen die nordamerikanische Firma geführt, aber auch noch nach dem Putsch von 1968, durch den die reformistischen Militärs unter Velasco an die Macht kamen, wurde dieses Gebiet den Bauern vorenthalten. 1970 wurde es dann zwar endlich den Bauern zugesprochen, wurde aber der SAIS Tupac Amaru eingegliedert. Schon 1975 hatten Bauern von Ondores einen kleinen Teil des Landes besetzt, um die Rückgabe zu erzwingen. Da dies nicht erreicht wurde, besetzten die Familien schließlich vor drei Monaten das gesamte beanspruchte Gebiet.

Noch bis vor kurzem hatte der Militärgouverneur den Bauern versprochen, sie nicht wieder von diesem Land zu vertreiben. Dieses Versprechen diente wohl nur zur Beschwichtigung der Bauern. Während des Überfalls gelang es drei Bauern, den Absperrungsgürtel der Sinchis in Ondores zu unterlaufen und die Nachricht vom Massaker nach Lima zu bringen. Dort war soeben der Generalsekretär der Bauerngewerkschaft CCP, Andrés Vargas, verhaftet worden, als er

sich beim nationalen Wahlausschuß für die Verlängerung der Einschreibefrist für Analphabeten in die Wählerlisten einsetzte. (Für den 18. Mai dieses Jahres sind in Peru Parlamentswahlen geplant.) Auch der Verteidigungssekretär der CCP wurde verhaftet und zusammen mit dem Generalsekretär nach zwei Tagen wieder aus der Haft entlassen.

Drei Tage danach verkündete in Lima die Regierung eine Amnestie für politische Gefangene. Sie erstreckte sich nicht auf die verhafteten Bauern in Ondores. Während der Weihnachtstage öffneten sich nach und nach die Gefängnistore für die mehr als 140 gefangenen Lehrer von SUTEP (3) und für die vier Arbeiter der Firma Cromotex, die z.T. schon seit 9 Monaten unter unwürdigsten Bedingungen in Haft waren. Blaß und glücklich kamen sie mit hochgestreckter Faust aus den Gefängnissen und wurden von ihren Familienangehörigen, Kollegen und Freunden jubelnd empfangen.

Die Amnestie ist zweifelsohne das Ergebnis der monatelangen Solidaritätsaktionen, die in allen Gewerkschafts- und Arbeitsbereichen in Peru stattfanden, sowie des zweiwöchigen Hungerstreiks aller politischen und gewerkschaftlichen Führer der Linken und der großen internationalen Solidarität mit den streikenden Lehrern und Cromotex-Arbeitern.

Natürlich war der Zeitpunkt der Amnestie von den Militärs politisch kalkuliert worden. Die Freude und Genugtuung angesichts der Haftentlassungen sollte die Ereignisse von Ondores übertönen, verharmlosen und eine Solidarisierung verhindern. Hiermit hatten sich die Militärs jedoch verrechnet. Sie konnten weder den Gewerkschaften noch den Parteien Sand in die Augen streuen, noch konnten die Weihnachts- und Neujahrsfeiern die Welle der Solidarität aufhalten.

In mehreren Bergwerken wurde inzwischen die Arbeit niedergelegt und in den Andengebieten haben die ersten Massendemonstrationen stattgefunden. Überall wird Geld und Kleidung gesammelt, um die nunmehr völlig mittellosen Bauern von Ondores zu unterstützen. Die Spenden werden über die CCP geleitet. In Lima wurde ein Dokument veröffentlicht, das von allen Parteien der Linken unterzeichnet war. Darin wird den Bauern von Ondores volle Unterstützung dieser Parteien zugesagt. Während in der gesamten fortschrittlichen und linken Presse die Geschehnisse publik gemacht werden, schweigt die bürgerliche Presse Ondores tot. Auch diesmal ist die internationale Solidarität unumgänglich, da die im Land mobilisierbaren Mittel aufgrund der katastrophalen Wirtschaftslage nicht ausreichen.

Die Militärs befinden sich in einer Zwickmühle: Einerseits mußten sie wegen der allgemeinen Unzufriedenheit Wahlen versprechen und sich auch im Hinblick auf die Carter-Politik nach außen einen demokratischen Anschein geben, andererseits spitzt sich die Wirtschaftskrise immer noch zu, die Situation der Bevölkerung verschlechtert sich und die Linke konsolidiert sich und wird zunehmend stärker. So haben die Militärs eine Anhebung des Mindestlohns um monatlich mehr als 20 DM verkündet, zugleich aber für Anfang Januar neue Wirtschaftsmaßnahmen (Preiserhöhungen) durchgesetzt, um den weiteren Forderungen des Internationalen Währungsfonds nachzukommen. Seit einiger Zeit gewährt die Militärregierung Prämien auf peruanische Exporte, um den Außenhandel anzukurbeln und dadurch Deviseneinnahmen zu bekommen. D.h. der Exporteur erhält vom Staat eine Prämie in Höhe von 30% des Wertes der Exportgüter. Dieser Anreiz hat dazu geführt, daß sogar wichtige Lebensmittel, Kleidung, Haushaltswaren und sogar Medikamente exportiert wurden. Die Folge davon ist eine bedrückende Verknappung dieser Produkte und damit einhergehend ihre Verteuerung. Zur Zeit gibt es in Peru keinen Reis, kein Speiseöl, keinen Zucker und keine Basis-Medikamente. Der Preisanstieg der Grundnahrungsmittel lag 1979 bei rd. 65%; Medikamente wurden zwischen 1976 und 1979 um rd. 1000% teurer.

Der Mindestlohn beträgt 18000 bzw. z.Zt. noch 15000 Soles, das sind etwa 110,–DM. Unterernährung und Wassermangel haben besonders Typhus und Tuberkulose wieder stark zunehmen lassen; und eine Behandlung sieht beispielsweise so aus: „Ritompicino" ist ein Antibiotikum gegen TBC. Die Behandlung dauert ein Jahr, wenn der Patient täglich zwei Kapseln einnimmt. Eine Kapsel kostet 200 Soles, die ganze Behandlung 146000 Soles.

Eine Typhusbehandlung mit „Cloramfenicol" dauert 21 Tage und kostet 6000 Soles. Gerade in den Elendsvierteln, wo die Not am größten ist und kaum jemand einer Krankenkasse angehört, muß man lang suchen, bis man jemand findet, der tatsächlich über einen Mindestlohn von 15000 Soles verfügt.

Die Hauptlast der Krise haben jedoch die Bauern zu tragen, die für ihre Produkte nur in Ausnahmefällen mehr als vor zwei Jahren bekommen, während die Händler im gleichen Zeitraum die Preise um bis zu 200% erhöht haben.

Eine Aufwärtsentwicklung gab es bei den linken Parteien, wo es in den letzten Wochen und Monaten viele Versuche zur Vereinigung der zersplitterten Gruppen gegeben hat, teilweise mit Erfolg. Im sogenannten revolutionären Bereich bestehen 3 Bündnisse:

UDP (Unión democrático - popular) (4), UNIR (Unión de Izquierda Revolucionaria) (5) und FRAS (Frente revolucionario antiimperialista) (6). Der FRAS kommt im Augenblick am wenigsten Bedeutung zu. Alle diese Gruppen unterstützen bis jetzt den parteilosen marxistischen Einheitsvertreter Alfonso Barrantes L., als Präsidentschaftskandidaten für die Wahlen im Mai 1980.

Der wohl populärste Kandidat der Linken ist Hugo Blanco, der mit seiner eigenen trotzkistischen Partei PRT-PST (revolutionäre Partei der Arbeiter) zu den Wahlen antritt.

Im sogenannten reformistischen Bereich der Linken kam es zu einem Bündnis zwischen der moskauorientierten PCP-U (Partido Comunista Peruano — Unidad), PSR (Partido Socialista Revolucionario), von Velasco-Anhängern der „ersten Phase der peruanischen Revolution" gegründet, und FOCEP (Frente Obrero, campesino, estudiantil des Perú). Dieses Bündnis wird von Genaro Ledesma Izquieta geführt. Vor zwei Monaten hat der Wahlkampf der revolutionären Linken begonnen. In wichtigen Städten wie Puno, Arequipa, Cuzco, Huaraz, Chimbote usw. gab es riesige Massenveranstltungen mit Hugo

Blanco, A. Barrantes Lingan und vielen Gewerkschafts- und Parteiführern, die selbst die Rechte in Stau nen versetzten. Selbst die Massenveranstaltungen mit Armando Villanueva, dem neuen Führer der rechten APRA-Partei, nahmen sich im Vergleich zu den Kundgebungen der Linken bescheiden aus. Diese Tatsache dürfte den Ausschlag dafür gegeben haben, daß die Militärs eiligst weitere Maßnahmen ergrifen, um die Linke einzuschüchtern und sie offensichtlich möglichst bis zu den Wahlen ganz auszuschalten. So wurden die Abgeordnetensitze des zu wählenden Parlaments so festgelegt, daß aus den traditionell rechtswählenden Gebieten mehr Abgeordnete ins Parlament einziehen können als aus den links-wählenden. Vor allem in den Provinzen bei den Bauern, die stärkste Bastion der Linken, wurden Hürden und Hindernisse aufgebaut, um die Bauern von den Wahlurnen fernzuhalten. Beispielsweise dürfen die 1,5 bis 2 Millionen Analphabeten nur dann wählen, wenn sie sich rechtzeitig in entsprechende Register eingetragen haben. Der Aufruf, sich in die Regiester einzutragen, wurde über Fernsehen verbreitet. Sogar wenn alle Regionen Perus an das Sendenetz angeschlossen wären, wäre die Absicht der Militärregierung doch nicht zu verschleiern; denn es gibt so gut wie keinen Bauern, der einen Fernsehapparat hat. Daß sich dann immerhin noch 800 000 Analphabeten einschreiben lassen konnten, ist der Informationsarbeit von Kirche und linken Parteien zu verdanken. Dennoch gelingt es so der Militärdiktatur und der Rechten, mehr als die Hälfte der Analphabeten an der Stimmabgabe im Mai zu hindern.

Schlägertrupps der APRA. die sogenannten Buffalos, verprügeln oder erschiessen sogar Gewerkschafts- und Parteiführer, wenn diese in Provinzen auftreten wollen. Allein in den letzten zwei Monaten sind fünf Bauernführer ermordet worden.

Die zweite starke Bastion der linken Parteien sind die Lehrer, die 4 Monate lang gestreikt haben. Nach wie vor sind mehr als 5 000 von ihnen entlassen und fast alle, sie sich am Streik beteiligten, bekommen seit nunmehr 5 Monaten keinen Lohn mehr. Vor kurzem wurde ein Bombenattentat auf ITAL-Peru verübt, eine Druckerei in Arbeiter-Selbstverwaltung, bei der die meisten Zeitungen der Linken gedruckt wurden. Ebenso wurde ein Attentat auf Zimmermann, Redakteur der Zeitung des PSR, verübt.

Die jüngsten Massaker in Ondores, Huancavelica und Cuzco zeigen, daß die Militärdiktatur nicht gewillt ist, der Linken demokratische Zugeständnisse zu machen. Es ist inzwischen überhaupt fraglich, ob und wann die Wahlen stattfinden, wenn die Linke für die Militärs und die rechten Parteien AP (Acción Popular), APRA und PPC (Partido Popular Cristiano) in deren Augen eine echte Gefahr darstellen sollte.

Anmerkungen:

(1) APRA (Acción popular revolucionaria de América)
Gegründet 1924 von Haya de la Torre, der vor kurzem starb. Die APRA war vormals reformistisch mit revolutionären Tendenzen, sehr populistisch. In den letzten Jahrzehnten hat sich diese Partei zu einer reaktionären Partei mit faschistischen Zügen herunterentwickelt, verfügt über Schlägertrupps (Buffalos) und einen total korrupten Parteiapparat. Aufgrund der langen Erfahrungen und ihrer Tradition, verbunden mit einem scheinbar radikalen Programm (gemeint hier im Sinne von anti-imperialistisch) konnte die APRA bei der Bevölkerung immer gut Fuß fassen.

(2) SAIS (Sociedad agrícola de interés social) Übersetzt etwa: gemeinnützige Agrargesellschaft; eine unter der Regierung Velasco ins Leben gerufene Unternehmensform: ein Zusammenschluß von staatlichen Genossenschaften, Bauerngemeinden und Unabhängigen.

(3) SUTEP (Sindicato único de trabajadores de la educación del Perú), Lehrergewerkschaft, in der mehr als 80% aller peruanischen Lehrer organisiert sind und die von der Regierung nicht anerkannt wird.

(4) Die UDP besteht aus: VR Proletario (Vanguardia Revolucionaria), PCR (Partido Comunista Revolucionaria) und MIR (Movimiento de Izquierde Revolucionaria). Der MIR wiederum besteht aus 2 MIR, MAP, IS, vereinigt zu einem MIR. Führer der UDP: Barrantes, Damert, Malpica, Diez Canseco.

(5) UNUR besteht aus: PC del P (Patria Roja) mit Rolando Brena, VR-PC (Vanguardia Revolucionaria — El Proletario Comunista) mit Eduardo Figari, MIR (Perú) mit Gonzalo Fernandez Gasco, FLN (Frente de Liberación Nacional) mit Castro Lavarello.

(6) FRAS besteht aus: PSR-ML (Partido Socialista Revolusionario — marxista leninista) mit Salvatecci, Aragón; PC-Mayoria mit Ventura Zegarra; APS (Acción popular socialista) mit Mario Villarán sowie einigen anderen kleinen Gruppen, die hier nicht aufgeführt werden.

Haiti

Zehntausende fliehen

Das karibische Land Haiti, eines der ärmsten Länder der Welt, wird seit über 20 Jahren von der Familie Duvalier regiert. Politische Unterdrückung, Korruption, Hunger und Folter sind Dauerzustände.

In den letzten Jahren sind Zehntausende Haitianer in die USA geflohen, wo sie kein politisches Asyl bekommen. Viele Flüchtlinge sind während der Flucht ertrunken.

Unbemerkbar von der Weltöffentlichkeit, im Schatten von Vietnam und Kampuchea, geschieht noch ein Flüchtlingsdrama: in Haiti. Tausende von Menschen verlassen die karibische Insel und flüchten in die USA.

Ähnlich wie die Flüchtlinge in Südostasien fliehen sie in kleinen Fischerbooten und müssen bis zu 2000 US - Dollar für die kommerziellen Fluchthelfer zahlen. Der Flüchtlingsstrom ist erst etwas bekannter geworden, nachdem unzählige Menschen während der Flucht in den unsicheren Booten ertrunken sind.

Haiti ist 27000 Quadratkilometer groß und hat schätzungsweise 6 Mio. Einwohner (eine genauere Zahl gibt es nicht, da die Ergebnisse aus der Volkszählung vom Jahre 1971 bis heute nicht veröffentlicht sind).

Haiti zählt zu den ärmsten Ländern der Welt; das jährliche Pro - Kopf - Einkommen beträgt 190 US - Dollar (wobei zu berücksichtigen ist, daß es eine kleine, aber sehr reiche Oberschicht gibt). 85% der Bevölkerung sind Analphabeten, über 75% leiden an Unterernährung. 1977 gab es eine große Hugersnot: zehntausende starben an Hunger.

Seit 1957 wird das Land von der Familiendynastie Duvalier regiert. Der 1971 gestorbene Vater des jetzigen Präsidenten war bekannt für seine Terrorherrschaft. Als sein Sohn und jetziger Präsident auf Lebenszeit (Selbsternennung), damals 20 Jahre alt („etwas debil wirkender Zwanzigjähriger", NZZ 20.4.1979) das Präsidentenamt übernahm, hoffte man auf Liberalisierung. Aber auch er hat — unterstützt durch seine Mutter — die Tradition der Unterdrückung, Korruption, Folter und Diktatur weitergeführt.

Die Gewerkschaften sind in ihrer Tätig-

keit gehindert, und die Gegner des Regimes laufen ständig Gefahr, verhaftet zu werden. Als ein Professor letztes Jahr herausfand, daß nach der haitischen Verfassung politische Parteien doch erlaubt seien, wurden sofort drei Parteien gegründet. Allerdings: im Herbst wurde Silvio Claude, Führer einer der christdemokratischen Parteien, verhaftet, und ist seitdem spurlos verschwunden. Auch andere Oppositionelle erleben das gleiche Schicksal. (Die Neue 16.10., Die ZEIT 9.11.79).

Die Zahl der politischen Gefangenen ist unbekannt. Bekannt ist jedoch, daß die Sterblichkeitsrate in den Gefängnissen extrem hoch ist (FR 12.12.79). Es wird gesagt, daß die Hälfte der politischen Gefangenen die erste Gefängniswoche nicht überlebt (Die ZEIT 9.11.79).

Im Herbst 1979 wurde ein neues Pressegesetz erlassen, wonach die „Beleidigung" des Präsidenten oder seiner Mutter mit drei Jahren Gefängnis bestraft wird. Für die Beleidigung von Regierungsbeamten oder ausländischen Staatschefs droht ein Jahr Haft (SZ 24.20., FR 11.10.79). Auch die Presse ist gehalten worden, nicht über die Unterdrückung oder Verhaftungen zu berichten.

Die Herrschaft der Familie Duvalier wird durch die berüchtigte Sicherheitspolizei, Tontons Macoutes, oder offiziell „Freiwillige der nationalen Sicherheitskräfte" aufrechterhalten. So griffen sie brutal auf einer Versammlung des Kommitees für Menschenrechte Regimegegner an. Auch die anwesenden ausländischen Diplomaten - Amerikaner und Deutsche — wurden angegriffen, wonach sie sich bei dem Präsidenten beschwerten (Guardian 28.11., FR 14.11., Die Neue 16.10.79).

Wirtschaftlich ist das Land äußerst unterentwickelt. Niedrige Löhne, Arbeitslosigkeit und Hungersnöte sind Dauerzustände. Viele Haitianer gehen als Saisonarbeiter zu den Zuckerplantagen in die Dominikanische Republik (90% der Zuckerrohrschneider in der Dominikanischen Republik sind Haitianer). Viele von ihnen gehen illegal hin und werden wie Sklaven behandelt: sie werden für 11 Dollar für die ganze Erntezeit gekauft! Diese etwa 280000 Haitianer leben dort unter menschenunwürdigen Verhältnissen (FR 18.8.79).

Für das ausländische Kapital und die multinationalen Konzerne ist Haiti wegen der extrem billigen Arbeitskraft und der „politischen Stabilität" — sprich Diktatur — ein attraktives Investitionsobjekt. Begünstigt werden sie auch durch die ausländerfreundliche Steuergesetzgebung. So haben viele, insbesondere US - amerikanische Firmen Textil-, Nahrungsmittel-, Elektro- und Pharmaindustrien dort angesiedelt, die ausschließlich für den Export produzieren (HaBla 25.10.79). Auch Touristen haben zunehmend Haiti als ideales Reiseland entdeckt.

Von den ausländischen Hilfsgeldern (Weltbank, Industrieländer) sollen 40% auf die Konten der Familie Duvalier fließen. Der Präsident sol allein bei der Union des Banques Suisse 190 Millionen Dollar auf dem Konto haben. Vor einigen Jahren floh der Innenminister ins Exil nach Miami; er soll 65 Millionen Dollar ins Ausland geschafft haben. (FR 12.12., Die ZEIT 9.11.79).

So ist es nicht verwunderlich, daß angesichts der politischen Unterdrückung und der wirtschaftlichen Misere die Haitianer mit dem System nicht einverstanden sind. Nach einer Meinungsumfrage letztes Jahr erklärten sich 80% der Bevölkerung von Port - au - Prince (Hauptstadt) als Regimegegner (Die Neue 16.10.79). Die Opposition ist noch nicht gut formiert, jedoch gibt es Ansätze für eine wachsende Mobilisierung. Es soll außerdem eine linksorientierte Guerillagruppe geben, die einen Sturz plane (Monitor Dienst 24.9.79).

Doch bleibt vielen Haitianern die Flucht in die USA als einzige Überlebenschance. Schätzungsweise leben heute fast eine halbe Million Haitianer in den USA, der Großteil von ihnen „illegal". Die USA erkennen die Haitianer nicht als politische Flüchtlinge an, (sondern als Wirtschaftsflüchtlinge) und so haben sie viele zurückgeschickt (die dann auf Haiti ins Gefängnis kommen) oder sie werden in den USA in Gefängnisse oder Lager gesteckt. Als illegale Einwanderer können sie in den USA nur schwarz arbeiten und werden entsprechend ausgebeutet. Dazu kommt noch die ständige Gefahr, entdeckt und ausgewiesen zu werden.

-rs-

Herrscher über ein korruptes Regime: Jean Claude Duvalier, genannt „Baby Doc"

Guatemala

Gefangene werden gleich erschossen

Nachdem bereits am Wochenende in Guatemala Stadt drei Teilnehmer des Trauermarsches für die 33 Opfer des Überfalls der guatemaltekischen Polizei auf die spanische Botschaft von der Nationalen Polizei erschossen worden sind, ist jetzt einer der beiden Überlebenden des Massakers, der indianische Kleinbauer Gregorio Juya, kaltblütig ermordet worden.

Der Leichnam des Mannes wurde am Sonntag mit mehreren Kopfeinschüssen vor dem Universidtätsgebäude der Hauptstadt aufgefunden. Juya war zwei Tage zuvor von einem bewaffneten Kommando aus einer theoretisch unter Polizeischutz stehenden Klinik entführt worden, wo er gemeinsam mit dem spanischen Botschafter Maximo Cajal, dem zweiten Überlebenden, behandelt worden war. Juya war mit schweren Verbrennungen unter verkohlten Leichen entdeckt und auf den ausdrücklichen Wunsch des Botschafters hin zu diesem in die Klinik gebracht worden. Der Bauer war der einzige Zeuge des eigentlichen Geschehens in den Botschaftsräumen, da der Missionschef sich gleich zu Anfang des Angriffs aus dem Gebäude gerettet hatte.

Aus Sorge um seine eigene Sicherheit stellte sich ebenfalls an Verbrennungen leidende spanische Botschafter unter den Schutz der US-Mission. Er lehnte einen Begleitschutz der guatemaltekischen Polizei ab, verließ die Klinik zusammen mit anderen Angehörigen des diplomatischen Corps und brachte sich in die Residenz des US-Botschafters Frank Ortiz in Sicherheit.

Extreme Unterdrückung der Indios

Die jüngsten Ereignisse in der Hauptstadt erinnern an das Indianermassaker von

29.5.78 in Panzos. Auch in Panzos waren indianische Kleinbauern, nachdem sie von ihrem Boden vertrieben worden waren und sie sich in friedlicher Form an den Bürgermeister des Ortes um Hilfe gewandt hatten, von Militäreinheiten zusammengeschossen worden. Ca. 100 Männer, Frauen und Kinder starben damals im Kugelhagel. Das Massengrab für die Leichen war bereits einen Tag zuvor ausgehoben worden.

Waffenlieferungen der BRD

Die BRD ist Guatemalas zweitwichtigster Handelspartner, jedes bedeutende westdeutsche Unternehmen unterhält in dem zentralamerikanischen Land Niederlassungen. Aber Westdeutschland liefert auch Waffen: Handfeuerwaffen und Munition für die Polizei und das Militär.

Das Bundeswirtschaftsministerium dementierte in einem Brief an ai, daß es sich dabei um "Kriegsmaterial" handele. Wie aber bekannt ist, zählen zu Handfeuerwaffen nicht nur Pistolen sondern alle Schußwaffen bis hin zu Maschinengewehren, mit denen heute die guatemaltekische Polizei den inneren Feind ermordet. (taz 5.2.80)

Die Hintergründe des Massakers

Das Forschungs- und Dokumentationszentrum Chile - Lateinamerika schreibt zu den Hintergründen des Massakers:

Die Besetzung der spanischen Botschaft in Guatemala durch Bauern aus dem Department Quiché war keine isolierte Aktion, sondern der letzte Versuch einer langandauernden Bemühung der Bauern der Gemeinde Uspatán, sich gegen die Repressionen von Militärs und Großgrundbesitzern zu wehren.

Seit einem Jahrzehnt betreibt die guatemaltekische Regierung in den dünnbesiedelten Nordregionen eine Siedlungspolitik, die zur Verdrängung der einheimischen Bevölkerung führt. Die ansässigen Kleinbauern werden zur Fronarbeit auf die neuen Landgütern gezwungen und ihrer eigenen Anbaugüter beraubt. Unter dem Vorwand der Guerilla-Bekämpfung werden Bauern von Militärs und den Todeskommandos der militanten Rechten verschleppt, gefoltert und ermordet.

Die Armee und die Behörden mißachten die Klagen der indianischen Kleinbauern und leisten dem Konzentrationsprozeß der Landwirtschaft Vorschub. In den nördlichen Regionen erfolgt nicht nur der Aufbau einer exportorientierten, kapitalistisch betriebenen Landwirtschaft, es sind auch Erdöl- und Erzvorkommen entdeckt worden, die das Interesse für diese Region geweckt haben.

Die Bauern von Uspantán haben in den letzten Jahren zahlreiche Übergriffe durch die Armee erdulden müssen, in deren Verlauf viele Bauern verschwunden sind. "Wir werden bedroht und geschlagen, unsere Frauen vergewaltigt. Die Soldaten zwingen uns ihnen Essen zu geben und stehlen unsere Tiere....Bevor die Soldaten hierherkamen waren wir ruhig und zufrieden..." (Aus einem Interview mit den Bauern von Uspantán).

Die Erfolglosigkeit ihrer Beschwerden bei den örtlichen Behörden veranlaßte sie, am 27. September 1979 eine Abordnung zum Kongress in Guatemala-Stadt zu entsenden. Nachdem sie dort ebenfalls vertröstet worden waren und wiederum einige von ihnen und den sie begleitenden Gewerkschaftern und Studenten verhaftet wurden, sahen sie keine weiteren Möglichkeiten, zu ihrem Recht zu kommen.

Der Einschaltung des spanischen Botschafters als Vermittler zwischen Bauern und Regierung war die Besetzung zweier Rundfunkstationen vorausgegangen, bei denen die Bauern ihre Forderungen bekanntgegeben hatten: Herausgabe der Leichen ihrer Angehörigen, derern Ermordung gegen Jahresende bekanntgegeben worden war; Anerkennung ihrer Rechte auf Grund und Boden. In einem Land, in dem die Unterdrückung jeglicher kritischer, oppositioneller Bestrebungen durch die Liquidation ihrer Führer gelöst wird, individueller Terror an der Tagesordnung ist, blieben bisher nur Kirchen und Botschaften als letzte Zufluchtsstätte für diejenigen, die ihr Problem an die Öffentlichkeit zu bringen versuchen. Daß die guatemaltekischen Militärs auch nicht vor einem Bruch des Völkerrechts zurückschrecken, wirft ein Licht auf die allgemeine Situation des Landes.

Versammlung von Indio-Frauen in einem Dorf der Provinz Quiché in Guatemala. Frauen und Männer dieser Provinz wollten vor dem spanischen Botschafter ihre Unterdrückung durch das Militär anklagen.

El Salvador

Wie in Nicaragua?

Innenpolitische Konflikte, die Ereignisse im Nachbarland Nicaragua und sachter außenpolitischer Druck der USA führten im Oktober 1979 dazu, das Militärregime von General Romero abzulösen und durch eine, aus fünf Mitgliedern bestehende, zivil - militärische Regierungsjunta zu ersetzen. Neben zwei jüngeren Offizieren gehörten ihr Vertreter der reformorientierten Kreise des Bürgertums an. Die neue Regierung, die schnell den Beifall der USA fand und auch im Inland mit ihren Reformversprechungen zunächst die Unterstützung breiter Kreise gewann, entpuppte sich jedoch schnell als eine neue Auflage des alten Regimes: nur vier Monate nach dem halbherzigen Reformversuch „von oben" steht El Salvador vor einem allgemeinen Volksaufstand und vieles deutet auf einen Umbruch wie in Nicaragua hin.

Vom verdeckten zum offenen Bürgerkrieg

In dem armen bevölkerungsreichen Kleinstaat El Salvador, der nach Haiti die höchste Kindersterblichkeitsrate und Arbeitslosenzahl in Lateinamerika hat, gehört Gewalt seit jeher zu den Merkmalen der politischen Entwicklung. (vgl. iz3w Nr. 81) Ähnlich wie in Guatemala entstand in den lezten Jahren ein regelrechter Kleinkrieg zwischen den linken Guerillabewegungen und den halbstaatlichen rechten Terrororganisationen. Wegen der unkontrollierten Gewalt hatten im Juli 79 bereits 19 Länder ihr Botschaftspersonal zurückgezogen; ausländische Geschäftsleute und Mitglieder der reichen Familien verließen das Land und bei den verbleibenden wohlhabenden Schichten machte sich Bunkermentalität breit.

Auch unter der neuen Regierung stabilisierte sich die politische Lage nicht. Nach dem Ausbleiben der versprochenen Reformen verschärfte sich vielmehr die Situation durch Spannungen innerhalb des Militärs und der Regierung über die Art des einzuschlagenden Kurses und in der Bevölkerung mehrte sich die Aufstandsstimmung. Als Folge der staatlichen Repression starben in den letzten drei Wochen des Jahres 1979 allein 130 Menschen. Die unterschiedlichen Vorstellungen über die „Reformpolitik" führten Ende Dezember schließlich zum Rücktritt von 13 Ministern. Als Begründung gaben sie an, die Reformmaßnahmen würden nicht durchgesetzt. zuvor hatten sie vergeblich den Rücktritt des rechtsgerichteten Juntamitgliedes Andino, Chef der örtlichen Dodge - Niederlassung, gefordert. Alle Vermittlungsversuche des progressiven Erzbischofs Romero waren zuvor gescheitert und auch der Bischof selbst schien die Möglichkeit eines Ausgleichs über Verhandlungen gering einzuschätzen: So erklärte er Anfang Januar, daß die Stunde der „legitimen Gewalt" sich nähert.

Von entscheidender Beteutung bei dem Auseinanderbrechen der alten Herrschaftskoalition war die steigende Radikalisierung von Teilen der bürgerlichen Parteien, die bis dahin die Regierungsjunta mitgetragen hatten. Einige ehemalige Regierungsmitglieder setzten sich ins Ausland ab und erklärten, sie wollten von dort aus eine ähnliche Rolle spielen wie die „Oppositionsgruppe der Zwölf" (Vertreter der bürgerlichen Opposition) in Nicaragua in der Endphase der Somoza - Diktatur. Wichtiger noch ist indessen die geglückte Allianz der verschiedenen Guerillabewegungen, die in Zukunft gemeinsame Aktionen durchführen wollen. Die drei wichtigsten Organisationen der Linken, der Revolutionäre Volksblock (BRP), die Volksligen vom 28. Februar (LP = 28) und die Front der einheitlichen Volksparteien (FAPU) einigten sich Anfang des Jahres auf eine gemeinsame Erklärug, in der sie die bewaffnete Machtübernahme als entscheidende Voraussetzung für die Lösung der Probleme des Landes erklärten. Zulauf erhalten sie auch von bisherigen Angehörigen des bürgerlichen Lagers. Der Erziehungsminister der vorherigen Regierung Salvador Samayoa gab auf einer Pressekonferenz in der Nationaluniversität seinen Übergang in den Untergrund bekannt und verließ das Universitätsgelände in Begleitung von Guerillakämpfern des BRP.

Zuvor begründete er seinen Anschluß an die Guerilla u.a. mit folgenden Sätzen: „Diejenigen, die guten Glaubens einen Bürgerkrieg verhindern wollen, müssen erkennen, daß sich das Land bereits in einem Krieg befindet und das die Bevölkerung bewaffnet gegen seine Unterdrücker vorgeht ... Man muß nicht nur die Toten eines Bürgerkrieges berücksichtigen; heute sterben bereits mehr an Unterernährung, mangelnder ärztlicher Betreuung und der Repression der Streitkräfte." (zitiert nach El Diaro de Caracas, im folgenden: DC vom 10.1.80)

So konnten sich die Militärs bei der Regierungsbildung nur noch auf die christdemokratische Partei stützen. Zwei der drei Zivilisten in der Regierungsjunta sind Christdemokraten und zwar der ehemalige Außenminster Héctor Dada und er Generalsekretär der Partei Morales Ehrlich. Allerdings führte die neuerliche Allianz mit den Militärs zu starken Spannungen in der Partei und zum Austritt einer Reihe von Mitgliedern; 30% der Christdemokraten lehnten die neuaufgelegte Koalition rundweg ab und verließen die Partei. Ihre Regierungsbeteiligung machten die Christdemokraten von einigen formalen Zugeständnissen der Militärs abhängig: mit der Linken soll ein „konstruktiver Dialog" geführt, die Nationalisierung einiger Industrien vorangetrieben, Sozialprogramme umgesetzt und in Zukunft auch einmal Wahlen abgehalten werden. Was davon je in die Tat umgesetzt wird, bleibt mehr als fraglich.

Die Christdemokraten verstehen sich unterdessen ihrerseits als Repräsentanten der Massen im „Kampf gegen die Oligarchie" und erklärten: „Wir verfolgen dieselben Ziele wie die Linksgruppen, nur mit anderen Mitteln." (DC 11.1.80) Die Aussichten, sich mit unverbindlichen Erklärungen Sympathie bei der Bevölkerung zu sichern, waren allerdings gering. Zunächst besetzten Mitglieder der Guerillas die panamesische und costaricensische Botschaft und nahmen neun Geiseln fest. Deren Freilassung machten sie von der Aufhebung der Repression, der Entlassung mehrerer Mitglieder der Guerilla aus dem Gefängnis und der Bekanntgabe des Schicksals von weiteren Verschwundenen abhängig. Nachdem ein Teil der Forderung erfüllt wurde, ließ man die Geiseln frei. Weiter in der Hand der Guerillas ist dagegen der südafrikanische Botschafter, der vor einigen Wochen entführt wurde. Einige Tage darauf besetzten Anhänger der Linksgruppen 300 katholische Kirchen und 30 private Grundbesitze, um ihrer Forderung an die Regierung nach Lohnerhöhungen und Ende der gewaltsamen Unterdrückung Ausdruck zu verleihen. (DC 22.1.80) Zum Höhepunkt der Auseinandersetzungen zwischen der Regierung und der bevölkerung geriet schließlich eine Massendemonstration am 23. Januar mit 150000 Demonstranten. In der Innenstadt eröffneten rechtsgerichtete Heckenschützen mit Maschinenpistolen das Feuer auf die Demonstranten, worauf sich ein Feuergefecht zwischen bewaffneten Demonstranten und dem Militär entwickelte, dem mehr als 30 Demonstranten zum Opfer gefallen sein sollen.

Wie in Nicaragua?

In vielerlei Hinsicht ähnelt die Situation in El Salvador der in Nicaragua vor anderthalb Jahren. Immer größere Teile der Mittelschicht entziehen den Militärs ihre Unterstützung, die Organisation und Radikalisierung der Bevölkerung ist weit vorangeschritten und eine taktische Einheit der Linkskräfte hergestellt. Angesichts der schlechten Wirtschaftslage ist gleichzeitig eine baldige Verbesserung der Lage der Bevölkerung, die Voraussetzung der Sicherung des jetzigen Regimes wäre, nicht in Aussicht. Heute wäre ein Sofortkredit von 300 Mill. US $ notwendig, um das Land ökonomisch zu stabilisieren und eine drohende Hungersnot abzuwenden. (DC 18.1.80) Einen Unterschied zu Nicaragua stellt allerdings die Existenz einer bewaffneten Rechten dar, die den Militärs zur Hilfe kommt.

Die Ereignisse in El Salvador verdeutlichen, daß die Gegensätze in Mittelamerika seit der nicaraguensischen Revolution rapide zunehmen, eine Erkenntnis, die sich auch andernorts durchgesetzt hat: Im Zusammenhang mit den zunehmenden Spannungen im mittelamerikanischen und karibischen Raum kann auch das am 14. Januar begonnene Manöver der nordamerikanischen Streitkräfte gesehen werden. Das Manöver soll vier Wochen dauern; 28 US - Kriegsschiffe und 6000 Soldaten nehmen daran teil. (DC 20.1.80)

nw

Zimbabwe

Bringt Verhandlungslösung nationale Befreiung?

Koriba
Salisbury
Wankie
Gwelo
Bulawayo
Ft. Victoria

Gebiete der Weißen
Nationalland
Gebiete der Afrikaner
Zum Kauf vorbehalten

Während der Londoner Zimbabwe - Konferenz hat die Delegation der Patriotischen Front nach und nach wichtige Grundsätze ihres Programms wegen der internationalen Situation aufgeben müssen. Die Waffenstillstandsvereinbarungen bringen der Front erhebliche Nachteile. Dennoch haben Mubagewe und Nkomo das Londoner Abkommen unterzeichnet. Seit Anfang Januar herrscht in Zimbabwe Waffenruhe unter Aufsicht eines britischen Kolonialgouverneurs.

Zu den für Ende Februar angesetzten Wahlen kämpfen die in der patriotischen Front verbündetet Flügel — die ZANU Mugabwes und Nkomos ZAPU — getrennt. Während die Guerrillas sich weitgehend unter die Kontrolle der den Waffenstillstand kontrollierenden Commonwealth - Truppen gestellt haben, stehen mit Billigung der Briten immer noch südafrikanische Truppen in Zimbabwe.

Der Kampf um die Befreiung Zumbabwes hat sich von der militärischen auf die Wahlebene verlagert. Welche Chancen hat die Patriotische Front unter den Bedingungen des britischen Waffenstillstandes, die Wahlen zu gewinnen?

Londoner Konferenz

Am 21.Dezember letzten Jahres unterzeichneten die Patriotische Front (ZANU und ZAPU), die bisherige Regierung von Zimbabwe - Rhodesien (Muzorewa und die britische Regierung nach über dreimonatigen Verhandlungen das Londoner Abkommen. Es beinhaltet einen Verfassungsentwurf, ein Waffenstillstandsabkommen und Regelungen für die Übergangszeit bis zu den allgemeinen Wahlen.

Verfassung

Bei den Verhandlungen um die zukünftige Verfassung Zimbabwes gab es hauptsächlich die folgenden Streitpunkte, bei welchen die Forderungen der Briten und der Patriotischen Front verschieden waren und sind: Die Frage der Repräsentation der Weißen im neuen Parlament, die Frage der Staatsbürgerschaft und der Pensionen für die Vertreter des Siedlerregimes sowie die Landfrage.

Die Briten verlangten, daß der **weißhäutigen Minderheit** (4% der Bevölkerung) im neuzuwählenden Parlament 20% der Sitze gewährt werden. Die PF stimmte dem zu, nachdem geklärt war, daß für die Gesetzgebung die einfache Mehrheit im Parlament genügt und auch verfassungsändernde Gesetze nicht nur allein durch die weißen Parlamentarier verhindert werden können.

Einen zweiten Streitpunkt bildete die Frage der **Staatsbürgerschaft:** Die Briten wollten durchsetzen, daß alle Bürger, die zum Zeitpunkt der Unabhängigkeit Zimbabwes ihren Wohnsitz im Lande haben, automatisch Staatsbürger werden und gleichzeitig eine andere Staatsbürgerschaft behalten können. Die PF hielt dem entgegen, daß es Bürger anderer Staaten gibt, die nur deswegen nach Zimbabwe kamen, um als Söldner in Rhodesien gegen die Befreiungsbewegungen zu kämpfen. Von diesen Leuten — meist Südafrikaner —, kann nicht erwartet werden, daß sie sich nach der Unabhängigkeit loyal zur Mehrheitsregierung verhalten werden. Deswegen muß die zimbabwische Regierung die Möglichkeit der Ausweisung ausländischer Saboteure — wie jede andere Regierung der Welt — besitzen. Darüber hinaus hat schon verschiedentlich das Argument: „Man schütze die eigenen Staatsbürger" zur Rechtfertigung ausländischer militärischer Eingriffe herhalten müssen.

Aus diesen Gründen stimmt die PF weder einer automatischen zimbabwischen Staatsbürgerschaft für alle in Zimbabwe lebenden Bürger noch der Doppelten Staatsbürgerschaft zu.

In London ebenfalls ungeregelt blieb die Frage der Pensionen für ehemalige rhodesische Beamte, deren Überweisung ins Ausland die PF nicht zustimmte.

Lord Carrington wollte an diesen beiden Punkten die Konferenz nicht scheitern lassen. Nur allzu deutlich wäre es geworden, daß sich London für die rhodesischen Beamten stark macht, für eben dieselben Leute Pensionen verlangt, deren einseitige Unabhängigkeitserklärung von der Britischen Krone 1965, der Wirtschaftsboykott folgte. Die Regelung der Pensionen wie die Staatsbürgerschaftsfrage blieb also ungeregelt und dem zu wählenden Parlament vorbehalten.

Die Landfrage

Entscheidend dafür, daß sich Zimbabwe auch ökonomisch von der Vorherrschaft der weißen Siedler befreien kann, ist die Frage der Landverteilung. Historisch betrachtet wurde dem Volk von Zimbabwe das Land von den weißen Kolonisatoren geraubt. Heute verfügen die 4% weißen Siedler über mehr als die Hälfte des bebaubaren Landes, das zudem in den fruchtbarsten und verkehrstechnisch besser erschlossenen Gebieten des Landes liegt.

Es liegt auf der Hand, daß eine nationalunabhängige Regierung eine Landrefom durchführen muß. Die Briten wollten nun eine Garantie, daß das Land nur gegen Entschädigungszahlungen — und zwar in Devisen — enteignet werden dürfe. Das bedeutet: im Nachhinein würde der koloniale Landraub legalisiert und — eine Hypothek für die unabhängige Entwicklung — Zimbabwe müsste sich zur Durchsetzung einer Landrefom international verschulden, nur um den Siedlern Entschädigungen zu zahlen. Die Ablehnung dieser britischen Forderung durch die Delegation der PF ist also nur allzu legitim.

Carrington brachte daraufhin den alten Kissinger - Plan auf die Tagesordnung, der beinhaltet, daß ein internationaler Hilfsfond der britischen und amerikanischen Regierung die Siedler entschädigt. Obwohl die geschätzte Summe von 850 Mio. Pfund das vom Krieg zerstörte Zimbabwe nötiger hätte, stimmte die PF schließlich zu, daß es ihr egal wäre, wofür die Briten und Amerikaner ihr Geld ausgeben. Weiterhin hat die PF zugestimmt, daß nur der nichtbebaute Besitz der weißen Farmer zwangsweise enteignet werden kann. Diese Regelung soll für zehn Jahre nach der Unabhängigkeit Gültigkeit besitzen (NZZ 20.12.79).

Die Übergangsphase

Nachdem Carrington durch seine Verhandlungsstrategie des Nachgebens und Beharrens (Zuckerbrot und Peitsche) sowie des Ausklammern von Streitfragen die Verfassungsregelungen mit der PF abgeklärt hatte, war die Frage der Regelung des Waffenstillstandes bis zu den Wahlen noch auszuhandeln. Die eigentlichen Verhandlungsparteien während der gesamten Konferenz waren de facto die PF auf der einen und die Briten auf der anderen Seite. Die Delegation des „amtierenden Ministerpräsidenten von Zimbabwe - Rhodesien" Muzorewa — Ian Smith ist Mitglied der Muzorewa - Delegation — hatte nur eine Scheinfuktion (vgl. „blätter" Nr.81). Selten war die Muzorewa - Delegation anderer Meinung als die Briten und wenn, waren diese Unstimmigkeiten schnell behoben: Sowohl Muzorewas Interessen als auch die der weißen Siedler wurden von der britschen Delegation bestens vertreten, auch wenn Ian Smith glaubt, die Verhandlungen hätten zu einem Sieg der Kommunisten geführt (TAZ 18.12.).

Hatte die PF zunächst gefordert, während der Übergangszeit an der Verwaltung des Landes beteiligt zu sein, so übernahm schließlich ein britischer Gouverneur als Kolonialverweser die Verwaltung Zimbabwes bis zu den Wahlen. Nicht eine starke UNO - Truppe, wie von der PF gefordert, sondern ein Beobachtungskontingent von 1200 Commonwealthsoldaten, davon fast 1000 aus Großbritanien, der Rest aus Australien, Neuseeland, den Fidschi - Inseln und Kenya, überwacht den Waffenstillstand. Damit hat sich Großbritanien die der britschen Krone am loyalsten verbundenen Commonwealthregierungen ausgesucht. Lord Carrington schloß von vorneherein die Beteiligung von Truppen aus denjenigen Commonwealthländern aus, die die PF unterstützen — etwa Tansania und Sambia.

Aus der von der PF gewünschten Übergangszeit von 6 Monaten zur Vorbereitung des Wahlkampfes blieben nur 8 Wochen übrig. Das ist eine denkbar geringe Zeit für ZANU und ZAPU, ihre Anhänger zu mobilisieren und Wahlkampfbüros etc. aufzubauen, da alle bisherigen Medien von der Muzorewaregierung kontrolliert werden.

Schließlich liegen die Sammelpunkte, an denen sich die Guerilla - Kämpfer einfinden sollen — 16 statt der geforderten 31 wurden der PF schließlich zugestanden — fast ausschließlich an der Peripherie des Landes; dies bedeutet de facto, daß besonders die ZANU - Kämpfer aus schon befreiten Gebieten bzw. halbbefreiten Gebieten abziehen müssen

Internationale Situation

Die Frontstaaten Angola, Botswana, Tansania, Mozambique und Sambia gehören zu den ärmsten Ländern der Welt, die sich eine weitere Unterstützung der PF wirtschaftlich kaum noch leisten können.

Auch wenn sich Mozambique in den letzten Monaten des Krieges mit Luftabwehrraketen zunehmend besser wehren konnte (vgl. Noticias de Beira, 22.10.1979, übersetzt in ISSA 11/79), wurden Mozambiques Aufbaupläne durch die systematischen Bombardierungen zimbabwischer Flüchtlingslager durch die rhodesische Luftwaffe gestört, da Kräfte für die militärische Verteidigung mobilisiert werden mußten, die anderso effektiver eingesetzt werden könnten.

Sambia wurde von den rhodesischen Militärs regelrecht ausgehungert: Die wichtigsten Verkehrswege nach Mozambique und Tansania wurden zerstört (TAZ 22.11.), dringend benötigte Maislieferungen aus Südafrika wurden in Rhodesien festgehalten (MD 8.11.), um Sambias Staatspräsidenten Kaunda zur Aufgabe der Unterstützung für die ZAPU zu bewegen. Noch während der Verhandlungen in London — bis Mitte Dezember — bombardierte die rhodesische Luftwaffe Ziele in Sambia. Insgesamt wurden im letzten Jahr etwa 30 Bombeneinsätze gegen die Nachbarstaaten, vor allem Mozambique und Sambia, aber auch Angola und Botswana geflogen.

Es ist daher nicht weiter verwunderlich, daß von den Frontstaaten besonders der sambische Präsident die PF zum Einlenken drängte (Newsweek 22.11. und FAZ 12.11). Sein Einfluß auf Nkomo ist sehr groß, da die ZAPU vollständig vom Wohlverhalten Sambias, in dem sich Nachschubbasen und Ausbildungslager befinden, abhängig ist. Die Unterstützung Tansanias, Mozambiques und Botswanas nützte der PF in den Verhandlungen nicht mehr viel. Die Präsidenten dieser drei Länder haben der Front noch einmal den Rücken gestärkt, indem sie die von den Briten vorgeschlagenen Waffenstillstandsbedingungen kritisierten (MD 25.11., NEUE 28.11).

Briten die Konferenz nicht verließ, sondern über alle Ultimaten Carringtons hinweg in London blieb, um weiterzuverhandeln. Die konservative britische Regierung hat keinen Hehl aus der Tatsache gemacht, daß ein Scheitern der Konferenz zur zweitbesten Lösung (ergänze für die britischen Afrika - Investitionen) geführt hätte: Aufhebung des Wirtschaftboykotts und Anerkennung der Muzorewaregierung durch Großbritanien. Schon während der Konferenz wurden die Sanktionen von den multinationalen Konzernen — wie die selbst zugeben — durchbrochen. Internationalen Handel mit Rhodesien hat es via Südarfika sowohl von den westlichen Multis als auch der Sowjetunion trotz der UNO - Sanktionsbeschlüsse gegeben, wenn auch im bescheidenerem Umfang als vor der einseitigen Unabhängigkeit durch Ian Smith. Im November letzten Jahres nahm VW den Export von Autos nach Rhodesien auf. In den Spitzenhotels Salisburys warteten schon die Abgesandten multinationaler Konzerne aus Japan, der BRD, Frankreich und Italien darauf, mit der Muzorewa Regierung Geschäfte machen zu können. (FR 12.11.79)

Großbritanien schafft vollendete Tatsachen

Am 4.12. unterzeichnete Lord Carrington mit Muzorewa ein Seperatabkommen ohne die PF und forderte die PF ultimativ auf, diesem Abkommen beizutreten. Die Front lehnte dies ab, blieb aber in London, um weiterzuverhandeln.

Carrington ernannte Lord Soames, den 59jährigen Tory - Führer aus dem britischen Oberhaus, zum Gouverneur über Rhodesien. Am 12. Dezember landete der Lord nebst Gattin und 75 Beratern in Salisbury und übernahm als Kolonialverweser die Verwaltung des Landes. Die Marionettenregierung Muzorewas trat zurück, das Parlament erklärte sich für auf-

Der letzte Tango in London: Die britische Premierministerin Thatcher mit Präsident Kaunda von Sambia.

Zu der Situation in den Frontstaaten kam die erklärte Absicht der konservativen britischen Regierung, die Konferenz scheitern zu lassen, falls sich die Schuld dafür — vor der Weltöffentlichkeit einigermaßen glaubhaft — der Patiotischen Front in die Schuhe schieben ließe. Dies ist sicherlich ein weiterer Grund dafür, warum die PF trotz unzumutbarer Angebote der

gelöst. Soames verfügte als erstes die Untersagung der Luftangriffe auf die Nachbarländer und hob den Tansportstop für die Maislieferung nach Sambia auf. Am gleichen Tag wurden die Handelssanktionen gegen Rhodesien von der britischen Regierung aufgehoben (TAZ 13.12.). Am 21. Dezember unterzeichnete auch die PF den Waffenstillstand, der 14 Tage später

für alle militärischen Einheiten in Rhodesien verbindlich wurde: Der PF wurde ein sechzehnter Stützpunkt im zentralen Hochland zugebilligt, so daß sie ihre Truppen nicht gänzlich in die Grenzgebiete Rhodesiens zurückziehen mußte. Dieser zusätzliche Stützpunkt kann als ein Trostpflaster angesehen werden für die nicht erreichten weiteren Stützpunkte und die anderen Zugeständnisse während der Verhandlungen.

Die Situation im Januar

Die PF hatte erhebliche Schwierigkeiten, ihre in kleinen Einheiten kämpfenden Verbände vom Waffenstillstand zu benachrichtigen und an den vereinbarten Sammelstellen unter die Aussicht der Commonwealth - Truppen zu stellen. auch britische Offiziere bestätigten diese Probleme (FT 5.1.). Bis zum 8. Januar meldeten sich 21 500 Befreiungskämpfer an den Sammelpunkten.

Die von Muzorewa angestellte Vermutung, nicht alle Guerrillas seien aus dem Busch gekommen dürfte wohl zutreffend sein. Es ist kaum anzunehmen, daß ZANU und ZAPU nach dem erbitterten Befreiungskampf ihre gesamten militärischen Verbände in die Lager schicken, wo sie für die rhodesische Luftwaffe regelrecht auf dem Präsentierteller liegen: ein einziger gutkoordinierter Luftangriff auf die 16 Sammellager könnte die gesamten Befreiungsstreitkräfte treffen. Daß diese Befürchtung ihre Berechtigung hat, zeigen die Bombardierungen der Flüchtlingslager im letzten Jahr.

Die 21 500 Kämpfer, die sich bei den Commonwealth - Truppen gemeldet haben, sind 5500 Befreiungskämpfer mehr, als die Briten während der Verhandlungen der PF an militärischer Stärke zugestehen wollten. Von 16934 Kämpfern, die sich bis zum 5.1. gemeldet hatten, ist die Verteilung auf ZANU und ZAPU - Einheiten bekannt: 12831 ZANU - Guerrillas, jedoch nur 4103 von der ZAPU (The Observer 6.1.). Die PF hat sich an das Londoner Abkommen gehalten, ihre Truppen unter Commonwelath Aufsicht zu stellen.

Die im Busch gebliebenen Befreiungskämpfer, über deren Stärke nichts bekannt ist, halten sich ebenfalls an die Waffenruhe (jedenfalls wurden in der 2. Januarhälfte — Redaktionsschluß dieser Ausgabe — keine Kämpfe mehr gemeldet). Die Briten halten sich jedoch nicht bzw. nur sehr zögernd an das Abkommen und legen es immer wieder zu ihren und Muzorewas Gunsten aus. Mugabe schrieb einen offenen Brief an die britische Primierministerin Frau Thatcher (siehe nebenstehenden Kasten).

Amnesty International wirft den Briten vor, daß sich noch 5000 unter Kriegsrecht verhaftete Menschen in rhodesischen Gefängnissen befinden, deren Freilassung nur schrittweise und zögernd erfolgt. Die Bearbeitung der Freilassungen hat Soames den rhodesischen Behörden übertragen, also genau den Organen, die für die bisherigen Menschenrechtsverletzungen und Verhaftungen verantwortlich sind (TAZ 16.1.)

Wer gewinnt die Wahlen?

Wenn der Waffenstillstand hält, so werden nach dem Wunsch von Lord Soames vom 27. — 29.2. in Zimbabwe die ersten allgemeinen und freien Wahlen stattfinden. Der britische Gouverneur hat dem nach dem Londoner Abkommen frühestmöglichen Zeitpunkt gewählt, da es im Interesse Großbritaniens liegt, Zimbabwe so schnell wie möglich in die Unabhängigkeit zu führen, ohne in eine nicht auszuschließende weitere militärische Auseinandersetzung in der Kolonie Rhodesien verwickelt zu werden. Es ist unmöglich, den Wahlausgang auch nur annähernd genau vorauszusagen, da es sich um die ersten Wahlen handelt — bei den Scheinwahlen vom April letzten Jahres, bei welchen Muzorewa gewonnen hat, standen ZANU und ZAPU nicht zur Wahl. Ein wages Indiz für die Stärke der einzelnen Parteien bilden die ersten Wahlkampfversammlungen.

Offener Brief der ZANU

Sehr geehrte Mrs. Thatcher,

Es drängt sich mir die Notwendigkeit auf, Ihnen im Namen meiner Partei folgende schwerwiegende Beobachtungen mitzuteilen.

Sie werden sich erinnern, daß die Patriotische Front dem Abkommen über Waffenruhe erst zustimmte, nachdem bestimmte Zusagen von Lord Carrington erfolgten. Uns wurde wiederholt zugesichert, daß:

1. *Südafrikanische Truppen aus Südrhodesien abgezogen würden, sobald der Gouverneur in Salisbury eingetroffen wäre. Jetzt hat uns Gouverneur Soames informiert, daß die südafrikanbischen Truppen, mit seiner Zustimmung dort seien. Warum wurden wir beim ersten Mal belogen? Sie werden sich erinnern, daß wir am Tage der Unterzeichnung der Lancaster - House - Vereinbarung diese Angelegenheit Ihnen gegenüber angeschnitten haben, und Sie und Lord Carrington versicherten uns, daß die Sache unter Kontrolle sei und daß Sie sie mit der gleichen Ernsthaftigkeit ansehen würden wie wir selbst. Wir können in keinem Fall die Anwesenheit südafrikanischer Truppen in unserem Land dulden, da sie nicht nur einen Akt der Agression, sondern auch eine Verletzung unseres Abkommens darstellt.*

2. *die Aufrechterhaltung von Gesetz und Ordnung während der Interimsphase in der Verantwortlichkeit der Polizei liege. Sie haben nun Ihren Gouverneur dazu ermächtigt, General Walls bewaffnete Kräfte im ganzen Land zu verteilen, um angeblich ‚Ruhe und Ordnung' zu bewahren. Das ist eine flagrante Verletzung der Lancaster - House - Vereinbarung und läuft tatsächlich auf einen Mißbrauch der ihm übertragenen Macht hinaus. Die Folge des Aufmarsches der rhodesischen Truppen ist, daß unsere eigenen Truppen in eine Position gebracht werden, in der sie unbeweglich festsitzen und so der drohenden Einkreisung durch rhodesische Truppen gegenüberstehen. Wir können nicht dulden, daß unsere Truppen dieser Gefahr ausgesetzt werden. Jedenfalls, warum sollte der Gouverneur es vorziehen, sich auf die rhodesischen Truppen zu stützen und nicht auf die unseren?*

3. *Ein wesentlicher Bestandteil des Entwurfs für eine Waffenruhe war und bleibt die Entflechtungsklausel. In London wurde vereinbart, daß sich die rhodesischen Streitkräfte zuerst aus dem Kampf zurückziehen, indem sie zu ihren Stützpunkten zurückkehren. Uns wurde erklärt, daß von den „Selous Scouts" und den verschiedenen Bestandteilen der Freiwilligenkräfte erwartet wird, daß sie sich sammeln und an ihren Stützpunkten bleiben. Es besteht absolut kein Beweis dafür, daß die Freiwilligenkräfte von Bischof Muzorewa in Ruhestellung sind und sich in ihren Stützpunkten versammelt haben. Wer verletzt unter diesen Umständen das Abkommen über Waffenruhe? Es ist klar, daß Lord Soames den Freiwilligenkräften erlaubt, über das Land verteilt zu bleiben und die rhodesischen Truppen auffächert, um bewußt das Kräfteverhältnis zu ihren Gunsten zu ändern. Wir haben Beweise, daß nach einem genauen strategischen Muster Versuche unternommen wurden, Gebiete zu besetzen, aus denen unsere Kräfte abgezogen sind. Sie werden sich erinnern, daß wir in London öffentlich erklärt haben, daß wir weder gewillt sind, irgendeine unserer befreiten Zonen zu übergeben, noch unsere Stützpunkte und Kampfpositionen in den umstrittenen Gebieten aufzugeben, es sei denn, die rhodesischen Streitkräfte sowie die Freiwilligentruppen ziehen sich ordnungsgemäß zurück und werden in ihren Kasernen postiert. Das ist noch nicht geschehen.*

R. G. Mugabe
Präsident (ZANU), 8.1.80

übersetzt vom iz3w, ak

UANC — Muzorewa

Muzorewa, der sich weiterhin Ministerpräsident nennen darf, hat seinen Wahlkampf bereits am ersten Sonntag im Januar vor 50000 Menschen eröffnet (NEUE 8.1.). Muzorewas Stärke darf nicht unterschätzt werden, auch wenn ein Großteil seiner Anhänger von seiner neunmonatigen Herrschaft enttäuscht ist, da er es nicht geschafft hat, entscheidende Veränderungen für die schwarze Mehrheit der Bevölkerung zu erzielen. Dies konnte Muzorewa aufgrund seiner Abhängigkeit von der Ian Smith loyal ergebenen Verwaltung, Polizei, Justiz und Militär, auch nicht in Angriff nehmen.

Muzorewas UANC wird von Südafrika unterstützt. Außerdem erhält er mehr als 100000 britische Pfund aus dem von britischen Konzernen gegründeten „Zimbabwe - Rhodesien - Wahl - Fonds" (FT 20.12.79). Eine weitere Möglichkeit der Einflußnahme hat Muzorewa durch seine 12 — 14000 Mann starke Freiwilligentruppe, die sich noch immer frei im Land bewegen darf (FAZ 21.1).

Andere Parteien der internen Lösung

Die anderen Parteien, die sich schon an den April - „Wahlen" beteiligt haben, werden bei den bevorstehenden Wahlen nur geringen Einfluß haben. (zu den April - „Wahlen" vgl. blätter Nr. 77 Mai 1979). Außer der ZANU, ZAPU und dem UANC kandidieren noch sechs weitere schwarze Parteien, vier davon in allen Wahlkreisen. Die größten Chancen, einige Sitze zu erzielen, hat die ZANU des Pfarrers Sithole, eine Abspaltung der ZANU von R. Mugabe. Sitholes Gruppe ist seit Jahren unter dem Namen ZANU in Rhodesien tätig. Auch Sithole verfügt, wenn auch in bescheidenerem Umfang als Muzorewa, über Hilfstruppen, die er zur Wahlkampfunterstützung einsetzen kann. Bei den April - „Wahlen" erreichte er etwa ein sechstel aller abgegebenen Stimmen. Zur Wahlkampferöffnung konnte die Sithole - ZANU über 10000 Menschen mobilisieren.

Die Patiotische Front ist gespalten

Unmittelbar nach Abschluß der Londoner Konferenz hat sich die Patriotische Front in ihre ursprünglichen Bestandteile ZANU und ZAPU gespalten. Die ZANU kandidiert als ZANU - PF für sich, die ZAPU führt unter dem Namen des Bündnisses (PF) den Wahlkampf. Was die ZANU bewogen hat, das Bündnis aufzukündigen, läßt sich aus den spärlichen Presseberichten nicht entnehmen. Zwei Gr ünde drängen sich auf: Zum einen die Schwierigkeiten, welche dem Bündnis aufgrund der unterschiedlichen ideologischen Grundla gen beider Parteien zu jeder Zeit ihres Bestehens innewohnten (vgl. blätter des iz3w Nr. 77, Seite 67). Zum anderen hofft die ZANU, aufgrund ihrer Verankerung in der Bevölkerung, besonders in den befreiten Gebieten, über eine so große Unterstützung zu verfügen, daß sie Chancen hat, die Wahlen allein zu gewinne.

In den Korrespondetenberichten wurde auch spekuliert, daß der Tod des bei einem Autounfall in Mozambique ums Leben gekommenen Oberbefehlshabers der ZANU - Streitkräfte Tongogara mit der Entscheidung der ZANU, allein zu kandidieren, im Zusammenhang steht (Libé 28.12., NZZ 29.12.79). Tongogara galt als großer Verfechter einer Fortsetzung des Bündnisses mit der ZAPU auch bei den Wahlen.

ZAPU

Bei den Weißen des Landes ist Nkomo seit dem Abschuß einer rhodesischen Verkehrsmaschine durch ZAPU - Truppen der am meisten gehaßte schwarze Führer. Unterstützung erhält die ZAPU von den sozialistischen Staaten des Ostblocks und von dem britischen Multi Lonrho, der große Investitionen in Sambia, Rhodesien und Südafrida zu verlieren hat. Bei der Ankunft Nkomos in Salisbury kamen 120000 Menschen, um ihn zu sehen und sprechen zu hören (FAZ 28.1.). Sein geschickter Schachzug, im Wahlkampf unter dem Namen Patiotische Front aufzutreten, hat seine Siegeschancen bestimmt nicht geschmälert.

ZANU

Die einzige Partei, die ein sozialistisches Wahlprogramm aufgestellt hat, ist die ZANU Robert Mugabes, die unter dem Namen ZANU - PF kandidiert. Die ZANU strebt eine Landreform an und staatliche Beteiligungen am Bergbausektor. Mugabes Rückehr nach Salisbury ist ist vom britischen Gouverneur von Woche zu Woche verschoben worden. Erst am Sonntag, den 27. Januar — zwei Wochen nach der Ankunft Nkomos und drei Wochen nach der Wahlkampferöffnung Muzorewas — durfte er aus Mozambique kommend in Salisbury landen. 200000 Anhänger (Heute, ZDF, 27.1) bereiteten ihm einen begeisternden Empfang. Sicherlich hat auch der Mythos, den Mugabe umgibt, viele Neugierige angelockt. Von daher kann allgemein von den zu Wahlkampfveranstaltungen mobilisieren Massen nicht auf den Ausgang der Wahlen geschlossen werden. Für die ZANU wahlentscheidend könnte es auch sein, inwieweit es gelingt, die Flüchtlinge aus den mozambiquanischen Lagern zu repatriieren.

Die ZANU bekommt als unabhängige sozialistische Partei kaum Unterstützung von außen. Da aber sowohl der Wahlkampf als auch die Repatrierung der Flüchtlinge viel Geld erfordert, möchten wir die Leser auffordern, den Wahlkampf und das Programm der Flüchtlingsrückführung finanziell zu unterstützen. Spenden bitte auf das Konto des Organisationskomitees der unabhängigen Afrika - Solidaritätsgruppen / Ralf Syring, Bochum, Postschechkonto Dortmund Nr. 55954-6462, Stichwort: „ZANU".

wo

AFGHANISTAN

Lesehilfe zu den Afghanistan-Artikeln in diesem Heft:

Im Folgenden veröffentlichen wir drei Artikel über Afghanistan, die versuchen einen Teil der Fragen zu beantworten, die der sowjetische Einmarsch aufgeworfen hat. Afghanistan hat in den vergangenen Jahren nicht gerade im Mittelpunkt des Interesses einer kritischen Öffentlichkeit gestanden, und unser Wissen über dieses Land ist spärlich. Auch der Redaktion der „blätter" sind die weltpolitischen Implikationen der Vorgänge in Afghanistan noch sehr unklar und werden unterschiedlich eingeschätzt. Entsprechend dieser Unsicherheit ist auch die Auswahl der drei Artikel unvollkommen: es gibt widersprüchliche Einschätzungen und thematische Überschneidungen, auch Überschneidungen mit früheren Berichten der „blätter" (Nr.77 und 79). In der Kürze der Zeit war es nicht möglich, diese Mängel der Textzusammenstellung in Übereinstimmung mit allen Autoren zu beseitigen. Um den Lesern die Lektüre zu erleichtern, möchten wir auf einige Punkte hinweisen, die uns an den Artikeln besonders wichtig erscheinen:

Susanne Habicht stellt in ihrem Artikel „Expansion oder ‚brüderliches Hilfe,'' Überlegungen darüber an, welche Gründe die Sowjetunion dazu bewogen haben können, in Afghanistan einzumarschieren. Die interessanteste Frage ist hier, ob dieser Einmarsch nur darauf zurückzuführen ist, daß der sowjetische Einfluß anders nicht mehr zu halten war, oder ob über Afghanistan hinausweisende, globalstrategische Überlegungen den Ausschlag gaben.

Unbestritten ist, daß die Regierungen der Khalq-Partei seit 1978 auf wachsende Ablehnung im Volk gestoßen sind und daß dies eine wesentliche Ursache der jüngsten Ereignisse ist; auch in den „blättern" haben sich aber Stimmen gemeldet, die die Notwendigkeit der Reformen, die diese Regierungen anstrebten, bejahten, wenn sie auch die repressive Form der Durchsetzung der Reformpolitik verurteilten. Der Artikel von Jan Grevemeyer, „Der Widerstand ruht in den Dörfern", den wir der taz vom 23.1. entnommen haben, erklärt den Widerstand gegen die Reform aus der Struktur des afghanischen Dorfes. Die Reform konnte einerseits die feudalen Abhängigkeiten der Bauern nicht beseitigen, nahm ihnen andererseits die Möglichkeit der Versorgung in Notzeiten, die die Feudalherrschaft geboten hatte.

Felizita Bantle weist in ihrem Artikel „Die Erfahrungen des afghanischen Volks mit der Sowjetunion", darauf hin, daß die Reform erst zu einem Zeitpunkt einsetzte, als sich breite Teile der Bevölkerung bereits im offenen Aufstand befanden, außerdem war die Landvergabe an die Bedingung geknüpft, daß die „begünstigten" Bauernfamilien Soldaten stellen und gegen ihre eigenen Nachbarn kämpfen sollten.

Am Artikel von Felizita Bantle halten wir für wichtig den Abschnitt über die Rolle des Militärs — die Sowjetunion hat durch Militär„hilfe" und durch den Bau von Panzerstrassen und Flugplätzen in diesem bitterarmen Land über Jahrzehnte hinweg die Voraussetzungen für den Einmarsch geschaffen, und die wirtschaftlichen Interessen der Sowjetunion in Afghanistan. Der Artikel behandelt ebenfalls die Struktur der islamischen und nichtislamischen Oppositionsgruppen, über die es außerhalb Afghanistans sehr wenig Informationen gibt. Dieser Artikel hat heftige Auseinandersetzungen in der Redaktion ausgelöt, wegen der positiven Einschätzung der Rolle des Islam. Über die Verurteilung des Einmarsches in Afghanistan bestand Einigkeit, nicht jedoch über die Charakterisierung der Sowjetunion als imperialistisches Land. *Red.*

Expansion oder brüderliche Hilfe?

Seit Jahren sind sich Politiker und Medien der westlichen Welt in ihrer Einschätzung der Weltlage nicht mehr so einig gewesen wie gegenwärtig, nach der sowjetischen Invasion in Afghanistan. Übereinstimmend ist die Rede von der schlimmsten Weltkrise seit dem Zweiten Weltkrieg, von einer Kälteperiode zwischen den Supermächten, die Jahre andauern könne, von einem Bankrott der Entspannungspolitik und des Prinzips der Blockfreiheit. Die in den Jahren der Verhandlungen zwischen Ost und West verstummten Kalten Krieger sind erneut angetreten, von Politikern und Journalisten wird der Einmarsch sowjetischer Truppen als klares Zeichen für die lange getarnte, nun endlich wieder offen zutage getretene unbändige Machtgier der Sowjetunion angesehen und gebrandmarkt. Die reaktionäre Domino-Theorie der Vereinigten Staaten erwacht zu neuem Leben, und es mehren sich die Stimmen, die nach einem harten Vorgehen des Westens rufen.

„Der Coup der gottlosen Teufel", mit dem „der Kreml den Staatschef Amin übertölpelte" (SZ 7.1.1980) hat indessen nicht nur die westliche Welt aufgeschreckt. Radio Belgrad sprach von einem „direkten Schlag gegen den Sozialismus", der „nach einem schon aus anderen geographischen Breiten bekannten Szenarium" erfolgt sei (FR 4.1. 80). Rumänien zeigte seine Ablehnung weniger offen als Jugoslawien, jedoch nicht minder deutlich: es beteiligte sich nicht an der UNO–Abstimmung vom 14.1., in der die Invasion von der Mehrheit der UNO-Mitgliedsstaaten verurteilt wurde. Und verschiedene Kommunistische Parteien Europas, voran die italienische KP, empörten sich über die „pervertierte Logik der Macht" (FR 4.1.1980).

Der Anlaß für die weltweite Unruhe und Empörung ist bekannt: seit dem 24. Dezember wurden sowjetische Truppeneinheiten über eine Luftbrücke nach Kabul eingeflogen, am Abend des 27. Dezember wurde die afghanische Regierung Amin mithilfe der Sowjets gestürzt.

Amin wurde unmittelbar nach dem Staatsstreich hingerichtet. Neuer afghanischer Präsident von Moskaus Gnaden ist Babrak Karmal. Afghanistan befindet sich faktisch im Krieg. Es war die Rede von 80 000 bis 100 000 sowjetischen Soldaten im Land, inzwischen geht man von etwa 50 000 Soldaten aus, die die Reste der afghanischen Armee in ihrem Krieg gegen moslemische Widerstandskämpfer unter-

stützen und versuchen, das Land voll unter ihre Kontrolle zu bekommen.
Der folgende Artikel will einen kurzen Überblick über die historische Entwicklung des letzten halben Jahres geben und eine Einschätzung der aktuellen Situation in verschiedenen Aspekten versuchen. Erschwert wird die Analyse durch die inhaltlich dürftige Berichterstattung der Medien: verlogene Lobpreisungen in der moskaufreundlichen Presse des In- und Auslandes, nichtssagende Berichte und hämische Kommentare von westlichen Korrespondenten, die sich häufig gar nicht in Afghanistan selber aufhalten, sondern aus anderen Ländern berichten, sind zur Zeit – vier Wochen nach dem Einmarsch – fast alles, worauf man sich stützen kann.
Unruhen hat es in Afghanistan praktisch seit dem Machtantritt der von Moskau unterstützten Regierung Taraki im April 1978 gegeben (vgl. Blätter des iz3w Nr. 77 und 79). Zunächst widersetzten sich Großgrundbesitzer und Mullahs den angekündigten Reformen der Regierung. Mit der Zeit stellte sich heraus, daß die durchgeführten Maßnahmen wie Landumverteilung, Alphabetisierungskampagnen und die Abschaffung des Brautpreises die Lebenssituation der afghanischen Bevölkerung nicht grundlegend verbesserten, weil sie rein administrativen Charakter besaßen und die feudalen Strukturen, insbesondere auf dem Land, unangetastet ließen. Die Umverteilung von Boden etwa ohne die Versorgung mit sonstigen Produktionsmitteln, aber vor allem ohne das Aufbrechen der starren sozialen Strukturen, ließ den einzelnen Kleinbauern schlechter dastehen als vorher, als er von seinem Grundherrn zwar ausgebeutet, in Notzeiten aber auch versorgt worden war. Die brutale Vorwärtsstrategie der Machthaber, mit der Veränderungen gegen den Willen der Bevölkerung durchgesetzt werden sollten, verstärkte somit eher die alten Loyalitäten im Dorf, als daß sie Bewußtseinsprozesse auslöste und erlaubte so den Grundbesitzern, ihre jahrhundertealte Ausbeutung der Kleinbauern und Pächter fortzusetzen und den reaktionären Mullahs, die Bevölkerung weiterhin zu indoktrinieren. In dem Maße, wie das alte System in den Dörfern gefestigt wurde, ergriff der Widerstand immer weitere Kreise der Bevölkerung. Es kam zu einer starken Polarisierung zwischen den Regierungsfunktionären, deren soziale Massenbasis aus einer zahlenmäßig äußerst kleinen bürgerlichen Schicht bestand, und der Mehrheit der Bevölkerung. Eine wichtige Rolle für die Ausweitung des Widerstands spielten schließlich die traditionellen Unabhängigkeitsbestrebungen der zahlreichen Bergstämme Afghanistans, die sich den Vorstellungen einer Zentralregierung in Kabul schon immer zu entziehen suchten (vgl. TAZ 14.11.1979 und 23. 1. 1980). Eine ausführliche Darstellung der mißglückten Landreformen und ihrer Auswirkungen bringt der Artikel „der Widerstand ruht in den Dörfern" in diesem Heft.
Im Laufe des Jahres 1979 verschärften sich die Kämpfe zwischen islamfreundlichen Kräften, die sich dem repressiven Vorgehen Tarakis widersetzten, und Regierungstruppen. Seit April 1979 wurde in 21 von 28 afghanischen Provinzen gekämpft.
Ende Juni und Anfang August 1979 kam es zu schweren Schießereien in Kabul, die mindestens 300 Menschenleben forderten und von Regierungstruppen mithilfe sowjetischer Waffen niedergeschlagen wurden (SZ 7. – 9.8.1979). Immer wieder flammten lokale Aufstände auf, die in der Regel brutal niedergemacht wurden, so etwa im August in Kandahar, der zweitgrößten Stadt Afghanistans. Angesichts fortschreitender Desertion von Teilen der Armee – so lief etwa Mitte August eine Brigade von 1200 Mann zu den Rebellen über (SZ 14.8.79) – war die Regierung stark auf militärische Unterstützung durch sowjetische Waffen und Piloten angewiesen. Bomben zerstörten Dörfer, in denen Widerstandskämpfer vermutet wurden, vielerorts wurde die Bevölkerung auf die Flucht getrieben, die Gefängnisse waren mit Regimegegnern gefüllt.
Angesichts der wachsenden innenpolitischen und militärischen Schwierigkeiten, die das Land in eine zunehmend verzweifelte Situation führten, hielt sich Präsident Taraki Anfang September, auf der Heimreise von der Blockfreienkonferenz in Havanna, zu Konsultationen in Moskau auf. Die plausibelste Version der folgenden Vorfälle ist, daß die Sowjets Taraki aufforderten, gegen die oppositionelle afghanische Bevölkerung etwas weniger rigide vorzugehen und insbesondere den Einfluß von Premierminister Hafizullah Amin, des eigentlich starken Mannes in der Regierung, der wegen seiner besonders brutalen Politik im Volk „der Teuflische" genannt wurde, zu begrenzen.
Amin kam diesen Überlegungen jedoch zuvor. Nachdem er im März auf sowjetischen Druck die Armeeführung hatte abgeben müssen, hatte er vier Monate später den Oberbefehlshaber abgesetzt und sich selber erneut zum Chef der Armee gemacht. Als ob er von den Beratungen Tarakis in Moskau Wind bekommen hätte, drehte er den Spieß um: einige Taraki-Anhänger entließ er aus dem Kabinett, inszenierte am 14. September eine blutige Palastrevolte, die den eben zurückgekehrten Taraki und zahlreiche seiner Anhänger das Leben kostete und machte sich selber zum neuen Staats- und Parteichef und Revolutionsratsvorsitzenden.
Er versprach der geplagten Bevölkerung demokratische Reformen, eine Amnestie für politische Gefangene und die Achtung der islamischen Religion. Aber weder die Freilassung einiger Gefangener und der von ihm verordnete Neuanstrich der Moscheen des Landes noch nationalistische, gegenüber der Sowjetunion sehr selbstbewußt klingende Töne verschafften ihm Glaubwürdigkeit oder gar Unterstützung im Volk.
Mitte Oktober 1979 kam es zum ersten Putschversuch gegen Amin, der von der antikommunistischen Milat-Partei ausging (NZZ 20.10). Es folgte eine Welle von Verhaftungen und blutigen Säuberungen (NZZ 27.10.). In allen Teilen des Landes, besonders aber in der Provinz Paktia, entlang der pakistanischen Grenze, flammten erneut heftige Kämpfe auf. Eine Großoffensive der afghanischen Luftwaf-

fe gegen die Widerständler blieb mehr oder minder erfolglos. Sie forderte zahlreiche Menschenleben, konnte den Widerstand jedoch nicht brechen. Nach Augenzeugenberichten hatten die Regierungstruppen Mühe, die großen Straßen und Städte einigermaßen zu kontrollieren, immer wieder kam es zu Angriffen und Überfällen der Rebellen, die das Hinterland kontrollierten. Mehrere westliche Länder, so auch die Bundesrepublik, riefen ihre Fachkräfte aus Afghanistan zurück und reduzierten ihr Botschaftspersonal. Die sowjetischen Militär- und Wirtschaftsberater hatten schon seit Monaten um ihr Leben fürchten müssen und lebten zum Teil in den sowjetischen Kasernen des Landes.
Nach westlichen Schätzungen flüchteten pro Woche 40 000 Afghanen nach Pakistan, um der Verfolgung durch afghanische und sowjetische Truppen zu entgehen (NZZ 25.12. 1979).
Mit dem Einmarsch der großen Nachbarn sollte diese Entwicklung offensichtlich gestoppt werden und Afghanistan wieder regierbar und vor allem wieder eindeutig unter sowjetischen Einfluß gebracht werden.
Obwohl Kabul nach dem Einmarsch bis zum 31. Dezember von der Außenwelt abgeschnitten war und danach auch nur wenige und zumeist widersprüchliche Berichte ins Ausland gelangten, ist der Verlauf der Invasion inzwischen in groben Zügen bekannt.
Während der Weihnachtstage landeten sowjetische Armee-Einheiten auf dem Flughafen in Kabul, gleichzeitig rückten sowjetische Truppen auf dem Landweg vor (TAZ 2.1.).
Gegen Abend des 27. Dezember besetzten Rotarmisten den Sender von Radio Kabul und griffen den Darulaman-Palast, in dem sich Amin befand, an. Zwischen den Angreifern und Amins Anhängern kam es zu schweren Kämpfen, die bis nach Mitternacht andauerten, dann hatten die ausländischen Truppen Kabul vollständig unter Kontrolle. Mehrere tausend Anhänger Amins und etwa 250 Sowjets sollen bei den Schießereien umgekommen sein (FAZ 2.1.). Amin selber wurde noch in derselben Nacht hingerichtet. Sein Nachfolger, Babrak Karmal, ließ wissen, Amin sei „ein Agent des CIA und des amerikanischen Imperialismus" gewesen, der eine „kriminelle, konterrevolutionäre, staatsfeindliche und unmenschliche Linie" verfolgt habe (TAZ 2.1.).
Babrak Karmal, der neue afghanische Staats- und Parteichef, ist der führende Mann des „Parcham"-Flügels der demokratischen Volkspartei. Die demokratische Volkspartei hatte mit Taraki, Amin und Karmal an der Spitze im April 1978 das Regime Daoud gestürzt. Bereits wenige Wochen nach dem Coup – der übrigens ähnlich von der Sowjetunion gesteuert war wie der jetzige – traten zwischen dem „Parcham"-Flügel Karmals und dem „Khalq"-Flügel der Partei schwere Differenzen auf. Karmal wurde von Taraki/Amin aus der Regierung entfernt und auf den Posten des Botschafters in Prag abgeschoben. Auch diesen Posten verlor er nach kurzer Zeit und hielt sich danach im tschechischen Exil auf. Erst über die sowjetische Luftbrücke soll er während der Weihnachtstage nach Afghanistan zurückgekehrt sein.
Peinlicherweise wurde die Nachricht von Amins Sturz bereits einige Stunden vor dem Angriff auf Kabul von Radio Kabul gemeldet, ein Regiefehler der Moskauer Strategen, der nicht nur Amin und seinen Anhängern eine heftige Gegenwehr ermöglichte, sondern außerdem Moskaus Behauptung, die afghanische Regierung habe die befreundete Sowjetunion um Hilfe ersucht, als plumpen Rechtfertigungsversuch entlarvt. (Monitor-Dienst Asien, 28.12.1979).

Unmittelbar nach dem Angriff begannen die sowjetischen Truppen, im Umkreis von 10 km einen Verteidigungsring um Kabul zu legen, um sich vor erwarteten Angriffen der islamischen Rebellen zu schützen.
In seiner Regierungsantrittsrede, die am 27. Dezember von Radio Kabul ausgestrahlt wurde, hatte Karmal zwar versöhnliche Worte an die gläubigen Moslems gerichtet und die „Achtung vor der heiligen islamischen Religion", die Schaffung von Arbeitsplätzen, die Freilassung von politischen Gefangenen sowie „demokratische Freiheiten" versprochen (Monitor-Dienst Asien, 28.12.1979).
Die islamischen Rebellenorganisationen jedoch sehen im Führungswechsel in Kabul nur „einen weiteren Trick der Sowjetunion, dem afghanischen Volk ihren Willen aufzuzwingen" (FR 29.12.) und erklärten, sie würden mit der neuen afghanischen Regierung nicht verhandeln.
Die ausländischen Besatzer haben denn auch mit starkem Widerstand der Moslems zu rechnen. Am 1. Januar holten sie zu einer Großoffensive gegen die Rebellen aus, in deren Verlauf auch Napalm eingesetzt wurde und die zu einer Verstärkung des Flüchtlingsstroms führte (FAZ 3.1.).
Wo zur Zeit noch gekämpft wird und welche Kräfteverhältnisse vorherrschen, geht aus den spärlichen Zeitungsberichten nicht eindeutig hervor. So sollen etwa Widerstandskämpfer die nordwest-afghanische Garnisonsstadt Herat besetzt und dort alle politischen Gefangenen befreit haben (FR 4.1.1980). Andere Meldungen lauten, daß die Sowjets alle größeren Städte des Landes unter ihrer Kontrolle haben. Offensichtlich tun sie sich jedoch schwer, mit dem islamischen Widerstand fertig zu werden. Militärisch ist der Krieg noch nicht entschieden. Politisch hat die Sowjetunion und damit auch die Regierung Karmal schon verloren.

Warum marschierte die Sowjetunion in Afghanistan ein?
Über die Gründe, die Moskau zu der offenbar sorgfältig geplanten Invasion veranlaßt haben könnte, gibt es vielfältige Spekulationen. Mehrere mögliche Ursachen lassen sich aus der Fülle von Behauptungen, Einschätzungen und Erklärungsversuchen herausfiltern. Sie sollen hier kurz untersucht werden:

Sowjetischer Kampfhubschrauber

1. Durchsetzung von sowjetischen Interessen
Selbst wenn man auf den ersten Blick anderes vermuten könnte, liefert das Ziel der Sicherung wirtschaftlicher Interessen der Sowjetunion in Afghanistan an sich noch keinen triftigen Grund für den Einmarsch. Seit über 50 Jahren bestehen zwischen beiden Ländern enge wirtschaftliche, militärische und kulturelle Verflechtungen, die Afghanistan bereits seit langem zu einem Einflußgebiet der Sowjetunion gemacht haben.
Vorangegangen waren jahrelange harte Konkurrenzkämpfe zwischen den USA und der Sowjetunion um diese Einflußzone. Die amerikanischen und die sowjetischen Hilfsprojekte konzentrierten sich vor allem auf den Ausbau der Verkehrswege und auf eine Förderung der Exportproduktion. Während der Einfluß der Sowjetunion allmählich wuchs, blieb auch der Westen gut im Geschäft, so daß Afghanistan bis zu Beginn der 70er Jahre als echter Pufferstaat zwischen westlichen und östlichen Interessen angesehen werden konnte (vgl. blätter des iz3w Nr. 70, Juni 1978).
Erst Anfang 1979, nach der Ermordung des amerikanischen Botschafters Dubs, reduzierten di Amerikaner ihre Entwicklungshilfe in Kabul von 15 auf 3 Mio Dollar jährlich und zogen einen Großteil ihrer mehrerer tausend Berater aus Afghanistan ab. Die BRD war danach das einzige westliche Land, das Afghanistan mit ca. 33 Mio Mark jährlich noch substantiell Hilfe leistete (vgl. blätter des iz3w, Nr. 77, Mai 1979).
Der Einfluß der Sowjetunion war jedoch schon vorher beherrschend gewesen.
Wirtschaftshilfe von sowjetischen Experten bezog bereits König Amanullah. Unter der Herrschaft von Zahir Schah (1933 – 1973) arbeiteten 2500 sowjetische Berater in den Bereichen Wirtschaft und Verwaltung. Seit dem Dritten Fünfjahresplan (1967 – 1971) ist die Sowjetunion an der Wirtschaftsplanung Aghanistans direkt beteiligt (Allg. Statistik des Auslands, Länderkurzberichte Afghanistan, 1976, S. 23).
Bis 1973 erhielt Afghanistan mehr Entwicklungshilfe pro Kopf von der Sowjetunion als irgendein anderes Land, insgesamt ca. 1,5 Milliarden Dollar (Spiegel 7.1.1980). Seit 1973 schlossen die beiden Länder mehr als 30 Wirtschaftsverträge miteinander ab, ebenfalls seit 1973 erhielt Afghanistan von der Sowjetunion Projekthilfe in Höhe von mehr als 100 Mio Dollar (ZEIT 24.8.1979). Knapp 50 % des gesamten Außenhandels wickelt Afghanistan heute mit der Sowjetunion ab (Handbuch „Länder der Erde", DDR, zitiert nach Rote Fahne der KABD 1/80).
Ende 1978 hatte Afghanistan Auslandsschulden in Höhe von 1,9 Mrd. Dollar, davon 1,6 Mrd. Dollar bei der UdSSR (Spiegel 7.1.1980).
Auch im Bereich der **Energieversorgung** bestehen enge Verflechtungen. Für die Regierungen von Zahir Schah, Daoud (1973 – 1978), Taraki und Amin bauten die Sowjets Wasserkraftwerke und Erdgas-Pipelines. Bezahlen läßt sich Moskau seine Wirtschaftshilfe nämlich in erster Linie mit afghanischem Erdgas, das seit 1967 von sowjetischen Technikern planmäßig ausgebeutet wird. 1973/74 betrug der Erdgasexport in die UdSSR 200 Millionen Kubikmeter (Allgemeine Statistik des Auslandes, Länderkurzberichte Afghanistan 1976). Bis 1985 wurde die Lieferung von ca. 70 Milliarden Kubikmeter Erdgas vereinbart; zusammen mit den iranischen Lieferungen (vereinbart: 140 Milliarden Kubikmeter bis 1985) sollte das afghanische Erdgas die transkaukasischen und zentralasiatischen Sowjetrepubliken weitgehend vom zentralen Energieversorgungssystem Moskaus unabhängig machen (NZZ 10.1.1980). Der Erdgasexport stellt heute 10 - 15 Prozent des afghanischen Gesamtexports dar (Handbuch „Länder der Erde", a.a.O.).
Infrastrukturelle Maßnahmen waren ein weiteres wichtiges Instrument, Afghanistan dem sowjetischen Einflußbereich zu unterwerfen. Die Flughäfen Kabul, Herat und Kandahar wurden mit sowjetischer Hilfe ausgebaut. Seit Mitte der 60er Jahre bauten Sowjets und Amerikaner gemeinsam eine panzerfeste Asphaltstraße von der iranischen Grenze über Herat und Kandahar nach Kabul. Von dort führt ein von den Sowjets erbautes ebenfalls panzerfestes Straßenstück über das Hindukusch-Gebirge (Salang-Tunnel) direkt zur sowjetischen Grenze. Die großen Straßen Afghanistans bilden einen Ring rund um das Land, der strategisch gut zu kontrollieren ist. Während die Amerikaner die Straßen nach Pakistan und in den Iran bauten, haben die Sowjets sich besonders auf den Ausbau der Nord-Süd-Verbindung konzentriert und insbesondere die Strecke Termez (sowjetische Grenze) – Kabul um ein Drittel verkürzt.
Auch im **kulturellen Bereich** hat die Sowjetunion ihre Fäden geknüpft. Mit ihrer Hilfe entstanden zahlreiche Schulen, besonders Fachschulen, im ganzen Land. Zahlreiche afghanische Studenten erhielten Stipendien, um in der UdSSR zu studieren.
Bleibt die **militärische Zusammenarbeit**: seit 25 Jahren wird die afghanische Armee vorrangig mit sowjetischen Waffen ausgerüstet, werden afghanische Offiziere bevorzugt in der Sowjetunion ausgebildet. Man schätzt, daß sich in den letzten Jahren etwa 1500 sowjetische Militärberater in Afghanistan aufhielten, vielfach wurden Bombeneinsätze gegen aufständische Dörfer von sowjetischen Piloten geflogen.
Schließlich sind es **strategische Interessen**, die Afghanistan für die Sowjetunion so bedeutsam machen: mit Afghanistan als potentiellem Aufmarschgebiet ist es nur noch ein relativ kleiner Schritt über Pakistan zum Indischen Ozean und damit zum lang angestrebten Warmwasserhafen.
Auf verschiedener Ebene bestanden und bestehen also zwischen der Sowjetunion und Afghanistan enge Verflechtungen. Die Kontrollausübung über Afghanistan, die in langen Jahren geschaffen worden ist, stellt im politischen Kalkül Moskaus eine wichtige Komponente dar. Den Einmarsch in das Nachbarland allerdings erklärt nur eine Situation, in der diese Kontrolle nicht mehr, wie bisher, mit „friedlichen" Mitteln möglich war oder schien bzw. in der die treue Ergebenheit Afghanistans nicht mehr als gesichert gelten konnte (vgl. Punkt 3 dieses Abschnitts).

2. Inhumane Praktiken der Regierung Amin
Ein Argument, das in der Presse häufig genannt wurde und insbesondere schon seit Herbst 1979 auftauchte, lautet dahingehend, die Sowjetunion sei mit dem brutalen Vorgehen Amins gegen die afghanische Bevölkerung unzufrieden,

wünsche eine „sanftere Gangart", nicht zuletzt auch, um die Ideen des Sozialismus unter den Afghanen nicht noch stärker als bisher schon geschehen zu diskreditieren.
In der Tat hat Moskau Amins Einfluß schon seit Sommer 1979 zurückdrängen wollen und entsprechendes Vorgehen auch von Taraki verlangt. Von der Machtergreifung Amins muß die Sowjetführung überrascht worden sein. Breschnews Glückwunschtelegramm, das kaum mehr als kühle Höflichkeit enthält, spricht eine deutliche Sprache.
Gesichert scheint auch, daß man in Moskau gute Miene zum bösen Spiel machte, unter der Hand aber nach einer „Integrationsfigur" für das Amt des afghanischen Staatschefs suchte, die auch in der Lage sein sollte, den islamischen Widerstand zu brechen.
Die Interpretation, Amin sei nicht human genug gewesen, hätte den Sozialismus diskreditiert und sei deshalb gestürzt worden, steht jedoch in krassem Widerspruch zum brutalen Charakter der Invasion selber. Weder gehen die Sowjets sanfter mit den Aufständischen um als Amin, noch hat ihr Einmarsch in der afghanischen Bevölkerung Sympathien für das sozialistische Modell hervorgerufen – vom jeweiligen Gegenteil hat man stattdessen auszugehen. Dicses Argument hilft also nicht weiter.

3. Der Machthunger Amins und die islamische Bedrohung
Differenzierter ist da schon die Auffassung, daß Amin ein zu unsicherer Bündnispartner für die Sowjetunion gewesen sei. Geht man davon aus, daß die Moskauer Führung ein grundlegendes Interesse hat, in Afghanistan einen absolut ergebenen Vasallenstaat zu wissen – eine These, die oben entwickelt wurde – so leuchtet ein, daß dieses Ziel schon unter der Regierung Taraki gefährdet war. Taraki konnte zwar als treuer Gefolgsmann Moskaus gelten, war jedoch nicht in der Lage, die internen Widersprüche Afghanistans aufzufangen. Soziale Reformen, die das Land bitter nötig gehabt hätte, versuchte er bürokratisch-zentralistisch, und als das nicht funktionierte, mit nackter militärischer Gewalt durchzusetzen, was ihm jedoch nur noch mehr Widerstand eintrug (vgl. blätter des iz3w Nr. 77).
Amin erbte nicht nur Tarakis Schwierigkeiten, sondern war durch die führende Rolle, die er in der Durchsetzung repressiver Maßnahmen unter der Regierung Taraki innegehabt hatte, im Volk noch mehr verhaßt als sein Vorgänger. Insofern konnte er dem wachsenden Widerstand natürlich erst recht nicht Einhalt gebieten.
Für die Sowjetunion waren jetzt offensichtlich zwei Faktoren entscheidend: zum einen Amins Eigensinn und seine Unberechenbarkeit, die er zuletzt während seines Coups vom September unter Beweis gestellt hatte.
Im Gegensatz zu Taraki vertrat Amin die selbstbewußte Auffassung, die Sowjetunion und Afghanistan seien „gleichberechtigte Brüder". (In einem Interview sagte er: „Wir haben mit der Sowjetunion vieles gemeinsam, trotzdem sind wir in unseren Entscheidungen frei." ZEIT 17.8.1979). Offensichtlich ist, daß Amin damit eigene Machtinteressen verfolgte. Das machte ihn in sowjetischer Sicht zu einem unzuverlässigen Bündnispartner.
Zum zweiten war man in Moskau zu der Einschätzung gelangt, daß Afghanistan zur Zeit nicht mehr mit „friedlichen Mitteln" zu kontrollieren sei: die täglich wachsende islamische Widerstandsbewegung hatte bei aller Zerstrittenheit der einzelnen Oppositionsgruppen doch bewirkt, daß die Kabuler Zentralregierung die Kontrolle über das Land praktisch verloren hatte. Im September bereits hatte sich in Hazarajad in Zentralafghanistan eine islamische Gegenregierung gebildet, die Steuern und Zölle erhob und ihre eigene Gerichtsbarkeit hatte (Le Monde 5.10.1979). Das Regime zehrte sich in Abwehrkämpfen an mehreren Fronten auf, die soziale Basis, auf die sich Amin stützen konnte, wurde täglich schmaler.
In dieser Situation scheint Moskau befürchtet zu haben, das Land, das seit Jahren als Vasallenstaat aufgebaut worden war, könne ihm aus der Hand gleiten, falls die Rebellen die Oberhand gewännen. Die Ereignisse im Iran mögen diese Vorstellung durchaus belebt haben.
Es galt also, die Verhältnisse in Afghanistan zu stabilisieren, sprich: die Rebellenbewegung zu zerschlagen, ehe sie noch weiter erstarkte; dies aber war eine Aufgabe, die die afghanische Armee allein nicht leisten konnte.
Möglicherweise strebte die Sowjetunion nicht nur die Stabilisierung der Lage in Afghanistan selber an.
Unter Umständen sollte auch ein eventuelles Übergreifen der Unruhen auf die 50 Mio moslemischen UdSSR-Bürger verhindert werden, die in den südlichen Sowjetrepubliken leben. Doch ist diese Einschätzung ebenso umstritten wie die These, die Sowjetunion hätte sich durch einen möglichen Einmarsch der USA in den Iran bedroht gefühlt.

Sturm auf das Gefängnis in Kabul.

Sicher scheint hingegen, daß die Verhältnisse in Afghanistan selbst stabilisiert werden sollten, um ein Abgleiten des Landes in den erstarkenden Block der islamischen Länder zu verhindern und Moskaus langfristige strategische, sicherheitspolitische und wirtschaftliche Interessen in der Region absichern zu helfen.
In dieser Situation, in der sich Moskau offensichtlich nur von einer massiven militärischen Intervention Erfolg versprach, war ein Staatsoberhaupt wie Amin mit eigennützigem Machtstreben nicht länger tragbar und mußte durch einen loyalen Oberstatthalter ersetzt werden.
Als eine Vertrauensperson gilt den Sowjets eher Babrak Karmal, dessen Parteiflügel „Parcham" sich seit Sommer

1978, sofern nicht im Gefängnis, im osteuropäischen Exil aufhielt und schon seit einiger Zeit als „Moskaus heimliche Reserve" angesehen wurde.
Eingesetzt wurde Karmal von der Sowjetunion also nicht, damit die geplagte afghanische Bevölkerung aufatmen könnte. Unter diesem Aspekt ist Karmal sowieso chancenlos.
Um in der Bevölkerung nur ein Fünkchen Sympathie zu erlangen, müßte er ein anderer Mensch und dürfte er nicht das Ziehkind Moskaus sein. Er müßte nationalistisch, unabhängig, tolerant gegenüber der Religion und human gegenüber politischen Gegnern auftreten. Alles dieses tut er nicht, im Gegenteil. Und die Moskauer Strategen haben es auch nicht anders erwartet. Sie haben ihn eingesetzt, weil sie sehen, daß sie sich den sowjetischen Einfluß in Afghanistan zur Zeit nur durch starke militärische Präsenz sichern können und weil sie dafür eine ihnen ergebene Figur als Präsidenten brauchen, der sie ungehindert agieren läßt. Ein eigensinniger Kopf als Staatsoberhaupt wäre da äußerst lästig gewesen. Karmal hingegen applaudiert den Besatzern.

Internationale Reaktionen

Auf internationaler Ebene hat die sowejtische Invasion fast einhellig Empörung hervorgerufen.
Von besonderem Interesse sind dabei neben der Reaktion der USA vor allem die Stellungnahmen des Ostblocks und der blockfreien Staaten – schließlich hat sich die Sowjetunion mit Afghanistan zum ersten Mal in ihrer Geschichte ein „blockfreies" Land einverleibt.
Daß die Blockfreien auf offizieller Ebene nicht reagierten, verwundert dabei kaum, handelt es sich doch, wie gerade auch die Konferenz in Havanna im September 1979 zeigte, um einen politisch äußerst heterogenen Zusammenschluß.
Aber sogar der Sprecher der Blockfreien, Kuba, hüllt sich in Schweigen, nachdem es den Prager Einmarsch 1968 lautstark gutgeheißen hatte. Es kann angenommen werden, daß die Kubaner mit der Besetzung eines blockfreien Landes durch den großen Verbündeten doch ihre ideologischen Schwierigkeiten haben, selbst wenn sie die Invasion aufgrund ihrer Abhängigkeit von sowjetischer Wirtschafts- und Militärhilfe nicht öffentlich verurteilen (vgl. FR 12.1.1980).

Überhaupt fällt auf, daß zahlreiche mit der Sowjetunion verbündete Länder der Dritten Welt und des Ostblocks nur sehr zurückhaltend Stellung zum Einmarsch in Afghanistan nahmen.
Zwar stimmten in der Vollversammlung der UNO am 14. Januar außer der Sowjetunion noch 17 eng mit ihr verbündete Staaten gegen eine Resolution, die die Invasion verurteilt und alle ausländischen Truppen zum sofortigen Rückzug aus Afghanistan auffordert, doch enthielten sich 18 andere Länder, die man nicht alle der Sowjetfeindlichkeit zeihen kann, der Stimme, während etwa Rumänien seinen Protest durch Abwesenheit während der Abstimmung kundtat.
Aber auch die Staaten, die die Resolution ablehnten, zeichneten sich in der Begrüßung des Einmarsches nicht eben durch großen Eifer aus. Es sind alles Länder, die sich direkt im Machtbereich der Sowjetunion befinden, von deren Wirtschaftshilfe abhängig sind oder die Stärke Moskaus als militärischen Faktor notgedrungen respektieren müssen.
Die beiden einzigen Ostblockländer, die den Einmarsch auch in ihren offiziellen Stellungnahmen nicht begrüßten, sind Jugoslawien und Rumänien, wobei Jugoslawien die Prinzipien der Blockfreiheit – Unabhängigkeit und territoriale Integrität für jedes Land – noch einmal offen in Erinnerung rief. Besonders Jugoslawien, das seit langem eine Politik der relativ gleichgroßen Distanz von Moskau und Washington betreibt, auch aber Rumänien, das einen äußerst vorsichtigen Kurs der Unabhängigkeit von Moskau eingeschlagen hat, haben Anlaß, sich durch das Vorgehen der Sowjetunion in Afghanistan bedroht zu fühlen (vgl. FAZ 2.1.80).

Aber auch Länder wie Polen und Ungarn scheinen ihre offiziellen, den Einmarsch begrüßenden Stellungnahmen erst nach einigem Nachhelfen der Sowjetunion formuliert zu haben. Die Presse beiderLänder informierte ihre Leser erst zu einem relativ späten Zeitpunkt und sehr zurückhaltend – meist aus westlichen Nachrichten zitierend – über die Vorfälle in Afghanistan (FAZ 2.1., Stgt. Ztg. 12.1., NZZ 10.1. und 13.1.1980). Für beide Länder kann man davon ausgehen, daß sie aufgrund eigener bitterer Erfahrungen prinzipiell empfindlich gegen ausländische Invasionen sind.

Die künftige Entwicklung der Beziehungen der Ostblockstaaten zur Sowjetunion wie auch die interne Entwicklung in den einzelnen Ländern kann jedenfalls mit Spannung erwartet werden.Die Widersprüche zwischen offiziellen Stellungnahmen und tatsächlichem Empfinden in diesen Ländern liegt auf der Hand und sind mit Sicherheit keine propagandistische Erfindung der hiesigen bürgerlichen Presse.
In einer durch die Geiselnahme in Teheran gespannten Lage traf die sowjetische Invasion die USA, denen weitgehend die Hände gebunden sind. Mittlerweile haben die USA zwar verschiedene, vor allem wirtschaftliche, Sanktionen gegen die UdSSR verfügt, doch hat Präsident Carter mehrmals angedeutet, daß an eine direkte militärische Antwort der USA auf die veränderte Weltlage nicht zu denken sei.
Zu den wichtigsten Strafmaßnahmen der USA gehört die Einstellung von Getreidelieferungen an die Sowjetunion in Höhe von 17 Millionen Tonnen (vertraglich bereits zugesicherte 8 Millionen Tonnen werden geliefert). Diese Maßnahme wird sich nicht direkt auf die Getreideversorgung der Sowjetbevölkerung, sondern eher auf die Nutzviehbestände und damit langfristig auf die Fleischversorgung auswirken, doch dürfte dieses Ergebnis Moskau ebensowenig zu einem Rückzug aus Afghanistan bewegen wie der Exportstop für moderne Technologien, die Kürzung sowjetischer Fischereirechte, der Abzug diplomatischen Personals und die anderen geplanten Maßnahmen.
Mehr als ein Signal kann in den Sanktionen also kaum gesehen werden. Zudem wird ihre Wirksamkeit dadurch beschränkt, daß sich Argentinien, das zu den größten Welt-Getreideexporteuren zählt (die USA, Kanada, Australien und Argentinien stellen zusammen 85 Prozent des Weltangebots) an den Boykottmaßnahmen nun doch nicht beteiligen will (der größte Handelspartner der argentinischen Militärs ist die Sowjetunion! Vgl. NZZ 8.1.1980, Stgt. Ztg. 12.1.1980). Auchn die EG steht der Aufforderung, sich am Boykott der Amerikaner zu beteiligen, eher zögernd gegenüber.

Und schließlich ist spätestens seit Rhodesien bekannt, auf welche Weise multinationale Firmen beschlossene Sanktionen wirkungsvoll durchbrechen können – von allen diesen Maßnahmen dürfte also Moskau nicht so schwer getroffen werden, daß es sich daraufhin zum Rückzug aus Afghanistan entschließt. Versorgungsengpässe der Bevölkerung in den Ostblockstaaten sind dagegen schon zu erwarten.
Weltpolitisch weiterreichende Folgen scheint hingegen die massive amerikanische Aufrüstung potentieller oder tatsächlicher Bündnispartner zu haben.
Millionenkredite an Länder wie Israel, Ägypten und die Türkei für die Gewährung von Militärstützpunkten, Waffen, Nahrungsmittel und Dollars an Pakistan (das erst 1979 wegen Baus einer eigenen Atombombe von einem amerikanischen Waffenembargo und einer massiven Kürzung der Finanzhilfe getroffen worden war), angereichertes Uran an Indien, das angesichts der Waffenlieferungen an Pakistan

gereizt reagierte – dieses sind Maßnahmen, die international wie auch auf einzelstaatlicher Ebene gravierende Folgen haben dürften.
Besonders drastisch reagierte der amerikanische Imperialismus gegenüber den Ländern am persischen Golf. Diese Region wurde in der sogenannten Carter-Doktrin flugs zum Einflußgebiet des Westens erklärt. Man werde die Golfstaaten mit ihren Ölquellen notfalls mit Waffengewalt verteidigen, hieß es aus Washington, und sie vielleicht in die Nato aufnehmen. Die betroffenen Völker wurden dabei ebensowenig um ihre Meinung gefragt, wie die Afghanen von der Sowjetunion.
Das Ausmaß der Kräfteverschiebungen in Asien läßt sich zur Zeit noch kaum abschätzen. Etwa über die künftigen Aktivitäten der VR China, Pakistan und den Iran – und damit die moslemische Oppositionsbewegung in Afghanistan – im Kampf gegen die Sowjetunion zu unterstützen, läßt sich im Moment genausowenig Konkretes vermuten wie über den Erfolg der amerikanischen Strategie, reaktionäre Regimes aufzurüsten oder über eine enge Zusammenarbeit zwischen Indien und der Sowjetunion.
Eine weitere offene Frage ist, wie stark sich die islamischen Länder insgesamt in Afghanistan engagieren werden; nicht zuletzt von ihrer Unterstützung wird abhängen, ob die Rebellenbewegung einen militärischen Sieg über die ausländischen Besatzer erzielt.
Auf der Sonderkonferenz der islamischen Staaten in Islamabad wurde die Invasion jedenfalls einstimmig verurteilt.
Sicher scheint bislang nur, daß die Invasion erhebliche Kräfteverschiebungen im asiatischen Raum hervorgerufen hat, daß die Großmächte in ein neues Stadium militärischer Konkurrenz und gegenseitiger Bedrohung eingetreten sind und daß die Bevölkerung in den betroffenen Ländern von dieser Entwicklung allemal Nachteile zu erwarten hat.
Ebenso sicher ist schließlich, daß der sowjetische Einmarsch zahlreichen westlichen Medien als Rechtfertigung für eine verantwortungslose Kriegshetze, für ein Hochputschen reaktionärer Vergeltungswünsche dient. So klar die sowjetische Invasion als Überfall auf ein fremdes Land zu verurteilen ist, so entschieden muß man der gefährlichen Kriegshetze, die derzeit in den westlichen Medien entfesselt wird, entgegentreten.

Die Lage in Afghanistan und die Schwierigkeiten der Linken

Über die derzeitige politische Situation in Afghanistan, insbesondere über das Ausmaß der Kämpfe, die Verwicklung der einzelnen Kampfparteien, liegen nur widersprüchliche Berichte vor. Allgemein wird für das Frühjahr, wenn der Schnee geschmolzen ist, mit einem Aufflammen der Kämpfe gerechnet.
Die islamischen Widerstandsgruppen, die sich um einen Zusammenschluß bemühen, halten an ihrem Willen fest, einen „Heiligen Krieg" bis zur Ausrottung der sowjetfreundlichen Regierung zu führen (Monitor-Dienst 22.1.1980).
Wiewohl Karmal in den letzten Tagen von einer Generalamnestie tönte und im Ausland lebende Afghanen aufforderte, in ihre Heimat zurückzukehren, scheint es doch zur Zeit drastische Säuberungen unter den Gegnern des Regimes zu geben. Auch Mitglieder des Khalq-Flügels der Demokratischen Volkspartei, die Kritik am sowjetischen Einmarsch äußerten, sollen umgebracht worden sein; von täglichen Erschießungen unter den politischen Häftlingen wird berichtet (Monitor Dienst 22.1.1980).
In einer verzweifelten lage befinden sich auch die Flüchtlinge, die in pakistanischen Lagern leben. Offiziell sind eine halbe Million Flüchtlinge vom UNO-Flüchtlingskommissariat registriert, in Wirklichkeit dürften es jedoch mehr sein. (Ein Spendenaufruf, der in der TAZ vom 14.11.1979 veröffentlicht wurde, geht von 1,5 bis 2 Millionen Flüchtlingen aus – das hieße, daß jeder 10. Afghane aus seiner Heimat geflohen wäre.) Die Flüchtlinge werden zwar durch das UNO-Kommissariat und die pakistanische Regierung pro Tag und Person mit 1 Rupie (d.h. etwa 80 Pfennig) unterstützt (TAZ 20.11.79), auch hat die EG beschlossen, Nahrungsmittel und sonstige Nothilfe im Wert von 17,8 Mio Dollar an die Flüchtlinge zu schicken, doch reicht diese Hilfe bei weitem nicht aus. Ein französisches Ärzteteam berichtete unlängst, daß 80 Prozent der in den pakistanischen Lagern lebenden Menschen aufgrund der bitteren Kälte und infolge von Unterernährung an Lungeninfektionen litten (Monitor-Dienst 23.1.1980).
Indessen bemüht sich Karmal immer noch um Legitimation. So gab ersich offensichtlich Mühe, bei der Regierungsbildung eine möglichst breite Grundlage für das Kabinett und den Revolutionsrat zu schaffen (NZZ 16.1.) und kündigte neben einer Amnestie auch an, daß das Staatswappen und die Nationalflagge (die erst im Sommer 1978 neu eingeführt worden war) geändert werden sollten. Nicht müde wird er zu beteuern, daß in weniger als einem Monat Ordnung und Gesetzlichkeit im Lande herrschen würden, und daß im Frühjahr die steckengebliebene Landreform mit neuer Kraft fortgesetzt werden würde (Monitor-Dienst 25.1.1980).
Sein neuster Einfall zur Rechtfertigung der sowjetischen Invasion: es sei inzwischen unwiderlegbar erwiesen, daß Amin und seine Mitarbeiter auf Anweisung des CIA gemeinsam mit den Führern der reaktionären „Islamischen Partei Afghanistans" (Hezb-e-Islami) einen Putsch für den 29.12.1979 geplant hätten, der der Errichtung der persönlichen Diktatur Amins und damit der Verunglimpfung und Unterminierung der glorreichen April-Revolution (von April 1978) dienen sollte (so eine Unterrichtung der sowjetischen Nachrichtenagentur TASS durch den neuen afghanischen Innenminister, vgl. Monitor-Dienst 22.1.1980). Eine eigenwillige Sichtweise der Geschehnisse, gewiß.
Aber weder derartig abenteuerliche Geschichten noch sämtliche Beteuerungen der Regierung werden Karmal und seinen Freunden je breite politische Unterstützung der

Mitglied der „Islamischen Partei Afghanistan" erschießt einen kommunistischen Lehrer.

Bevölkerung gewinnen. Das ist nicht verwunderlich. Wenn auch die Machthaber in den letzten 21 Monaten gewechselt haben, so ist doch ihr Ziel im wesentlichen gleich geblieben. Es heißt (zumindest in den offiziellen Proklamationen): Durchführung der Modellrevolution in Afghanistan und Überwindung des Feudalismus durch die Errichtung der Diktatur des Proletariats. Und das in einem Land, in dem 80 Prozent der Bevölkerung auf althergebrachte Weise von der Landwirtschaft lebt.
Falls einem bei den ersten Reformansätzen der Taraki-Regierung noch Begriffe wie „politisch sinnvoll", „fortschrittlich" oder „sozialistisch" in den Sinn kamen, so geraten diese Worte angesichts der brutalen Realität, in der ein Regime seine „marxistisch-leninistische" Linie mit Panzern und Bomben gegen das eigene Volk verteidigen muß, zu zynischen Phrasen – zumal wenn man bedenkt, daß die jeweiligen Machthaber es verstanden, eine ganze Reihe persönlicher Ambitionen und Bereicherungen mit ihren ach so fortschrittlich klingenden Programmen zu verbinden.
Wenn sich unser Begriffsschema („Fortschrittlich/reaktionär") angesichts des Krieges gegen die afghanische Bevölkeung umwandelt, ist dann die islamische Bewegung im Land, von mir als rückschrittlich apostrophiert, in Wirklichkeit vielleicht fortschrittlich? Es wäre schön, wenn die Dinge so einfach wären – mancher enttäuschte Linke wäre der Qual der Orientierungslosigkeit enthoben. Die Erkenntnis, daß es unter den islamischen Gruppen verschiedene ideologische Strömungen gibt, daß der Islam zunächst ein einigendes Moment im Kampf gegen politische Einflußnahme von außen (von Seiten der Sowjetunion, aber auch westlicher Mächte) bildet und daß die Lehre des Koran für sich genommen, nichts „Reaktionäres" ist, sollte einen nicht zu der euphorischen (Fehl)Einschätzung hinreißen, die Widerstandskämpfer führten den wahrhaft revolutionären Kampf um den sozialen Fortschritt.
In einem Land wie Afghanistan mit jahrhundertelang verkrusteten Sozialstrukturen, dessen Bevölkerung größtenteils in bitterer Armut und Unwissen lebt, können reaktionäre Strömungen in der Geistlichkeit oft großen Einfluß erringen, wenn es auch andere Richtungen geben mag. Aber die sich den Ansätzen der Landreform und zur Alphabetisierung von Anfang an und am entschiedensten widersetzten, waren neben Großgrundbesitzern **reaktionäre** Mullahs, die um ihren Einfluß fürchteten, und denen sich erst nach und nach weitere islamische Kreise anschlossen. Insofern steht die islamische Opposition zur Zeit zwar für den Wunsch der Bevölkerung nach Selbstbestimmung, frei von ausländischem Einfluß, aber eben **nicht** per se für den Kampf um Fortschritt und Gerechtigkeit. Das genau macht ihre Unterstützung so schwierig, wenn nicht unmöglich.
Es steht zu befürchten, daß die afghanische Bevölkerung noch einen langen leidvollen Weg bis hin zu tatsächlicher Unabhängigkeit und sozialem Fortschritt vor sich hat.

Stand: 25.1.1980 sh

Der Widerstand ruht in den Dörfern

Nachdem, was wir aus der Presse und von Augenzeugen über die aktuellen Zustände in Afghanistan erfahren, wird sich der Widerstand gegen das Regime in Kabul und gegen die russische Armee in Zukunft noch verstärken. Ich möchte im folgenden auf die gesellschaftlichen Verhältnisse, die diesen Widerstand begründen, eingehen. Die Legitimation für den Putsch vom 27. April 1978, durch den die („Kommunistische") Khalq-Partei an die Macht gelangte, wurde mit der Notwendigkeit eines allgemeinen sozialen Wandels begründet. So schrieb der damalige Ministerpräsident Taraki gleich zu Anfang seines Regierungsantritts, daß es der neuen Regierung um die „Abschaffung ökonomischer Rückständigkeit, den Aufbau einer unabhängigen nationalen Wirtschaft, die Beschleunigung der Wachstumsrate, die Entwicklung und Modernisierung der Landwirtschaft und Viehzucht, die Industrialisierung des Landes und um die Verbesserung des Lebensstandards der Volksmasse" ginge.
Nach einigen einleitenden Maßnahmen wurde am 2. Dezember 1978 die Landreform begonnen. Sie war das erklärte Kernstück der Regierungspolitik un mit ihrer Umsetzung begann sich der Widerstand zu formieren, der von Seiten der Regierung zunehmend mit brutalen Terrormaßnahmen beantwortet wurde. Dieser von den Dörfern ausgehende Widerstand ist umso erstaunlicher, als Afghanistan keine Tradition des bäuerlichen Widerstandes kennt.
Bis auf wenige Ausnahmen gab es in Afghanistan keine Stadtansässigen Großgrundbesitzer. Das bäuerliche Ernteergebnis wurde und wird vielmehr im wesentlichen im Dorf selbst umverteilt. Nur ein ganz geringer Teil gelangt als Steuern an die übergeordneten Zentralinstanzen. Das hat mit der Aufsplitterung der afghanischen Gesellschaft zu tun: zwar erhielt Afghanistan im 19. Jahrhundert feste Grenzen und wurde damit formal zu einem Staat, doch verfügte die Zentrale bis in die jüngste Zeit kaum über Machtmittel, ihren Herrschaftsanspruch etwa in Form einer geregelten Verwaltung, eines funktionierenden Gerichtswesens und vor allem eines effizienten Steuersystems über die wichtigsten zentralen Städte hinaus durchzusetzen. Damit blieb in weiten Teilen Afghanistans eine lokale Autonomie unterhalb des staatlichen Verwaltungssystems – und damit das Überleben herkömmlicher Institutionen – gewährleistet.
Die wichtigsten dieser Institutionen sind die Mittelsmänner und das System der Gegenseitigkeit. Die Mittelsmänner stehen an der Spitze der politischen und ökonomischen Hierarchie des Dorfes und bilden zugleich die Kupplung zwischen dem Dorf und den überdörflichen Institutionen. Ihre Funktion ist ambivalent.
Als politischer Mittler zwischen dem Staat und ihrer eigenen dörflichen Gefolgschaft, die sich aus Verwandten und ihrer Klientel zusammensetzt, richtet sich ihr Interesse einerseits auf die Übernahme von Positionen in der sich etablierenden Provinzbürokratie. Andererseits sind sie für den Schutz der von ihnen Abhängigen vor staatlichen Ein- und Übergriffen verantwortlich.
Auch im Dorf selbst haben sie vermittelnde Funktionen in der formellen und informellen Schlichtung von Konflikten. Diese politischen Funktionen sind mit ökonomischen verbunden. Die Mittelsmänner sind im allgemeinen Großgrundbesitzer. Über Investitionen in den Bazar oder als Kreditgeber sind sie mit den Bazarhändlern verbunden – diese sind in vielen Fällen Familienmitglieder dieser Mittelsmänner und Großgrundbesitzer. Die Mittelsmänner sind normalerweise die reichste Schicht im Dorf. Sie schöpfen einen Großteil des bäuerlichen Mehrprodukts ab und profitieren gleichzeitig am Bazarhandel, wo die Bauern sich aufgrund ihrer Armut in der Regel stark verschulden müssen. Dieser

ökonomischen und politischen Vorrangstellung der Mittelsmänner entsprechen aber auch Verpflichtungen innerhalb eines Gegenseitigkeitssystems. Dieses Gegenseitigkeitssystem ist in persönlichen Beziehungen zwischen der dörflichen Oberschicht und der von ihr abhängigen Bauern und Dorfhandwerker begründet. So ist diese Oberschicht zu materiellen und sonstigen Hilfeleistungen, aber insbesondere zur Gewährung von Krediten verpflichtet. Dementsprechend ist in den Augen des Kreditnehmers Verschuldung und Gewährung von Hilfe dasselbe. Beides wird mit dem gleichen Begriff – Komak – bezeichnet.

Das Janusgesicht des Pachtsystems

Ähnlich verhält es sich mit den Pachtsystemen. In der Regel wird von einer Grundbesitzerfamilie nur der Teil ihres Landes selbst bearbeitet, der der Arbeitskapazität der Familie und eventuell hinzugezogener Landarbeiter entspricht. Das übrige Land wird zu unterschiedlichen Bedingungen verpachtet. Dabei treten die Pächter in Klientelbeziehungen zu den Grundbesitzern. Die Alternative, das gesamte Land mit Hilfe von Landarbeitern selbst zu bearbeiten, bestand nicht und ist auch heute kaum verbreitet. Das Pachtsystem ist deshalb das Kreditsystem einer durchaus janusköpfigen Institution. Durch eine unverhältnismäßig niedrige Bewertung der Arbeitskraft trägt sie zur Ausbeutung der Bauernschaft bei, integriert jedoch andererseits die durch Verschuldung landlos gewordenen oder am Rande der Subsistenz produzierenden Bauern durch die Möglichkeit der Zu- oder Teilpacht wieder in den dörflichen Arbeits- und Sozialzusammenhang.

Pachtsysteme, die Möglichkeit der Verschuldung, das Schlichten von Streitfällen, die Vertretung dörflicher Interessen gegenüber dem Staat und eine Reihe weiterer Formen der innerdörflichen Umverteilung des Mehrprodukts mildern die Ausbeutung und sichern der aus abhängigen Kleinbauern, Pächtern, Landarbeitern und Dorfhandwerkern bestehenden Klientel ihr Überleben. Die Loyalitäten dieser Klientel beziehen sich deshalb vorrangig auf die Mittelsmänner. Die politische Interessenorganisation entlang von Klassenlinien innerhalb eines Dorfes ist deshalb kaum oder gar nicht zu finden.

Landreform: Befreiung für die dörfliche Unterschicht?

Diese Verhältnisse sollte die Landreform aufbrechen. Das stellte damit zum ersten Mal in der Geschichte Afghanistans den Versuch dar, direkt in die soziale Organisation des Dorfes einzugreifen.

Festgesetzt wurde, daß keine Familie mehr als 6 Hektar Landes bester Qualität besitzen oder pachvten solle. Jede Familie mit mehr als 6 Hektar Grundbesitz hatte den zusätzlichen Grundbesitz entschädigungslos dem Staat zu überlassen. Auf das zur Verteilung gelangende Land hatten mehrere Kategorien von Bauern, Landarbeitern und Nomaden ein abgestuftes Anrecht. Pro Familie sollte entsprechend der Bodenqualität 1 - 10 Hektar verteilt werden. Gleichzeitig gab es den Plan für ein Starthilfeprogramm, das den Erwerb der nötigen zusätzlichen Produktionsmittel sichern sollte. Dieses Starthilfeprogramm wurde jedoch aus Mangel an Mitteln und aufgrund fehlender Verwaltungskapazitäten nicht realisiert. Es wurden weder rentable Betriebsgrößen angestrebt noch den Bauern die Möglichkeit gegeben, aus den herkömmlichen Verschuldungs- und Gegenseitigkeitsverhältnissen aufzubrechen. Hauptsächlich ging es der Regierung bei der Landreform um die Umpolung politischer Loyalitäten der dörflichen Unterschicht zur staatlichen Herrschaftssicherung.

Durch die Maßnahmen der neuen Regierung sollten die traditionalen dörflichen Sozialbeziehungen aufgebrochen werden. Dies stieß jedoch auf strukturell bedingten Widerstand. Das ist nicht zuletzt auf eine Fehleinschätzung des gesellschaftlichen Transformationspotentials Afghanistans durch die Regime Taraki/Amin zurückzuführen. Das völlige Fehlen finanzieller Mittel für ergänzende und begleitende Maßnahmen zur Unterstützung der neuen Kleinbauernschicht ließ die Umverteilung des Bodens wirkungslos bleiben. An vielen Orten sahen die potentiellen Kleinbauern ihre aussichtslose Lage als selbständige, von der innerdörflichen Vernetzung abgekoppelte Produzenten voraus. Sie verließen sich lieber auf die vorgegebenen Sozialbeziehungen und schlossen sich den natürlichen Gegnern des Regimes an: den Großgrundbesitzern und den Mittelsmännern. Das Widerstandspotential wurde auch dadurch intensiviert, daß die örtlichen Landverteilungskomitees aus Gründen der Sollerfüllung oft Ortsfremde als Kleinbauern ansiedelten. Entscheidend war ebenso die Geistlichkeit, die sich nicht allein von dem "kommunistischen" Regime vielfach schickaniert und bedroht sah, sondern auch als grundbesitzende Schicht von der Landreform betroffen wurde. Die Kaufleute und Bazaris erlebten die Zeit nach der Landreform und den damit verbundenen wirtschaftlichen Niedergang als Gefährdung ihrer Existenzbasis. Neben Militär und Polizei verblieb so der Regierung nur noch ein Verbündeter: die städtische Mittelschicht und Intelligenz. Jedoch auch diese Schicht wurde zum erklärten Gegner des Regimes, da jenes auf den wachsenden Widerstand mit zunehmenden allgemeinen Repressionen reagierte. Diese Vorwärtsstrategie der Machthaber richtete sich dabei nicht allein gegen die aufständischen Bauern, sondern gegen alle Andersdenkenden. So kam es zu willkürlichen Verhaftungen und schließlich auch zu Säuberungen in der Partei und Verwaltung.

Diese Entwicklung führte zu einer deutlichen Polarisierung zwischen den wenigen – und nach der Ermordung Tarakis noch fraktionierten – Anhängern der Khalq-Partei und der breiten Masse der Afghanen. Die Staatsführung hatte sich auf einen Mehrfrontenkampf eingelassen, der auch die letzten Reformvorhaben unmöglich machte.

Dezentraler dörflicher Widerstand

Wichtig ist jedoch festzuhalten, daß es sich bisher um einen

überwiegend dörflichen Widerstand gehandelt hat. Da er im Rahmen der herkömmlichen dörflichen Sozialbeziehungen organisiert wurde, war er entsprechend unkoordiniert, zersplittert und fraktioniert. Die Koordination reichte selten über wenige Dörfer oder Talschaften hinaus. Der Widerstand richtete sich im Wesentlichen gegen den Machtanspruch der Zentrale, die Autonomie der Dörfer aufzuheben. Mit dem Einmarsch der sowjetischen Truppen erhält der Widerstand eine zusätzliche Dimension und ein zusätzliches Motiv. Denn wenn es auch keine Tradition bäuerlichen Widerstandes gegen Grundherren gibt, so besteht sehr wohl eine lange Tradition des n a t i o n a l e n Widerstandes gegen fremde Invasion. Dieser Widerstand – so läßt sich leicht vorhersagen – wird einheitlicher und breiter als der bislang lediglich antizentralistisch ausgerichtete Widerstand werden. Im Konfliktfeld der Interessen der beiden Supermächte wird dieser Widerstand noch mehr Leid und noch größere Opfer für das afghanische Volk bedeuten, als es seit Beginn der Revolution schon zu ertragen hatte.

Jan Grevemeyer

aus: die Tageszeitung vom 23.1.1980

Die Erfahrungen des afghanischen Volkes mit der Sowjetunion

Geschichtliche Entwicklung

1000 Jahre v. Chr. wurde im Gebiet des heutigen Afghanistan der Staat Ariana gegründet. Seine Hauptstadt war Balch, bekannt als „Mutter der Städte". Sie war der Knotenpunkt vieler Handelswege, u.a. verlief durch sie die Seidenstraße aus China. Die Eroberung dieses Landes war Ziel vieler Abenteurer und Herrscher. Vor Christi Geburt gelang es Alexander dem Großen, durch langjährige mühevolle Kriege das Land zu erobern, und vor 800 Jahren verbrannte Dschingis Khan das fruchtbare Land und zerstörte alle Städte, von denen man teilweise heute noch die Ruinen sieht.

Seit Anfang der Kolonialherrschaft der Engländer in Indien und den Expansionsbestrebungen des russischen Zarenreiches, des wichtigsten Konkurrenten der englischen Kolonialmacht, war Afghanistan wegen seiner strategisch wichtigen Lage ständig verschiedensten Angriffen dieser beiden Mächte ausgesetzt. Das wichtigste Ziel Russlands war und ist auch heute noch, einen direkten Weg zum Arabischen Meer zu haben; dies mußte die englische Kolonialmacht unbedingt verhindern. Deshalb versuchte sie, durch langjährige Kriege, Bestechung einzelner Feudalherren und Völkermord Afghanistan unter ihre politische Kontrolle zu bringen, um einerseits die Expansionspolitik der Russen zu unterbinden und andererseits den Widerstand der Völker in dieser Region gegen die Kolonialherrschaft niederzuschlagen. Dreimal fielen die Englände in Afghanistan ein und wurden wieder zurückgeschlagen, dabei sind über eine halbe Million Afghanen von den Briten umgebracht worden, auf Seiten der Engländer gab es etwa 30 000 Tote.

1919, nach dem letzten Krieg, wurde Afghanistan unabhängig. Allerdings blieb Belutschistan und Paschtunistan unter der Kontrolle der Engländer, da sie vom Großvater des absolutistischen Königs Amanullah 1893 durch einen Vertrag den Engländern für Waffen und Geld überlassen worden waren. Vom Volk wurde dieser Vertrag niemals anerkannt.

Doch die Phase der Unabhängigkeit dauerte nicht lange. König Amanullah brachte das Volk durch unsinnige Verordnungen gegen sich auf. (z.B. sollten die Männer statt ihrer Turbane Zylinder tragen). Verschiedene Stämme kämpften gegen ihn, ein Analphabet aus Kalakan eroberte mit seinen Scharen Kabul und regierte dort neun Monate lang. In dem dadurch entstandenen Chaos gelang es Nader Schah, der enge Verbindungen zu den Engländern hatte, an die Macht zu kommen. Er richtete ein Terrorsystem ein. Es fanden täglich mindestens zwanzig Exekutionen von Gefangenen statt. Sie wurden direkt vor der Mündung einer Kanone gefesselt und dann wurde gezündet. Ältere Leute erinnern sich heute noch, wie man bei solchen Anlässen verschiedene Körperteile hoch über die Gefängnismauern in die Luft fliegen sah.

Nach vier Jahren Herrschaft wurde Nader Schah von einem Schüler des Amanigymnasiums erschossen.

Danach wurde sein Sohn Zahir Schah siebzehnjährig König (1933 bis 73). In dieser Zeit herrschte Armut, Hunger und brutale Unterdrückung der Volksmassen. Die Bürokratie wurde über das ganze Land ausgedehnt, die Ämter waren inoffiziell käuflich und jeder Provinzgouverneur konnte unbeschränkt mit Hilfe seiner Amtsgewalt das Volk erpressen und ausbeuten. Das Land wurde bis zum 2. Weltkrieg immer abhängiger vom britischen, deutschen, französischen und US-Imperialismus.

Zwischen 1953 und 1963 war Daud Khan, Vetter des Königs, Ministerpräsident. Er brachte das Land nach und nach in die Abhängigkeit der UdSSR. Seit dem Abschluß eines Waffenlieferungsvertrages 1955 ist die Sowjetunion der alleinige Waffenlieferant für die afghanische Armee. 4000 russische Berater fingen an, das Militär und die Wirtschaft Afghanistans zu organisieren, und alle jungen Offiziere wurden in der Sowjetunion ausgebildet.

In den sechziger Jahren formierte sich der Widerstand des Volkes gegen die Unterdrückung durch das absolutistische System zu einer Untergrundbewegung, die bedrohliche Formen annahm. Um das Volk zu beruhigen, richtete der König zwischen 1963 und 65 ein Scheinparlament ein und erließ ein Grundgesetz, das die Meinungs- und Pressefreiheit garantieren sollte. Gleichzeitig setzte er mit dieser Aktion auch Daud Khan ab, der ihm zu mächtig geworden war.

In den nächsten zehn Jahren verschlechterte sich die politische und wirtschaftliche Situation des Volkes ständig. Die Rechte, die im Grundgesetz verankert waren, wurden in Wirklichkeit niemals gewährt. Im Oktober 1965 marschierten Tausende zum Parlament, um ihre Unzufriedenheit mit den schlechten Lebensbedingungen und ihren Protest gegen die herrschende Macht zum Ausdruck zu bringen. Mit brutaler Gewalt wurde auf die Demonstranten geprügelt, Dutzende wurden mit Maschinengewehren erschossen und von Panzern überrollt. Die Armut nahm ständig zu und erreichte Anfang der siebziger Jahre ihren Höhepunkt. Ungefähr eine halbe Million Menschen verhungerten, Tausende mußten in die Nachbarländer gehen, viele verkauften ihre Kinder, um sie vor dem Verhungern zu be-

wahren. Trotz der Repression gab es ständig Demonstrationen.
Diese Situation nützte die Sowjetunion aus und inszenierte im Juli 1973 einen Militärputsch, der von der moskautreuen kommunistischen Partei als „weiße Revolution" gefeiert wurde. Daud Khan, der ehemalige Ministerpräsident, kam an die Macht und rief die Republik aus. Er setzte die Verfassung außer Kraft und übernahm in vollem Umfang die Vollmacht des abgesetzten Zahir Schah. Der Kreml hat als erste Regierung den neuen Machthaber anerkannt. Das Volk nannte Daud den „Roten Prinz".
Unter Daud besserte sich die Lage der Volksmassen nicht, die Preise und die Arbeitslosigkeit stiegen. Das Land wurde immer abhängiger von der Sowjetunion, trotz steigender Exporte von Baumwolle und Erdgas konnte die militärische Aufrüstung nicht bezahlt werden und die Schulden an die Sowjetunion wuchsen. Von Anfang an sah sich das Regime konfrontiert mit islamischen Widerstandsgruppen, die schon zu Zeiten Zahir Schahs gegen die Unterdrückung des Volkes und die Einmischung imperialistischer Mächte protestiert hatten. Aufgrund der gemeinsamen religiösen Grundlage hatten sie viel Zulauf und Unterstützung in der ländlichen Bevölkerung. In den Provinzen begannen dann auch bewaffnete Aufstände auszubrechen. Im August 1975 gab es Kämpfe in den Provinzen Konar, Djellalabad, Lagham und vor allem in Panjir, wo die Hauptstadt eine Woche lang in der Hand der moslemischen Mujaheddin war. (1)

Um das Regime gegen die revolutionäre Bewegung aus dem Volk zu schützen und seine Macht zu festigen, benützte Daud auch die alte Taktik des „divide et impera". Er spielte verschiedene Volksstämme gegeneinander aus, und er versuchte, einzelne Stammesgruppen zu Anhängern der Regierung zu machen, indem er ihnen Landgebiete und hohe Darlehen gab.
Der Geheimdienst (damals hauptsächlich von dem Partscham-Flügel der moskauorientierten Partei getragen (2) überwachte alle Bereiche des öffentlichen und privaten Lebens. Jeder, der etwas gegen das Regime sagte, wurde sofort verhaftet. Folterungen und Hinrichtungen waren an der Tagesordnung es gab Rede- und Versammlungsverbot. Doch trotz dieser Maßnahmen ließ sich der Widerstand des Volkes nicht ersticken. Außerdem öffnete Daud sein Land auch nach und nach westlichen Kapitalinteressen, um die einseitige Abhängigkeit etwas auszugleichen. Auf seinen Reisen nach Jugoslawien, der Schweiz und Saudiarabien äußerte er mehrfach, daß Kuba aus der Organisation der blockfreien Länder ausgeschlossen werden solle.
So sah die Sowjetunion ihre Interessen von zwei Seiten her gefährdet und führte im April 1978 einen zweiten blutigen Militärputsch durch. Nach vorsichtigen Schätzungen gab es dabei 10 000 Tote. Zwei Tage später übertrugen die Militärs die formelle Macht den Führern der moskauorientierten kommunistischen Partei. Taraki wurde Präsident, sein Stellvertreter Babrak Karmal und Außenminister Hafizullah Amin.

In den nächsten vier Monaten schloß Taraki 25 Abkommen mit der Sowjetunion, die Zahl russischer Militärberater stieg in kurzer Zeit um weitere 2000, außerdem waren sowjetische Berater auch in allen Ministerien, in jedem Zweig der Verwaltung und Wirtschaft tätig. Die öffentlichen Ämter wurden gesäubert von Nichtkommunisten, aber da die Partei nur wenige Mitglieder, und die hauptsächlich beim Militär

hatte, kam es, daß unausgebildete und völlig inkompetente Parteimitglieder wichtige Ämter innehatten. z.B. Hafiz (19. J.) wurde Staatsanwalt in der Hauptstadt, Al-Masi (22 J.) Vizepräsident der Nationalbank.
Gegen die moslemischen Aufständischen in den Provinzen wurden jetzt Kampfbomber eingesetzt, die Dörfer und ganze Landstriche bombardierten, teilweise mit Napalm (2). In zurückeroberten Dörfern, die verdächtig waren, die Widerstandskämpfer unterstützt zu haben, wurden alle Männer erschossen (3). Die Überlebenden mußten über die Berge in die Nachbarländer Iran und vor allem Pakistan fliehen, da ihre Felder zerstört und das Vieh getötet worden war. Doch auch diese Ausrottungstaktik konnte die Rebellenbewegung nicht zerschlagen. Im Gegenteil, es gelang ihr, sich besser zu organisieren; außerdem desertierten immer mehr Soldaten, manchmal ganze Brigaden, samt ihren Waffen und schlossen sich den Widerstandskämpfern an. (4) Trotz drohender Bombardierungen wurden die Mujaheddin immer unterstützt von der Bevölkerung, und so konnten sie nach und nach fast alle Landgebiete und ein paar Städte befreien.

Die Städte in der Hand der Regierung glichen belagerten Festungen, umgeben von Panzereinheiten. Die Repression verstärkte sich immer mehr, nächtliche Razzien, bei denen ganze Familien verhaftet und ihr Haus konfiziert wurde, waren keine Seltenheit. Im April '79 wurden innerhalb von zwei Wochen 1000 Personen verhaftet (5). Da die Bevölkerung einen großen Hass entwickelte gegen die Anwesenheit der Sowjets und es öfter vorkam, daß ein russischer Bearete Berater mitten auf der Straße umgebracht wurde, durften die Afghanen nicht einmal mehr Taschenmesser bei sich haben.
Die ganze militärische Unterdrückung des Volkes verschlang Unsummen, Anfang 1979 wurde 25 % des Staatshaushaltes für „Verteidigungszwecke" verwendet. Gleichzeitig sank die Nahrungsmittelproduktion seit 1970 ständig, 40 % der Lebensmittel müssen aus der Sowjetunion und teilweise auch aus Indien importiert werden. Die Auswirkungen bekam wieder das Volk zu spüren.Brot, einziges Nahrungsmittel für viele, ist innerhalb eines Jahres doppelt so teuer geworden.
Taraki beschuldigte im April 1979 den Iran und Pakistan, verkleidete Soldaten auf afghanisches Gebiet geschickt zu haben, um dort die Stellungen der Armee anzugreifen.
Nach Ansicht Moskaus wurden afghanische „Konterrevolutionäre" von pakistanischen, amerikanischen, chinesischen und ägyptischen Beratern zum Kampf gegen das afghanische Regime ausgebildet (6). Diese Anschuldigungen sollten die Rechtfertigung für das militärische Eingreifen der Sowjetunion gemäß Artikel 4 des Vertrags über „Freundschaft, gute Nachbarschaft und Zusammenarbeit" liefern.
Die Situation entglitt immer mehr den Händen der Regierung. Auch in Kabul kam es Ende '79 oft zu Aufständen und Soldatenrebellionen (7). Im September wurde Taraki von Amin entmachtet. Er startete noch einmal eine Großoffensive gegen die Stellungen der Moslems, bei der viele Dörfer mit Bomben und Napalm zerstört wurden und mehr Frauen und Kinder umkamen als Kämpfer. Der Flüchtlingsstrom wuchs gewaltig an, so daß inzwischen etwa eine Million Flüchtlinge auf Pakistanischer Seite in den Bergen leben (von der UNO sind nur 450 000 registriert).
Amin versuchte auch, das Regime dadurch zu retten, daß er „Respekt vor islamischen Prinzipien" versprach und die Moscheen frisch anstreichen ließ. Im November wurde die Namensliste von 12 000 ermordeten politischen Gefangenen offiziell bekanntgegeben. Die Morde wurden dem abgesetzten Taraki angelastet, obwohl jeder weiß, daß beide für die Unterdrückungsmaßnahmen verantwortlich waren.

Unterricht in einem Flüchtlingslager in Pakistan.

Schon früher hatte Amin einmal gesagt: „Ich brauche eine Million Afghanen und das Land. Die anderen sind überflüssig." (8).
Aber trotz aller Versprechungen hatte Amin keine Chance mehr beim Volk und die Tage seiner Regierung waren offensichtlich gezählt. Soldaten desertierten zu Hunderten und in Kabul kam es zu Aufständen, die blutig niedergeschlagen wurden. Die Sowjetunion, die sich 25 Jahre lang bemüht hatte, das strategisch wichtige Land in die Hand zu bekommen, wollte der Entwicklung nicht tatenlos zusehen. Schon durch die Revolution im Iran hatte sie Nachteile hinnehmen müssen. Die islamische Regierung hatte einige Verträge mit der Sowjetunion, darunter ein Militärabkommen, gekündigt. Eine islamische Regierun in Afghanistan, die vom Volk getragen wird, könnte der UdSSR auch deswegen gefährlich werden, weil in den sowjetischen Südrepubliken 50 Millionen Moslems leben, die bis in die dreißiger Jahre hinein erbitterten Widerstand gegen die russische Vorherrschaft geleistet hatten. (9).
Mitte Dezember wurden über eine Luftbrücke Tausende russischer Soldaten nach Kabul gebracht, die dann in kurzer Zeit die Hauptstadt eroberten. Präsident Amin, der angeblich die Sowjetunion um militärische Hilfe gebeten hatte, wurde samt seiner Familie erschossen. Statt dessen wurde Babrak Karmal eingeflogen, Führer der von Taraki ausgebooteten Partscham-Fraktion. Dieser beschuldigte Amin als „Faschist und Agent des US-Imperialismus" und versprach, alle politischen Gefangenen freizulassen, das Privateigentum solle künftig garantiert und der heiligen Religion des Islam gleiche Rechte zugestanden werden.
Am 6.1. wurde in der Tageszeitung „Hakikat-e-Enqelab-e-Saur" bekanntgegeben, daß während der Herrschaft von Amin Zehntausende politischer Gefangener durch Massenexekutionen umgekommen seien und Bulldozer für die Leichen Massengräber ausgehoben hätten. Die noch lebenden Gefangenen sollten freigelassen werden. Am 11.1. wurden aus dem Kabuler Gefängnis Pol-e-Charqi, in dem mindestens 30 000 politische Gefangene zusammengepfercht leben, nur 126 freigelassen. Aus Enttäuschung darüber durchbrachen Tausende der Wartenden die dreifache Postenkette der afghanischen Soldaten. Im Innenhof angelangt, wurden

sie von sojetischen Soldaten beschossen und die Gefängnistore schlossen sich hinter den Demonstranten.
Gleichzeitig mit der Luftlandung begann der Einmarsch mehrerer Divisionen von der Grenze im Norden her, und alsbald schwärmten sie in alle Richtungen aus, um den Widerstand in den Provinzen auszumerzen. Durch die Invasion der Sowjets kam es zu größeren Spaltungen in der afghanischen Armee, ganze Bataillone schlossen sich den moslemischen Kämpfern an. Truppen, die den Invasoren Widerstand leisteten, wurden in ihren Unterkünften eingeschlossen. Wegen der militärischen Übermacht der roten Armee haben die moslemischen Widerstandsgruppen schwere Verluste hinnehmen müssen. Aber trotz ihrer schlechten Bewaffnung haben sie den Kampf nicht aufgegeben und gingen, teilweise zusammen mit Einheiten der regulären afghanischen Armee zu Gegenoffensiven über. Die Sowjetunion wird sich konfrontiert sehen mit einem langandauernden Guerillakrieg in den unwegsamen Bergen Afghanistans, der ein ständiger Unsicherheitsfaktor für das von ihr installierte Regime sein wird und außerdem Geld und Soldaten kostet. Wenn sie das nicht hinnehmen will, muß sie die vollständige Vernichtung der Rebellen anstreben. Das ist ohne Völkermord, auch auf pakistanischem Gebiet, nicht möglich.

Die Rolle des Militärs

Das Militär, zuerst das afghanische und dann ihr eigenes, war für die Sowjetunion immer Ansatzpunkt und Hauptstütze für ihr Eindringen in Afghanistan.
Der erste entscheidende Schritt war der Vertrag 1955, der die Sowjetunion zum alleinigen Waffenlieferanten für das afghanische Militär machte. Tausende russischer Berater kamen ins Land und nahmen nach und nach die Organisation des Militärs und der Wirtschaft in die Hand. Junge afghanische Offiziersanwärter wurden in der Sowjetunion ausgebildet und politisch geschult. Gleichzeitig begann unter Führung der russischen Berater der Bau der panzerfesten Straße über den Salang-Paß, eine direkte Verbindung von der russischen Grenze mit der Hauptstadt Kabul.
Das Militär, in dem inzwischen 1500 russische Berater tätig waren, wurde dann auch dazu verwendet, 1973 den mehr westlich orientierten Zahir Schah zu stürzen und dafür Daud Khan an die Macht zu bringen, durch dessen Betreiben alle früheren Abkommen mit der Sowjetunion zustande gekommen waren.
Ein großer Teil der Kredite für Afghanistan floß in den Bau militärischer Einrichtungen, z.B. Militärflughäfen. Die Führungsschicht der Armee wurde hoch bezahlt, eigens für sie entstand in Kabul ein Militärhospital mit 400 Betten, wo den Offizieren Luxussuiten mit mehreren Zimmern für Angehörige und Diener zur Verfügung stehen.
Nach dem zweiten blutigen Putsch bewachte das Militär pausenlos Straßen und öffentliche Gebäude, um jede Stadt wurden Panzereinheiten stationiert. Die Kämpfe mit den Mujaheddin in den Provinzen weiteten sich aus, Bombardierungen, teilweise auch mit Napalm, sollten den Widerstand auslöschen.
Im Dezember 1978 erklärte Taraki im sowjetischen Fernsehen, daß seine Regierung eine „vollständig konforme Politik zu der der UdSSR" führe und schloß mit ihr einen Vertrag über „Freundschaft, gute Nachbarschaft und Zusammenarbeit", dessen Artikel 4 der Sowjetunion die Möglichkeit gab, direkt militärisch in Afghanistan einzugreifen. Die tagelangen Einsätze gegen Herat, das letztes Jahr im März von Aufständischen zusammen mit rebellierenden Einheiten der afghanischen Armee eingenommen worden war, wurden von russischen Kampfbombern geflogen. (10)
Anfang 1979 gab es 3000 militärische und 2000 technische russische Berater in Afghanistan. Laut offiziellen Angaben wurden 25 % des Staatshaushaltes für Verteidigungszwecke verwendet, 35 % für Löhne von Staatsangestellten. (11)
„Komitees zur Verteidigung der Revolution" übernahmen auf dem Land Propaganda- und Spitzelfunktionen. Im April wurde der „Oberste Ausschuß zur Verteidigung des Landes" gegründet, geleitet von Taraki, der die Bekämpfung der Mujaheddin zur Aufgabe hat. Nach dem Besuch des General Jepischew bei Taraki nahmen die Waffenlieferungen beträchtlich an Umfang zu, vor allem T-62-Panzer, MIG-21-Flugzeuge und riesige Transporthubschrauber für den Truppentransport in die unwegsamen Bergregionen wurden in großer Zahl ins Land gebracht.
Doch trotz der technischen Überlegenheit konnte die afghanische Armee die Widerstandskämpfer nicht ausrotten, die nur erbeutete, uralte oder selbstgebastelte Gewehre hatten und trotzdem wegen der Unterstützung durch die Bevölkerung bis zu 80 % der Landgebiete und einige Städte unter Kontrolle hatten. (12) Es häuften sich Desertationen, z.B. liefen zu den Mujaheddin der Hezb-e-Islami Anfang August in der Provinz Sabul 1800 Soldaten mitsamt ihren Waffen über, ebenso Ende des gleichen Monats die stärkste Einheit in der Provinz Konar mit 2200 Soldaten, zwei Hubschraubern und großen Mengen von Waffen. Selbst in Kabul gab es Aufstände und Soldatenrebellionen, die mit Kampfhubschraubern und Panzern niedergeschlagen wurden. Im Spetember kam General Iwan Pawlowsky, Chef der sowjetischen Bodenstreitkräfte, nach Kabul, das einer belagerten Stadt glich, bewacht von 20 000 Soldaten. Es war offensichtlich, daß die afghanische Armee nicht mehr länger den Fortbestand des Regimes garantieren konnte. (13)
Deswegen entschloß sich der Kreml zur direkten Invasion in Afghanistan. Zuerst wurden mehrere Divisionen der roten Armee an der Grenze zu Afghanistan zusammengezogen und dann in kurzer Zeit über eine Luftbrücke und zu Lande in die Hauptstadt Kabul gebracht. Nachdem sie diese erobert hatten, zogen sie in alle Richtungen hinaus in die Provinzen, um die Mujaheddin zu bekämpfen. Inzwischen sind 85 000 russische Soldaten im Land, sie bereiten sich auf eine lange Anwesenheit vor. Truppenunterkünfte und neue Flugplätze werden gebaut, da der Krieg gegen die Rebellen in den Bergen hauptsächlich von der Luftwaffe geführt wird. Die afghanische Armee ist größtenteils entwaffnet worden. Einheiten, die den Invasoren Widerstand geleistet hatten, sind in ihren Unterkünften eingeschlossen worden.
Durch die militärische Besetzung Afghanistans hat sich die Sowjetunion zwar viele Symphatien, vor allem der moslemischen 3. Welt-Länder, vorläufig verscherzt, aber dafür hat sie jetzt die direkte politische Kontrolle in Afghanistan (das ganze afghanische Kabinett arbeitet in der sowjetischen Botschaft unter dem Schutz schwerbewaffneter russischer Soldaten) und ist dem Indischen Ozean ein gutes Stück näher gekommen.

Wirtschaft

Gleichzeitig mit der militärischen Infiltration nahm die Sowjetunion auch nach und nach die wirtschaftliche Entwicklung Afghanistans in die Hand und veränderte sie zu ihren Gunsten.
Seit 1955 werden von russischen „Beratern" Fünfjahrespläne für die Landwirtschaft ausgearbeitet. Seit der Zeit wird immer weniger Weizen angebaut. Inzwischen müssen 40 % der Nahrungsmittel importiert werden, vorher war das Land Selbstversorger. Statt dessen werden große Flächen mit Baumwolle bepflanzt, die zum Hauptexportar-

tikel Afghanistans geworden ist und zu 90 % in die Sowjetunion geliefert wird. 1970 wurde für 8,4 Millionen US-Dollar Baumwolle exportiert, 1974 schon für 34,2 Millionen US-Dollar. In dieser Zeit verhungerten eine halbe Million Menschen (14).
Auch die Förderung von Erdgas wurde von den russischen Technikern vorangetrieben, 1975 wurden 2950 Millionen Kubikmeter Erdgas gefördert, davon 2800 Mio cbm in die Sowjetunion exportiert. (15) Dabei bezahlte die Sowjetunion für afghanisches Erdgas 16,8 Dollar für 1000 cbm, und lieferte gleichzeitig an Polen Erdgas zu einem Preis von 38,5 Dollar je 1000 cbm.
Die Sowjetunion gewährte Afghanistan großzügige Kredite, die u.a. verwendet wurden für:

die Militärflughäfen Baghram und Shindand, und den Flughafen von Kabul,
die Straße von der sowjetischen Grenze über den Salang-Paß nach Kabul,
das Militärhospital in Kabul,
Gasprospektion und Gasexport in die UdSSR (direkte Pipeline von Nordafghanistan in die UdSSR, dabei befindet sich der Zähler für die gelieferte Menge auf sowjetischer Seite),
Prospektion nach Bodenschätzen in Nordafghanistan
Weizenlieferungen
Technische Zusammenarbeit und Ausbildung afghanischer Mitarbeiter
Stipendienprogramme. (16)

Die Zurückzahlung der Kredite erfolgt in Rohstoffen oder Produkten aus den gelieferten Anlagen. Nur 1 % der Gesamtausfuhr sind weiterverarbeitete Produkte. Trotz der Lieferungen von Baumwolle und Erdgas konnten die Kredite nicht zurückgezahlt werden; die Schulden an die Sowjetunion wuchsen und die Folge davon waren immer höhere Exporte. 1977 überstieg der Export in die Sowjetunion die Importe um 48 %.
Sowohl von der USA als auch von der Sowjetunion wurden Projekte durchgeführt, die nicht dem afghanischen Volk, sondern nur ihnen selber nützten. Dazu zwei Beispiele:
Mit Hilfe amerikanischer Firmen wurden im Rahmen des Helmand-Projekts in der Nähe von Kandarhar Landflächen bewässert, die wegen ihres hohen Salzgehalts niemals bebaut werden können. Die Kosten sind inzwischen bis auf über 100 Millionen Dollar gestiegen, das ganze Projekt hat nur den amerikanischen Firmen und ihren Mittelsmännern in Afghanistan genützt, dem afghanischen Volk hat es einen Berg Schulden gebracht.
Unter sowjetischer Anleitung wurde in Nangarhar das Projekt Darunta durchgeführt. Es kostete viel Geld und riesiger Aufwand war nötig, den steinigen Boden urbar zu machen. Dort wurde eine Citrusfarm aufgebaut, die nur für den Export in die UdSSR produziert, obwohl das afghanische Volk dringend Weizen benötigt.

Zur Landreform

Nachdem Taraki an die Macht gekommen war, beschloß das Regime, eine Landreform durchzuführen. Von vielen wurde dieses Vorhaben begrüßt, denn im feudalistisch strukturierten Afghanistan ist eine Landreform dringend notwendig. Es wurden auch wirklich einige unliebsame Großgrundbesitzer enteignet und an 60 000 Familien Besitzurkunden verteilt. Jedoch die Familien, die jetzt Grundbesitzer werden sollten, waren nicht sehr glücklich darüber. Denn jede Familie, die sich meldete, wurde registriert und die männlichen Erwachsenen als Soldaten eingezogen, um gegen die Mujaheddin zu kämpfen. (17) Außerdem wurde der private Geldverleih abgeschafft, es gab aber keine Kreditinstitute für die Bauern, so daß sie mittellos dastanden. Sie hatten keine Mittel zur künstlichen Bewässerung, kein Saatgut, keinen Dünger; früher bekamen sie diese Dinge immer vom Großgrundbesitzer. Viele Familien sollten umziehen in eine andere Gegend, wo sie ein ganz bestimmtes Stückchen Land bekamen.
In Artikel 21 des Dekrets über die Landreform war festgelegt, daß die Regierung bestimmt, was auf der verteilten landwirtschaftlichen Nutzfläche angebaut wird. (18) In der Praxis sah das dann so aus, daß Landarbeiter, Bauern ohne Land und arme Nomaden auf staatlich gelenkten Gütern zusammengefaßt wurden, die in der Hauptsache für den Export produzieren.
Die ländliche Bevölkerung selbst würde eine Reform begrüßen, denn sie leidet seit Jahrzehnten unter der Ausbeutung der Großgrundbesitzer. Wenn manche westliche Journalisten schreiben, die Bauern hätten aus religiösen Gründen Tarakis „Landreform" abgelehnt, zeugt das von Realitätsblindheit und zeigt, daß sie niemals mit den Betroffenen selber gesprochen haben.
In vielen Provinzen hat die Landreform die Bauern ohnehin nie erreicht, da die Felder und Häuser zerbombt wurden und die ländliche Bevölkerung gezwungen war, zu flüchten.

Die Widerstandsgruppen

In den sechziger Jahren, unter der absolutistischen Herrschaft des Zahir Schah, begannen sich an den Universitäten verschiedene oppositionelle Gruppen zu organisieren. Die einen hatten den Kommunismus als Grundlage ihrer oppositionellen Tätigkeit und die anderen den Islam. Da ihre Ideologien unvereinbar waren, agierten sie nicht nur gegen Zahir Schah, sondern auch gegeneinander.
Die Kommunisten waren gespalten in moskauorientierte und pekingorientierte Gruppen. Der damalige Ministerpräsident Daud ist Mitbegründer der moskauorientierten Gruppen, sie wurden von ihm unterstützt und gefördert. Mitglieder dieser Gruppen begkleideten später nach dem ersten Putsch einige Ministerämter in Dauds Kabinett, u.a. das Innenministerium, Post- und Landwirtschaftsministerium (siehe (b)).
Die pekingorientierte Grüppe (Schola-i) wurde unter Daud wie alle anderen Oppositionellen unterdrückt, sie setzte

ihre Tätigkeit als Organisation hauptsächlich im Ausland fort, da in Afghanistan selbst wegen der Militärherrschaft öffentliche politische Arbeit unmöglich war. (Laut Strafgesetz des Daudregimes war die Versammlung von mehr als fünf Leuten verboten.)
Die islamische Opposition bildete bis 1973 eine Organisation, die „Jungen Moslems Afghanistans". Nach dem Putsch teilte sie sich in die „Hezb-e-Islami", die außer dem ideologischen auch den bewaffneten Kampf begann, und die „Djamiat-e-Islami", die die militärische Übermacht des Regimes für zu groß hielt, um wirksam dagegen kämpfen zu können. Di Hezb-e-Islami begann als erste, sich auf dem Land mit den Bewohnern der Dörfer zu organisieren, und von dort aus griffen sie militärische Stellungen der Regierungsarmee an. Im August brach ein bewaffneter Aufstand aus den Provinzen Kabul, Konar, Laghman und Panjir, dessen Zerschlagung vielen Freiheitskämpfern das Leben kostete. Die unwegsamen Berge an der pakistanisch-afghanischen Grenze sind ein ideales Gebiet für die einheimischen Freiheitskämpfer, um einen Guerillakrieg gegen das Regime zu führen, und deswegen verstärkten und konzentrierten sich dort die Angriffe auf die Militärstellungen.
1978 putschte sich die kleine moskauorientierte „Demokratische Volkspartei Afghanistan" an die Macht. Da sowohl Babrak Karmal als auch Taraki die Führung für sich beanspruchten, hatten sie sich zwei Jahre nach ihrer Gründung in die Fraktionen „Chalq" und „Partscham" gespalten. Bald nach der Machtübernahme schob Taraki seinen Gegenspieler Karmal als Botschafter in die Tschechoslowakei ab. Manche vermuten, daß dies ein politischer Schachzug der Sowjetunion war, die eine Ersatzfigur im Hingergrund haben wollte.
Nach diesem Putsch kamen wegen den ständigen Bombardierungen Zehntausende in die befreiten Gebiete, um gegen das Regime zu kämpfen. Aus geographischen, historischen und politischen Gründen entstanden mehrere Organisationen. Auf der einen Seite Organisationen, die sowohl den US-Imperialismus ablehnen und auch gegen das Regime kämpfen. Auf der anderen Seite Organisationen, die keine klare Stellung beziehen oder vermutlich sogar im Auftrag des US-Imperialismus versuchen, den Zorn des afghanischen Volks für ihre Zwecke zu nützen. Darunter fallen die Reste der ehemaligen königlichen Familie, Generäle und manche Mullahs, die früher am Hof waren.
Mujadedi, der bis dahin in Kopenhagen gelebt hatte, kam in das pakistanische Peschawar. Dort gründete er zusammen mit anderen, die nach dem zweiten Putsch Macht und Privilegien verloren hatten oder gefährdet sahen, hauptsächlich frühere hohe Beamte und Offiziere, die westlich orientierte Nationale Front. Diese verfügt über viel Geld und bessere militärische Ausrüstung, und deshalb begann die Djamiat-e-Islami mit ihr zusammenzuarbeiten. Sie ist der Meinung, daß maß die Waffen der Nationalen Front benützen könne, um nach dem Sturz der moskauorientierten Regierung gegen den US-Imperialismus zu kämpfen. Die Hezb-e-Islami dagegen ist von vornherein gegen jede Einmischung imperialistischer Mächte.
Während des ganzen Jahres kamen immer mehr Flüchtlinge und Auswanderer nach Pakistan, diese forderten die Vereinigung der beiden islamischen Gruppen Hezb und Djamiat. Ende '78 schloß sich ein Teil der Hezb und die Djamiat zusammen zu der „Bewegung der islamischen Revolution" unter Führung von Moulawi Mohammad Nabi. Jedoch diese Vereinigung dauerte nur fünf Wochen, dann spalteten sich beide wieder ab. Die Bewegung der islamischen Revolution blieb aber als Organisation bestehen . Die Hezb-e-Islami hat jetzt zwei Flügel: der kleinere Teil unter Führung von Moulawi Chales. Er ist mit der Vereinigung mit der Djamiat nie einverstanden gewesen. Der andere hat sich unter Führung von Golbudin Hekmatiar wieder abgespalten.
Seit Dezember'79 gibt es auch eine Organisation der Gefolgsleute des ehemaligen Königs, die Zahir-Schah-Gruppe. Er selbst lebt in Italien, aber sein Schwiegersohn Sardar Wali, der in der Zeit der absolutistischen Monarchie das Militär unter Kontrolle hatte, ist jetzt Befehlshaber einer Gruppe, die die gleichen politischen Ziele verfolgt wie sein Schwiegervater.
Auch Affandi, ein ehemaliger Großgrundbesitzer aus Djalalabad, operiert mit bezahlten Gefolgsleuten in dem Gebiet. Die Nationale Front, die Zahir-Schah-Gruppe und die Affandi-Gruppe arbeiten jetzt politisch und militärisch zusammen.

Diese Bauweise schützt vor Bombardierungen.

Auf der anderen Seite haben die Hezb-e-Islami, die Djamiat-e-Islami und die Bewegung der islamischen Revolution versucht, ihre Aktionen zu koordinieren und stehen in Opposition zu den westlich orientierten Organisationen.
Man braucht nicht viel zu überlegen, um zu wissen, welche Organisationen jetzt wohl direkt oder indirekt von der USA unterstützt werden. Die Nationale Front, die wenige Mitglieder hat, von denen auch einige während der Herrschaft des Zahir Schah reich und mächtig geworden waren, ist in der westlichen Presse öfter als die wichtigste afghanische Befreiungsbewegung hingestellt worden. Der US-Imperialismus versteht also seine jetzige Position geschickt auszunutzen, aber da die Hezb-e-Islami schon seit sechs Jahren den bewaffneten Kampf aufgenommen hat mit der Parole: „weder Ost noch West", konnte der US-Imperialismus auf die Bewegung keinen großen Einfluß nehmen.
Etwa eine halbe bis eine Million Menschen, darunter viele Schiiten, sind nach dem Taraki-Putsch in den Iran geflüchtet und haben dort unter dem Eindruck der islamischen Revolution verschiedene Gruppen gebildet, die auch in Afghanistan operieren. Die größten sind die „Organisation der Islamischen Bewegung" unter Führung von Mohseni, und „Nasr" unter Führung von Sadeqi, sie haben nach dem Einmarsch der Sojets mit vier anderen kleineren Organisatio-

nen eine gemeinsame politische Front gebildet.
In allen Gebieten im Innern Afghanistans gibt es außerdem kleine Widerstandsgruppen, die ihre Aktionen sehr schwer koordinieren können, denn es gibt kein Kommunikationsmittel wie Telefon oder Telegraf und die Verbindung untereinander ist nur möglich durch tagelange Fußmärsche.
Zur Zeit nennen sich alle Organisationen, die am Widerstand beteiligt sind, islamisch, weil sie sonst beim Volk (über 99 % der Afghanen sind Moslems) von vornherein keine Chance hätten. Darunter sind auch Monarchisten, und das bestätigt das Vorurteil vieler, die denken, daß islamisch-reaktionär ist. Dennoch hat gerade die islamische Religion in letzter Zeit bei vielen unterdrückten Völkern neuen Aufschwung gefunden und den Anstoß für revolutionäre Bewegungen gegeben. Dabei spielt wohl eine große Rolle der im Koran festgelegte Grundsatz: „Unterdrücke nicht und laß dich nicht unterdrücken", d.h., jeder Moslem ist verpflichtet, gegen Unterdrückung von Menschen durch Menschen zu kämpfen. Auch die Ausbeutung der Arbeiter durch die kapitalistische Wirtschaft müßte nach den Prinzipien des Koran abgeschafft werden, denn Zinsgeschäfte sind verboten, also auch das Eigentum an Produktionsmitteln, da jeder nur das besitzen darf, was er sich mit seiner eigenen Arbeit erworben hat und nicht andere für sich arbeiten lassen darf."
Der Islam ist, ähnlich wie das Christentum, oft mißbraucht worden von diktatorischen Regierungen, die sich islamisch genannt haben, um sich beim Volk zu legitimieren. Man sollte also nicht alle islamischen Organisationen in Kategorien wie „rechts" oder „links" einordnen, sondern sich lieber ihre Programme genauer anschauen und dann urteilen, ob sie eine gerechte Gesellschaft aufbauen wollen oder nicht.

Felizita Bantle

Anmerkungen:

(a) Mujahedd in Islam ist einer, der in irgendeiner Weise in einem bewaffneten Kampf für die Gerechtigkeit arbeitet.

(b) In der Ausgabe der offiziellen afghanischen Tageszeitung Anis Nr. 181 vom Oktober 1978, Seite 7, ist eine Biographie von Nur Mohammad Taraki gedruckt, in der folgedes steht: „Die Fraktion Partscham, die unter dem Einfluß des verdorbenen Königs Zahir Schah stand, hat immer versucht, die demokratische Volkspartei Afghanistan zu spalten und zu zerstören... im Juli 1973 wurde das Königtum unter der Führung Dauds gestürzt und die Partschamis haben mit enger Verbundenheit ihre Zusammenarbeit mit Daud angefangen. Aber die Chalqis unter der weisen Führung von Taraki haben ihre souveräne Identität bewahrt ..."
Faiz Mohammad, Innenminister; Mohtat, Postminister und Bachtari, Landwirtschaftsminister in Dauds Kabinett, waren alle Mitglieder der Partscham-Fraktion der „Demokratischen Volkspartei Afghanistan".

(c) Allein aus Indien wurden im ersten Halbjahr 1979 50 000 Tonnen Weizen importiert.

Quellen

1) FAz 19.8.1975
2) Süddeutsche Ztg. 4.7.78/FAZ 9.1.79
3) Newsweek 11.6.79
4) SZ 26. – 27. 5.79
5) SZ 21. – 22. 4.79
6) SZ 11.4.79
7) FA 7.8.79
8) Liberation 25.12.79
9) DZ 14. – 15. 9.78
10) Spiegel 11.6.79
11) Neue Züricher Ztg. 11.1.79
12) SZ 7.6.79
13) TAZ 27.11.79
14) Länderkurzbericht Afghanistan, Herausgeber: Statistisches Bundesamt Wiesbaden
15) KVZ 30.10.78
16) Afghanistan, wirtschaftliche Entwicklung 1972, Köln 1973
17) Die Zeit 17.8.79
18) BfA/NfA 3.1.1979.

Ich mache diesen Sommer mein Examen als Diätassistentin und würde dann gern in einer entwicklungspolitischen Organisation mitarbeiten. Kann man als Diätassistentin überhaupt sinnvoll in dieser Richtung arbeiten oder habe ich den falschen Beruf gewählt?
Vielleicht meldet sich wer, der sich in Basismedizin o.ä. auskennt.
Kris Langmeier, Schmellerstr. 7, 8000 München 2

BRASILIEN

„Erkämpft, was allen gehört..."

Selbsthilfebewegungen in den Favelas Brasiliens

In dem Raum eines katholischen Gemeindezentrums, in dem wir mit Ramiro, einem Vertreter einer Initiative von Landbesetzern, sprechen, hängt ein Plakat, dessen Titel „Erkämpft, was allen gehört..." auf eine Kampagne der brasilianischen Bischofskonferenz anspielt, die unter dem Motto „Erhaltet, was allen gehört!" zu Umweltfragen Stellung genommen hat. „Uns gehört nichts, wir können nichts erhalten", so erklärt Ramiro das Plakat. Das Plakat nennt die wichtigsten Forderungen, die heute von Selbsthilfeorganisationen der Favela-Bewohner gestellt werden: Wasser, Licht, Boden, Verkehrsmittel, Bepflasterung, Müllabfuhr, Raum für Kinder.

Der Zwang, in der Favela zu wohnen

Die Favelados, die Bewohner der Elendssiedlungen, die einen dichten Ring um alle größeren Städte gezogen haben, siedeln meist illegal auf bis dahin ungenutztem Grund der Kommunen, des Staates, des Militärs oder der Elektrizitätsgesellschaften oder aber auf Spekulationsland, das private Besitzer in der bei anhaltender Landflucht sicheren Erwartung steigender Grundstückpreise nicht zur Bebauung freigeben.
Den Favelados ist eins gemeinsam: sie können keine regulären Mieten bezahlen. Dies gilt für die zahlreichen Arbeitslosen, für diejenigen, die ihr Leben als formal selbständige Kleinsthändler fristen, als Limonadenverkäufer, als Wäscherinnen für die Haushalte der Mittel- und Oberschicht, durch das Sammeln von Altpapier, durch Transportarbeiten auf zweirädrigen, handgezogenen Karren. Andere Favelados haben unsichere und schlecht bezahlte Anstellungen als Maurer, Wächter, Fahrer, Putzfrauen, Straßenfegerinnen oder als Fahrstuhlführer in den Hochhäusern der Citys. Aber auch Inhaber einst mittelständischer Positionen sind heute in den Elendsvierteln anzutreffen. Zwei Entwicklungen sind hierfür verantwortlich: Zum einen hat die Expansion der Städte und die Grundstücksspekulation zu einer Steigerung der Mieten geführt, die die ohnehin horren de Inflation übersteigt. Die andere Entwicklung besteht in den gesunkenen Reallöhnen. Wer heute den staatlich festgesetzten Minimumlohn verdient, kann – nach Feststellung eines brasilianischen Regierungsinstituts – nur 70 % dessen an Grundnahrungsmitteln kaufen, was er 1964, als die Militärs putschten, kaufen konnte. Das Bruttosozialprodukt Brasiliens wurde immer ungleicher verteilt. Ein im September 1979 veröffentlichtes Dokument der brasilianischen Bischofskonferenz gibt hierzu drastische Zahlen an: Das mittlere Einkommen der fünf Prozent der Reichsten, das 1960 schon fast siebzehnmal höher war als das der 50 Prozent der Ärmsten, lag im Jahre 1976 33 mal höher als das der armen Hälfte des Volkes.

Die ständige Gefahr, vertrieben zu werden

Die illegale Wohnsituation setzt die Favelados der ständigen Gefahr aus, vertrieben zu werden, wenn ihr Grund für den Straßenbau, für Industrieansiedlungen oder für private Bauprojekte genutzt werden soll oder wenn, wie in der Hauptstadt Brasilia, ihre Anwesenheit „aus optischen Gründen" unerwünscht ist.
Über die bei der Räumung besiedelten Landstücke angewandten Praktiken berichtet uns Pater Almiro, der selbst in einer Favela Sao Paulos wohnt. Diese Stadt wuchs von knapp vier Millionen Einwohnern 1960 auf heute fast 10 Millionen. 500 000 Menschen ziehen jährlich hierhin, 300 000 allein aus dem Nordosten Brasiliens. Die „milde Art" der Räumung einer Favela, so Pater Almiro, besteht darin, einen Teil der Bewohner zum Auszug zu überreden, Zuzüge zu verhindern und durch Verweigerung von Infrastruktur wie Wasserstellen oder Beleuchtung das Siedlungsgebiet einzufrieren. Oft setzt die Stadtverwaltung eine Räumung auch anders durch: Zum Abriß einer Favela an der Straße von Sao Paulo nach Santos schickte die Stadtverwaltung ohne jede Vorankündigung während des Tages, als viele Favelados arbeiteten, Beauftragte mit Bulldozern und Lastwagen. Die Dächer der Hütten wurden abgehoben, wenn niemand angetroffen wurde, wurde die Hütte eingeebnet. Nach Angaben der Bewohner schlief in einer eingerissenen Hütte ein Kind. Die Hälfte der Hütten war zerstört, bis es den verbliebenen Bewohnern mit Vermittlung eines Paters gelang, den Abriß zu stoppen. Auch von einer ähnlich verlaufenen Räumung einer Favela in Sao Paulo selbst, Villa Formosa, berichtet Pater Almiro. Hier starb ein an einem Herzleiden erkrankter Favelado, als er zusehen mußte, wie seine Hütte

eingeebnet wurde. Den Vertriebenen wurde kein neues Siedlungsland zur Verfügung gestellt. Dies jedoch können Favelabewohner durchsetzen, wenn sie organisiert sind und sich die Stadtverwaltung vor einer öffentlichen Auseinandersetzung fürchtet, die die Favelados etwa durch Demonstrationszüge zum Gouverneur auslösen.

Barrio Jardim Vista Alegre: der Kampf um Wasser und Strom

Pater Almiro wohnt im Favela Barrio Jardim Vista Alegre, das ihm von der Kirche gestellte schlichte Haus bewohnt eine vielköpfige Familie, die aus dem Nordosten nach Sao Paulo gezogen ist. Da er hier wohnt, empfinden seine Mitbewohner ihm gegenüber kein Gefühl der Minderwertigkeit. Solche Gefühle lassen die elenden Lebensbedingungen als eigenes Versagen erscheinen. Manche Favelados, so berichtet Pater Almiro, benutzen bei der Busfahrt zur Arbeit nicht die nächstgelegene sondern eine andere Haltestelle, um ihre Herkunft nicht zu verraten. Auch kleiden sich viele Favelados eher korrekt, müssen somit einen verhältnismäßig hohen Anteil ihrer Einkünfte für Kleidung aufwenden.
Der Verband der Bewohner der Favela, in dem Pater Almiro wohnt, hat in einer einjährigen Auseinandersetzung Wasseranschlüsse durchgesetzt. In Demonstrationszügen zum Gouverneur wurde diese Forderung vertreten. Derzeit kämpfen sie um eine Verbesserung der Stromversorgung. Frauen haben hier den gemeinsamen Lebensmittelhandel organisiert, durch den Kauf bei Großhändlern können sie etwa 10 % sparen. Ein Jahr dauerte die Vorbereitung, erst dann war das gegenseitige Vertrauen stark genug. Schließlich bedarf es viel Vertrauen, da die Frauen einen wesentlichen Teil ihrer Einkünfte vor dem Gemeinschaftseinkauf abgeben müssen; auch die gemeinsam zu organisierende Verteilung der eingekauften Waren ist eine mögliche Konfliktquelle. Die zusammengeschlossenen Frauen nähen zur Verbesserung ihrer Einkünfte in Schwarzarbeit, also unversichert und ohne jegliche vertragliche Absicherung, Trainingsanzüge für eine Textilfabrik. Auch stellen sie Handarbeiten her, deren Verkauf sie früher den Frauen des Rotary-Clubs überlassen haben; heute verkaufen sie selbst, nachdem sie gemerkt haben, welch große Zwischenhandelsgewinne ihnen bis dahin verloren gingen. Auch ein gemeinsam organisiertes Alarmsystem gegen Diebe von außerhalb wurde hier aufgebaut.
In dieser Favela wohnen auch ungelernte Arbeiter der brasilianischen VW-Niederlassung, zwei Stunden braucht der Bus bis zum Werk, ihr täglicher Arbeitstag verlängert sich also um vier Stunden. Dieses Problem trifft viele Favelados noch verschärft, wenn sie zur Sicherung ihrer Existenz viele Überstunden machen müssen oder, wie manche, zwei Beschäftigungen annehmen.

Barrio de Coelhos

Barrio de Coelhos ist eine Favela in Recife, der größten Stadt des Nordostens. Auf einem ein Kilometer langen Grundstück am Fluß wohnen mehr als 16 000 Menschen, auch heute noch wächst die Zahl der Bewohner durch neue Zuzüge. In kaum vorstellbarer Enge stehen kleine, undichte Holzhütten, viele Wege zwischen den Hütten sind nur schulterbreit. Teile der Favela sind auf Pfählen in den Ufermorast oder sogar in den Fluß selbst gebaut. Über den Morast führen schmale Holzstege, unter denen sich Abwässer und Abfälle sammeln. 1965, in dem Jahr, als die Favela durch ein Hochwasser überschwemmt wurde, haben

Im Barrio de Coelhos.

sich hier Favelados zusammengeschlossen, um Forderungen nach außen zu vertreten und um soziale Aktivitäten in der Favela zu organisieren; dieser Zusammenschluß besteht mit wechselnder Intensität bis heute. Auch hier war Wasser eine der dringendsten Forderungen, der Zusammenschluß der Bewohner erreichte die Installation öffentlicher Wasserstellen durch die Kommune. Auf Initiative der Bewohner wurden Waschstellen eingerichtet, an denen zahlreiche Bewohnerinnen die Wäsche besser gestellter Haushalte waschen; in großen Bündeln auf dem Kopf transportieren sie diese zu ihren Auftraggebern.
Auch die Favelados hier waren bedroht, vertrieben zu werden, als die Kommune plante, hier einen großen Parkplatz einzurichten. Die Bewohner konnten erreichen, daß dieser Plan fallengelassen wurde. Als Favelados wegen eines Bauprojekts entschädigungslos vertrieben werden sollten, konnte der Zusammenschluß zumindest Entschädigungen für die betroffenen Bewohner durchsetzen. Dies ist nur ein halber Erfolg, denn die Favelados wollen das Recht verteidigen, auf dem besiedelten Grund zu wohnen. Auch staatliche Wohnbauprogramme stoßen auf große Skepsis, denn für staatliche Wohnungen sind Mieten zu zahlen, die viele, wenn nicht die meisten Favelados nicht aufbringen können. Dies ist schließlich ein wesentlicher Grund dafür, daß sie in einer Favela wohnen. Der Vertreter der Bewohnerorganisation, der uns berichtet, glaubt allerdings nicht, daß diese staatlichen Pläne in der Absicht erstellt werden, sie zu erfüllen, er sieht in ihnen nur ein Mittel der Beruhigung.
Auch um Freizeitgestaltung und um kulturelle Aktivitäten kümmert sich der Zusammenschluß der Favelados: er organisiert Tranzveranstaltungen, Fußballspiele, Laienspiele und den Karneval.

Der Kampf gegen den Abfall und der Kampf gegen die Mutlosigkeit

Eines der derzeit für die Favelados dringendsten Probleme ist das der Abfallbeseitigung. Schon seit langem fordern sie eine Abfuhr des Mülls, sie haben einen Platz zur Sammlung des Abfalls vereinbart. Bisher war die Kommune nicht bereit, für den Abtransport aufzukommen. An zahlreichen Stellen der Favela liegt Abfall, in dem Kinder spielen. Dieser Abfall zieht Ratten an, die durch ihre Bisse gefährliche Krankheiten übertragen können. Die mangelnde Disziplin der Bewohner bei der Abfallbeseitigung ist einer der Inhalte der Straßenbesuche, die die Kommission der Bewohner in der Favela durchführt. Diese Diskussionen in den einzelnen Straßen der Favela sollen dazu beitragen, die Enttäuschung und Mutlosigkeit unter den Bewohnern abzubauen und die Bereitschaft zu stärken, innerhalb der Selbsthilfeorganisation aktiv zu werden und Forderungen nach außen zu vertreten.
Auch Mitarbeiter eines in der Favela aufgebauten, von neben- und ehrenamtlich arbeitenden Ärzten betriebenen Medizinpostens beteiligen sich an den Straßendiskussionen, für sie Teil der vorbeugenden Medizin. Auch der Alkoholismus der Männer gehört zu den Problemen, die der von den Ärzten als Bewußtseinsbildung verstandenen vorbeugenden Medizin gestellt sind. Zu den Erkrankungen, die sie behandeln, gehören Parasiten und ansteckende Krankheiten wie Masern oder Kinderlähmung, die sich aufgrund der Enge, der schlechten Ernährungslage und der hygienischen Situation epedemieartig ausbreiten können. Die Kindersterblichkeit ist hoch; etwa 250 von 1000 Neugeborenen überleben nicht das erste Lebensjahr. Um die Möglichkeiten der Behandlung zu verbessern, soll in der Favela eine Apotheke eingerichtet werden, die auch Kräuter bereithält; für die viele Bewohner, die sich keine teuren chemischen Produkte kaufen können.
Alles in allem schätzen die aktiven Mitarbeiter der Bewohnerorganisation im Barrio de Coelhos ihre Arbeit als schwer ein, Mutlosigkeit und Enttäuschung sind groß.

Vila Skylab – eine erfolgreiche Landbesetzung

Von Mutlosigkeit und Enttäuschung ist in „Vila Skylab" nichts zu spüren. Diese Siedlung von etwa 300 Familien entstand, zur Zeit als der Absturz des amerikanischen Raumlabors Skylab alle Medien beschäftigte, durch die Landbesetzung durch Bewohner des überfüllten Slumgebietes Casa Amarella in Recife. Schon vor mehr als vier Jahren wurde hier eine Bewegung gegründet, die die Enteignung von einer Großgrundbesitzerfamilie gehörenden ungenutzten Landes in unmittelbarer Nähe des Slumgebietes forderte. Zum vierten Jahrestag der Gründung dieser Bewegung unterstrich auch der Recifer Erzbischof Helder Camara das Grundrecht aller Menschen auf Land und Wohnung. Im Anschluß an die Feiern zum Gründungstag haben 12 Familien begonnen, dieses Grundrecht durchzusetzen. Ihrer Besetzungsaktion haben sich im Laufe eines Wochenendes etwa 200 bis 300 Familien angeschlossen, erst dann traten Grundbesitzer und Polizei mit Räumfahrzeugen in Aktion. Es gelang ihnen noch, 20 der mittlerweile behelfsmäßig errichteten Hütten einzureißen, dann versperrte die Menge, eine Woche lang, jeden Weg. Die Besetzungsaktion wird über Presse und Rundfunk in ganz Brasilien bekannt, eine wichtige Unterstützung für die Favelados, die keine Möglichkeiten besitzen, wirtschaftlichen Druck auszuüben. Die Unnachgiebigkeit der Bewohner trägt Früchte: durch Vermittlung der katholischen Kirche werden Verhandlungen mit dem Grundbesitzer aufgenommen, die zu einer Legalisierung der Landnahme führen.
Wir haben Gelegenheit, Vila Skylab zu besuchen und an einer der wöchentlichen Bewohnerversammlungen teilzunehmen. Zum Versammlungsraum eines nahegelegenen katholischen Gemeindezentrums sind etwa 120 Bewohner gekommen; zu wenig nach Meinung des gewählten Kommitees der Bewohner. Eines seiner Mitglieder kritisiert, daß nicht alle 300 Familien vertreten sind, und fordert die Anwesenden auf, in Gesprächen mit ihren Nachbarn auf eine regelmäßige Teilnahme zu dringen. Auch die etwa 50 Familien, die die Verträge über die Übernahme des Baugrundes noch nicht unterschrieben haben, sollen auf diese Weise angesprochen werden. Viele dieser Verträge sind auf den Namen der Frau ausgestellt, um der Frau und den Kindern den Grund zu sichern, wenn der Mann die Familie verläßt.

Einer der Besetzter von Vila Skylab.

Photos: D. Brauer

Nachdem die Versammelten unsere Anwesenheit gebilligt haben, werden, der Reihe nach, etwa 15 Männer und Frauen vorgestellt und die Versammelten gefragt, ob von einem der Vorgestellten bekannt ist, daß er außerhalb von Vila Skylab ein Haus besitzt. Erst nachdem die Bewohnerversammlung diese Frage verneint hat, erhalten die Vorgestellten die Erlaubnis, mit der Errichtung von Häusern zu beginnen. Mit diesem Verfahren wollen die Bewohner verhindern, daß ihre Besetzungsaktion von Leuten ausgenützt wird, die auf den Grund nicht wirklich angewiesen sind und sich ein zweites Haus zur Vermietung bauen wollen. Die Befragung findet in einer heiteren Stimmung statt. Einer der Vorgestellten, ein armer, älterer Mann, wird von einer Bewohnerin bezichtigt: „Der hat drei Häuser im Zentrum". Angesichts einer solchen Vorstellung brechen die Versammelten in schallendes Gelächter aus. Die hier durchgeführte Vorsichtsmaßnahme beruht auf konkreten Erfahrungen. Schließlich gibt es in den Favelas auch eine Mietausbeutung durch reichere Favelados. Ein Mitglied der Bewohnerkommission läßt keinen Zweifel: „Wenn wir nachträglich merken, daß jemand außerhalb ein Haus hat, schmeißen wir ihn hier raus."

Viele Besiedler von Vila Skylab haben bereits mit der Errichtung fester Häuser begonnen. Aus Baumstämmen und Ästen werden die Wände errichtet und, in der Art des Fachwerkbaus, mit Lehm ausgefüllt. Die Dächer werden mit roten Ziegeln, behelfsweise auch mit Palmblättern gedeckt. Aber Holz und Ziegel sind teuer, auch bei dieser sehr einfachen Bauweise müssen etwa 20 000 Cruzeiros, mehr als das zehnfache eines Minimumlohnes, für das Material aufgewandt werden. Viele Mitbesetzer, die sich auch einen Bauplatz auf dem erkämpften Grund abgesteckt haben, haben noch nicht mit dem Bau begonnen, da ihnen das Geld fehlt. Die Versammlung der Bewohner diskutiert dieses Problem. Die Kommission will von der Versammlung autorisiert werden, die noch nicht genutzten Bauplätze an andere der vielen Landsuchenden weiterzugeben. Die Versammelten sind dazu nicht bereit. Sie wissen, wie schwer es ist, das für den Baubeginn nötige Geld zusammenzukratzen. In mehreren Abstimmungen lehnen sie den Vorschlag der Kommission ab. Den Familien, die mit dem Bau noch nicht begonnen haben, soll hierzu noch einmal Zeit gegeben werden.

Eine frühere Bewohnerversammlung hat beschlossen, in Vila Skylab ein Gemeindezentrum zu bauen, zur Finanzierung sollt jede Familie 100 Cruzeiros in die Gemeinschaftskasse einzahlen. Aber erst 72 Familien sind bis zur Versammlung dem selbstgefaßten Beschluß gefolgt. So wird erneut über die Notwendigkeit eines gemeinsamen Zentrums gesprochen. Es wird die Unabhängigkeit betont, die die Bewohner erhalten, wenn sie den Bau des Zentrums selbst in die Hand nehmen: „Kein Abgeordneter kann sagen, er hat das für uns gemacht!" Der früher gefaßte Beschluß wird bestätigt. Ein genauer Bericht über die Verwendung des bisher eingenommenen Geldes macht deutlich, daß das Gemeindezentrum nur gebaut werden kann, wenn alle Familien ihren Beitrag leisten; ein Teil der Steine konnte gekauft werden, für Zement und Sand fehlt noch das Geld. Nach der Versammlung wird ein Teil der ausstehenden Beiträge eingesammelt.

Der Erfolg von Vila Skylab beruht auf der kämpferischen Solidarität seiner Bewohner. Ramiro, einer der Mitglieder der Kommission appelliert an den Erhalt der Solidarität: „Menschen sind wie Streichhölzer. Alleine kann man sie knicken. Aber viele Streichhölzer, zu einem Bündel geschnürt, sind kaum zu zerbrechen."

gc

Samen – eine unterdrückte Minderheit in Nordeuropa

Durch den internen Kolonialismus sind die Samen, die Ureinwohner Nordeuropas, jahrhundertelang unterdrückt und ins Abseits, in den nördlichen Teil Nordeuropas gedrängt worden. Ihre ethnische und nationale Identität ist in großem Maße durch die weißen Kolonialisten, d.h. Norweger, Finnen, Schweden und Völker Rußlands zerstört worden. Diese Kolonialisten nennen die Samen Lappen, das Sameland Lappland – beide für die Betroffenen abwertende Bezeichnungen.
In der deutschsprachigen Presse sind die Samen in den letzten Monaten aufgrund ihres Widerstandes gegen den in Nordnorwegen geplanten Großstaudamm Alta in der Nähe von Kautokeino erwähnt worden. Der Run auf jedmögliche Energiequelle bedroht nun auch noch den verbliebenen Lebensraum der Samen, ein Volk das den meisten Mitteleuropäern nur von Postkarten oder Urlaubsdias her „bekannt" sein dürfte.

Geschichte der Samen

Samen sind eine ethnische Minderheit in Nordeuropa. Sie sind heute auf vier Länder verteilt: Norwegen, Schweden, Finnland und die UdSSR. Heute schätzt man ihre Zahl – eine genaue Volkszählung fehlt immer noch – auf rd. 55 000, wovon 35 000 in Norwegen, 15 000 in Schweden, 3 000 in Finnland und 2 000 in der UdSSR leben. Sie sprechen Samisch, das zu der finnisch-ugrischen Sprachgruppe gehört. Vom Aussehen unterscheiden sie sich deutlich von den Skandinaviern durch ihre dunklere Haut- und Haarfarbe.
Der genaue Ursprung der Samen ist unbekannt (und bis heute sind sie nicht mal das Untersuchungsobjekt von Ethnologen gewesen). Bekannt ist, daß sie schon vor dem Eindringen der Skandinavier und Finnen nach Nordeuropa Norwegen, Schweden und Finnland sowie die Halbinsel Kola (in der heutigen Sowjetunion) sowie der Gebiete südlich davon bewohnten.
Das Sameland war damals in gutorganisierten Kleindörfer, in sii'da, eingeteilt. Ein sii'da war ein abgegrenztes Gebiet, das eine organisierte Gruppe als Benutzungs- und Wohngebiet hatte. Ein sii'da konnte aus 40 bis 300 - 400 Personen bestehen. Die Einteilung in sii'das erfolgte nach Anzahl der Menschen und nach Ressourcen auf ökologischer Basis.
Die Samen lebten von Wildrentierjagd und Fischerei. Jedes sii'da hatte eine Führung und einen Häuptling. Die Aufgabe des Häuptlings war u.a., den Fischfang und die Jagdausbeute an alle Familien zu verteilen. Es gab ein gemeinsames Bodenbenutzungsrecht sowie gemeinsames Recht auf Jagen und Fischen. Der Häutpling überwachte, daß nicht mehr gejagt wurde als die Natur verkraften konnte.
Die Führung des sii'da hatte die Aufgabe, die entstandenen Streitigkeiten zu lösen und mit den umliegenden sii'das zusammenzuarbeiten. Innerhalb des sii'da gab es auch einen „noiade". Er war für die religiösen Kulte, Opfergaben und Wahrsagung verantwortlich. Ebenfalls hatte er medizinische Aufgaben. Das, was die Samen zu einer Einheit verband, waren die Lebensweise, Verwandtschaft, Religion und die Sprache.
Allmählich gingen die Samen zur normadisierenden Rentierzucht über, wobei Jagen und Fischen weiterhin als wichtige Nebenernährungsquellen dienten.

Eindringen von Fremden – die Unterdrückung beginnt

Die Landesgrenzen waren im 14. Jahrhundert in Skandinavien noch nicht festgelegt. Fremde, deren Nachkommen die heutigen Einwohner Nordeuropas sind, begannen zu dieser Zeit in Richtung Sameland zu ziehen (In Finnland geschah dies seit unserer Zeitrechnung, als die sog. Ostseefinnen nach Finnland kamen). Das Verlockende waren die Fisch- und Wildreichtümer dort. Sie gründeten Handelsstationen an Flußmündungen und begannen, „Handel" mit den Samen zu betreiben. Diese Fremden hatten das Recht, gegen Abgabe Steuern für die „Krone", für den König einzutreiben. Es konnte geschehen, daß die Samen mehrmals besteuert wurden, also gleichzeitig von den Schweden, Finnen und Norwegern (die damals noch nicht als Nationen existierten, sondern in Stämme aufgesplittert waren).
Auf der Halbinsel Kola gab es Klöster, die die umliegenden Gebiete kontrollierten, sowohl wirtschaftlich als auch politisch. Die Samen waren quasi Leibeigene dieser Klöster.
Im 16. Jahrhundert wurden für die Steuereintreibung „Staatsangestellte", sog. Lappenvögte, eingesetzt, die sich immer mehr Macht über die Samen verschafften.

Als Sklaven in den Bergwerken

Am Ende des 17. Jahrhunderts wurde Silber bei Nasa-Berg (Schweden) entdeckt. Da damals Mangel an Arbeitskräften herrschte, wurden die Samen zu dieser Arbeit herangezogen. Sie wurden gezwungen, ihre Rentierzucht, das Jagen und Fischen aufzugeben und stattdessen unter unmenschlichen Bedingungen in den Bergwerken zu arbeiten. Die Samen, die zu protestieren wagten und Widerstand leisteten, wurden entwder mißhandelt oder getötet. Eine übliche Strafe für den protestierenden Samen sah folgendermaßen aus:

es wurden zwei Löcher ins Eis gebohrt. Dann zog man den Samen in einem Seil zwischen die Löcher unter das Eis, bis er „gefügig" wurde oder starb.
Die Kirche ging mit dem Staat Hand in Hand. Die heid-

nischen Samen sollten christianisiert werden. Der Gott des weißen Mannes galt als der einzig Richtige. Im Gottes Namen wurden Samen, die sich weigerten, ihren samischen Glauben abzulegen, verbrannt. Die Lieder der Samen – joiku – wurden verboten und ihre Trommeln verbrannt. Nach dem großen nordischen Krieg beschlossen 1720 Dänemark, Schweden und Norwegen, das Sameland unter sich zu teilen. Das Grenzabkommen zwischen Norwegen und Schweden beinhaltete, daß die Samen über die Landesgrenzen ziehen durften. Es bekräftigte auch das Recht der Samen auf Boden. So lange die Kolonisierung noch nicht fortgeschritten war, waren also die nordischen Staaten bereit, die samische Nation anzuerkennen.

Aber es kamen immer mehr Eindringlinge in das Sameland, da die Bevölkerung im Süden wuchs und mehr Raum für ihre Siedlungen beanspruchte. In Schweden wurden sie vom König auch dazu aufgemuntert, denn in den ersten 15 Jahren brauchen sie keine Steuern zahlen. Diese Steuerfreiheit galt jedoch nicht für die Samen, die mit Landanbau anfingen. Eine Zeit lang war es ihnen sogar verboten, Land zu bebauen.

Die Lappenvögte verschafften sich immer mehr Macht über die Samen. Es wurde den Samen verboten, ihren Wohnsitz selbst zu wählen; sie wurden immer mehr in die Berggebiete nach Norden gedrängt.

Die Siedler begannen auch zu jagen und zu fischen, was Knappheit an Wild zur Folge hatte und damit eine schlechtere Existenzgrundlage für die Samen bedeutete. Um die Samen wirtschaftlich zu schützen, wurde 1869 in Schweden eine sog. Anbaugrenze gezogen. Sie sollte die Interessen der Bauern und der Samen regional trennen, aber in der Praxis drang der Landanbau so weit nach Norden vor, wie es aus geographischen Gründen nur möglich war.

Rentierweidegesetze

Neue Gesetze wurden von dem schwedischen Staat über die Köpfe der Samen hinweg geschaffen. Das erste Rentierweidegesetz vom 1886 bestimmte im Einzelnen, wie die Samen Rentierzucht zu treiben hatten. Auch wurden sie verpflichtet, einen fremden Samen in die Dorfgemeinschaft aufzunehmen, wenn die Behörden es bestimmten. Es gab Umzugskontrollen und die Verpflichtung, sich in ein anderes Dorf versetzen zu lassen. Das Rentierweidegesetz ist mehrmals umgeändert worden. Das letzte Gesetz macht es den Samen fast unmöglich, ihre Rentiere auf der norwegischen Seite weiden zu lassen.

Die Situation der Samen heute

Heute besteht das ursprüngliche sii'da nicht mehr. Die Samedörfer sind quasi zu wirtschaftlichen Rentierzuchtvereinen geworden. Diejenigen Samen, die keine Rentierzucht betreiben (in Schweden verdienen z.B. 80 % aller Samen ihren Lebensunterhalt außerhalb der Rentierzucht), haben ihre alte Samengemeinschaft verloren.

Die Rentierzuchtgesetze greifen stark in das wirtschaftliche Leben und somit in die Lebensweise der Samen ein. Äußerst rigoros ist dabei der schwedische Staat gewesen. Dort hat der Staat das Recht, bei Bedarf die Weideländereien

der Samen in Anspruch zu nehmen. Dies ist auch geschehen. Durch intensive Forstwirtschaft, Wasserkraftwerke, Bergbau (Kiruna, Skellefteå) sowie durch den Tourismus sind die Lebensbedingungen der Samen zerstört, da sie ihre Rentierherden, die in der kargen Natur große Flächen beanspruchen, nicht mehr ungestört weiden lassen können. Auch das über 300 Quadratkilometer große ESRO-Raketenschießgelände bei Kiruna in Nordschweden beeinträchtigt die Interessen der Rentierzüchter.

Besonders gravierend für die Samen war der zweite Weltkrieg, da Lappland bis zu 70 % (ausgenommen Schweden) zerstört worden war – durch die Deutschen. Zeitweise mußten die Samen in den Süden evakuiert werden. Die Grenze zur Sowjetunion trennt die Samen heute in zwei Gruppen.
Die nordischen Staaten haben seit dem zweiten Weltkrieg verschiedene Unterstützungsmaßnahmen eingeleitet, um die Samen in die „Gesellschaft zu integrieren." Diese im Prinzip wohlgemeinten Hilfsmaßnahmen materieller Art haben die ursprüngliche Lebensart der Samen wenig berücksichtigt (Eine normadisierende Wirtschaftsweise steht nicht im Einklang mit einer Industriegesellschaft) und haben zum Verlust der ethnischen Identität der Samen geführt – sowohl kulturell als auch wirtschaftlich. Viele Samen sind zu Bauern geworden, aber in den dortigen klimatischen und geographischen Verhältnissen kann ein Ödmarkbauer nur ein kärgliches Dasein fristen. Durch die schlechte wirtschaftliche Situation und durch die Reize der Konsumgesellschaft hat dies zu einer Migrationsbewegung Richtung Süden geführt.
Durch die Aufsplitterung der Samen hat sich auch ihre Sprache – einst eines der bindenden Elemente – in verschiedene Dialekte und drei Orthographien entwickelt. Dies erschwert die Verständigung der Samen untereinander. Und auch um den Zugang zu den anderen Berufen zu erleichtern, lernen viele Kinder in den Schulen nur die Landessprache und nicht mehr ihre Muttersprache.
Die Samen sind heute relativ gut organisiert – sowohl auf Länder- als auch auf gesamtnordischer Ebene. Sie haben eigene Rundfunksendungen und in Finnland ein Sameparlament. In den letzten Jahren sind die Samen als Minderheit bewußter geworden, und sie verstehen sich als ein Teil der weltweit unterdrückten Ureinwohnergruppen.
Um ihr Überleben als eine ethnische Gruppe garantieren zu können, fordern sie heute, daß sie
– in ihren Wohngegenden weiter leben dürfen
– Rentierzucht, Jagen und Fischen nach ihren Bedürfnissen betreiben können
– ihre Sprache und Gesellschaftsstruktur bewahren können
– und daß sie selbst darüber bestimmen können, wie sie leben und sich entwickeln können.

—rs—

Dieser Artikel basiert vorwiegend auf: „Räknas vi samer", in: Världshorisont, 4/1978, Stockholm
Weitere Literatur:
– Nationale Minderheiten in Westeuropa, Hrsg. von der Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn 1975
– Tintenfisch 10. Thema: Regionalismus, hg. v. Lars Gustafsson Wagenbach, Berlin 1976

Wem nützt die Opec?

Ursachen und Auswirkungen der neuen Ölpreissteigerungen

Obwohl sich die Erdölminister der Organisation erdölexportierender Staaten (Opec) auf ihrer Konferenz Ende letzten Jahres in fast allen Punkten zerstritten, klettert der Ölpreis immer weiter. Der Markt, nämlich die unverändert wachsende Nachfrage aus den Industriestaaten, läßt fast jede Steigerung zu. Die Zeche zahlt der kleine Mann in den Industriestaaten und die gesamte Staatsgruppe der Dritten Welt. Denn kapitalistische Länder können sich viel besser an Ölpreisschocks anpassen als die unterentwickelt gehaltenen Länder. Dieser Artikel untersucht Gründe und Auswirkungen der Preisexplosion beim Erdöl. Er kommt zu dem Schluß, daß die Opec derzeit zu Abhängigkeit und Unterentwicklung der Dritten Welt beiträgt.

Hauptpunkt auf der Tagesordnung der 55. Konferenz der Opec in der venezolanischen Hauptstadt Caracas war die Rückkehr zu einem einheitlichen Ölpreis. Denn der war schon seit längerem durch eigenmächtige Mehrforderungen einzelner Länder zerfleddert und konnte zuletzt nur noch mühevoll in einer von der Opec empfohlenen Preisspanne gehalten werden.
Weiter sollte es um die Festsetzung einer solidarischen Opec-Politik gegenüber denjenigen Entwicklungsländern gehen, die nicht mit eigenen Ölquellen gesegnet sind.
In der Preisfrage endete die Konferenz in einem kompletten Desaster. Bereits in der Vorwoche hatten die meisten der dreizehn Mitgliedsländer Anhebungen angekündigt – unabhängig voneinander und völlig unkoordiniert. Sie wollten so vermutlich durch vollendete Tatsachen ihre Verhandlungsposition für Caracas stärken.
Streit gab es dann vor allem zwischen zwei Gruppen von Opec-Mitgliedern: Antiwestlich und kämpferisch eingestellte Länder wie vor allem Libyen und Iran, die neben Preiserhöhungen auch einschneidende Mengenverknappungen anstreben, standen in scharfem Gegensatz zu der von Saudi-Arabien angeführten Gruppe von Feudalscheichtümern am persischen Golf. Diese Länder sind nicht zuletzt deshalb prowestlich eingestellt, weil das Überleben der Regierungen angesichts steigenden inneren Widerstands und der persischen Revolution nur durch westliche Militär- und politische Hilfe sichergestellt ist. Mittlerweile hat die „Carter-Doktrin" die Golfstaaten hochoffiziell zum westlichen Schutzgebiet erklärt.

Warum steigt der Ölpreis?

Die saudische Fraktion hatte in den letzten Jahren im Interesse der Konjunktur in den Industriestaaten die Opec zu einem Kartell zur Niedrighaltung der Preise umfunktioniert, obwohl auch höhere Preisforderungen möglich

gewesen wären. Denn Angebotsverknappungen als Folge der iranischen Revolution und eine trotz ständigen Energiespargeredes überschäumende Nachfrage in den westlichen Ländern trieben die Preise in die Höhe. Bei außervertraglichen Öllieferungen werden auf den sogenannten Spotmärkten zunehmend höhere als die offiziellen Opec-Preise gezahlt.

Die historische Bedeutung der Opec liegt sicherlich in ihrem geschlossenen Auftreten Anfang der siebziger Jahre, als zum ersten Mal eine Gruppe von Entwicklungsländern geeint auftrat, um dem Machtmonopol der multinationalen Konzerne ein eigenes Monopol entgegenzusetzen. Vorher hatten die Ölkonzerne praktisch ohne Mitspracherecht der Förderländer Mengen und Preise des Öls bestimmt, das sie aus der Wüste holten. Als nun die Opec die Ölquellen unter eigene Kontrolle nahm, wurden die Öl-Exporte plötzlich als politisches und wirtschaftliches Kampfinstrument eingesetzt. Noch heute versteht sich die Opec als Vorkämpfer der rohstoffexportierenden Staaten im Streit um eine gerechtere Ordnung der Weltwirtschaft.

Die Leichtigkeit, mit der sich der Ölpreis in den Jahren seit 1973 vervielfachte, weist aber auch auf eine andere Tatsache hin: Das Erdöl war, an seiner im Vergleich zu anderen Ernergiequellen wachsenden Knappheit gemessen, viel zu billig, weil die Ölkonzerne den Preis diktieren konnten. Auch heute noch liegt der Ölpreis weit unter dem, was die Industrieländer zu zahlen bereit sind. Sie werden ihre Nachfrage nach Erdöl erst dann verringern, wenn andere Möglichkeiten zur Energiegewinnung, egal welcher Art, in ausreichender Menge und zu günstigeren Preisen als Öl vorhanden sind. Die Öllander brauchten sich letztendlich nur das Recht zu erkämpfen, ihre Fördermengen selbst zu bestimmen. Die Preissteigerungen folgten dann fast zwangsläufig, und zwar gerade nach den Gesetzen des Marktes, auf dessen Funktionsfähigkeit die Industrieländer ja immer so viel Wert legen. Deshalb steigen die Preise für das Öl auch jetzt weiter, obwohl das Opec-Kartell faktisch zerfallen ist.

„... Ich weiß nicht, sollte unser Polizist nicht wenigstens ein Moped haben?"

Gewinner ...

Gewinner bei der großen internationalen Umverteilungsaktion, die sich Rohölhandel nennt, sind ohne Zweifel die multinationalen Ölkonzerne, und das gleich mehrfach. Erstens haben sie eigene Ölquellen in den Industrieländern, aus denen das schwarze Gold relativ billig fließt. Im größten Verbraucherland USA wird fast die Hälfte im Inland gefördert, in der BRD sind es immerhin fünf Prozent des Verbrauchs. Großbritannien avancierte mit seinem Nordsee-Öl zum viertgrößten Lieferanten der Bundesrepublik.

Wenn die Preise für Benzin und andere Mineralöl-Produkte mit Hinweis auf die „Scheichs" angehoben werden, explodieren natürlich die Gewinne aus den heimischen Borlöchern. Ein anderer Trick: es dauert gewöhnlich etwa drei Monate, bis Erdöl vom Förderturm in der arabischen Wüste bis zur Tankstelle im Schwarzwald gelangt. Benzinpreise werden aber immer recht flott angehoben, wenn die Exporteure mehr Geld verlangen. Vor drei Monaten billig eingekauftes Öl wird zu teurem Benzin verarbeitet: ein reichlicher Sonderprofit für die Multis.

1979 war für die US-Ölkonzerne ein Jahr ungeheurer Gewinnzunahmen. So konnte der Branchengigant Exxon (Esso) seinen Reingewinn um 56 Prozent auf 4,3 Milliarden Dollar steigern. Das ist ungefähr soviel wie das Bruttosozialprodukt von Angola im Jahre 1974 und mehr als die öffentliche Entwicklungshilfe der USA im Jahre 1977.

Gewinne der US-Ölmultis 1979

Quelle: HB 28.1.1980 Angaben in Milliarden Dollar

Firma	Gewinn 1979	Steigerung gegenüber 1978
Exxon	4,30	56 %
Mobil	2,01	78 %
Texaco	1,76	106 %
Gulf	1,32	68 %
Standard Oil of Indiana	1,50	40 %

... und Verlierer

Verlierer, und das ist sicher, bleiben die unteren Einkommensschichten in den Industrieländern. Nicht nur Benzin wird teurer. Am schmerzlichsten fallen wohl die steigenden Heizkosten, weil sie einen sehr großen Anteil am schmalen Budget von Rentnern, Kinderreichen und anderen Wenigverdienern ausmachen. Der Zuschuß des Staates – einmalig magere 120 DM – kann da nur wenig Linderung bringen.

Der Zangenangriff auf das Realeinkommen wird von der Lohnseite her unterstützt. Schon jetzt hört man für die beginnenden und kommenden Tarifrunden auf der Unternehmerseite ständig die Forderung, der Opec-Anteil des volkswirtschaftlichen Kuchens müsse selbstverständlich aus „Gründen wirtschaftlicher Vernunft" von den Arbeitern aufgebracht werden. Die Gewerkschaften scheinen sich teilweise darauf einzulassen. In England, Frankreich und Amerika sieht es nicht viel anders aus.

Plattform einer neuen Weltwirtschaftsordnung ?

Was ändert sich nun im Verhältnis zwischen Industrie- und Entwicklungsländern? Kann die „Plattform der neuen Weltwirtschaftsordnung", wie die Ölkonferenz von Caracas sich selbst nannte (NZZ 19.12.1979), als fester Standort wirtschaftlicher Befreiung der Dritten Welt genutzt werden, oder handelt es sich eher um ein Rednerpult auf der Begräbnisfeier der Hoffnungen für die armen Länder?

Erdölrechnungen müssen in der ganzen Welt in Devisen gezahlt werden, genauer gesagt in Dollars. Erdölpreiserhöhungen bedeuten nun, daß eine riesige Menge Dollars von den Entwicklungsländern ohne Öl und von den Industrieländern in die Kassen der Opec-Länder fließen. Diese Devisen fehlen dann in den Zahlungsbilanzen der industrialisierten und der nichterdölexportierenden Entwicklungsländer.

Bei den Ölstaaten aber bilden sich Überschüsse. 1979 betrug der gesamte Opec-Überschuß etwa 50 - 55 Milliarden Dollar (NZZ 22.12.1979). Dieses Geld, die sogenannten Petrodollars, fließt nun über die unterschiedlichen finanziellen Kanäle des Weltwirtschaftssystems wieder zurück. Über

Reichtum und Armut, Abhängigkeit und Ausbeutung, Stabilität und Chaos entscheidet die Art der Kanäle, die im bestehenden System der Wirtschaftsverflechtung den einzelnen Länder offenstehen.
Und da sind die Aussichten für die kapitalistischen Länder, besonders für die BRD, viel, viel besser als für die unterentwickelt gehaltenen Regionen des Planeten.

Die reichen Länder ziehen den Kopf aus der Schlinge
Exportieren lautet die Zauberformel für ein Land wie die BRD. Jede Steigerung der Ausfuhren in ein Opec-Land holt Petrodollars zurück, sichert Arbeitsplätze in deutschen Unternehmungen und garantiert deutschen Kapitalisten ihre Profite. Und die meisten Opec-Länder können deutsche Waren gebrauchen, vor allem Ausrüstungen für Industrie und Landwirtschaft. Nach der sogenannten Ölkrise 1973 startete die BRD eine Exportoffensive, um verlorenes Terrain zurückzugewinnen. Ergebnis: bis 1978 erreichte man ein deutliches Plus im Handel mit den Öländern, sogar einen Überschuß von fast fünf Milliarden Mark.

Handelsbilanz der BRD mit den Opec-Ländern 1978
Quelle: Journalisten-Handbuch Entwicklungspolitik 1979. Herausgegeben vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit. Angaben in Milliarden DM
(+) = Überschuß für die BRD

Land	BRD → Land	Land → BRD	Saldo
Venezuela	1,74	0,31	+ 1,43
Vereinigte Arab.Emirate	0,86	1,40	– 0,54
Saudiarabien	4,16	3,03	+ 1,13
Iran	6,77	4,21	+ 2,56
Libyen	1,63	3,42	– 1,79
Nigeria	2,87	2,45	+ 0,42
Ecuador	0,41	0,18	+ 0,23
Gabun	0,04	0,26	– 0,22
Algerien	2,55	2,34	+ 0,21
Irak	1,60	0,41	+ 1,19
Indonesien	1,02	0,70	+ 0,32
		insgesamt	+ 4,94

es fehlen die Opec-Mitglieder Kuwait und Katar, deren Anteil am Öl-Import der BRD 1979 bei knapp 2,5 % lag (HB 18.12.79).

Im Augenblick, direkt nach den neuen Teuerungen, ist die Handelsbilanz zwar wieder negativ, weil die Preissteigerungen 1979 recht plötzlich kamen, doch dürfte die BRD-Wirtschaft das Handelsloch recht schnell wieder verstopfen können. „Der ökonomische Organismus Bundesrepublik ist schon mit ganz anderen Widrigkeiten fertig geworden..." meint dazu „die Welt" (nach NZZ 25.12.1979).
Ähnliches gilt für die anderen westlichen Länder, wenn auch teilweise in geringerem Maße.
Die Öl-Habenichtse aber schauen in die Röhre – die Opec hat kaum Verwendung für deren Produkte. Rohstoffexporte aus den armen Ländern wie Eisen und Kupfer machen den Umweg über die Industrieländer, bevor sie in verarbeiteter Form in Arabien zu Fabriken – made in Germany – werden.
Aber den entwickelten Wirtschaften stehen noch weitere Durchflußrinnen für rückströmende Petro-Dollars offen. Da sind die Kapitalanlagen reicher Ölscheichs und Opec-Finanzminister – natürlich in profitträchtigen westlichen Industrien. Der Iran stieg bei Krupp und Daimler-Benz ein. Fast täglich hört man von Großanlagen arabischer Interessenten in Londoner Grundstücken oder französischen Schlössern. Jedes Aktienpaket, das ein Ölpotentat aufkauft, füllt den Zahlungsbilanztopf der Konzern-Mutterländer, bringt Devisen in den Westen.
Die kapitalistischen Länder geben damit zwar stückchenweise Verfügungsgewalt über Kapital auf, was aber von der Bildzeitung für weit dramatischer gehalten wird als von der Firmenoligarchie selbst. Die Macht bleibt mehrheitlich in den Zentren. Ausländische Anleger halten sich zumeist zurück, auch wenn ihnen ein Aufsichtsratsposten zusteht. Beteiligungen am Kapitalbestand der Industrieländer hält ihr Interesse am Wohlergehen der kapitalistischen Wirtschaften wach. Der saudische Ölminister Jamani wird nicht müde, sein Verantwortungsgefühl für Konjunktur und Wachstum in Europa zu betonen. Außerdem sind viele Anleger aus den Öländern einfach froh, eine sichere Anlage für ihr überflüssiges Geld gefunden zu haben, denn der westliche Kapitalmarkt ist dem Ansturm kaum mehr gewachsen.
Ob Investitionen in westlichen Industrien eine sinnvolle Verwendung für den Ölreichtum der Opec-Länder sind, gemessen an den Bedürfnissen der Bevölkerung, steht natürlich auf einem anderen Blatt Papier.

Ein Paradies für Spekulanten
Ein großer Teil der Petrodollars, und damit sind wir beim dritten Rückfluß-Kanal der internationalen Zahlungsbilanzsysteme, vagabundiert auf den Jahrmärkten der Spekulation in den kapitalistischen Ländern herum. Viele Öl-Milliardäre reizt die kurzfristige Risiko-Anlage mit hohen Gewinnchancen, oft aber wird Kapital nur für einige Zeit „zwischengelagert", bevor sich eine sichere und langfristige Anlage findet.
Warenterminmärkte, Devisenhandel, Gold- und Silberbörsen und Eurodollarmärkte sind die Schauplätze des Milliarden-Karussels des Überschuß-Kapitals. Der ungeheure Goldboom der letzten Zeit ist sicher teilweise auf brachliegende Petro-Dollars zurückzuführen (TAZ 14.1.1980); die Bocksprünge in der Goldpreisentwicklung beruhen auf spekulativen Umschichtungen.
Milliarden-Summen ungebundenen Kapitals, die täglich auf Finanzplätzen wie Luxemburg, London oder Singapur hin- und hergeschoben werden, können den westlichen Ländern recht unangenehm werden. Sie sind weder von Zentralbank noch Regierung kontrollierbar. Nationale Politik zur Überwachung von Kapitalströmen wird fast unmöglich. Spekulationswellen aus einer Währung in die andere verändern Wechselkurse, auch wenn die Zentralbank sie im Interesse eines risikolosen Außenhandels lieber stabil und schwankungsfrei sähe. Und: im Falle einer größeren Panik der übersensiblen Großspekulanten kann es unter Umständen zu Bankzusammenbrüchen mit darauffolgenden Kettenreaktionen von Pleiten kommen, die die Stabilität und Anpassungsfähigkeit des kapitalistischen Systems überfordern. Allerdings wird dieses Problem nicht von den Opec-Ländern verursacht, sondern lediglich verstärkt.

Der Dritten Welt bleiben die Schulden
Exportoffensiven, Anlocken von Kapitalanlagen, Strudel der Spekulation: alle diese Devisen-Pipelines und Pumpstationen führen nur in den reichen Norden. Die Abzweigungen Richtung Dritte Welt enden fast alle in Sackgassen. Nur wenige Tröpfchen dringen durch, und diese landen in den sogenannten Schwellenländern, deren

Industrialisierung bereits weiter fortgeschritten ist. Saudi-Arabien z.B. engagiert hin und wieder koreanische Baufirmen.
Es gehört ja geradezu zur Definition des Entwicklungslandes, daß die Wirtschaftskreisläufe unvollständig und deformiert ausgebildet sind. Exportproduktion von verarbeiteten Qualitätserzeugnissen findet kaum statt; Kapitalmärkte sind wenig funktionsfähig, falls überhaupt vorhanden; krisensichere Anlagemöglichkeiten für Opec-Überschüsse gibt es so gut wie nicht. Gerade weil die armen Länder also durch Imperialismus und Kolonialismus in ihrer Entwicklung gehemmt wurden, sind sie den Ölpreissteigerungen so hilflos ausgeliefert.
Die Dritte Welt wird zudem von einem finanziellen Doppelschlag getroffen, denn mit dem Öl verteuern sich gleichzeitig die Erzeugnisse der Industrieländer.
Trotzdem muß der Zahlungsbilanztopf der armen Länder sich wieder füllen. Da die direkte Verbindung zum Opec-Topf verstopft ist, bleibt nur der Umweg über die Industrieländer: Schuldenmachen, d.h. Zahlungsbilanzausgleich auf Pump, bleibt häufig die einzige Rettung, um den finanziellen Kollaps eines Landes zu verhindern. Man weiß: Der Schuldenberg der Entwicklungsländer ist riesengroß und er bildet einen der wichtigsten Stützpfeiler der fortgesetzten Abhängigkeit. Denn Verschuldung bedeutet Mitspracherecht für den Gläubiger. Institutionalisierte Bevormundung der verschuldeten Staaten betreibt seit Jahrzehnten der Internationale Währungsfonds in Washington. Er diktiert die Wirtschaftspolitik, wenn ein Land um Devisenkredite nachsucht; er muß sein O.K. geben, bevor private Banken Geld locker machen. Und seine Auflagen treffen die armen Massen hart: Streichung der Subventionen für Lebensmittel und andere Grundbedarfsgüter, Verteuerung der importierten Waren, Senkung des Reallohnes und so weiter. Die Liste der Opfer (Peru, Ägypten, Zaire, Türkei, ...) wird ständig länger.
Entwicklungshilfe aus den Industriestaaten entlastet zwar kurzfristig ebenfalls die Devisenbilanz, wird aber kaum mehr und dient häufig eher zur Stabilisierung der Unterentwicklung denn zur Überwindung der Abhängigkeit.

Solidarität der Opec?
Aber definiert sich nicht die Opec selbst als „Instrument zur wirtschaftlichen Befreiung der armen Länder"? In der Tat wäre direkte Hilfe zweifellos der einfachste und effektivste Weg zum Recycling der Petrodollars. An Bekenntnissen zur gegenseitigen Solidarität des Südens fehlt es auch nicht. Zu untersuchen ist, was die Opec tatsächlich zur Rückführung des Reichtums tut, den sie ihren unterentwickelten Brüdern entzieht.
1977 wurde der Entwicklungshilfe-Fonds der Opec gegründet und mit 1,6 Milliarden Dollar ausgestattet. Er wurde jetzt auf vier Milliarden Dollar aufgestockt. Das sind schätzungsweise zwei Prozent der gesamten Öleinnahmen des Jahres 1979 (NZZ 22.12.1979). Da der Fonds sehr langsam arbeitet, wurde bisher erst eine Milliarde tatsächlich ausgeschüttet, jeweils zur Hälfte an internationale Organisationen und direkt an einzelne Länder.
Von Algerien stammt der Vorschlag, diesen Fonds zu einer riesigen Hilfsorganisation für die Dritte Welt umzubauen, mindestens vom Kaliber der Weltbank. Die Idee dahinter: man müsse einfach die Industrieländer umgehen, um mit eigener Kraft und Geld aus dem Öl die Ketten der Unterentwicklung zu sprengen. Auf dem Papier ein kluger Plan, nur in der Realität sieht es anders aus. In Caracas wurde das Projekt zerredet, im Frühjahr soll eine Opec-Sonderkonferenz näheres besprechen. Skepsis scheint angebracht. In der Diskussion ist noch ein anderer Plan, der aber wohl noch weniger Realisierungschancen hat. Man könne ja einfach den armen Ländern das Öl billiger verkaufen, argumentierten seine Verfechter. Allerdings weiß niemand so recht, wie man das bewerkstelligen will. Transport und Handel des Erdöls liegt in der Hand der Multis. Ein Tanker, der den persischen Golf verläßt, kann so gut nach Brasilien wie nach Japan fahren. Die Ölkonzerne manipulieren die Zielhäfen ihrer Schiffe, wie es ihnen gerade paßt.

Die bilaterale Hilfe hat Vorrang
Genau wie die Industriestaaten ziehen es die reichsten Opec-Länder vor, Hilfe lieber in eigener Regie direkt an ein Land zu vergeben. Nur so kann im Einzelfall das Geld als Belohnung oder Strafe eingesetzt werden. Hauptgeber-Länder dieser bilateralen Hilfe sind drei Staaten am persischen Golf, die sich sehr ähneln: Saudi-Arabien, die Vereinigten Arabischen Emirate (Dubai, Abu Dhabi u.a.) und Kuweit. Alle haben wenig Bevölkerung, sehr viel Geld, eine reaktionäre Verfassung und Regierung und werden von jeweils einer Familie beherrscht. Ihre Hilfsleistung liegt bei etwa zwei bis drei Prozent des Sozialprodukts, gegenüber 0,33 Prozent bei den westlichen OECD-Ländern. Das Geld wird weniger mit wirtschaftlichen Bedingungen vergeben, sondern mehr nach politischen Kriterien. Es profitieren arme arabische Staaten und islamische Länder in Afrika und Asien. Nur 10 Prozent der Opec-Hilfe geht nach Lateinamerika. Ölländer wie Algerien, Irak und Venezuela können kaum etwas abgeben, da ihre Bevölkerung groß ist und die Bekämpfung der Unterentwicklung im eigenen Land Vorrang hat.

Die Opec muß sich entscheiden
Noch etwas beunruhigt: Die Gesamthilfe der Opec nimmt tendenziell ab. Von 2,14 Prozent des Sozialprodukts im Jahre 1976 sank sie auf 1,11 Prozent zwei Jahre später. Für 1979 dürfte die Zahl wieder bei knapp zwei Prozent liegen, das ist aber weit weniger als die Ölrechnung der Entwicklungsländer (alle Angaben nach Libé 22.12.1979).
Die Opec nimmt also weit mehr als sie gibt. Sie beteiligt sich damit im Augenblick und auf ihre Art an der Ausbeutung der Dritten Welt.
Und die armen Länder zeigen erste Reaktionen: auf der Unctad-V-Konferenz in Manila im Mai letzten Jahres gab es erhebliche Unstimmigkeiten zwischen der Opec und lateinamerikanischen Vertretern. In Schwarzafrika melden das prosowjetische Äthiopien und das prowestliche Zaire Proteste an. Will die Opec nicht als Klub von Neureichen im Fahrwasser der Industriestaaten dastehen, muß sie bald den großen Worten meßbare Tatsachen folgen lassen. Wir werden ihre Entwicklungspolitik weiter im Auge behalten.

sth

EG-Entwicklungspolitik: Neokolonialismus in neuem Kleide?

Am 1. März 1980 wird das am 31.10. letzten Jahres zwischen Vertretern der 9 EG-Staaten und 57 Staaten Afrikas, der Karibik und des Pazifiks (AKP) in der togolesischen Hauptstadt unterzeichnete 2. Lomé-Abkommen in Kraft treten. Es löst das erste vor fünf Jahren abgeschlossene AKP-Abkommen ab. Im Gegensatz zu den zahlreichen Welthandelskonferenzen auf globaler Ebene (besonders den UNCTAD-Konferenzen), haben sich in den Lomé-Abkommen die industrialisierten EG-Staaten zu konkreten, vertraglich abgesicherten (Finanz)Leistungen gegenüber einer Gruppe von Ländern der Dritten Welt verpflichtet. Es handelt sich dabei fast ausschließlich um Schwarzafrika (nur Angola und Mozambique sind dem Abkommen (noch?) nicht beigetreten) und um einige karibische und pazifische Inselstaaten. Wie diese Vereinbarungen im Einzelnen aussehen und welche Vor- und Nachteile sie für die Entwicklungsländer mit sich bringen, will dieser Artikel untersuchen.

Geschichte der EG-Entwicklungspolitik

Von den sechs Gründungsstaaten der EWG besaßen 1957, dem Jahr der Unterzeichnung der römischen EWG-Verträge, Frankreich, Belgien und die Niederlande noch Kolonien. Nach der formalen Unabhängigkeit dieser Kolonialgebiete wurden die „besonderen Beziehungen" zwischen ehemaligen Kolonien und Mutterland auf die europäische Ebene gehoben: 1963 wurde zwischen 18 frankophonen Staaten Afrikas und der EWG die Assoziierung vereinbart (Jaunde-Vertrag). Hauptbestandteile des Vertrages waren: gegenseitige Freizügigkeit im Warenverkehr mit Ausnahme der Produkte, die sehr stark mit den europäischen konkurrierten; finanzielle und technische Hilfe, zum großen Teil als unentgeldliche Zuschüsse.
Das Abkommen von Jaunde war zunächst auf fünf Jahre befristet; 1969 wurde es durch ein zweites Abkommen erneuert.
Zuvor war mit drei Ländern des britischen Commonwealth, mit Kenia, Tansania und Uganda in Arusha ein Sonderabkommen unterzeichnet worden (1968). Dieses sah eine Freihandelszone ohne finanzielle und technische Entwicklungshilfe vor.

Neue Möglichkeiten, besondere Beziehungen zwischen ehemaligen Kolonien und der Europäischen Gemeinschaft zu schaffen, boten sich mit dem Beitritt Großbritanniens. Der Vertrag über diesen Beitritt (1972) sah ausdrücklich Verhandlungen zwischen den Ländern des Commonwealth und der EG vor mit dem Ziel, besondere Beziehungen zu vereinbaren.

Die Verträge von Lomé

Das Ergebnis der Verhandlungen mit Staaten aus Afrika, der Karibik und dem Pazifik ist der 1975 in der Hauptstadt Togos unterzeichnete 1. Lomé-Vertrag zwischen den AKP-Staaten (zunächst 46 Länder) und der EG.
Der Vertrag hatte eine Laufzeit von fünf Jahren und bezog sich auf Handel, industrielle, landwirtschaftliche sowie finanzielle und technische Zusammenarbeit (Entwicklungshilfe) sowie als neues Instrumentarium der Nord-Süd-Zusammenarbeit das Exporterlösestabilisierungssystem (STABEX). Zusätzlich wurden für Bananen, Rum und Zucker (s. Kasten) besondere Abkommen geschlossen, in denen für eine festgelegte Menge dieser Produkte der Preis und eine bestimmte Abnahmemenge in der EG garantiert wurde.
Am 31.10. letzten Jahres wurde das 2. Lomé-Abkommen unterzeichnet, das am 1. März 1980 den alten Vertrag ablöst. Er ist eine Festschreibung und Konsolidierung des ersten Vertrages. Neu hinzugenommen wurde ein Hilfsprogramm zur Erhaltung und Entwicklung des Bergbaus in den AKP-Staaten („Erzfonds").

Sonderfall Zucker

Das Zuckerprotokoll wurde 1975 als Anhang zum 1. Lomé-Vertrag unterzeichnet und gilt auf unbestimmte Zeit; es kann frühestens 1982 gekündigt werden. Es stellt auf EG-Ebene die Fortsetzung des Commonwealth-sugar-agreement dar: Britische Raffinierien sind aus traditionellen kolonialistischen Gründen fast ausschließliche Abnehmer des Rohrzuckers innerhalb der EG, deren Selbstversorgungsgrad durch die Rübenzuckerproduktion die 100 % Marge übersteigt.
Das Zuckerprotokoll enthält eine Verpflichtung festgelegter Mengen Rohzucker für jedes zuckerexportierende AKP-Land. Die EG verpflichtet sich, diesen Zucker unabhängig vom eigenen Bedarf auch abzunehmen. Etwa 2/3 des gesamten AKP-Zuckerexports fallen unter diese Kaufgarantie.
Das Besondere an dieser Vereinbarung ist, daß der Preis des Zuckers sich an den europäischen Binnenpreisen orientiert. Die EG-Agrarpreise liegen bekanntlich weit über den Weltmarktpreisen, um den Bauern in Europa ein gesichertes Einkommen zu garantieren. Diese „Indexierung" des Preises wird von den Entwicklungsländern seit Jahren immer wieder, z.B. auf der UNCTAD, gefordert, von den Industrieländern aber immer mit Hinweis auf den „freien Weltmarkt" entrüstet abgelehnt.
Auch wenn der EG-Zuckerpreis weit über dem in den letzten Jahren stark gesunkenen Weltmarktpreis liegt – 1979 etwa zweieinhalbmal so hoch – so sind die EG-Zuckerproduzenten gegenüber den AKP-Produzenten besser gestellt, da der ausgehandelte Preis cif europäische Häfen gilt, d.h. Fracht- und Versicherungskosten – ca. 30 % – sind in dem Preis für die AKP-Anbieter enthalten.

STABEX

Die Stabilisierung der Exporterlöse für bestimmte Rohstoffe, die von den AKP-Staaten in die EG exportiert werden, garantieren den davon profitierenden Regierungen der Entwicklungsländer eine gewisse Stabilität ihrer Deviseneinnahmen und damit der Planbarkeit von Entwicklungsvorhaben unabhängig von Ernterückgängen durch Naturkatastrophen oder finanziellen Verlusten durch die Schwankungen der Weltmarktpreise. Die Liste der einbe-

zogenen Rohstoffe umfaßt 44 landwirtschaftliche Produkte (Lomé I: 26, später auf 34 ausgedehnt, siehe Kasten), die jedoch nicht weiterverarbeitet sein dürfen. Aus Angst vor Arbeitsplatzverlusten in der EG haben die Industrieländer darauf bestanden, weiterverarbeitete Produkte auszusparen. Dadurch zementiert das STABEX-SYSTEM die Arbeitsteilung zwischen Entwicklungsländern und Industrieländern.

Unter welchen Bedingungen bekommt eine AKP-Regierung finanzielle Zuweisungen von der EG im Rahmen von STABEX?

LISTE DER IM STABEX-SYSTEM ERFASSTEN WAREN

1. Von Anfang an im Abkommen von Lomé I vorgesehene Waren

1. Erdnüsse, auch geschält
2. Erdnussöl
3. Kakaobohnen
4. Kakaomasse
5. Kakaobutter
6. Rohkaffee oder gebrannter Kaffee
7. Kaffeeauszüge oder -essenzen
8. Baumwolle, weder gekrempelt noch gekämmt
9. Baumwoll-Linters
10. Kokosnüsse
11. Kopra
12. Kokosnussöl
13. Palmöl
14. Palmkernnüsse
16. Rohe Häute und Felle
17. Rind- und Kalbleder
18. Schaf- und Lammleder
19. Ziegen- und Zickelleder
20. Rohholz
21. Holz, vierseitig oder zweiseitig grob zugerichtet, aber nicht weiterverarbeitet
22. Holz, in der Längsrichtung gesägt
23. Bananen, frisch
24. Tee
25. Rohsisal
26. Eisenerz (konzentrierte Erde, Schwefelkiesabbrände)

2. Waren, die während der Anwendung des Lomé I-Abkommens einbezogen wurden

27. Vanille
28. Gewürznelken (Mutternelken und Nelkenstiele)
29. Wolle, weder gekrempelt noch gekämmt
30. Feine Angoraziegenhaare
31. Gummi arabikum
32. Pyrethrum (Blüten, Blätter, Stiele, Rinde, Wurzeln) sowie Pyrethrumsäfte und -auszüge
33. ätherische Öle, nicht terpenfrei gemacht, von Gewürznelken, Niaouli und Ylang-Ylang
34. Sesamsamen

3. zusätzlich im Lomé II-Abkommen einbezogene Waren

35. Kaschu-Nüsse	40. Ölkuchen
36. Pfeffer	41. Kautschuk
37. Garnelen	42. Erbsen
38 Kalmare	43. Bohnen
39 Baumwollsaat	44. Linsen

Ein Beispiel für STABEX

Die Exporterlöse (E) (=Deviseneinnahmen für das Entwicklungsland) setzen sich zusammen aus dem Podukt des Preises (P) und der Menge (M).

$$E = M \times P$$

Die Erlöse können also durch das Sinken der Preise für das Exportprodukt oder durch das Sinken der ausgeführten oder einer Kombination von beidem bedingt sein.
Nehmen wir als ausgedachtes und vereinfachtes Beispiel Kenias Rohkaffee-Exporte. In den letzten vier Jahren exportierte Kenia durchschnittlich in jedem Jahr 400 000 t Rohkaffee im Werte von 400 Mio DM in die EG. In diesem Jahr gehen die Exporte auf 300 000 t zurück, weil durch eine Naturkatastrophe ein Viertel der Ernte ausgefallen ist. Der Kaffeepreis auf dem Weltmarkt bleibt jedoch gleich. Dann erzielt Kenia für die infolge der Naturkatastrophe nicht geernteten und damit auch nicht exportierten Menge von 100 000 t Rohkaffee eine Entschädigung von 100 Mio DM als Kredit.
(Als Kredit, weil Kenia nicht zu den ärmsten, Insel- oder Binnenländern zählt; diese erhalten die Mittel als Zuschüsse).
Eine andere Möglichkeit besteht darin, daß die Erlöse zurückgehen, weil der Preis auf dem Weltmarkt sinkt. Nehmen wir an, es hat im letzten Jahr eine sehr gute Kaffee-Ernte in Kenia und allen kaffee-exportierenden Ländern gegeben. Dadurch ist der Weltmarktpreis für Kaffee um die Hälfte gesunken. Obwohl Kenia also mehr Kaffee exportiert (bspw. 100 000 t mehr in die EG als im Durchschnitt der letzten Jahre) wurden 150 Mio DM weniger an Einnahmen aus dem Kaffee-Export erzielt. Auch diese Mindereinnahme wird durch die EG aus dem STABEX-Fonds ersetzt.
Das ist ein Vorteil gegenüber dem UNCTAD-Programm: die dort beschlossenen, aber noch nicht in Kraft gesetzten Rohstoffabkommen arbeiten ähnlich wie die EG-Agrarpolitik mit großen Lagern (die berühmten Butter- und Schweineberge) und stabilisieren direkt die Preise. Einkommeneinbußen wegen schlechter Ernten werden nicht ausgeglichen.

Das erste Kriterium ist: das AKP-Land muß von dem Export des betreffenden Rohstoffes abhängig sein, d.h. der Mindestanteil, den der Rohstoff an den Gesamtexporterlösen des Landes erreichen muß, liegt bei 6,5 %, bei Sisal bei 5 % (Lomé I: 7,5 % für alle Waren). Ausgelöst wird die Stabilisierung erst dann, wenn der Rückgang der Ausfuhrerlöse mindestens 6,5 % (Lomé I: 7,5 %) der Durchschnittserlöse der letzten vier Jahre beträgt. Bei den am wenigsten entwickelten Ländern (in der EG-Definition alle Inselstaaten sowie Staaten ohne direkten Zugang zum Meer), beträgt die „Auslöseschwelle" jedoch nur 2 % (2,5 %). Letztere Staaten erhalten die Mittel als Zuschüsse (46 von den 57 Akp-Staaten), die anderen Staaten als zinslose Darlehen, deren Rückzahlungen wieder dem STABEX-Fonds zufließen.
Allerdings wird bei STABEX-Zahlungen die Inflation nicht berücksichtigt. Wenn ein Land zum Beispiel im Durchschnitt von vier Jahren aus dem Kaffee-Export ein

Einkommen von 400 Millionen Mark erzielte, so wird ihm dieses Geld durch STABEX auch in Krisenzeiten garantiert. Wenn aber mittlerweile alles um 20 Prozent teurer geworden ist, bedeutet das konstante Einkommen eine real gesunkene Kaufkraft. STABEX ist eine Art Sozialversicherung gegen vorübergehende Krankheiten, nicht mehr, aber auch nicht weniger. Gegen sinkende Terms of Trade (Exportpreise der Entwicklungsländer (meist Rohstoffe) im Verhältnis zu den Exportpreisen der Entwicklungsländer (meist Industriegüter)) kann es nicht ausrichten.
Das Gesamtvolumen des STABEX-Fonds ist von 375 Mio ERE auf 550 Mio ERE erhöht worden (ERE: europäische Rechnungseinheit, ein Kunstgeld, in dem Zahlungen innerhalb der EG verrechnet werden. 1 ERE = DM 2,5)). Diese nominale Steigerung von 50 % entspricht in etwa der Inflation der ERE in den letzten fünf Jahren und stellt insofern keine reale Steigerung des STABEX-Finanzvolumens dar: für die 57 AKP-Staaten stehen durchschnittlich ca. 260 DM zur Verfügung.
Das technische Funktionieren des STABEX-Fonds in den fünf Jahren des ersten Lomé-Abkommens war entgegen den übereinstimmenden Bedenken rechter, liberaler wie linker Kritiker und der Brüsseler EG-Behörden selber recht gut. Bis zum 1.7.1979 (4 1/4 Rechnungsjahre) wurden 270 Mio ERE zugunsten von 31 AKP-Staaten ausbezahlt, davon erhielten 22 Staaten 160 Mio ERE Zuschüsse.

Lomé II-Abkommen

Menschenrechtsklausel

Durch die Einfügung einer „Menschenrechtsklausel" in das zweite Lomé-Abkommen wollte die EG erklärtermaßen Zahlungen an zukünftige Idi Amins oder Bokassas verhindern. Es ist nur legitim, daß die AKP-Staaten die Menschenrechtsklausel als Versuch der Einmischung zurückgewiesen haben. Man muß sich nur vor Augen führen, daß es die EG-Staaten – allen voran Frankreich – sind, die durch ihre Kolonialpolitik solche Staatsmänner hervorgebracht haben und daß der französische Neokolonialismus Bokassa gestützt und unterstützt hat. Die „Menschenrechtsklausel" hätte den EG-Staaten nur ein weiteres, vertraglich abgesichertes Mittel des Eingreifens in die Entwicklung der AKP-Staaten ermöglicht. Davon wären ohne Zweifel, vielleicht mit Ausnahme der extremsten Despoten, gerade die fortschrittlichen Länder betroffen gewesen. Denn dort, wo die EG-Staaten Profit erwirtschaften können, liegen ihnen die Menschenrechte nicht oder höchstens verbal am Herzen (bspw. in Südafrika); dort, wo ihre Profitrate jedoch geschmälert wird, müssen die Menschenrechte als ideologische Rechtfertigung für das Eingreifen in unabhängige Staaten herhalten.

Mineralische Rohstoffe

Im STABEX-System ist 1975 als einziger mineralischer Rohstoff Eisenerz aufgenommen worden. Das Interesse der AKP-Staaten war es, auch andere mineralische Rohstoffe in das STABEX-System einzubeziehen. Hiermit konnten sie sich nicht durchsetzen. Der Grund dafür: die Behandlung der Bergbauprodukte zu Stabex-Bedingungen wäre der EG sehr, sehr teuer gekommen. Allein in den ersten beiden STABEX-Jahren hatten Zaire und Zambia bei ihrem Kupferexport Erlösausfälle, die den ganzen STABEX-Topf schon fast allein geleert hätten.
Stattdessen ist in Lomé II Abkommen ein neues Instrumentarium geschaffen worden: der „Erz-Fonds" (eine von mir gewählte Bezeichnung, da uns bei Redaktionsschluß noch keine deutsche Übersetzung des Abkommens vorlag).
Die Initiative zu diesem „Erzfonds" geht auf Helmut Schmidt zurück, der die Einbeziehung von Kupfer in das STABEX-System vorschlug. Der Weltmarktpreis für Kupfer ist momentan recht hoch, es wird an den Metallbörsen mit einem weiteren Ansteigen der Kupferpreise gerechnet; aber infolge der sehr schwankenden Kupferweltmarktpreise und der damit verbundenen unsicheren Profiterwartungen unterblieben Neuinvestitionen in dem sehr kapitalintensiven Kupferbergbau seit 1974 völlig. Das gleiche gilt für fast jegliche Bergbauinvestitionen in Afrika. Für eine langfristige Rohstoffsicherung ist jedoch die Erschließung neuer Bergwerke und Lagerstätten in Afrika notwendig. Das Interesse der Stabilisierung der Erlöse für mineralische Rohstoffe durch die AKP-Staaten geht in dieselbe Richtung wie das Interesse der EG-Staaten an einer gesicherten Rohstoffversorgung. Durch zwei Instrumentarien soll dieses Ziel erreicht werden: 1.) einem dem STABEX ähnlichen Erzfonds und 2.) die Neuerschließung von Bergwerken durch EG-Zuschüsse.

Erzfonds

Im Erzfonds sind Kupfer, Kobalt, Phosphate, Mangan, Bauxit, Tonerde und Zinn einbezogen (sowie ab 1985 auch Eisenerz, welches bis dahin noch nach dem STABEX-System behandelt wird). Weitere Rohstoffe können durch gemeinsamen Beschluß des EG-AKP-Ministerrates hinzugenommen werden.
Die Abhängigkeits- und Auslöseschwellen für die mineralischen Rohstoffe liegen weit höher als bei dem agrarischen STABEX-System:
– Die Abhängigkeitsschwelle beträgt 15 % bzw. 10 % für Insel- und Binnenstaaten. Mindestens diese Marge muß der Anteil des Rohstoffes am Gesamtexport des AKP-Staates betragen.
– Der Schaden durch den Rückgang der Produktionskapazität bzw. Exportwertes muß mindestens 10 % betragen. (Beide Werte beziehen sich auf den Durchschnitt der letzten vier Jahre).
– Es muß sich um einen sonst gesunden und wirtschaftlichen Produktionszweig handeln, dessen Export in die EG aufgrund örtlicherEreignisse – Naturkatastrophen oder sozialer Unruhen – mengenmäßig zurückgeht oder dessen Exportwert infolge sinkender Weltmarktpreise gefallen ist.

Erst wenn alle drei Bedingungen erfüllt sind, worüber die EG gemeinsam mit dem betroffenen Land befindet, besteht die Möglichkeit einer Entschädigung. Diese Regelung für Verluste aus dem Export mineralischer Rohstoffe bleibt hinter den Zugeständnissen der EG im STABEX-System zurück. Bei Verlusten im Export agrarischer Rohstoffe genügt der Nachweis der Verluste – durch Offenlegung der Handelsstatistik. Das betroffene AKP-Land hat dann einen Anspruch auf die EG-Entschädigung.
Aus dem Erzfonds jedoch werden die finanziellen Mittel nicht direkt und ohne Bedingungen – wie aus dem STABEX-Fonds – an die betroffene Regierung ausbezahlt, sondern stellen einen Beitrag zur Finanzierung von Vorhaben und Programmen dar, die das AKP-Land zur Wiederherstellung seiner Produktions- und damit seiner Exportkapazität in die EG vorschlägt.
280 Mio ERE sind für derartige Finanzierungen in den nächsten fünf Jahren vorgesehen. Die Mittel werden als einprozentig zu verzinsende Darlehen mit vierzigjähriger Laufzeit also spottbillig vergeben.

Mittel zur Entwicklung des Bergbaus

Neben dem Erzfonds zur Erhaltung der Bergwerkskapazitäten sind weitere 200 Mio ERE als Darlehen der europäischen Entwicklungsbank (EIB) vorgesehen, die zur Finanzierung von Neuinvestitionen im Bergbau und Energiesektor bereitstehen. „Die Beteiligung der EIB dürfte außerdem solche Vorhaben für private Investoren attraktiver machen; schließlich eröffnet das neue Abkommen die Möglichkeit, zwischen der Gemeinschaft und ihren Mitgliedsstaaten einerseits und allen interessierten AKP-Staaten andererseits Abkommen zum Schutz und zur Förderung von Investitutionen im Bergbau und auf dem Energiesektor zu schließen" (Informatorische Aufzeichnungen, S. 9).
Die Gelder aus dem Erzfonds und die Mittel zur Förderung des Bergbaus stehen also nicht zur freien Verfügung der Entwicklungsländer. Sie haben erklärtermaßen das Ziel, den Rohstoffbedarf der EG zu sichern.

Finanzieller Rahmen des Lomè II Abkommens

Der Finanzmitteltransfer der EG in den AKP-Raum ist für die nächsten fünf Jahre auf 4,722 Mrd ERE (11,8 Mrd. DM) erhäht worden, zu dem noch eine Darlehenssumme von 885 Mio ERE der europäischen Investitionsbank kommt. Etwa 2/3 der Mittel sind Zuschüsse. Die Mittel fließen zu ca. 75 % in Form von Aufträgen und Einkäufen in die EG zurück. (TAZ 8.11.79).
Ursprünglich hatten die AKP-Staaten eine Erhöhung von 3,39 Mrd ERE (Lomé I) auf 10,8 Mrd ERE (32,4 Mrd DM) für das 2. Abkommen gefordert, die EG jedoch nur rund 13 Mrd DM zugestanden. U.a. wegen dieser finanziellen Meinungsverschiedenheiten waren die Verhandlungen im Mai letzten Jahres unterbrochen worden. Die EG hat sich nun noch eine runde Mrd DM mehr abringen lassen.

Kritik der Lomé-Abkommen

Da bis auf den Erzfonds das Lomé-II-Abkommen in seiner Grundstruktur eine „angepaßte Fortschreibung" des Lomé-I -Abkommens darstellt, gilt die Kritik am 1. Abkommen gleichermaßen für das „neue" 2. Abkommen.

Regionale Begrenzung

Von den Lomé-Verträgen sind von vorneherein die Entwicklungsländer Nordafrikas, des Nahen Ostens, Asiens sowie des südamerikanischen Festlandes ausgeschlossen. Mit diesen Ländern hat die EG gesonderte Handels- und Entwicklungshilfeverträge abgeschlossen oder befindet sich in Verhandlungen. Bei diesen Verträgen mit Nicht-AKP-Staaten räumt die EG jedoch nicht in jedem Fall die gleichen Handelsvergünstigungen wie in der Lomé-Konvention ein, der Exporterlösstabilisierungsfonds ist ausschließlich den AKP-Staaten vorbehalten. Dies bedeutet: Mit den Lomé-Verträgen haben die westeuropäischen Industriestaaten ihr traditionelles Einflußgebiet – besonders Afrika – fester an sich binden können. Dadurch wurde gleichzeitig der Spaltpilz in die Front der Entwicklungsländer gepflanzt: Die AKP-Staaten wehren sich gegen, daß Entwicklungsländern anderer Regionen vergleichbare Zugeständnisse gemacht werden.

Kritik am STABEX-System

Schon 1975 ist von allen entwicklungspolitischen Sprechern in Bonn, Brüssel und den anderen EG-Hauptstädten das STABEX-System in den höchsten Tönen als eine neue Dimension der Nord-Süd-Zusammenarbeit gelobt worden. Aber auch mit dem STABEX-System, dem bisher weitestgehenden Zugeständnis der Industrieländer an Entwicklungsländer, wird die Weltarbeitsteilung ihrer Aufhebung in keinerlei Weise nähergebracht.
Das STABEX-System gilt nur für Rohprodukte (s. Kasten). Dies bedeutet, daß der Aufbau einer Weiterverarbeitungsindustrie durch das STABEX-System erschwert wird, weil weiterverarbeitete Produkte aus dem STABEX herausfallen.
Last but not least wird von den EG-Staaten das STABEX-System auf Welthandelskonferenzen als eine „weltmarktkonforme Ausfallversicherung" den „direktistischen" UNCTAD-Forderungen nach Rohstofflagern und Indexierung der Rohstoffpreise an die Industriegüterpreise entgegengehalten (hierzu vgl. : blätter des iz3w, Nr. 76).
Das STABEX-System kann aufgrund seiner beschränkten Finanzmittel nur ein Bruchteil der Exporte der AKP-Staaten stabilisieren. Für die im Jahre 1978 von den AKP-Staaten in die EG exportierten Waren im Werte von 31 Mrd. DM standen 280 Mio. DM für die Exportstabilisierung jährlich maximal zur Verfügung. Das sind weniger als 1 % der Ausfuhrerlöse in die EG. Exporte in Drittländer werden ohnehin nicht vom STABEX erfaßt.

Handel

Für 99,5 % des der AKP-Staaten in die EG exportierten Warenwertes bestehen seit 1975 keine tarifären Handelshemmnisse (Zölle etc.). Ausnahmen bestehen ausschließlich für Produkte, die der EG-Agrarmarktordnung unterliegen. Aber auch für diese Produkte sind einige Sonderregleungen getroffen worden; so wurden im Lomé-II-Abkommen für Tomaten aus Senegal, Zwiebel von den Kapverden und Rindfleisch aus Botswana sowie Rum aus der Karibik neue Konzessionen ausgehandelt (HB 30.11.79).
Trotz dieser weitgehenden Zollfreiheit für Produkte aus den AKP-Staaten hat die EG auf gegenseitige Zollfreiheit für ihre Exportprodukte in die AKP-Länder verzichtet. Als Verpflichtung mußten die AKP-Länder lediglich eingehen, EG-Produkte mit Waren aus anderen Ländern gleich zu behandeln (Diskriminierungsverbot) und besondere Vergünstigungen für Einfuhren aus anderen Industrieländern glichermaßen auf Importe aus der EG anzuwenden (Meistbegünstigungsklausel). Die EG hält also nach wie vor ihre Industrieprodukte für konkurrenzfähig auf dem Weltmarkt und setzt auf die „besonderen Beziehungen" zu den afrikanischen, karibischen und pazifischen Staaten, um auf weitergehende Zugeständnisse verzichten zu können. Trotz

Entwicklung des Handels EG – AKP	1973	1974	1975	1976	1977	1978
Importe in die EG aus AKP-Staaten (absolut in Mrd ERE)	6,2	10,5	8,4	10,5	12,5	11,9
jährliche Zunahme der Einfuhren aus den AKP	+28 %	+70 %	–17 %	+20 %	+19 %	– 5 %
Anteil der AKP an der Gesamteinfuhr der EWG	7,4 %	8 %	6,7 %	6,6 %	7,3 %	6,7 %
Ausfuhren der EG in AKP-Staaten (absolut in Mrd ERE)	4,4	6,1	8,1	9,8	12,5	12,7
jährliche Zunahme der Ausfuhren in die AKP	+10 %	+37 %	+33 %	+22 %	+27 %	+ 2 %
Anteil der AKP an der Gesamtausfuhr der EWG	5,5 %	5,3 %	6,7 %	7 %	7,6 %	7,3 %
Handelsbilanz EG – AKP	– 1,7	– 4,4	– 0,6	– 0,6	0,0	+ 0,8

dieser eingeräumten Handelserleichterungen hat sich der Anteil der Exporte der AKP-Staaten am Gesamtimport der EG-Länder nicht erhöht, verglichen mit 1974 ist er 1978 gar um 1,3 % zurückgegangen.

In den EG-Ausfuhren von 12,7 Mrd ERE in den AKP-Raum sind Exporte für 4,9 Mrd ERE nach Nigeria und Gabun enthalten. Ohne diese beiden Öl-Länder reduziert sich der Anteil der EG-Exporte auf 4,5 % für die übrigen 55 AKP-Staaten. Zieht man die EG-Importe aus diesen beiden Ländern ab, so bleiben noch 8,4 Mrd ERE oder 4,5 % der gesamten EG-Importe aus den restlichen nicht-erdölexportierenden AKP-Staaten übrig. Das Lomé-Abkommen hat also sein Ziel, den Handel aus den AKP-Staaten in die EG zu intensivieren, nicht erreichen können.

Investitionsschutz
Bis zur letzten Minute der Unterzeichnung des Lomé II-Abkommens wehrten sich die AKP-Regierungen gegen den von der EG geforderten Schutz der Privatinvestitionen aller EG-Konzerne (FAZ 1.11., TAZ 8.11.79). Es ging vor allem um die Gleichbehandlung von Investitionen aus den EG-Staaten, die in dem betreffenden AKP-Staat nicht die ehemalige Kolonialmacht waren, mit denjenigen Investitionen aus den früheren „Mutterländern". Es ist der EG gelungen, eine Art „Meistbegünstigungsklausel für den Investitionsschutz" durchzusetzen. Danach wollen die AKP-Länder, die mit einzelnen EG-Staaten zweiseitige Garantieverträge für Privatinvestitionen abgeschlossen haben, diesen Schutz in Zukunft auch auf Investitionen aus anderen EG-Ländern ausdehnen. Frankreich besitzt solche Schutzverträge mit den meisten ehemaligen Kolonien, die BRD hat solche Abmachungen bereits mit mehr als 20 AKP-Staaten abgeschlossen. Diese Abkommen gelten zukünftig also für alle privaten Investitionen, die aus einem EG-Land getätigt werden. Die EG-Kommission wollte einen weitergehenden Investitionsschutz durchsetzen und Dänemark beharrte auf einer rückwirkenden Inkraftsetzung, da eine dänische Firma 1976 in Ghana verstaatlicht worden war. Doch die AKP-Staaten haben keinen rückwirkenden Investitionsschutz zugebilligt (ZEIT, 26.10.1979).
Aber einen weitgehenderen Schutz privater Investitionen in den AKP-Staaten als im 1. Abkommen haben sich die Regierungen der Entwicklungsländer abringen lassen müssen. Daß trotzdem alle Länder dem 2. Lomé-Abkommen zugestimmt haben und auch Angola und Mozambique einen Beitritt erwägen, liegt an der einfachen Tatsache, daß dieser Vertrag – so mangelhaft er auch für die betroffenen Länder sein mag – im Gegensatz zu den globalen Welthandelskonferenzen sichtbare Ergebnisse in Form finanzieller Transfers zeigtigt.

Weiterführende Literatur
Entwicklungspolitische Korrespondenz (EPK) 3/4 1978, Postfach 2846, 2000 Hamburg 19 und Tetzlaff, Rainer: Das Abkommen von Lomé: ein Durchbruch in der europäisch-afrikanischen Zusammenarbeit?; in: Afrika und Bonn, rororo aktuell 4270, Reinbek, September 1978

Quellen: *Die Zahlenangaben stammen, soweit nicht anders vermerkt aus: Informatorische Aufzeichnungen, herausgegeben von der Kommission der EG (Nr. P-92), Brüssel, Oktober 1979*

Wo

Leserbrief

Jeder Leserbrief ist sehr willkommen. Allerdings muß sich die Redaktion das Recht vorbehalten, aus Platzgründen hier und da zu kürzen.

Äthiopien:

Faschistisch oder revolutionär?

Veranlaßt durch den Artikel zu Eritrea im Heft Nr. 81 möchte ich mich einmal mit der Frage auseinandersetzen, wie die äthiopische Regierung einzuschätzen ist. Ist es eine revolutionäre Bewegung, oder ist es eine faschistische Junta, wie es in Eurem Artikel anklingt.
Das Maß, an dem eine Regierung gemessen werden sollte, sollte in jedem Fall die Bevölkerung und deren Wohlergehen im weitesten Sinne sein (materiell sowie in Form von Rechten, Freiheit ...).
Ich kann hier nicht allgemein für ganz Äthiopien sprechen, weil die Ausgangssituation in Äthiopien vor der Revolution in den verschiedenen Gebieten unterschiedlich war. Z.B. waren die Landbesitzverhältnisse im Norden, wo es schon eine Art kollektiver Landbesitz innerhalb eines Familienklans gab, anders als im Süden, wo es praktisch nur Kleinpächter unter der Fuchtel von Großgrundbesitzern gab. Deshalb ist die Unterstützung der Bevölkerung und der Fortschritt der Revolution im Süden auch viel größer.
Ich kann aber ein paar Erfahrungen widergeben, die ich bei Besichtigung einer Peasant Association (P.A.) und in verschiedenen Gesprächen gemacht habe.
Die im Landreformgesetz geforderten P.A.s scheinen in ganz Äthiopien organisiert zu sein. Ein Unterschied besteht aber in der Aktivität der P.A.s. Während einige sich praktisch darauf beschränkt haben, nur ihre Mitglieder zu registrieren und vielleicht eine Bauernmiliz aufzustellen, haben andere auch gemeinsame Projekte in Angriff genommen. So z.B. haben viele P.A.s durch gemeinsame Arbeit ein Stück ihres Landes bearbeitet, den Ertrag verkauft und mit diesem Geld Projekte finanziert. Sie haben Maschinen, Kunstdünger etc. gekauft, einen Gemeinschaftsladen errichtet, der im Großen in der Hauptstadt einkauft und an die P.A.-Mitglieder billiger weiterverkauft, als ansässige Händler. Außerdem wurden gemeinsam Mühlen gekauft, bei denen dann das Getreidemahlen billiger ist, als bei privaten Mühlenbesitzern.
In Loku (Sidamo Provinz) habe ich ein „Washed Coffee Project" gesehen (d.i. eine Anlage, in der der fleischige Teil der Kaffeebeere entfernt wird). Die Anlage war vor der Revolution staatlich und wurde nach der Landreform an 3 P.A.s übergeben, die diese Anlage jetzt gemeinsam bewirtschaften.
Früher und heute kaufte die Anlage den Bauern die Kaffeebeeren zu einem bestimmten Preis ab. Einige Bauern konnten und können in der Anlage als Arbeiter zusätzlich Geld verdienen. Heute wird der gewaschene Kaffee aber auf einem gemieteten Lastwagen nach Addis Abeba transportiert, wo die Preise höher sind und dort verkauft. Die P.A.s bezahlen den Bauern also für ihren privaten Kaffee etwas, beschäftigen Leute in der Anlage, umgehen den Zwischenhandel und verkaufen im Großen. Der Gewinn, der dabei erzielt wird, wird für die Association verwendet. Zu diesem Projekt gehörte noch ein Gemeinschaftsladen, einige Handwerker (Weber, Schmied, Lederverarbeiter, Sisalknüpfer), die vom Projekt bezahlt wurden und deren Produkte im Gemeinschaftsladen verkauf wurden, eine Mühle und eine Schule.
Obwohl die wenigsten P.A.s so günstige Startbedingungen hatten, kam es auch in anderen Associations zu einer solchen gemeinschaftlichen Entwicklung, wobei es aber sicher auch viele gibt (die Mehrzahl???), die in dieser Richtung nichts unternommen haben.
Die Regierung hat im übrigen im Jahr 1979 die Fläche des p r i v a t zu bewirtschaftenden Landes von bisher 10 ha auf 10 ar heruntergesetzt. Dies mit dem Hintergrund, daß sowieso die wenigsten Bauern 10 ha zur Verfügung hatten und damit vom bewirtschafteten Land her die Bauern in den Associations alle gleichgestellt werden. Das abzutretende Land wird dann von der P.A. gemeinsam bestellt, was auf eine Verstärkung des gemeinsamen Anbaus hinausläuft.
Daß es den Bauern in ganz Äthiopien aber besser geht, ist schon daraus ersichtlich, daß die Preise für landwirtschaftliche Produkte in den letzten Jahren viel stärker gestiegen sind, als andere Güter. Der starke Preisanstieg ist zu erklären aus einer bestimmten Knappheit heraus, die einerseits sicher durch die Unruhen in den letzten Jahren bedingt ist, andererseits aber auch auf einen größeren Konsum der Bauern selbst und auf das Bewußtsein, die produzierten Sachen nicht mehr so billig zu verkaufen, zurückzuführen ist.
Ich glaube deshalb, daß die Landbevölkerung die Gruppe ist, die bisher am meisten von der Revolution profitiert hat.

Und was hat die Stadtbevölkerung von der Revolution?
Nachdem am Anfang der Revolution die Mieten gesenkt wurden (bis heute gilt ein Gesetz, nach dem nur Staatsangestellte, die unter 150,– Birr/Monat verdienen, Lohnerhöhung bekommen), ist inzwischen der Lohnzuwachs von der Inflationsrate aufgefressen worden.
Eine gute Einrichtung sind in den Städten aber auch die Gemeinschaftsläden der Kebeles, in denen Güter des täglichen Lebens ziemlich billig verkauft werden. Die Verteilung geschieht auf Karten, wobei jede Familie entsprechend ihrer Größe, eine bestimmte Menge zu garantiertem Preis bekommt. Der Arme bekommt von diesen Läden also genausoviel und genauso teuer, wie der Reiche, der sich allerdings auch in anderen privaten (teureren) Läden versorgen kann.
Die verschiedenen Berufsgruppen sind in den verschiedenen Associations organisiert und meist auch Kebeleweise zusammengefaßt. Dies führt einerseits zu einer stärkeren Verhandlungsbasis (z.B. wenn die Tagelöhnerassociation beschließt, unter 2,50 Birr/Tag wird nichts geschafft, dann wird kein Tagelöhner für weniger Geld etwas tun), andererseits aber auch zu mehr Bürokratie, Ineffektivität und Leerlauf (z.B. wenn Reparaturen am Haus durchgeführt werden müssen, muß die Handwerkerassociation benachrichtigt werden und es kann lange dauern, bis jemand kommt). Die Mitglieder müssen einen Beitrag an ihre Association zahlen, mit dem wiederum gemeinsame Projekte finanziert werden z.B. gemeinsame Werkstatt, Sozialhilfefond o.ä.
Die Leute sind also sowohl in der Kebele, wie auch in ihrer Association organisiert, d.h. auch eingebunden und versichert.
Dies waren jetzt einige Beispiele für Maßnahmen, die wirklich beim Volk angekommen sind, und die meiner Meinung nach auch positiv sind. Auf der anderen Seite gibt es aber auch einige Erneuerungen, die vieles komplizieren, mehr Bürokratie schaffen und den Einzelmenschen dem System total unterwerfen.
Der Staat hat überall die Finger drin – sowohl in der Wirtschaft (wo es aber auch noch viele private Bereiche gibt) wie auch im Privatleben. Dazu kommt noch, daß viele Dinge den osteuropäischen Ländern einfach nachgemacht werden.
Ein Beispiel:
Es werden sehr viele Propagandaveranstaltungen gemacht, auf denen Kebelechefs und Politkader Reden halten. Die Leute werden manchmal gezwungen, zu den Veranstaltungen zu gehen (Kontrolle geschieht über die Registrierung in der Kebele oder Association; wer nicht kommt bezahlt Strafe oder geht ein paar Tage in den Bau).
Ich habe von einer Women-Association-Versammlung gehört, die von 10 Uhr morgens bis 20 Uhr abends dauerte. Sie fand an einem umzäunten Platz statt. Wer einmal drin war kam nicht mehr raus. Es gab (bei heißer Sonne) kein Wasser und kein Essen. Die Frauen waren am Abend halb krank vor lauter Hitze, Durst und Hunger. Bei der Versammlung wurde zuerst politische Schulung gegeben, dann gab es Fortbildungskurse (Alphabetisierung, Nähkurse..), dann wurde gemeinsam gearbeitet, d.h. Kleider, Gebäck .. hergestellt, das im Kebeleladen verkauft werden sollte und abends gabs zur „Erholung" noch Filme über das Leben in der SU.
Oder ein anderes Beispiel:
Das Meldesystem ist so organisiert, daß jemand nur aus einer Kebele wegziehen darf, wenn er die Erlaubnis einer anderen Kebele besitzt, zuzuziehen, oder wenn er eine Arbeitsbescheinigung in einer anderen Kebele zeigt.
Wohnungsvermittlung läuft nur über eine staatliche Organisation, die sehr langsam arbeitet, was zu leer stehenden Häusern und zu Menschenschlangen vor den jeweiligen Vermittlungsbüros führt.
Im äthiopischen Transportwesen spielt der Lastwagen eine überragende Rolle. Die Vermittlung einer Frachtladung geschieht über staatliche Ketena-büros. Hier ist es durchaus üblich, daß Fahrer tagelang auf Aufträge warten, während Händler und sonstige Leute, die etwas zu transportieren haben ebenfalls tagelang in der gleichen Schlange stehen und ihre Fracht anmelden wollen. Die Ketenabüros stellen die Frachtpapiere aus, ohne die ein Lastwagen nicht an Straßenkontrollpunkten vorbeikommt. Dieses Verteilungssystem ist übrigens oft mit ein Grund für zeitweilig auftretende Knappheit an bestimmten Gütern.
Allgemein gesagt ist also die Stadtbevölkerung sowohl von der materiellen wie auch von der Seite der Kontrolle durch das System her viel schlechter dran. Das System ist nämlich nur in den Städten v.a. in Addis Abeba so nah. Auf dem Land gibt (mindestens bis jetzt) weniger Kontrolle, weniger Bürokratie und weniger Politkader.
Um zum Schluß aber noch mal auf die äthiopische Regierung zurückzukommen: die Regierung hat viele Fehler gemacht (Eritrea, rigorose Unterdrückung von Opposition, zu starke Zusammenarbeit mit dem Ostblock). Sie hat aber auch den Willen gezeigt, etwas für die ärmsten der Armen zu tun, nämlich für die Landbevölkerung. Wo allerdings der Punkt ist, an dem die Fehler schwerer wiegen als das Positive, das kann ich nicht genau absehen.

Einige Erklärungen:

Peasant Association (P.A.): Vereinigung von Bauern, die auf jeweils 800 ha Land wohnen. Eine Art Genossenschaft.

Kebele: Verwaltungseinheit in den Städten. Addis Abeba hat zum Beispiel bei über einer Million Einwohner ungefähr 280 Kebeles.

Birr: früher äthiopischer Dollar, ca. 0,90 DM.

Polit-Kader: staatlich angestellte Leute, die auch theoretische politische Ausbildung erhalten haben (meist in einem osteuropäischen Land oder Kuba). Sollen politische Schulung geben, oder aber in Betrieben und Organisationen auf die Einhaltung der politischen Linie aufpassen.

Association: Zusammenfassung von Leuten mit gleichen oder ähnlichem Beruf in den A.; z.B. Schuhputzerassociation, Hotelbeschäftigtenassociation, Woman Association etc. Associations sind meist Unterabteilungen der Kebeles.

B. Schulte – Kemna

Rezension

Die Entpuppung

Im letzten Heft erschien eine Rezension zu dem Buch „Die Entpuppung" von Aicha Lemsine, zu der jetzt, wie angekündigt, eine Gegenposition dargestellt wird.
Die erste Rezension war insgesamt gesehen eine negative Einschätzung. Nun wird der Roman auch nicht als Meisterwerk dargestellt, aber immerhin als Beitrag zum Verständnis der Frauenprobleme im islamischen Algerien.
Die Rezensentin warf dem Roman sprachliche und inhaltliche Verwirrungen vor, das Fehlen von Erklärungen über Ursachen und Folgen der algerischen Revolution und außerdem deren Romantisierung. Das Buch wurde zu einer Gefahr erklärt, da es feministisches Bewußtsein und Weiblichkeit als Synonyme verkaufe und das Emanzipationsziel des „Rosengarten(s) der Liebe und Heirat" für einige Leserinnen glaubwürdig mache.
Schließlich sei die Ausbildung von Mädchen so dargestellt, als diene sie nur als Überbrückung bis zur Ehe und um die Heiratschancen zu verbessern.
Demantifeministischen Inhalt des Romans entsprach nach Meinung der Rezensentin, die von ihr als sexistisch empfundene Sprache.

Die dargestellte Entwicklung der Rolle der Frau in einer algerischen Dorffamilie entsteht mosaikartig aus einer Schilderung des täglichen Lebens: Die strenge Trennung der Lebensbereiche von Männern und Frauen, verbunden mit der dienenden Funktion der letzteren ist plastisch dargestellt in einer Besuchsszene; das Verhältnis der Frauen untereinander wird deutlich durch die Schilderung einer Geburt, des gemeinsamen Arbeitens im häuslichen Bereich, gemeinsamer Festvorbereitung. Die Schwester der sich allmählich zur Hauptperson herausschälenden Faiza, Melika, bietet durch ihre Heirat Anlaß, die Riten einer traditionellen Hochzeit zu erklären; die Autorin beschreibt vor allem den Jungfräulichkeitskult, der in dem Zwang gipfelt, in der Hochzeitsnacht zum Beweis das blutbefleckte Bettuch der Festgesellschaft vorzuzeigen. Aus diesen Einzelschilderungen entsteht das Bild der auf ihre biologische Funktion reduzierten Frau, ein der Herrschaft ihres Mannes unterworfenes Objekt. Die zugrundeliegenden ökonomischen Strukturen einschließlich der Deformation durch die Kolonialherrschaft werden auch deutlich. (S. 48)
Diese Rolle ermöglicht den Frauen einerseits solidarische Verhaltensweise untereinander, fördert andererseits Konkurrenzverhalten und Intrigenspinnerei als Ausdruck des Kampfes um Anerkennung in dem Bereich, der ihnen verbleibt. Beide sind Reaktionsweisen auf Unterdrückung, ein Widerspruch liegt darin nicht. Vielleicht sollte frau auch bedenken, daß hierzulande das – in Männerwitzen oft kritisierte, von der Frauenbewegung zu Unrecht ignorierte – unsolidarische Frauenverhalten Folge der Isolation in der Kleinfamilie ist.
Der Roman spielt vor dem Hintergrund der algerischen Revolution; eine Analyse des Dekolonisationsprozesses will und kann er nicht liefern. Angedeutet werden die Möglichkeiten von Frauenentfaltungen innerhalb dieser Entwicklung: von der Teilnahme am bewaffneten Befreiungskampf über die Ausfüllung von Positionen, die die Männer in dieser Zeit nicht besetzen konnten (die Arzthelferin im Dorf), bis zum passiven Beobachten, das aber einen Bewußtwerdungsprozeß beschleunigt.
Als Beispiel für den letzten Weg steht Faisa. Ihr Kampf ist in der vorhergehenden Generation vorbereitet worden durch Khadidja, deren Haupterfolg es darstellt, eine vierte Heirat ihres Mannes zu verhindern.
Die Grundlage von Faizas Entwicklung bildet der erkämpfte Zugang zur Schulbildung; angesichts der nach dem Abzug der Franzosen bestehenden weiblichen Analphabetenrate von 99 % ist dies sicher der wichtigste, wenn auch nur erste, Schritt zur eigenverantwortlichen Gestaltung ihrer Lebensbedingungen. Bezeichnenderweise ist es der Bruder Mouloud, der Faiza den Besuch von Gymnasium und Universität in der Hauptstadt ermöglicht und auf ihre Entwicklung entscheidenden Einfluß hat. Er stellt den Antityp zum patriarchalischen Männerbild dar und trägt insoweit idealisierende Züge. Das damit von der Autorin zur teilweisen Vorbedingung weiblicher Emanzipation gemachte Erfordernis männlichen Wohlverhaltens stößt einem hierzulande bitter auf, entspricht dort aber den Tatsachen.
Faizas Studium stellt sich in dem Roman auch nicht als Selbstzweck dar; die Notwendigkeit medizinischer Versorgung und der Teilnahme der Frauen an diesem Bereich resultiert vor allem aus den Erfahrungen, die Faizas Mutter Akila und deren Mitfrau Khadidja mit der gynäkologischen Betreuung machen. Kritik verdient aber die Tatsache, daß diese Schilderungen ein Bekenntnis zur westlichen Medizin nahelegen. Das Romanbeispiel ist insofern lebensnah, als die algerischen Studentinnen tatsächlich die medizinische Fakultät bevorzugen.
Faiza geht aber einen anderen Weg, als es die privilegierten Algerierinnen tun: Sie sucht nicht die relative Freiheit und Annehmlichkeit des Großstadtlebens, sondern kehrt am Ende ihrer Ausbildung zurück in ihr Dorf. Sie stellt sich den verkrusteten patriarchalischen Sozialstrukturen und sucht nach Veränderungen, anstatt ihnen in die Verwestlichung zu entfliehen.

Symbol dafür ist ihr uneheliches Kind. In dem Akzeptiertwerden durch ihre Familie und die Dorfgemeinschaft in dieser Situation liegt offensichtlich ein Erfolg von ungeheurer Tragweite. Der wird allerdings nur möglich durch einen Kunstgriff: die vorgesehene Heirat, die am tragischen Tod des Geliebten scheitert. Durch diese Darstellung verschafft die Autorin der ledigen Mutter eine gewisse Legitimation. Die Schilderung einer unverbindlichen Liebesbeziehung zu einem Mann wäre angesichts der im „islamischen Sozialismus" Algeriens der Frau zugeschriebenen Rolle als Hüterin der Moral und Familie wohl zu provokativ.

Faizas Liebesbeziehung hat in dem Roman aber noch andere Funktionen. Sie erscheint keineswegs nur als Vorstadium der von Anfang an nicht in Frage gestellten Ehe, sondern im Gegenteil als Ausbruch aus der Verweigerung, in die sich die Frau angesichts des mit der traditionellen Ehe verbundenen Unterdrückung geflüchtet hat. Faiza setzt sich jahrelang gegen alle Heiratsforderungen zur Wehr. Die Abschirmung gegen die immer wieder an sie herangetragene Rollenerwartung, die sich auch in einem starken, selbst gesetzten Leistungsdruck innerhalb des Studiums äußert, führt zu einer Verhärtung, die sie zum emotionalen Krüppel macht. Das plötzliche Verliebtsein öffnet ihr den Weg zurück zur Weiblichkeit. Damit wirft sie aber keineswegs ihre Emanzipationsvorstellungen über Bord. Das zeigt sich, abgesehen von der Entwicklung durch Faicals Tod, schon darin, daß sie ihr erstes sexuelles Erlebnis aktiv gestaltet; es ist ein „von ihr gewollter Akt" (S. 152).

Kritisch anzumerken ist allerdings, daß das von der Autorin der traditionellen arabischen Versorgungsehe gegenübergestellte Bild der Liebesehe nicht uneingeschränkt den Vorzug verdient. Die Frau verliert darin zwar ihren Warencharakter und nimmt mit der Partnerwahl ein gewisses Selbstbestimmungsrecht wahr, aber die emotionale Abhängigkeit vom Mann in der Einehe schafft nicht zu unterschätzende neue Zwänge.

Die Sprache des Romans erscheint im französischen Originaltext als ungemein reichhaltig und ist von einer faszinierenden Kreativität, allerdings spiegelt sich diese nicht in einer „feministischen" Ausdrucksweise. Das dürfte unter Berücksichtigung des kulturellen Hintergrunds der algerischen Autorin auch verständlich sein. Durch die Übersetzung ins Deutsche verliert der Text einen Teil seiner Schönheit; seine persönliche Ausdruckskraft verblaßt, womit er dem allgemeinen Problem der Übersetzung literarischer Texte zum Opfer fällt.

Im ganzen bietet der Roman eine anschauliche Information über die Lage der Frau in Algerien und zeigt einen Weg der Befreiung aus der „Schmetterlingspuppe" („La Chrysalide" heißt der Originaltitel). Diese Emanzipation setzt nicht an bei der Solidarisierung unter Frauen wie in Europa, sondern beruht auf einem individuellen Kampf. Für unsere Begriffe bleibt sie auch auf halbem Wege stehen, aber eben vor unsern Maßstäben sollten wir uns hüten. In einem islamischen Land mit sozialistischem Anspruch, in dem jedoch die patriarchalischen Strukturen erhalten sind, stellt der von Aicha Lemsine beschriebene Weg eine Befreiung der Frau dar.

Und wer, nicht als Alternative, aber als Ergänzung, eine wissenschaftliche Analyse lesen will, dem sei empfohlen: Dietlinde Leßner: Zur sozialen Lage der Frau in Entwicklungsländern. Eine Fallstudie: Algerien. tuduv-Studien Bd. 7, 1978

Wen der Originaltext des besprochenen Buches interessiert: Aicha Lemsine: „La Chrysalide", Edition des Femmes, Paris 1976.

biggi / andré

BÜCHER

Folgende Neuerscheinungen sind in der Redaktion der „blätter" eingetroffen:

Ian Linder, Church and State in Rhodesia 1959 – 1979, Reihe: Entwicklung und Frieden, München 1979

Dritte Welt im Unterricht, Materialien des Österreichischen Informationsdienstes für Entwicklungspolitik, Preis je Heft 20 ÖS,–

Kinder in Lateinamerika, Bilder-Texte-Lernideen, H. Webr, Wiesbaden 1979, 26,80 DM

Rauls, Martina, Schulische Bildung und Unterentwicklung in Paraguay, Saarbrücken 1979

Subrealistische Bewegung: Des Kaisers neue Kleider – Über die asiatische Revolution, Hamburg 1979

Stockholm International Peace Research Institut, Nuclear Energy and Nuclear Weapon Proliferation, Stockholm 1979, 14 – £

Ormonia Speaks, a Publication of the Oroma Liberation Front (OLF), die OLF ist eine separatistische Bewegung in Äthiopien, Bezug: TBOA, Postfach 30 43 40, D-1000 Berlin 30

Gesundheit, Bevölkerungsentwicklung, Ernährung, herausgegeben von der Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit, Eschborn, Dezember 1979

Etwas geben, viel nehmen, Entwicklungshelfer berichten (S. Pater, Herausgeber), Vertrieb: ila Römerstr. 88, 5300 Bonn 1

Parmer, Samuel L., Entwicklung mit menschlichem Gesicht, „Texte" zum kirchlichen Entwicklungsdienst, Verlag Otto Lembeck, Frankfurt 1979, 6,50 DM

Nicaragua – Die Freiheit beginnt, Informationsbüro Nicaragua, Friedrichstr. 50, 5600 Wuppertal 1, Preis: 3,– DM

Unteregger, Ewald, Gesundheitsversorgung Bogotas, Dissertation, Freiburg 1979

Frauen in Entwicklungsländern. Eine Studie im Auftrag des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit, Arnold Bergstraesser Institut, Freiburg 1979

DRITTE WELT IM UNTERRICHT

Wer hungert denn da?

WER HUNGERT DENN DA?
Schulbuchlobby versucht, ein Religionsbuch aus den Schulen zu entfernen.

Erschreckendes stellte der Hannoveraner Professor Dr. R. von Alvensleben fest: Ein Religionsbuch vermittelt einseitig falsche Darstellungen über die Dritte Welt. Der Stein des Anstoßes:

> **„Weitersagen. Ein Arbeitsbuch für den evangelischen Religionsunterricht im 3. und 4. Schuljahr" von Bochinger, Hiller, Hiller-Ketterer und Waldmann, Diesterweg (Frankfurt/Berlin/München) 1978**

Dort findet sich, zwischen biblischen Geschichten und Berichten über gesellschaftliche Zustände in der Bundesrepublik Deutschland – selbst über eine Hausbesetzung wird (billigend???) berichtet – ein Abschnitt „Arm und reich in der Welt": *„Wenn wir in Gedanken einmal so tun, als wären 100 Menschen auf der Erde, dann leben 66 von ihnen in sehr armen Ländern (wir sagen dazu auch 66 von Hundert oder 66 Prozent). Von diesen 66 Menschen haben ungefähr 45 nie genug zu essen, 15 davon sterben an Hunger oder an Hungerkrankheiten. Wenn wir die tatsächlichen Zahlen nehmen, sterben jeden Tag mehr als fünfzigtausen (50 000) Menschen durch Hunger."* Diese Schilderung der Problemlage wird gefolgt von einer Darstellung ernährungsbedingter Krankheiten, des Analphabetismus und der Aufforderung, über die Schattenseiten der Wohlstandsgesellschaft und Vorurteile gegenüber der Bevölkerung der armen Länder nachzudenken.

Zur Begründung für diese Zustände führt das Buch an:

- den Kolonialismus (*„So entstand viel von dem Reichtum der reichen Länder aus der Unterdrückung, dem Hunger und der Armut der Völker in den Kolonien")*
- ungerechte Welthandelsstrukturen (*„Die meisten Preise für Rohstoffe und landwirtschaftliche Produkte werden von den Industrieländern festgesetzt. Die armen Länder müssen auf diese Preise eingehen, sonst können sie nichts mehr verkaufen. Die armen Länder müssen billig verkaufen: Rohstoffe, Ernteerträge. Sie müssen teuer einkaufen: Industriegüter. Sie werden immer ärmer. (...) Was die Industrieländer billig kaufen können, das kaufen sie billig ein. Was ihnen Konkurrenz macht, davor schützen sie sich mit Einfuhrverboten")*

  Daran schließt sich das Gleichnis vom reichen Kornbauern an: (Lukas 12, 16-21 – *„So geht es dem, der für sich Schätze sammelt und nicht reicht wird vor Gott").* Und Papst Paul VI: *„Es ist nicht Dein Gut', sagt Ambrosius, 'mit dem Du Dich gegen den Armen großzügig erweist. Du gibst ihm nur zurück, was ihm gehört. Denn Du hast dir nur herausgenommen, was zu gemeinsamer Nutzung gegeben ist. Die Erde ist für alle da, nicht nur für die Reichen.'"*

Na und?, fragt vielleicht der oberflächliche Leser der „blätter des iz3w" und vielleicht fallen ihm, unbehindert durch die Mechanismen kultusministerieller Schulbuchzensur, noch stärkere Worte zu den durch Unterdrückung, Ausbeutung und Rassismus geprägten Nord-Süd-Beziehungen ein. „Einseitig falsche Darstellungen?" – der Verdacht beschlich den Verfasser dieser Zeilen bei der Lektüre des, mittlerweile recht angestaubten, eigenen Religionsbuches, in dem oft von wackeren Missionaren und dankbaren Eingeborenen die Rede war. Erschreckend oberflächlich, weiß man nun, war diese Sicht und auch der niedersächsische (CDU!)-Kultusminister hat bei der Zulassung des neuen Religionsbuches zum Gebrauch an seinen Schulen nicht aufgepaßt, ging wohl einseitigen Ideologen auf den Leim. Eine erste verschreckte Anfrage unseres Professor beim Kultusministerium erhielt eine windelweiche Antwort: das Buch vermittle ja nur Denkanstöße und man müsse eben die Dinge für die Acht- bis Zehnjährigen schulgerecht vereinfachen. Zu beanstanden gebe es da nichts. Solch gefährliche ministerielle Fahrlässigkeit ließ den Herrn Professor Dr. R. von Alvensleben nicht ruhen. Er setzte seine Beziehungen ein und erhielt tatsächlich kritische Bemerkungen zu dem Buch vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit. (*„... Passagen, die sachlich nicht haltbar sind und zur Ausbildung von Fehl- und Vorurteilen verleiten, denen in der schulischen Bildung doch gerade entgegengewirkt werden soll.")* Ganz zur Zufriedenheit unseres Professors scheint die BMZ-Stellungnahme nicht ausgefallen zu sein, denn er legte sie dem niedersächsischen Kultusminister nicht vor.

> **Faltblatt „ENTDECKT MIT UNS DIE DRITTE WELT – BÜCHER FÜR KINDER UND JUGENDLICHE'**
> Der Arbeitskreis Entwicklungshilfe Karlsruhe, c/o Hans-Peter Weiss, Sophienstr. 148, 7500 Karlsruhe 1, hat (in 2. Auflage) ein Faltblatt mit etwa 20 empfehlenswerten Büchern zum Thema Dritte Welt für Kinder und Jugendliche herausgegeben. Das Faltblatt kann (gegen Beilage für Rückporto) beim Arbeitskreis kostenlos bezogen werden.

Auch der stellvertretende Vorsitzende des zuständigen Bundestagsausschusses Dr. Volkmar Köhler (CDU), schien das Buch nicht für besonders schlimm zu halten. Auch er wird gegenüber dem Kulusminister (AZ: 2063 – 32 321 – 13) nur zitiert: *„Tendenziell halte ich jedoch die Ausführungen auf den Seiten 153/154 für falsch und auch nicht hinnehmbar. Hier erfolgt Religionsunterricht mit verkürzter Sachdarstellung. Dies ist zugleich eine Verfremdung des Inhaltes und des Anliegens."*

Die erhoffte Schützenhilfe erhielt der professorale Schulbuchkritiker von seinem Kollegen Professor Dr. Walter Schug, Abteilung Welternährungswirtschaft im Institut für Agrarpolitik, Marktlehre und Wirtschaftssoziologie der Universität Bonn, der sich unter dem 21. 6. 1979 gutachtlich zu dem Buch äußerte.

Hier wird es nun mal deutlich allen klargelegt, die sich von dem unkritischen und unwissenschaftlichen Religionsbuch haben die Sinne vernebeln lassen:

Die einseitige Betrachtung des Kolonialismus übersieht nach Dr. Schug, daß dem Bezug von Rohstoffen und dem Transfer für den Kapitaldienst private und öffentliche Direktinvestitionen gegenüber standen, die durch Bereitstellung von Kapital und Know how die Entwicklungsprozesse unterstützen. Der verblendete Verfasser dieser Zeilen hatte bisher gemeint, man könne die Investitionen zur Ausplünderung von Kolonien kaum ernsthaft als Entwicklungsbeitrag für diese Länder werten. Außerdem, fährt Dr. Schug fort, stehe ja fest, daß ungerechte Eigentumsverteilung und

das Fehlen einer erfolgreichen Beschäftigungs- und Verteilungspolitik endogene entwicklungshemmende Faktoren seien (für die die Industrieländer nichts könnten). Nur, woher kommen denn parasitäre und raffgierige Oberschichten? Hat das nichts mit kolonialer Unterentwicklung zu tun? Endlich klärt uns Prof. Dr. Schug auf, daß es falsch sei, zu behaupten, daß die armen Länder *hauptsächlich* landwirtschaftliche Produkte und mineralische Rohstoffe verkaufen. Diese mach en nämlich nur *60%* der Eporte aus! Wobei allerdings interessant zu wissen wäre, ob denn für den Export bereits rudimentär verarbeitete landwirtschaftliche Produkte schon zu den Verarbeitungserzeugnissen, die 40 % der Ausfuhr ausmachen, gezählt werden.
Dank Prof. Dr. Schug wissen wir jetzt auch, daß die Behauptung, daß die Preise für Exportgüter der Entwicklungsländer von den Industrieländern festgesetzt werden, unzutreffend ist. An den Weltmärkten herrscht nämlich freier Wettbewerb, der weder durch ein Kollektivmonopol der Nachfrager noch durch internationale Marktordnungen beeinträchtigt wird! Nun, in der Tat haben OPEC-Kartell und UNCTAD in Teilbereichen Änderungen gebracht, aber wer bestimmt eigentlich den Preis, wenn die Länder der Dritten Welt ihre Waren auf Gedeih und Verderb losschlagen müssen? Wer hat Manipulations- und Spekulationsvorteile? Aber den überzeugenden Argumenten eines Fachmanns wird man sich beugen müssen.
Daß die Terms of Trade immer mieser werden, bestreitet das Gutachten nicht, aber natürlich sind solche Statistiken höchst irreführend, da sehr schwierig zu erstellen und willkürlich. Also ein Argument, mit dem man nichts anfangen kann.
Und die Behauptung, mit der das Schulbuch arme Schülergewissen quält: die Aussage, daß 2/3 der Bevölkerung in sehr armen Ländern hungern und 50 000 Menschen pro Tag an den Folgen des Hungers sterben, ist schon deswegen falsch, weil die FAO meint, nur 30 % der Menschen der most seriously affected countries hungerten. Unhaltbar ist auchn die Angabe von 50 000 Sterbefällen, denn: *„es ist bisher nicht gelungen, auf Grund der verfügbaren und oft sehr lückenhaften Sterbestatistiken die unterschiedlichen Todesursachen exakt zu trennen. Das gilt in erster Linie für die Unterscheidung der unmittelbaren Folgen der Unterernährung und den Konsequenzen von Infektionskrankheiten. Es ist sicherlich nicht auszuschließen, daß ein schlechter Ernährungsstatus das Risiko von Infektionen erhöht. Eine konkrete Aussage, die ausschließlich und quantitativ das Ausmaß von Sterbefällen als direkte Folge von Hunger angibt, ist deshalb solange nicht haltbar, wie eine zuverlässige Isolierung der Todesursachen nicht möglich ist."*
Es soll uns also niemand mehr behaupten, irgendjemand verhungerte in der Dritten Welt, solange die WHO nicht die Todesscheine von Verhungerten vorlegt! Die Lehrer seien vor dem Buch gewarnt. Prof. Dr. Schug stellt fest: *„Die Zusammenhänge werden verkürzt und einseitig behandelt. Die Begründungen und Erklärungsbeiträge beruhen auf pauschalen Unterstellungen und tragen damit zu einem völlig verzerrten Bild der internationalen Arbeitsteilung bei. Als Folge einer gezielten Ausklammerung selbst allgemein anerkannter Einwände gegen die Argumentation der Verfasser ist der fachliche Gehalt unausgewogen und falsch ... die verzerrte Beurteilung der Verhältnisse (entspricht) offenbar der bewußten Absicht ... ein Schuldbewußtsein zu entwickeln.!"*

as

Material für Kindergarten und Grundschule

Misereor: Materialien für Kindergarten und Grundschule 6, Bernhauser/Stockheim, Kinder erleben die Dritte Welt, Aachen 1977, Preis: 29 DM

Materialien Fotobilderbuch, Poster, Landkarten, Rollenspielvorlagen, Ausschneide- und Bastelbögen, Afrikanische Spiele, Schallplatte, Märchen, Erzähltexte, Zeichnungen, Fotos, Liedblätter, Kochrezepte, Puzzle, didaktisches Begleitheft, Kamerunheft

Was diese Materialien wollen

Was die Medien, d.h. Fernsehen und Kinderbücher den Kindern über die Dritte Welt vermitteln, geht meist nicht über das Klischee vom trommelnden, primitiven, immer fröhlichen Neger hinaus. Fremde Kulturen werden oft als minderwertig dargestellt, alles wird aus europäischer Perspektive betrachtet und nur wer so lebt wie wir, ist ein vollständiger Mensch. Was anders ist, ist exotisch und eigenartig. So ist es nicht verwunderlich, wenn auf diese Weise bei Kindern rassistische Vorurteile entstehen.
Ziel dieser Materialmappe ist es deshalb, den Kindern die Alltagswirklichkeit Schwarzafrikas nahezubringen, damit sie die Angst gegenüber dem Fremdartigen und die vorhandenen Vorurteile abbauen können.

Darstellung der Materialien

Um dieses ziemlich anspruchsvolle Ziel zu erreichen, haben die Autoren ein kamerunisches Dorf ausgewählt, an dem exemplarisch das Leben in Afrika dargestellt wird. Zwei Kinder dieses Dorfes – Gimka und Golka – sollen den Vorschulkindern die Identifikation mit Gleichaltrigen der fremden Welt ermöglichen und ihnen so helfen, das dortige Leben nicht rational zu begreifen, sondern zu spüren und nachzuvollziehen. Bemerkenswert ist vor allem die Vielfalt der angebotenen Materialien. Sie reichen vom Fotobilderbuch, in dem in sehr realistischer Weise das Leben in diesem Dorf dargestellt wird, über Bastelvorschläge, mehrere afrikanische Spiele, einer Schallplatte mit kamerunischen Kinderliedern bis hin zu Kochrezepten. Erfreulich ist nicht nur die Vielfalt der angesprochenen Lebensbereiche, sondern auch die große Unterschiedlichkeit der verwendeten Medien.
Zur Auswahl der Materialien muß allerdings gesagt werden, daß das lobenswerte Ziel, nämlich der Abbau von Vorurteilen bzw. die Verhinderung von deren Aufbau, mit diesen Materialien vermutlich erreicht werden kann. Was jedoch nicht geleistet wird, bzw. wofür kein Material zur Verfügung steht, sind Materialien, um Konflikte und Probleme in diesem afrikanischen Dorf kindgerecht zu behandeln. Die Kinder können zwar einen großen Teil der dortigen Lebensumwelt kennenlernen, z.B. auch die Arbeitswelt mit ihren Problemen; die Tatsache allerdings, daß es dort und hier unterschiedliche Interessen und Bedürfnisse und dadurch auch Konflikte gibt, fällt nahezu unter den Tisch. Das ist sehr schade, aber trotzdem kann das vorhandene Material sehr gut eingesetzt werden, sollte aber „angereichert" werden mit besseren Informationen für Lehrer und Erzieher und mit kindgerechtem Material für die Behandlung und das Vorhandensein von Konflikten und Problemen dort und hier.

Die didaktische Konzeption

Die Reichhaltigkeit des Angebots hat im wesentlichen zwei Vorteile: einmal können den Kindern auf diese Weise sehr

viele Aspekte und Bereiche afrikanischenLebens nahegebracht werden und die Kinder können so zu einem ganzheitlichen und sehr konkreten Eindruck kommen; zum anderen haben Erzieher und Lehrer die Möglichkeit, Schwerpunkte zu setzen und das auszuwählen, was ihnen wichtig erscheint. Eine offene Unterrichtsplanung, in der auf die jeweilige Lernsituation, die speziellen Bedürfnisse und Interessen der Kinder eingegangen werden kann, ist durch den fehlenden systematischen Aufbau leicht möglich.

Kalaha

ist ein mehrere tausend Jahre altes Spiel aus der Wüste. Man vermutet, daß der Name eine Verkürzung des Wortes Kalahan ist, jener glutheißen Wüstensteppe im südlichen Afrika. Man spielte mit Steinen, Dornen oder Bohnen. Heute ist das Spiel in vielen Teilen Afrikas verbreitet

DIE SPIELREGELN
Kalaha wird von zwei Spielern gespielt. Je sechs Vertiefungen werden nebeneinander in die Erde gegraben, dazu an Kopf und Stirnseite nochmal je eine größere als „Zählschale". In jedes der sechs kleinen Felder werden drei Kugeln (Steine, Bohnen, Perlen, Körner, Murmeln etc.) gelegt.
Ziel des Spieles ist es, möglichst viele Kugeln in der Zählschale anzusammeln, die seitlich rechts über den eigenen Spielfeldern liegt.
Abwechselnd nimmt nun jeder Spieler alle Kugeln aus einem seiner Felder und legt je eine Kugel entgegen dem Uhrzeigersinn, in die folgenden Felder.
Wenn genügend viele Kugeln vorhanden sind, wird auch die Zahlschale bestückt und die folgenden Felder des Gegenspielers.
Gelingt es, die letzte Kugel in die eigene Zahlschale zu werfen, darf man noch einen Umlauf machen. Endet die letzte Kugel jedoch in einer eigenen, bereits leeren Spielschale, so nimmt man diese Kugel und alle Kugeln aus der gegenüberliegenden Spielschale des Gegners und legt sie als Sonderbeute in die eigene Zahlschale.
Die Partie ist beendet, wenn alle 6 Spielschalen eines Spielers leer sind und der andere Partner im Gegenzug keine Kugeln mehr in die gegnerischen Spielschalen bringen kann.
Die noch übrigen Kugeln aus den Spielschalen des Gegners gehören in dessen Zahlschale und werden bei einem Schlußresultat mitgezählt. Wer die meisten Kugeln in seiner Zählschale hat, ist Sieger.
PS Als Zahlschalen eigenen sich leere Streichholzschachteln.

Die Materialmappe ist gut geeignet für einen Projektunterricht, d.h. die Kinder erarbeiten ein gemeinsames Projekt, in das möglichst viele Aspekte des Themas einbezogen werden. Das erfordert in der Grundschule eine einge Zusammenarbeit der Fachlehrer (Sachkunde, Religion, Deutsch). Projektziel kann einmal die Darstellung der Informationen an der sogenannten „Lebenden Wand" sein, aber auch die Gestaltung eines afrikanischen Festes mit den Eltern. Vorteil eines solchen Projekts ist, und dies ist auch das Kernstück der didaktischen Konzeption, die Betonung des sozialen Lernens. Es soll nicht abstrakt Wissen vermittelt werden auf einer rein kognitiven Ebene, vielmehr sollen sich die Schüler aktiv handelnd und spielerisch mit den neuen Informationen auseinandersetzen und so etwas vom Alltagsleben im afrikanischen Dorf spüren und erleben. Die eigene Umwelt der Kinder soll einbezogen werden, indem die „Lebende Wand" mit Bildern aus Afrika im Klassenzimmer aus der eigenen Umwelt der Kinder gestaltet werden kann. So entsteht eine Nähe zu diesem afrikanischen Dorf bei gleichzeitiger Reflextion der eigenen Situation. Die Gefahr, die fremde Umwelt als exotisch zu erleben, wird durch die Art der Materialien und durch solche Anregungen weitgehend vermieden, sollte von den Erziehern aber immer mitbedacht werden.

Inhaltliche Bewertung

Für einen Erzieher oder Lehrer, der sich mit dem Thema Dritte Welt noch nicht oder nur sehr wenig befaßt hat, wird es schwierig, wenn er allein auf die Hintergrundinformationen der Materialmappe angewiesen ist. Schwerpunktmäßig werden im Kamerunheft kulturelle Aspekte behandelt, die zwar wichtig sind, um eventuelle Fragen der Kinder, die sich bei der Durcharbeitung der Mateialien ergeben, beantworten zu können. Außerdem erlauben sie einen guten Einblick in die Denk- und Vorstellungsweise der Afrikaner (Bsp.: Einstellung der Afrikaner zu Kindern). Eindeutig zu kurz kommen dann aber die politischen, wirtschaftlichen und gesamtgesellschaftlichen Zusammenhänge. Hier wird weder auf die Ursachen der Unterentwicklung eingegangen, noch das problematische Abhängigkeitsverhältnis der afrikanischen Länder von den Industrieländern behandelt. Auch Konflikte zwischen Afrikanern, z.B. zwischen reichen und armen Bauern, scheint es nicht zu geben. Es wird zwar in den didaktischen Unterlagen gesagt, daß man in Afrika keine Entwicklung nach westlichen Vorstellungen anstreben sollte, doch gleichzeitig werden in den Hintergrundinformationen Privatinvestitionen, eine exportorientierte Plantagenwirtschaft als Notwendigkeit für die Entwicklung des Landes dargestellt. Diese Einstellung zum Problem der Unterentwicklung macht sich teilweise auch in der Auswahl der Materialien bemerkbar.: Obwohl es sicher schwer ist, diese Dinge kindgerecht und trotzdem nicht moralisierend (das Bild vom hungernden armen und nickenden Negerlein) darzustellen, könnte man sich anstatt eines Rollenspiels, in dem ein krankes Kind zur Krankenstation gebracht wird, dort eine Tablette bekommt und dann alles wieder gut ist, eine Rollenspielvorlage vorstellen, bei der auf Konflikte im Dorf eingegangen wird.

Zusammenfassung

Trotz dieser Kritikpunkte ist das Material sehr gut einsetzbar. Durch die Verschiedenartigkeit der Materialien ist es für Kinder sehr ansprechend und motivierend und ermöglicht eine sehr offene Unterrichtsplanung. Der Lehrer und Erzieher sollte allerdings noch Hintergrundinformationen über Politik und Wirtschaft aus anderen Quellen beziehen, um so bestimmte Dinge richtig einordnen zu können und nicht der Harmonisierungsideologie zu verfallen. – Erwägenswert scheint mit auch, bei den Erfahrungen der Kinder mit der „Dritten Welt" in unserem Land (Randgruppen) anzuknüpfen und von da aus dann zur Lebenssituation in Afrika zu kommen. – Um Vorurteile abzubauen sind diese Materialien sehr gut geeignet, doch zumindest bei der Verwendung in der Grundschule wird es nötig, auch genauer auf die Bedingungen und tieferen Zusammenhänge der Probleme der Dritte-Welt-Länder einzugehen.

Dieser Artikel ist ebenfalls in der Broschüre „Materialien zur Kritik der kirchlichen Entwicklungshilfe", die Anfang 1980 bei der AGG, Rheinweg 34, 5300 Bonn, erscheinen wird.

AKTIONSGRUPPEN

Die holländische Kampagne für Ölembargo gegen Südafrika erzielt ersten Erfolg

Am 19. November 1979 stimmte das holländische Parlament mit überwältigender Mehrheit für einen, von den regierenden Christdemokraten eingebrachten Antrag. Darin wird die Regierung aufgefordert, Südafrika ein holländisches Ölembargo aufzuerlegen. Sie soll außerdem mit den Mitgliedern der Europäischen Gemeinschaft Konsultationen über die Möglichkeiten wirkungsvoller Ölsanktionen gegen Südafrika aufnehmen.
Falls diese Konsultationen bis zum 1. Juni 1980 nicht zu einem gemeinsamen Vorgehen führen, soll Holland eigene Schritte gegen Südafrika vornehmen. Obwohl der Weg bis zur Anwendung solcher Maßnahmen noch immer lang ist, wird das Abstimmungsergebnis von Beobachtern als der erste, klare Schritt eines westlichen Parlaments in Richtung wirkungsvoller Ölsanktionen gegen Südafrika verstanden. Gegen Südafrika gibt es natürlich schon ein wirkungsvolles Ölembargo: das der OPEC Länder.
Dieser parlamentarische Erfolg ist das Ergebnis einer sechsmonatigen Kampagne, die das holländische Südafrika Komitee und die „Werkgroep Kairos" durchführten. In der ersten Phase der Kampagne wurde eine Aufklärung der holländischen Bevölkerung über die Schlüsselrolle, die der, zum Teil, holländische, Ölmulti SHELL in der Unterstützung Südafrikas spielt, angestrebt. Zusätzlich forderte man den Abzug aller Kapitalanlagen SHELLs aus Südafrika.
Zu diesem Zweck wurden mehr als eine Million Anti-SHELL-Informationsmaterialien (SHELLs eigenen Publikationen nachempfunden) von den holländischen Anti-Apartheidsgruppen verteilt. Hinzu kamen zahlreiche öffentliche Veranstaltungen im ganzen Land, wobei Filme, Dias, Broschüren, Vorträge und ein eigens für diese Kampagne geschriebenes Theaterstück halfen, die Öffentlichkeit von der Notwendigkeit eines Embargos zu überzeugen.
Die zweite Phase der Kampagne, die von August bis November dauerte, richtete sich hauptsächlich darauf, das holländische Parlament zur Annahme eines Gesetzes zu veranlassen, das den Export von Ölderivaten nach Südafrika untersagt. Ein weiteres Ziel war die Sammlung von Geldspenden für die Befreiungsbewegungen im südlichen Afrika: für die SWAPO, ANCund für die Patriotische Front.
Zur Beeinflussung der holländischen Parlamentsmitglieder startete man eine zweite Informationskampagne, wobei nicht nur Informationsmaterialien eingesetzt wurden, sondern auch Werbesendungen in Radio und Fernsehen, die vor allem den Zusammenhang zwischen den Ölexporten nach Südafrika und der Bombardierung von Flüchtlingslagern in Mozambique, Zambia und Angola durch südafrikanische Flugzeuge hervorhoben. Außerdem wurden in Radio und Fernsehen Dokumentarfilme und Interviews ausgestrahlt, um die öffentliche Meinung zu informieren und zu beeinflussen.
Schließlich sandten holländische Bürger tausende „Ölembargo-Postkarten", die den sofortigen Stop der Ölexporte nach Südafrika verlangten, an die Mitglieder des Parlaments. Der Höhepunkt dieser Phase wurde Ende Oktober erreicht, als Vertreter der Befreiungsbewegungen, darunter R. Mugabe von der Patriotischen Front und Ncobe vom ANC Südafrika, vor tausenden von Aktivisten und vielen prominenten holländischen Politikern (Schattenpremier Den Uyl und dem Vorsitzenden der Christdemokraten De Boer), auf einer gemeinsamen Veranstaltung eines Arbeitskongresses über Südafrika und einer Solidaritätsveranstaltung für die Befreiungsbewegungen sprachen.
Diese Phase der Kampagne schloß mit der feierlichen Überreichung der an die Mitglieder des Parlaments gesandten Ölboykottkarten an den Sprecher des Parlaments Herrn Dolman.
Die Anstrengungen des holländischen Südafrika Komitees und der „Werkgroep Kairos" haben nun einige Früchte getragen. Obwohl der im holländischen Unterhaus durchgebrachte Antrag nicht ein sofortiges holländisches Embargo verlangt, da zuerst die Mitglieder der Europäischen Gemeinschaft konsultiert werden müssen, setzt er dennoch eine zeitliche Grenze für diesen Konsulationsprozeß, nämlich den 1. Juni 1980. Der Antragsteller Herr J. N. Scholten von den Christdemokraten, hat sich für den Fall, daß mit den Mitgliedern der EG bis dahin keine Einigung erzielt werden kann, ausbedungen, daß die holländische Re-

Protestkarte gegen Öllieferungen an Südafrika

gierung selbst aktiv wird und gegen Südafrika ein Ölembargo verhängt. Obwohl die holländischen Ölexporte nach Südafrika lediglich ein Bruchteil der gesamten Ölimporte Südafrikas sind, gäbe diese Maßnahme den schwarzen Widerstandsbewegungen in Südafrika gewaltigen psychologischen und politischen Auftrieb.
Das holländische Südafrika Komitee und „Kairos" werden ihre Kampagne fortsetzen. In den kommenden Monaten werden sie sich wiederum auf SHELL und deren Kapitalanlagen in Südafrika konzentrieren. Holländische Gewerkschaftsmitglieder, die in der Petro-chemischen Industrie arbeiten, haben nun auch versprochen, den Kampf gegen das Shell Management zu unterstützen. Daneben will man die EG-Beratungen aufmerksam beobachten. Das Komitee und Kairos werden sich nur mit einem vollständigen Ölembargo gegen Südafrika zufrieden geben.

(Aus der Presseerklärung des Holland Committee on Southern Africa, 29. Nov. 1979, übersetzt vom iz3w).

Weitere Aktionen zu Südafrika

Trotz aller verbalen Liberalisierungspolitik setzt die südafrikanische Regierung ihre Repressionspolitik gegen engagierte schwarze Südafrikaner fort. In Soweto sind im Dezember und Januar 30 Schüler und Studenten – größtenteils unmittelbar vor dem Examen – verhaftet worden. Einige der Verhafteten gehören dem Congress of South African Students (COSAS) an, einer Nachfolgeorganisation des vor zwei Jahren gebannten Schülerverbandes der Black Consciouness Bewegung.
Nach neuesten Meldungen gehen die Auseinandersetzungen in Soweto weiter: Militärische Hilfslehrer treten bewaffnet vor die Schulklassen. Gegen diese Provokationen und Einschüchterungen streiken über 3 000 Schüler (FR 5.2.1980).
Für die Freilassung der 30 verhafteten Schüler und Studenten setzt sich der Arbeitskreis Drieben der Kirchengemeinden in Denzlingen (bei Freiburg) ein. Ihren Aufruf bitten wir durch Briefe an die unten angegebenen Adressen zu unterstützen.

Die Redaktion

Im Arbeitskreis Frieden innerhalb der beiden Denzlinger Kirchengemeinden beschäftigen wir uns seit ungefähr einem Jahr vor allem mit der Rolle der Kirchen in der Republik Südafrika.
Im Sommer dieses Jahres verbrachte der Südafrikaner Jabulane Ngwenya während seines Studien- und Erholungsaufenthaltes in der Bundesrepublik, etwa zwei Monate in unserer Gemeinde als Gast des Evang. Jugendkonvents. Herr Ngwenya war, vor dem Verbot des Christlichen Instituts in Südafrika dort als Jugendsekretär tätig. Seit seiner Rückkehr aus der Bundesrepublik nach Südafrika nahm er an einem Theologie-Fernstudium teil, bis er am Montag, den 17.12. 1979 verhaftet wurde. Mit ihm wurden innerhalb der letzten Wochen 30 Jugendliche in Soweto festgenommen. In Südafrika können Schwarze ohne Angabe von Gründen bis zu 90 Tagen inhaftiert werden. Wir sehen diese Verhaftung mit großer Sorger, da Jabulane Ngwenya bereits vor einem Jahr während einer dreimonatigen Untersuchungshaft gefoltert wurde.
Bitte setzen Sie sich mit uns für die Freilassung der verhafteten 30 Schüler und Studenten ein, indem Sie an folgende Adressen Briefe schreiben:

1.) Premierminister Botha
Union Building
Pretoria/Transvaal
Republik of South Afrika

2.) Honourable James Kruger
Minister of Justice
Union Building
Pretoria/Transvaal / Republic of South Africa

3.) An die Botschaft der Republik Südafrika
Auf dem Hostert 3, 5300 Bonn 2

Die Briefe können auf deutsch oder englisch geschrieben werden und sollten ungefähr folgenden Wortlaut haben: (Bitte vergessen Sie die Anrede nicht!)

Englisch:
I have been following with great interest the reports in the newspapers during the last one and a half years about the liberalization in the Republic of South Africa. These reports habe raised great hopes among many people here in Western Germany for am peaceful change in South Africa. I was very surprises to read in the newspapers in the last few days, that a number of students in Soweto, mainly young christians, have been imprisoned. It is difficult for me to reconcile this incident with the idea of a liberalization. I would appreciate hearing from you soon about the fate of the students who have been imprisoned. I would be particularly happy to learn of their release.

Yours sincerely,

Deutsch:
Mit wachsendem Interesse verfolgte ich die Pressemeldungen der letzten eineinhalb Jahre, die mich über die Liberalisierung in der Republik Südafrika informierten.
Dadurch wurde in weiten Kreisen der deutschen Öffentlichkeit Hoffnung auf eine gewaltlose Änderung gerichtet.
Mit großer Verwunderung erfuhr ich in den letzten Tagen aus der Zeitung, daß eine Anzahl von Schülern und Studenten, in der Mehrzahl junge Christen, aus Soweto inhaftiert worden sind.
Dieser Vorfall scheint mir mit den Liberalisierungsgedanken nicht vereinbar zu sein. Ich hoffe, durch Sie bald Näheres über das Schicksal der kürzlich Inhaftierten zu erfahren. Besonders würde ich mich über deren Freilassung freuen.

Mit freundlichen Grüßen

Boykottaktion der Evangelischen Frauen wird fortgesetzt
Vom 15. bis 23. März wird eine zweite bundesweite Boykott-Woche südafrikanischer Produkte durch die evangelische Frauenarbeit organisiert. Wir – die Redaktion der blätter des iz3w haben schon die letztjährige Boykottwoche für eine gute Aktionsform gehalten, um weite Teile der bundesdeutschen Bevölkerung mit der Lebenssituation schwarzer Südafrikaner (Apartheid etc.) zu konfrontieren. Wir bitten daher unsere Leser örtliche Boykottgruppen in ihrer Arbeit zu unterstützen. (vgl. blätter des iz3w Nr. 76, März 1979, Seite 17) Kontakt über: Evangelische Frauenarbeit in Deutschland e.V., Unterlindau 80, 6000 Frankfurt 1, Tel.: 0611-728270.

Spendenaufruf für die Sahrauis

In unserer Zeitschrift berichten wir gegelmäßig über den Befreiungskampf des sahrauischen Volkes. Dabei sollten wir nicht vergessen, daß die meisten Sahrauis als Folge dieses Kampfes in Flüchtlingslagern leben müssen. Die ohnehin angespannte Situation in den Lagern hat sich in den letzten Monaten durch Naturkatastrophen noch verschlechtert. Wir weisen deshalb auf ein Projekt von medico international hin:

Seit 1976, seit der Vertreibung der Sahrauis aus ihren angestammten Wohngebieten in der ehemaligen spanischen Kolo nie West-Sahara durch die marokkanische und mauretanische Armee, unterstützt medico international den Kampf der Flüchtlinge ums Überleben.
Die materiellen Hilfeleistungen – u.a. Aufbaunahrung für Kinder, Fleischkonserven, Zeltmaterial, Decken, Kleidung, Medikamente, medizinisch-technisches Gerät und drei geländegängige Transportfahrzeuge mit einem Gesamtvolumen von über 200 t Gewicht – machten in der Zeit von 1976 bis März 1979 ein Barmittelaufkommen von über einer Million DM nötig.
Begleitet wurden diese Materialleistungen durch die Unterstützung von vorbeugenden Maßnahmen im Gesundheitswesen, wie z.B. bei der Entwicklung eines Mutter-Kind-Programmes.
Im April 1979 reisten drei medico international-Mitarbeiter – zwei Ärzte und ein Ernährungswissenschaftler – in die Flüchtlingslager in Südwestalgerien, um sich ein Bild über die derzeitige Lage zu machen, die Zweckmäßigkeit der bisher gelieferten Hilfsgüter zu überprüfen und die Prioritäten für weitere Hilfsmaßnahmen festzustellen.
Die folgende Darstellung ist ein Auszug aus ihrem Reisebericht.

Allgemeine Situation in den Lagern
Die Flüchtlingslager befinden sich auf einem Gebiet, das sich ca. 200 km entlang der Grenze zwischen Algerien, der Westsahara, Marokko und Mauretanien erstreckt. Die Zahl der dort lebenden Flüchtlinge beträgt zur Zeit über 110.000 und nimmt täglich zu. Die Neuankömmlinge flüchten zum Teil aus den marokkanischen Internierungslagern am Rande der sahrauischen Städte oder werden bei militärischen Aktionen daraus befreit.
Durch die Vertreibung ist die ökonomische Basis der Sahrauis völlig zerstört worden. In den Lagern gibt es – bis auf zwei kleine Versuchsgärten, deren Erträge für die Ernährung der Lagerbewohner unbedeutend sind – keine Möglichkeiten für landwirtschaftliche Produktion und, von der für die Ernährung ebenfalls unbedeutenden Ziegenhaltung abgesehen, keine Tierhaltung.
Für eine wesentliche landwirtschaftliche Eigenproduktion und Selbstversorgung fehlt es in der bisher noch nie ackerbaulich genutzten Region an sämtlichen Voraussetzungen: Mangel an Wasser, mangelhafte Qualität des Bodens, Mangel an Dünger und Saatgut, Mangel an Arbeitsgeräten etc.
Die Ernährungslage der Bevölkerung ist quantitative und vor allem qualitativ ungenügend, wobei sich aber die Situation heute, verglichen mit der von vor zwei Jahren wesentlich besser darstellt. Die Nahrung ist seit Jahren sehr einseitig: Auszugsmehl und Grieß, geschälter Reis, Zucker, Linsen, Bohnen und Teigwaren. Es fehlt vitaminhaltige Kost wie Obst und frisches Gemüse. Dieses bewirkt zwangläufig, daß vielen Menschen notwendige körperliche Reserven fehlen. Das gilt insbesondere für die Angehörigen der gefährdeten Gruppen wie Kleinkinder und schwangere und stillende Frauen, die ein Viertel der Lagerbevölkerung ausmachen. Infolgedessen führen zusätzliche Belastungen wie z.B. Infektionskrankheiten leicht zu schweren, ja lebensbedrohenden Zuständen.

Fazit: Die Nahrungsmittelhilfe von außen ist für die sahrauischen Flüchtlinge wichtiger denn je, damit der Teufelskreis von Mangelernährung und Infektionskrankheiten wirksam durchbrochen werden kann.
Hervorzuheben ist die vorbildliche Selbstorganisation von Transport, Verteilung und Vorratshaltung in allen Lagern, die eine bedürfnisorientierte und gerechte Versorgung der Bevölkerung garantiert. Das hängt auch mit der Gesamtorganisation der Lager zusammen.

Organisation der Lager
Die Lager gliedern sich in drei Wilayas (Provinzen), El Ayoun, Dahkla und Smara, benannt nach den drei größten Städten der Westsahara; sie stehen jeweils unter der Verantwortung eines Wali (Gouverneurs).
Die kleinere Lagereinheit ist die Daira (Bezirk), zur Zeit gibt es davon 22. Die Anzahl der Bewohner je Daira schwankt zwischen 4000 und 7000 Personen. Die Leitung der Daira untersteht einem Volkskomitee, bestehend aus 6 Personen:
– ein Verantworlticher für Administration, gewählt von der Volksversammlung der Daira
– fünf Verantwortliche für die spezialisierten Komitees.

Diese Komittees entsprechen in ihren Aufgabenstellungen den fünf Hauptaufgaben, die vom letzten Volkskongreß fixiert wurden:
– Kinderbetreuung
– Versorgung
– Gesundheit
– Justiz und Verwaltung
– Handwerk.

Die Lagerbevölkerung insgesamt ist in Kerngruppen organisiert, die aus zehn Mitgliedern und einem Vorsitzenden bestehen. Jedes Mitglied einer solchen Kerngruppe ist je nach Interesse und Fähigkeit in einem der spezialisierten Komitees organisiert. Jedes Komitee wählt einen der schon oben angesprochenen Verantwortlichen.

So weit medico international. Die Informationsstelle Freie Sahara, Vertretung der FRENTE POLISARIO in der BRD, schildert die Folgen der Regenkatastrophe:

Seit Ende der ersten Septemberwoche haben sich Wolkenbrüche, begleitet von vehementen Stürmen, auf die Regionen in denen sich die Flüchtlingslager befinden, ergossen. Die hierdurch entstandenen großen Überschwemmungen haben eine vollständige Zerstörung des bedeutenden Teils der Zelte und Decken verursacht. Tausende von Familien wurden hiervon aufs Schwerste betroffen, ihre Zelte und Decken wurden von den Regengüssen und dem Sturm vernichtet, so daß diese Familien heute praktisch ohne Unterkunft und Schutz ihr Leben bestreiten müssen. Darüber hinaus wurden enorme Mengen an Medikamenten, Lebensmitteln und das Inventar von Hospitälern und Schulen zerstört oder völlig unbrauchbar gemacht. Letztere Schäden entstanden dadurch, daß diese öffentlichen Gebäude stark von den Regengüssen und den Überschwemmungen in Mitleidenschaft gezogen worden sind. Als Ergebnis dieser Naturkatastrophe muß man heute einen enormen Verlust an Wohnstätten, Medikamenten, Nahrungsmitteln und weiterer lebensnotwendiger Einrichtungen und Versorgungsgrundlagen verzeichnen.
Die umfangreichsten Schäden wurden hauptsächlich von zwei zeitlich aufeinanderfolgenden Unwettern, die sich über mehrere Tage hinzogen, verursacht, so am 4. und 5. September und darauf vom 17. - 19. Oktober 1979. Alle Lager ohne Ausnahme wurden hiervon in Mitleidenschaft gezogen, so daß heute jeder Willaya (Provinz) mehrere hundert Familien ohne Obdach und Schutz gegen Wind und Kälte zählt, und daß die Versorgung mit lebensnotwendigen Medikamenten und Grundnahrungsmitteln nur weit unter dem minimalen Bedarf erfolgen kann. Sicherheitsmaßnahmen, um solchen Ausnahmezuständen entgegenzuwirken, waren in der Vergangenheit kaum getroffen worden, was sich dadurch erklärt, daß in dieser Gegend in den vergangenen 15 Jahren kaum ein Regentropfen gefallen ist. Bedingt durch die mangelnde Vorkehrung gegen derartige Ereignisse konnten sich die Schäden noch vervielfachen.
So wie alle Lager von den Überschwemmungen betroffen sind, sind die weitestgehenden Zerstörungen in der Willaya 'Dakhala' entstanden:
die D'Aira (Gemeinde) von 'Tichls' zählt etwa 700 Zelte, als Unterkunft für 7.800 Menschen, davon sind heute 300 Zelte vollständig unbrauchbar, so daß 2 400 Menschen ohne Obdach sind.
in der D'Aira von 'Argoub' sind von den insgesamt 700 Zelten etwa 250 Zelte vernichtet, und somit 2 000 Menschen ohne Unterkunft.
In der Willaya von 'Smara' zählt die D'Aira von 'Jdairia', neben weiteren, zu den am schwersten betroffenen. Hier wurden von den 700 Zelten für insgesamt 8 000 Personen 300 Zelte, die Beherbergung für mehr als 2 400 Menschen, von den Überschwemmungen weggespült oder von dem Sturm völlig zerfetzt.
In der Willaya von 'L'Aaiun' ist die D'Aira 'Hagounia' als die am schlimmsten in Mitleidenschaft gezogenen zu nennen. Hier gingen von 700 Zelten, in denen weit mehr als 8000 Menschen wohnten, insgesamt über 300 Zelte verloren. Ebenso wurde das Gebäude des Zentralkrankenhauses stark beschädigt, mit der Auswirkung, daß der größte Teil des Medikamentenvorrates mitsamt den medizinischen Ausrüstungen und weiterhin eine bedeutende Menge der Lebensmittel und hier in erster Linie diese für die Säuglinge, völlig unbrauchbar geworden sind.
Bei der 'Nationalschule 9. Juni' wurde das Gebäude selbst und dadurch auch der größte Teil des Schulmaterials und der Decken weitestgehend ruiniert.
Es muß hier noch bemerkt werden, daß zu diesen durch das Unwetter entstandenen Verlusten noch der kontinuierlich anwachsende Bedarf an Zelten und Decken hinzukommt, da fast täglich neue Flüchtlinge in den Lagern ankommen, so daß sich im Moment die Versorgungsschwierigkeiten noch erheblich verschärft haben. Die Zahl der Flüchtlinge hat sich in den letzten Jahren um ein Vielfaches vergrößert.

Spendenkonto: medico international, Homburger Landstr.455 6000 Frankfurt, Stadtsparkasse Frankfurt Nr. 232, Postscheckkonto Frankfurt Nr. 2506-600, Stichwort: Sahraui: – Hilfe.

Spendenaufruf Osttimor

ZUR SITUATION IN OSTTIMOR

(siehe ausführlicher Bericht in „blätter des iz3w" Nr. 82)

Im Schatten der Hungerkatastrophe in Kambodscha spielt sich weitgehend unbemerkt von der Weltöffentlichkeit in einem anderen südostasiatischen Land, in Osttimor, eine Tragödie ab, die von unabhängigen Beobachtern mit dem Massensterben Biafras vor 10 Jahren verglichen wird. Die Insel Osttimor, ein Gebiet von der Fläche Nordrhein-Westfalens, mit (1975) ca. 650 000 Einwohnern, 500 km nördlich von Australien gelegen, war bis 1975 portugiesische Kolonie. Nach der Unabhängigkeit wurde es von Indonesien überfallen und 1976 gegen weltweite internationale Proteste und mehrfache Entscheidungen der Vereinten Nationen annektiert. Bei den folgenden schweren Übergriffen seitens der indonesischen Militärs gegen die osttimoresische Zivilbevölkerung sollen 1975/76 bereits 60 000 Osttimoresen ums Leben gekommen sein und selbst der damalige indonesische Außenminister Adam Malik räumte laut Sidney Morning Herald vom 4.4.1977 ein, daß bei der Invasion möglicherweise bis zu 80 000 Osttimoresen getötet wurden, eine Zahl, die von unabhägnigen Berichterstattern inzwischen eher als zu niedrig angesehen wird.
Nach dem Vorbild der Nigerianer im Biafrakrieg, seinersetis von Großbritannien und der UdSSR durch Waffenlieferungen und diplomatische Schritte unterstützt, verhängten die Indonesier gegen die Widerstand leistenden Osttimoresen eine Hungerblockade, deren ganzes schreckliches Ausmaß jetzt deutlich wird. In 10 der 13 Verwaltungsbezirken herrscht Hungersnot und das Internationale Rote Kreuz hält die Lage für „schlimmer als Biafra und möglicherweise Kambodscha". Ähnlich hat sich der amtierende indonesische Außenminister Mochtar Kusumaatmadja geäußert, der aber jegliche Verantwortlichkeit seines Landes leugnet.
Akut vom Hungertod bedroht sind nach Schätzungen des katholischen Priesters Leoneto do Rego, einem Portugiesen, der sich von 1976-79 in Osttimor aufgehalten hat, derzeit ca. 300 000 Menschen, die nur durch schnelle unbürokratische Hilfe gerettet werden können.
Erschwert werden diese Hilfsmaßnahmen durch den im

Dezember einsetzenden Regen, der weite Teile des Gebietes von der Außenwelt abriegelt. Es ist keine übertriebene Befürchtung von Experten, daß nach der Regenzeit die Hälfte der Bevölkerung Osttimors vernichtet sein könnte.
Angesichts dieses unvorstellbaren Elends fordert die Gesellschaft für bedrohte Völker verantwortliche Stellen in der Bundesrepublik auf, alles zu unternehmen, um die drohende Katastrophe abzuwenden. Gerade der Bundesregierung kommt dabei eine besondere Verantwortung zu, denn sie war es, die sich 1977 demonstrativ entschloß, während der Seeblockade Osttimors, U-Boote für die indonesische Militärregierung zu bauen.
Dazu hat sich die Bundesregierung in den letzten Jahren mehrfach geweigert, sich dem Mehrheitsvotum der Vereinten Nationen anzuschließen und den Überfall auf Osttimor zu verurteilen.
Wir bitten euch, an die Bundesregierung zu appellieren, Hilfsmaßnahmen, wie sie für Kambodscha eingeleitet wurden, auch für die hungernde Bevölkerung Osttimors in Angriff zu nehmen. Dabei muß sichergestellt werden, daß unabhängige deutsche und internationale Hilfswerke diese Hilfsmaßnahmen vor Ort unternehmen können und die Bundesregierung für diese Maßnahmen ausreichende Mittel zur Verfügung stellt. Wir halten dafür zunächst DM 10 Mio. für notwendig.

Briefvorschlag an Bundesaußenminister Genscher:

Sehr geehrter Herr Minister Genscher,
von einer größeren Öffentlichkeit weitgehend unbemerkt, spielt sich neben Vietnam und Kambodscha in einem weiteren Land Südostasiens, in Osttimor, eine Tragödie unvorstellbaren Ausmaßes ab.
Für diese Vorgänge trägt auch die deutsche Bundesregierung indirekte Mitverantwortung: Osttimor war bis 1975 portugiesische Kolonie.
Nach der Unabhängigkeitserklärung überfielen indonesische Truppen im Dezember 1975 das Land und annektierten es gegen internationales Recht und weltweite Proteste. Dabei kamen schon in den ersten Monaten 60 000 Osttimoresen ums Leben. Bei wiederholten Verurteilungen dieses Gewaltaktes der indonesischen Militärregierung durch die UNO enthielt sich die Bundesregierung der Stimme. Stattdessen entschloß sie sich demonstrativ, während der Seeblockade Osttimors, U-Boote für die indonesische Militärregierung zu bauen (vgl. Spiegel 8/1977).
Die verheerenden Auswirkungen dieser Hungerblockade, die nach dem Vorbild der Nigerianer im Biafrakrieg initiiert wurde, werden nun deutlich: Von ehemals über 650 000 Osttimoresen sind mindestens 100 000 ausgerottet und 300 000 vom akuten Hungertod bedroht. Ihnen kann nur noch durch schnelle, unbürokratische Hilfe das Leben gerettet werden. Die australische Regierung hat inzwischen eine Luftbrücke mit Hilfsgütern eingerichtet.
Ich appelliere eindringlich an Sie, der Verantwortung der Bundesregierung gegenüber dem Elend in Osttimor, verursacht von der indonesischen Militärregierung, mit der die deutsche Bundesregierung eng zusammenarbeitet, gerecht zu werden und alles zu unternehmen, um die osttimoresische Bevölkerung durch rasche Hilfe vor dem drohenden Aussterben zu bewahren. Dabei muß sichergestellt werden, daß unabhängige deutsche und internationale Hilfswerke diese Hilfsmaßnahmen vor Ort unternehmen können und die Bundesregierung ausreichende Mittel zur Verfügung stellt. Ich halte dafür zunächst 10 Mio. DM für angemessen. Für Ihre Initiative in dieser Sache danke ich Ihnen im voraus und sehe einer positiven Entscheidung von Ihnen mit Zuversicht entgegen.

Richten Sie Ihre Briefe bitte an:
Den Bundesminister des Auswärtigen
Herrn Hans-Dietrich Genscher
Adenauerallee 99 - 103
5300 Bonn 1

Hintergrundinformation zu Osttimor bietet Pogrom Nr. 39/40 'Osttimor, zu links für die Freiheit?', DM 4,80, 74 S.
Zur neuesten Entwicklung ist in Pogrom Nr. 65 ein Artikel erschienen.
Bestelladresse: GfbV, Bramscher Str. 200, 4500 Osnabrück.

aus: Vierte Welt aktuell (GfbV), Nr. 13, Dez. 1979 (einige Zahlen verändert)

Materielle Hilfe + Politische Unterstützung

In der augenblicklichen Situation ist es notwendig, die Hilfsprogramme des Internationalen Roten Kreuzes für Ost-Timor zu unterstützen und jeden nur möglichen Druck auf die indonesischen Militärs auszuüben, damit die Hilfsgüter ihre Adressaten auch erreichen. Für die in den indonesisch besetzten Gebieten lebenden Ost-Timoresen ist dies im Augenblick die einzige Überlebenschance.
Für Ost-Timor insgesamt aber kann nur eine politische Lösung gefordert werden, die die Selbstbestimmung und Unabhängigkeit des ost-timoresischen Volkes unter Führung der FRETILIN garantiert: Abzug aller indonesischen Truppen aus Ost-Timor!

> Wir rufen alle fortschrittlichen Kräfte in der Bundesrepublik auf, dieser Forderung durch Unterstützung des anhaltenden bewaffneten Kampfes der ost-timoresischen Bevölkerung Nachdruck zu verleihen!

Komitee für die Unabhängigkeit Ost-Timors
c/o Reiman Wehr
Engelbertstr. 19, 5000 Köln 1
Postscheckkonto R. Wehr 70867-505 PschA Köln

Der Wiederaufbau Nicaraguas

PROJEKTPAPIER

Errichtung von kleinen Durckereien in den Stadtvierteln und ländlichen Gemeinden des Departements Managua (Projekt 8)

Träger: Komiteee für die Organisierung der Bevölkerung (FSLN)

Die Kommission für die Organisierung der Bevölkerung hat in den Stadtvierteln und ländlichen Gemeinden von Managua die Sandinistischen Verteidigungskomitees CDS gegründet. Diese Komitees errichten in jedem Viertel und jeder Gemeinde ein Zentrum mit Namen 'Casa Sandinista', in dem sich das Büro der CDS befindet. Hier finden die Versammlungen statt, die Öffentlichkeitsarbeit und die notwendigen Schritte zur Lösung der kommunalen Probleme werden hier koordiniert. Diese Büros sind unmittelbare Anlaufstellen für alle kommunalen Probleme, bevor sie an die Kommission für die Organisierung der Bevölkerung weitergeleitet werden.

Die derzeit wichtigste Aufgabe der Sandinistischen Verteidigungskomitees besteht darin, einen engen Kontakt zur Bevölkerung herzustellen. Dazu bedient sich das Büro der CDS derjenigen Propagandamittel, die eine schnelle und umfassende Arbeit gewährleisten und dafür Sorge tragen, daß jeder korrekt informiert wird. Um diesen Prozeß zu beschleunigen und wirkliche Impulse zu geben, finden Versammlungen statt, die aus finanziellen Gründen bis jetzt die einzig mögliche Arbeitsform darstellen.
Wir halten es für notwendig, jedes Zentrum mit einer kleinen Druckerei auszustatten. Im Departement Managua gibt es 150 Stadtviertel und Landgemeinden, die ein solches Büro einrichten wollen. Zur Ausstattung dieser 150 Druckereien sind nötig:

– 75 elektrische Abzugsgeräte	75 000,00 US-Dollar
– 75 manuelle Abzugsgeräte	37 500,00 US-Dollar
– 150 Schreibmaschinen	22 500,00 US-Dollar
– 150 manuelle Hefter	900,00 US-Dollar
– 300 Schachteln Heftklammern	500,00 US-Dollar
– 150 Packungen Wachsmatrizen	2 250,00 US-Dollar
– 1.500 Pakete Papier (DinA 4)	6 000,00 US-Dollar
– 150 manuelle Papierschneider	4 500,00 US-Dollar
– 600 Tuben Paste für Abzugsgeräte	3 000,00 US-Dollar
benötigte Summe	152 150,00 US-Dollar

Diese Druckereien würden eine Zentralisierung des Druckereiwesens in Managua gestatten. Bevor sie nicht fertiggestellt sind, können weder Zeit noch Mittel auf die Verteilung von Material an die Sandinistischen Verteidigungskomitees verwendet werden. Ferner dienen diese Druckereien der Flexibilität der Arbeit in den Stadtvierteln und Landgemeinden.

Weitere Projektpapiere zum Wiederaufbau Nicaraguas können unter der Kontaktadresse des „Informationsbüros Nicaragua" angefordert werden. Aus Platzgründen können wir hier nur die Titel der Projekte nennen:
Projekt 1: Lehrgänge zur sozialen Bildung und technischen Förderung von Ausbildern in der Gemeinschaftsarbeit
Projekt 2: Technisches Ausbildungszentrum für Frauen
Projekt 3: Produktionskollektiv zur Herstellung von Kleidung in Esteli
Projekt 4: Psychotherapeutische Klinik für Kinder und Jugendliche
Projekt 6: Nationales Rehabilitationszentrum für Blinde
Projekt 9: Schule zur Weiterbildung für Bauern mit niedrigem Einkommen im Bereich der Groß- und Kleintierhaltung
Projekt 10: Pilotprojekt für eine umfassende Unterstützung von ländlichen Gemeinschaften
Projekt 11: Kindergartenprojekt 'Aracely Perez Darias'
Projekt 12: Pilotprogramm zur Errichtung von Zentren für die Milchproduktion für Bauerngenossenschaften in Viehzuchtgebieten
Projekt 13: Bildungsprojekt der Sandinistischen Verteidigungskomitees CDS in der Stadt Managua
Projekt 14: Pilotaufgabe in vier Stadtvierteln Managuas um eine kritische Sicht ihrer Basisorgane der Sandinistischen Verteidigungskomitees CDS zu entwickeln.
Projekt 15: Dokumente des revolutionären Kampfes

Überweisungen:
Stichwort „Projekt 8", Konto 976738 Stadtsparkasse Wuppertal, BLZ 330 500 00

Kontaktadresse:
Informationsbüro Nicaragua e.V., Friedrichstraße 10, D 5600 Wuppertal 1, Telefon: 0202-440039

Nicaragua-Grafiken zur Unterstützung einer Druckerei der FSLN

Die Frente Sandinista hat in Managua eine Druckerei aus dem ehemaligen Besitz des Diktators Somoza übernommen. In dem Betrieb mit einer Belegschaft von 30 Personen werden heute Plakate, Broschüren und andere Publikationen der FSLN gedruckt, die dringend für die Alphabetisierung, die politische und medizinische Aufklärungsarbeit benötigt werden. Die Druckerei ist auf materielle Unterstützung angewiesen. Es fehlt an Material und Ersatzteilen.
Zur Unterstützung der Druckerei hat die Vereinigung Internationaler Kulturaustausch eine Mappe mit acht Grafiken produziert, die der heutige Leiter der Druckerei, Mauricio Mejia, zur sozialen Lage der Bevölkerung Nicaraguas zeichnete:
8 Blätter, 35 x 45 cm, einige zweifarbig, Auflage 500, Offset, Preis: DM 40,– zuzüglich Porto. 4 Motive sind auch als Postkarten erhältlich. Je Satz DM 2,–
Bestellungen an:
IKA
Zeitschrift für Internationalen Kulturaustausch
Lerchenstr. 84, 7000 Stuttgart 1, Tel. 0711/296613
PSchA Stuttgart Konto 16238-708

Kapverden: kooperative resistencia

Kultureller Widerstand auf den Kapverden

Unterstützt das Handwerksprojekt „kooperative resistencia" (Aktionsgemeinschaft Solidarische Welt e.V.)

Nationales Handwerkszentrum
Mindelo / Kap Verde (Kapverdische Inseln)

„Kultureller Widerstand"

Der Ausdruck „kultureller Widerstand" wurde von Amilcar Cabral geprägt, dem Gründer der PAIGC (1), der Partei der seit 1975 unabhängigen Republik Kap Verde. Die Gründer der „Kooperative Resistencia" haben sich zum Ziel gesetzt, vor allem im Bereich von Handwerk und Kunst der Zerstörung der kulturellen Traditionen des Volkes durch den Kolonialismus entgegenzutreten.
Die Kooperative entstand aus einer Initiative mehrerer Sekundarschullehrer in Mindelo auf der Insel Sao Vicente. Gemeinsam begannen sie, Zeugnisse der ehemals vielfältigen Handwerkskunst aufzuspüren: Stoffe, Hüte, Töpfe, Musikinstrumente, Matten usw. Sie organisierten Ausstellungen und weckten bei ihren Schülern Interesse, die kulturellen Traditionen ihres Volkes sowie die Entwicklungsmöglichkeiten kennenzulernen und bekannt zu machen.

Die Traditionen in Kunst und Handwerk wurden von den ersten Sklaven – vorwiegend aus Westafrika – mitgebracht, die sich auf den Kapverden ansiedeln konnten. (Die kapverdischen Inseln wurden im Jahre 1456 von den Portugiesen entdeckt – oder wiederentdeckt, denn afrikanische Historiker legen Wert auf die Feststellung, daß bereits arabische Seefahrer vor den Portugiesen gelandet waren. Wie dem auch sei, die Inseln waren unbewohnt, und das nicht ohne Grund: während die östlichen, also dem Festland zugekehrten Inseln klimatisch zur Sahara gehören, im Grunde nichts anderes als vorgelagerte Wüstenstücke, sind die westlichen Inseln vulkanischen Ursprungs und damit außerordentlich fruchtbar; jedoch ist die landwirtschaftliche Nutzung aufgrund der gebirgigen Oberfläche und der auch hier spärlichen und unregelmäßigen Regenfälle extrem schwierig.
Es gab keine Bodenschätze, schon gar keine edlen Metalle. So lag der Wert der Inseln für die Portugiesen zunächst auch ausschließlich in der Funktion als Zwischenstation für Schiffahrt und Handel mit der reichen Kolonie in Südamerika, mit Brasilien. In erster Linie war es der Handel mit Sklaven vom afrikanischen Festland, vorwiegend aus Guinea, für den die Inseln als Zwischenlandeplatz dienten. Erst als Folge und im Umkreis dieser Sklavenhandelsstation bildeten sich die ersten görßeren Ansiedlungen.)
Im Laufe der Jahre bildete sich eine typische Handwerkskunst heraus. Vor allem die kunstvollen Webereierzeugnisse – im Stil der sogenannten „kapverdischen Schule" – wurden über das Land hinaus bekannt.
Bei der Suche nach den alten, historisch und künstlerisch wertvollen Webstücken mußten die Lehrer feststellen, daß nur noch wenige, meist sehr alte Weber aufzufinden waren.
Die Weber verwendeten früher die auf den Kapverden angebaute Baumwolle. Durch restriktive Maßnahmen der Portugiesen – zugunsten des Plantagenanbaus in Angola –, durch Dürreperioden und fehlende Maßnahmen zur Bekämpfung der Bodenerosion ist der Baumwollanbau auf den Inseln verschwunden. Der Import von Fertigprodukten aus Portugal hat dann auch die Weberei systematisch verdrängt. So stellten die Lehrer fest, daß es dringend notwendig war (und ist), mit den letzten Webern, die es nach dem Ende der Kolonialzeit noch gibt, die alten Webtechniken und Muster zu lernen, das Handwerk wiederzubeleben und an jüngere Leute weiterzugeben. Zwei alte Weber aus S. Vicente und Praia gaben in den Ferien auf dem Schulhof die ersten Webkurse.

Um die Arbeit intensiver fortsetzen zu können, wandte man sich an Vertreter von Partei und Regierung. Mit ihrer Unterstützung konnte dann Ende April 1976 die „Kooperative Resistencia (Widerstand)" gegründet werden. Ihr gehörten der 77jährige Weber Nho Griga von S. Vicente, 6 Lehrer und 4 Spinnerinnen an.

Die Kooperative entwickelt sich zum Nationalen Handwerkszentrum (C.N.A.)
Die Kooperative Resistencia arbeitete auf der Basis von „gleichem Lohn für gleiche Arbeit", d.h. der Weber und die Spinnerinnen wurden entlohnt, die Lehrer gaben morgens weiter Unterricht und arbeiteten nachmittags ohne Entlohnung in der Kooperative. Sie fertigten ihre Webstühle und andere notwendige Geräte aus Holz an, das man ihnen zur Verfügung stellte. Sie vervollständigten ihre Kenntnisse, sammelten Erfahrungen, entwickelten Muster für Gebrauchsgegenstände, fragten nach dem Bedarf der Leute und organisierten Ausstellungen. Da die Kooperative von Anfang an eher den Charakter einer Ausbildungsstätte hatte, konnte sie natürlich nicht vom Verkauf ihrer Produkte leben und durchlief eine schwierige Phase. (Die Mitarbeiter des „Nationalen Handwerkszentrums sind seit dessen Gründung Angestellte des Staates und konnten daher z.B. ihren Lehrerberuf aufgeben.)

Im August 1977 waren nur noch fünf Mitglieder übrig, die ihre seit langem verfolgten Ziele nicht aufgeben wollten. Unter anderen verließ Nho Griga die Kooperative.
Nach Gesprächen und Verhandlungen mit verschiedenen Ministerien wurde dann Ende 1977 das Nationale Handwerkerzentrum (C.N.A.) gegründet, in dem die Arbeit, die von der „Kooperative Resistencia" entwickelt worden war, fortgesetzt werden konnte. Die Lehrer wechselten von der Schule in das neue Zentrum und konnten sich nun voll dieser Arbeit widmen.
Nun war es möglich, eine Ausbildungsstätte aufzubauen. Das C.N.A. nahm Lehrlinge auf und entwickelte einen Stundenplan, der täglich – im Wechsel – praktische Arbeit und Studium von Büchern über Weberei usw. vorsieht. Alle praktischen und theoretischen Aufgaben werden von allen Mitgliedern des Zentrums im Geist genossenschaftlicher Zusammenarbeit geteilt. Auch die Leistung wird in gemeinsamer Verantwortung getragen, Entscheidungen beruhen auf der Meinung der gesamten Gruppe. Damit diese Form der Zusammenarbeit auch in der Beziehung des Zentrums deutlich wird, legen die Mitarbeiter des Handwerkszentrums Wert darauf, daß dem „C.N.A." „Kooperative Resistencia" hinzugefügt wird.

Aus der Arbeit des C.N.A. 1978/79
Das nationale Handwerkszentrum wird inzwischen häufig von in- und ausländischen Gästen besucht; der Verkauf der Produkte ist belebt worden. Jedoch sind bisher mit den wenigen vorhandenen Arbeitsmitteln nur ca. 25 – 30 Webeartikel pro Monat von den Mitarbeitern im Zentrum hergestellt worden. Ein Teil der Artikel dient Demonstrationszwecken oder wird für Ausstellungen gebraucht. Die Einkünfte sind gering und können noch nicht eine Lebensgrundlage für die Mitarbeiter darstellen. Wie oben schon angemerkt, sind diese Angestellte vom Staat.

Zur Zeit arbeiten 7 Lehrkräfte, die selbst auch weben, 4 Lehrlinge, 3 Spinnerinnen und 2 Verwaltungskräfte im Zentrum. Seit Anfang des Jahres '79 ist ein Mitglied dabei, die seit 1975 durchgeführten Forschungsarbeiten fortzusetzen, und zwar speziell auf dem Gebiet der Töpferei.
In verstärktem Maße wurden Kontakte zu traditionellen Handwerkern geknüpft; einige Weber haben dadurch wieder ihre Arbeit aufgenommen. Sie gaben ihre Erfahrungen weiter, stellten noch vorhandene Webstücke zur Verfügung und erhielten im Tausch die notwendigen Rohstoffe.

Auf der Insel Maio wurde mit der Mitarbeiterin vom Weltfriedensdienst (WFD, Berlin) im ländlichen Entwicklungsprojekt eine vorgenossenschaftliche Arbeitsgruppe von Frauen gebildet, die Wolle von Karakulschafen kämmen und spinnen, die die Portugiesen hinterlassen hatten. Diese hatten nur Interesse am Export der Felle der ganz jungen Lämmer gehabt.
Heute nun liefern die Schafe schließlich einen landeseigenen Rohstoff für die Spinner- und Weberei.
Mit dem C.N.A. wurde ein fester Abnahmepreis ausgemacht und inzwischen konnte eine zweite Gruppe gebildet werden. Demnächst soll auch eine Gruppe mit dem Spinnen von Baumwolle beginnen, die aus Westafrika importiert wird. Eine andere Gruppe macht erste Versuche mit dem Stricken.
Aus der (natur- und braunfarbenen) Wolle von der Insel Maio wurden Stoffe, Decken, Kissen, große und kleine Taschen, Säcke, usw. hergestellt.
Ähnliche Gegenstände wurden aus der Mischwolle (mit Acryl) aus Portugal und aus der Baumwolle gefertigt. Außerdem wurden verschiedene Wandteppiche, z.T. in Gemeinschaftsarbeit, fertiggestellt.
Im Bereich der Färberei hat man Erfahrungen gesammelt mit dem Färben von Baumwolle, Wolle und Sisal mit Naturfarben, z.B. aus Zwiebeln und Kokos. Indigo und andere Pflanzen, die natürliche Farben liefern, sollen in Zukunft angebaut werden. Mit chemischen Farben wurden Abbindetechniken erprobt; das C.N.A. sucht auch hier nach lokalen Traditionen. Das Zentrum will sich in der gegenwärtigen Phase auf die Bereiche Weberei, Färberei sowie Töpferei, Siebdruck, Kokos- und Bambusverarbeitung konzentrieren, da bisher nur wenig ausgebildete Kräfte und finanzielle Mittel zur Verfügung stehen.

Zusammenarbeit mit anderen Einrichtungen
In diesem Jahr soll das C.N.A., das bisher dem Ministerium für wirtschaftliche Koordination zugeordnet ist, dem Ministerium für Erziehung und Kultur angegliedert werden, da ja ein großer Teil seiner Aufgaben mehr diesem Bereich zugehört.
Im Hinblick auf diese Zuordnung wurde ein Dokument erarbeitet, in dem es u.a. heißt:
„Das C.N.A. soll eine selbständige Institution sein, die neben ihrem Sitz (in Mindelo) in Zukunft regionale Zentren auf allen Inseln haben soll. . . Diese regionalen Zentren sollen in der lokalen Tradition wurzeln und grundsätzlich von der Nutzung der dort vorhandenen Rohstoffe ausgehen..."
Das C.N.A. kooperiert mit dem Nationalen Institut der Kooperativen bei der Organisation und wirtschaftlichen Planung von Produktions- und Konsumkooperativen, um z.B. Startschwierigkeiten und Ungleichgewichte zu vermeiden. Das Institut der Kooperativen unterstützt die Handwerker beim Aufbau einer Kooperative und bei der Suche nach eigenen Wegen zur Überwindung ihrer wirtschaftlichen Probleme.

Im Bereich der Vermarktung der handwerklichen Produkte soll die Allgemeine Direktion des Tourismus verschiedene Aufgaben übernehmen, z.B. die Organisation von Verkaufsausstellungen, Teilnahme an in- und ausländischen Märkten usw. Die Ausstellungen, hauptsächlich in den Städten des Landes, sollen die einheimischen handwerklichen Erzeugnisse (wieder) bekannt machen und die Kapverdianer in den Städten zum Kauf und Benutzen solcher Produkte anregen. Der Kapverdianer selbst beeinflußt dadurch Art und Absatz der Erzeugnisse.
Bisher gibt es noch keine Erfahrungen mit dem Verdienst- und Absatzmöglichkeiten von Webereikooperativen, da diese bisher noch im Stadium der Planung sind.
Die Produktion soll so kalkuliert werden, daß die nationalen Erzeugnisse möglichst unter dem Preis vergleichbarer Importprodukte auf dem Binnenmarkt angeboten werden.
Auch die Rohstoffe dafür sollen zunehmend im eigenen Land gewonnen werden. Die Gefahr der Orientierung der Produktwahl an Bedürfnisse von Touristen aus westlichen Ländern ist heute für die Kapverden insofern kaum anzunehmen, da der Staat z.B. durch eine strenge Visaregelung die Anzahl der Touristen gering hält.
Bei den erwähnten ausländischen Märkten handelt es sich um kleine städtische Märkte und Ausstellungen vor allem in Westafrika.
Zuletzt sollen die Jugendlichen, die das Handwerkszentrum ausbildet, nicht nur in der Produktion tätig werden und Kooperativen aufbauen helfen, sondern auch in Kindergärten, Primar- und Sekundarschulen und Berufsschulen unterrichten und die Kinder und Jugendlichen an handwerkliche und künstlerische Betätigung heranführen.
Nicht nur die Schulen sollen diese Aufgabe erfüllen, sondern auch „alle Kapverdianer, die erkannt haben, daß es keine wirkliche nationale Unabhängigkeit gibt ohne die kulturelle und wirtschaftliche Unabhängigkeit. Die Förderung und Verteidigung der Kultur des Volkes ist eine ständige Aufgabe des Nationalen Handwerkszentrums (C.N.A.) – Kooperative Resistencia."

Das C.N.A. trägt u.a. dazu bei:

1. die verschiedenen Formen des kapverdianischen Handwerks zu erforschen mit dem Ziel, sie zu erhalten, zu fördern und zu erneuern;
2. eine Bestandsaufnahme der auf Kap Verde vorhandenen Rohstoffe durchzuführen, die sich für eine handwerkliche Verarbeitung eignen;
3. die handwerkliche Produktion von Gebrauchsgegenständen zu fördern unter Berücksichtigung der Bedürfnisse und Traditionen des Volkes und – wo immer möglich – der Verwertung der nationalen Rohstoffe;
4. die Ausbildung in handwerklicher Technik zu fördern, sowohl in der traditionellen als auch mehr modernen und universellen;
5. die schöpferische Initiative des Volkes im Bereich des Handwerks zu wecken;
6. die Idee der genossenschaftlichen Zusammenarbeit zu fördern;
7. die handwerklichen Erzeugnisse von Kap Verde sowohl im In- als auch im Ausland zu verbreiten.

Zur Verwirklichung seiner Ziele hat sich das C.N.A. folgende Aufgaben gesetzt:

1. Aufbau einer handwerklichen Ausbildungsstätte
2. Einrichtung eines Handwerksmuseums und einer Bibliothek, die sich auf diesen Bereich spezialisiert."

Die Spenden, die die ASW an das C.N.A. – Kooperative Resistencia' weiterleitet, tragen speziell dazu bei, den enormen Bedarf an Webstühlen, Spinnrädern, Garnen, Farben und anderen Handwerksgeräten zu decken.
Kennummer: 8537, 11/97/ws
Action for a World Solidarity/Action Monde en Solidarité/ Accion Mundo Solidario, ASW 1 Berlin 61, Friedrichstr. 236
Bank für Gemeinwirtschaft – Berlin – Kto Nr. 1600 2208 00, BLZ 100 101 11, Postscheckkonto Berlin West 40 06 - 104

Spenden an die ASW sind steuerabzugsfähig. Evtl. Überschüsse werden für gleichartige Projekte verwendet.

Zusammengestellt aus einer Darstellung des Projekts von der ASW Berlin und persönlichen Mitteilungen von Seiten der ASW Projektverantwortlichen. *fbu*

Nachruf auf Rudi Dutschke

Kurz und unvermittelt ist die Meldung vom Tod Rudi Dutschkes in den Spätnachrichten der Weihnachtsnacht. Nach langer Zeit hat ihn die Kugel also doch getötet, denken wir. Damals bezweifelte keiner, daß jene Kugel die Folge der Hetze Springers vor allem in der Bildzeitung war. Nach dem Mordversuch 1968 war unsere Reaktion aufbäumende Wut; heute ist sie ratlose Stille, teilnehmende Trauer.
Doch er wird der bekannte Rudi bleiben: als einer der Wortführer der 68er Bewegung, aggressiv und scharf in seiner Kritik; als Theoretiker historisch materialistisch analysierend, dabei oft syntaktisch schwer verständlich; als Praktiker permanent kritisch dem sich neu Bildenden gegenüber; als Mensch den Dialog suchend –auch mit den anders handelnden und denkenden Genossen, ja sogar mit demjenigen, der zum Todesschuß auf ihn gehetzt worden war.
Den Marxismus verstand er prozeßhaft: „Wir sind gegen jede Dogmatisierung des Marxismus, denn er ist eine schöpferische Wissenschaft, die sich auf der Grundlage der kritischen Methode der Dialektik mit jener neuen Wissenschaft auseinandersetzen muß, aus ihr die Kategorien für ein Verständnis der je konkreten Gegenwart zu gewinnen hat." Rudi suchte stets diesen Weg des Undogmatischen, des Verständnisses für die je konkrete Gegenwart. Somit gehörte er auch niemals zu einer der 'größten der Parteien'.
Theorie und Praxis versuchte er immer wieder dialektisch zusammenzuführen; Theorie und Menschlichkeit waren Teil seiner Suche auf dem Weg nach der 'Konkreten Utopie', der mit der 68er Bewegung begann.
Der Unterschied zwischen der 68er Bewegung und der heutigen 'Alternative' ist der zwischen Hoffnung und Resignation, zwischen dem Versuch einer Theoriebildung zur Internationalismusarbeit und theoriefeindlichen Flucht in die 'Neue Innerlichkeit', Rückzug aufs Land oder ins subjektive Gefühl einer neuen 'alternativen Kultur'. Rudi ist den Weg von den Anti-Vietnamkriegs-Demonstrationen hin zu den 'Grünen' gegangen.
Für uns Mitarbeiter der 'blätter', die auch ein Produkt der 68er Bewegung sind, stellt sich die Frage: Gibt Rudi Hinweise für ein Verständnis dieses Weges von der damaligen Internationalismusarbeit hin zu den Grünen bzw. bestehen Zusammenhänge zwischen dem Internationalismus und der (ökologischen) Bewegung, die sich bei den Grünen sammelt?

Der Weg von Spätkapitalistischer Analyse über die Dritte-Welt-Auseinandersetzung zu den Grünen:
Dutschke beschreibt in dem Aufsatz über 'die Widersprüche des Spätkapitalismus, die antiautoritären Studenten und ihr Verhältnis zur Dritten Welt' (in: Rebellion der Studenten oder die neue Opposition), wie die antiautoritären Studenten nach der noch relativ abstrakten Theoriebildung über die Widersprüche des Kapitalismus und der zunächst noch moralisch geführten Auseinandersetzung über die Probleme der Dritten Welt, vor allem durch die Empörung über den Vietnamkrieg, zur Praxis hier in der BRD gelangten.
Das Ziel ist eine zukünftig bessere Gesellschaft mit basisdemokratischen Strukturen. In seinen Schriften und Diskussionen versucht er immer wieder abstrakte Wunschvorstellungen einer zukünftigen Gesellschaft zur gegenwärtigen Realität zurückzuholen. So in dem 'Gespräch über die Zukunft' (Kursbuch 14) mit Enzensberger, Rabehl und Semler, wo er über den "Transformationsprozeß, also über eine Zukunft in der Gegenwart" sprechen will, und das Gespräch auch schließlich so lenkt: „Es hat also keinen Sinn, Zukunftsentwürfe zu liefern, ohne über den Transformationsprozeß nachzudenken. Und dieser Prozeß hat zwei Seiten. Die eine ist unabhängig von uns. Ich meine die fortschreitende Polarisation der Welt: Dritte Welt, hochindustrielle Welt, Imperialismus und Befreiungsfronten. Die andere Seite ist unsere eigene Situation in den Metropolen, ist die Befreiung des Bewußtseins als Produktivkraft zur Revolutionierung unserer eigenen Gesellschaft. Wir müssen also die Transformation verstehen als einen doppelten Prozeß objektiver Polarisierung im Weltmaßstab und subjektiver Mobilisierung in den Metropolen, wo die objektiven Bedingungen reif sind. Wir müssen also den Transformationsprozeß vermitteln mit der gegenwärtigen Ralität. Das sollten wir jetzt versuchen."
Und die subjektive Vermittlung bei uns sollte durch die Aktion stattfinden, die allein die revolutionäre Theorie zu einer revolutionären Praxis machen kann.
Den Weg vom 'Seminarmarxismus', der theoretischen Arbeit des SDS-West-Berlin und des Argument-Clubs zum Verständnis des weltweiten Charakters der Auseinandersetzung zwischen Lohnarbeit und Kapital, der Problematik der Dritten Welt bis zur entscheidenden Aktion gegen den Besuch des kongolesischen Ministerpräsidenten Moise Tschombé in Westberlin am 18. Dezember 1964, der „für die Ermordung des bedeutendsten afrikanischen Revolutionärs Lumumba" verantwortlich war, erzählt Durschke anschaulich in dem o.g. Aufsatz. Das Bedeutende bei der Demonstration gegen Tschombé und dem folgenden 'langen Marsch' vom Flughafengelände zum Schöneberger Rathaus war die „Entschlossenheit zum gemeinsamen Handeln gegen die fetischisierten Spielregeln der formalen Demokratie anzugehen." Dutschke charakterisiert diesen Anfang der Studentenbewegung als den ‚gelungenen Durchbruch': „Am 18. Dezember 1964 war erstmalig in West-Berlin die Dritte Welt lebendig geworden in der praktisch-kritischen Tätigkeit der Studenten und Arbeiter." Das folgende Wintersemester wurde an der Berliner Uni zu einem Aufklärungssemester über die Zustände in Vietnam und die zunehmende Aggression der Amerikaner, begleitet von Aufklärungsaktionen und nächtlichen Plakatierungen. Eine mit baupolizeilicher Argumentation vom Rektor der Uni verbotene Vietnam-Ausstellung im Dezember sieht Dutschke als Beweis dafür, „daß die Auseinandersetzungen in der Dritten Welt unter anderen historischen Bedingungen ihre dialektische Identität auch bei uns haben." Die Auseinandersetzungen eskalieren in Berlin anhand der Aufklärungskampagne des Vietnamkrieges, den illegalen Plakatierungen, Demonstrationen und kurzfristiger Belagerung des Amerika-Hauses am 5. Februar 1966.
Bei der Diskussion im SDS über die Plakataktion versucht Rudi Dutschke im Rückgriff auf Frantz Fanon das Verhältnis der Dritten Welt zu den hochindustrialisierten kapitalistischen Ländern zu präzisieren:
„Wiederum 'diese Atmosphäre von Gewalt und Drohung, dieses Drohen mit Raketen erschreckt und verwirrt die Kolonisierten nicht. Die Kolonisierten sind zum erstenmal auf der Höhe ihrer Zeit. Man wundert sich manchmal, daß die Kolonisierten, anstatt ihrer Frau ein Kleid zu schenken, lieber einen Transistor kaufen. Sie leben in einer Weltuntergangsatmosphäre und glauben, daß ihnen nichts entgehen darf. Der Kolonisierte, der unterentwickelte Mensch ist heute ein *zoon politikon* im umfassendsten Sinn des Wortes'. Liegt hier nun bei mir jener Eskapismus vor, der die Bewegungen in der Dritten Welt heroisiert, keinen Bezug zur Problematik unseres hiesigen Tuns mehr findet? Nein, die

für die Revolutionierung der Welt konstitutive Funktion der Dritten Welt *muß* der historische Materialist aus der einzigartig sozio-ökonomischen Stellung dieser Totalität Armut und Entmenschlichung innerhalb der Weltgesellschaft erkennen. Hier arbeitet die Dialektik der 'wirklichen Armut', die im Weltmaßstab durch eine 'Dialektik der richtigen Einsicht' in den Metropolen der hochkapitalistischen Staaten vervollständigt werden muß, um jenes durchzusetzen, was Marx an Ruge das Bündnis von denkender und leidender Menschheit genannt hat. Der Kampf der Vietkong oder der MIRin Peru sind unsere Kämpfe, müssen bei uns tatsächlich über rationale Diskussion und prinzipiell illegale Demonstrationen und Aktionen in bewußte Einsicht umfunktionalisiert werden – eine riesige, fast unlösbare Aufgabe."
Aber aus der in der folgenden Zeit wachsenden Einsicht in die Unmöglichkeit, durch den Protest gegen den Vietnam-Krieg das Eingreifen der Amerikaner gegen die vietnamesische Bevölkerung beenden zu können, folgt Ohnmacht. Diese Ohnmacht wächst mit der Auseinandersetzung mit den Verhältnissen hier und den praktischen Erfahrungen der letztlich erfolglosen Aktionen zur Wut, die ihren Höhepunkt 1968/69 findet.
Heute ist all dies schon Geschichte. Es folgt noch ein erfahrungsreicher Weg des Ausklangs der Studentenbewegung, deren Folgen wir kennen:
Resignation, der von Dutschke propagierte 'lange Marsch' durch die Institutionen scheitert: Fast alle Reformler bleiben auf ihm stecken; denn mit ihrer Theorie hat sich ihre Individualität nicht verändert. Die anderen finden sich in den vielen kleinen, nach und nach zerfallenden Kaderparteien, im verzweifelten bewaffneten Kampf ohne Unterstützung der Bevölkerung in der BRD –, den Dutschke bereits 1968 aufgrund des historischen Zeitpunktes ablehnt –, oder in der 'neuen Innerlichkeit' wieder. Nur noch einige wenige besitzen die alte Hoffnung. Hoffnung auf die Prozeßhaftigkeit der Geschichte, auf eine erstarkende linke Bewegung.
In dieser Hoffnung treffen wir uns als „Macher" der 'blätter' mit Dutschke. Hätten wir sie nicht mehr, könnten wir nicht die täglich notwendige Aktivität aufbringen und würden sicherlich im kleinen Zirkel dahinsiechen.
Die Analysen Dutschkes von 1968 gelten für ihn auch weiterhin, fordern von ihm selbst permanente Aktivitäten, lassen ihn nicht mehr als vier Stunden pro Nacht schlafen, sind Ausdruck der Fähigkeit, politisch langfristig zu denken: „Systematisch wichtig für eine sozialrevolutionäre Strategie mußte sein, daß das System des Spätkapitalismus nicht auf eine aktive, selbsttätige Massenbasis zurückgreifen kann. Das System hat zwar eine Massenbasis, aber diese ist passiv und leidend, ist unfähig, politischen und ökonomichen Herausforderungen von sich aus spontan zu begegnen. Der heutige Faschismus ist nicht mehr manifestiert in einer Partei oder in einer Person, er liegt in der tagtäglichen Ausbildung der Menschen zu autoritären Persönlichkeiten, er liegt in der Erziehung. Kurz, er liegt in dem bestehenden System der Institutionen." Diese Systematik, das Erleben des täglichen Faschismus durch die Institutionen um uns herum, das Wissen um die dialektischen Beziehungen zwischen der Dritten Welt und den hochkapitalistischen Ländern, der doppelte „Prozeß objektiver Polarisierung im Weltmaßstab und subjektiver Mobilisierung in den Metropolen" einhergehend mit der Sammlung einer neuen kritischen Opposition bei den Grünen erscheint Dutschke als neuer Ansatz der Hoffnung, die verkrusteten Strukturen in einer der Metropolen endlich aufbrechen zu können.
Dutschke war ein weitsichtiger Theoretiker. Auch wenn es ihm manche abstreiten wollen wie etwa sein selbsternannter Freund Rudolf Augstein, mit dem egozentrischen Nachruf, den er besser nicht geschrieben hätte.
Und gerade als jemand, der Theorie und Praxis ständig zu vereinen sucht, dabei mit äußerst starkem persönlcihen Engagement immer wieder auf die 'Basis' rekurriert, hätte Dutschke in der weiteren Auseinandersetzung um die Probleme und Verquickungen des Internationalismus und Nationalismus, der Linken und, oder mit den Grünen, wichtig sein können.

Seine neuen Erwartungen an die Grünen sind nicht nur begründet in der Möglichkeit, endlich Basis und Organisation einer Bewegung in gegenseitiger Bezogenheit strukturell miteinander verbinden zu können, sie sind von seiner politischen Theoriebildung geprägt. Sein Weg von der Analyse des Spätkapitalismus, der Bedeutung und Funktion der Dritten Welt für unsere Neuste Geschichte hin zu den Grünen ist somit verständlich. Er weist ihn bei der für ihn wichtigen Fragestellung nach der mitteleuropäischen Revolution, die nach wie vor ansteht und „von höchster Aktualität" ist, denn es ist „die Frage des Verhältnisses von Ökonomie und Ideologie in der Periode der aktuellen Krise des kapitalistischen Systems." Diese aktuelle Krise ist permanent und erreicht mit der heutigen Technologie und ihrer Ideologie nahezu die Realität apokalyptischer Visonen, bedarf also zwingend ebenso permanenter Auseinandersetzung.
Dutschkes Weg zu den Grünen wird hierbei noch verständlicher, wenn seine Äußerungen zum Wesen und zur Funktion der Partei berücksichtigt werden: „Der sozial-ökonomische Zerfallsprozeß der kapitalistischen Produktionsweise setzte starke Massenaktionen gegen das kapitalistische System frei. Im 'klassischen' Verhältnis von Ökonomie und Ideologie ist die spontane Massenaktion die subjektive Seite des objektiven ökonomischen Prozesses. Daraus bestimmt sich auch die Rolle und Funktion der Partei im revolutionären Prozeß: sie kann den Prozeß beschleunigen, movens der Bewegung sein, aber nie getrennt von der Bewegung der Massen, die sich in letzter Konsequenz unabhängig von der Partei durchsetzt – so oder so."
Vielleicht wäre Rudi hier wichtig gewesen, doch nach seinem traurigen Fortgang von uns und dem Wissen, daß die Krise und die Auseinandersetzungen gesellschaftlich prozeßhaft sind, können wir uns von ihm mit seinen Worten und sicherlich in seinem Sinne verabschieden: „Der Kampf geht weiter!"

wite

REPRESSION IN DER BRD

Universität und Polizei, bereitwillige Auskunft am Telefon

Einen originellen Beitrag zur Diskussion über den Datenschutz leisteten die „Roten Blätter", das Organ des Marxistischen Studentenbundes (MSB) Spartakus in ihrer Januarausgabe. Ein anonymer Autor rief als Kriminalrat Bunte vom 14. Kommissariat Bonn bei den Verwaltungen von 15 Hochschulen sowohl in CDU- als auch in SPD-regierten Ländern an. Der angebliche Kriminalrat erhielt bereitwillige Auskunft. Keine der angesprochenen Hochschulen verweigerte die Mitarbeit. Der Hauptsachgebietsleiter für studentische Angelegenheiten an der Fachhochschule Krefeld ermittelte aus der Kartei der Hochschulverwaltung persönliche Daten eines Studenten, darunter auch seine Mitgliedschaft im MSB Spartakus und berichtete am Telefon über die Teilnahme des Studenten an Demonstrationen. Daten über die Mitgliedschaft eines Studenten im MSB Spartakus und über die Mitarbeit im Studentenausschuß gab der Rechtsreferent der Universität Stuttgart-Hohenheim an den vermeintlichen Kriminalrat weiter. Hier beruhte die Information auf der Auswertung von Wahllisten; zudem wußte der Rechtsreferendar auch über die Ansteckplakette zu berichten, die der Student trug. Sowohl der Krefelder, als auch der Hohenheimer Gesprächspartner des vermeintlichen Kriminalrats haben mittlerweile gegenüber der Frankfurter Rundschau bestätigt, daß die Gespräche mehr oder weniger in der veröffentlichten Form abgelaufen sind.

Die Telefonate mit den Verwaltungen der Gesamthochschule Gießen und der Universität Bamberg offenbarten enge Kontakte zu den örtlichen Kriminalpolizeien. So die Äußerung des Leiters der Studentenkanzlei Bamberg: „Sprechen Sie mit Frau Lorenz von der hiesigen Kripo, die ist immer bei uns."

Ein Regierungsrat von der Universität Clausthal-Zellerfeld las am Telefon aus den Personalakten einer Studentin. Daten aus dem Lebenslauf über die Eltern, über den Ausbildungsgang, über einen Unfall und eine Operation sowie über den Ehemann der Studentin wurden weitergegeben. Ein Regierungsdirektor der Hochschule Hildesheim erklärte sich bereit, den Hausbriefkasten des MSB Spartakus überwachen zu lassen, um Adressaten und Absender festzustellen. Aus den telefonischen Äußerungen des persönlichen Assistenten des Rektors der Universität Köln geht hervor, daß die Mitgliedschaft in der Studentenorganisation karteimäßig erfaßt ist. Auch die Hochschulen Karlsruhe, Mainz, Bochum, Aachen und Nürnberg – so die „Roten Blätter" – übermittelten auf telefonische Anfrage persönliche Daten von Studenten oder erklärten sich auf schriftliche Anfrage zur Auskunft bereit.

Für die Staatsanwaltschaft Bonn besteht der Skandal nicht in der Weitergabe persönlicher Daten, sondern in der Ermittlung und Veröffentlichung dieser Praktiken. Sie ermittelt in 15 Fällen wegen des Verdachts der Amtsanmaßung und der Verletzung der Vertraulichkeit des Wortes. Das Bonner Amtsgericht gab einem Antrag der Staatsanwaltschaft statt, die Räume des Bundesvorstandes des MSB Spartakus und der Redaktion der „Roten Blätter" in Bonn zu durchsuchen. Die Durchsuchung ist mittlerweile in einem Großeinsatz mit 30 Beamten erfolgt.

Ähnlich wie bei dem „Lauschangriff" gegen den Atomfachmann Traube treffen strafrechtliche Maßnahmen diejenigen, die die Öffentlichkeit informiert haben.

Die Durchsuchung der Redaktionsräume ist auf Kritik gestoßen. So protestierten die Jungsozialisten, die Jungdemokraten, die Deutsche Journalistenunion und zahlreiche Studentenvertretungen aus dem ganzen Bundesgebiet. Auch sieben sozialdemokratische Bundestagsabgeordnete haben in einem Brief an die nordrhein-westfälische Justizministerin Inge Donnepp zur Durchsuchung der Redaktionsräume Stellung genommen. Sie sprechen von einer „schwerwiegenden Beeinträchtigung der Pressefreiheit" und nennen die telefonische Weitergabe persönlicher Daten durch die Hochschulverwaltungen einen „politischen Skandal".

Der MSB Spartakus ist eine der Organisationen, deren Mitglieder vom Berufsverbot betroffen sind. Die durch die Aktion der „Roten Blätter" offenbar gewordene Bereitschaft der Hochschulverwaltungen, Auskunft über persönliche Daten und politische Aktivitäten zu geben, ist sicherlich von Bedeutung für „Erkenntnisse", die bei einer späteren Bewerbung der politisch aktiven Studenten vorliegen.

Die Redaktion der „blätter des iz3w" hat in einem Schreiben an die Staatsanwaltschaft Bonn gegen die Durchsuchung der Redaktionsräume der „Roten Blätter" protestiert. Wir fühlen uns von dem Vorgehen der Bonner Staatsanwaltschaft unmittelbar betroffen. Jeder politischen Zeitung, die den Bruch demokratischer Rechte darlegen will und dabei auf Veröffentlichung „vertraulicher" Unterlagen und Äußerungen angewiesen ist, kann ähnliches widerfahren. Aus diesem Grunde halten wir es für dringend erforderlich, daß Einzelpersonen und politische Gruppen gegen die Aktivitäten der Staatsanwaltschaft brieflich protestieren.

Die Adresse:
Staatsanwaltschaft Bonn, Oxforstr. 19, 5300 Bonn 1

Die Redaktion der „Roten Blätter" (Postfach 2006, 5300 Bonn 1) freut sich sicherlich über einen Durchschlag des Protestschreibens.

gc

Medien: Werner Herzog in Peru

In der Zeitschrift „stern" Nr. 49 (vom 29.11.1979) erschien ein Artikel zu den Vorgängen um Werner Herzogs Film, den er mit Urwaldindianern in Peru drehen wollte. Wir berichteten darüber in den „blättern des iz3w Nr. 81". Nach letzten Meldungen wurde das Filmlager von den Indianern niedergebrannt und Herzog mußte das Projekt abbrechen.
Insgesamt stellt der „stern"-Artikel Herzog in einem wohltätigen Lichtdar, die Indianer werden mit Vorurteilen belegt. Es wird behauptet, sie ständen mit reaktionären Kräften im Bund, wären vom amerikanischen Kulturimperialismus verdorben, ja sie hätten Stammesmitglieder, die zur Zusammenarbeit mit Herzog bereit waren, gefoltert. Als Entgegung zu einigen dieser Punkte drucken wir Auszüge aus einem Brief des Vorsitzenden des Rats der Aguaruna und Huambisa (der betroffenen Stämme) ab.
Eine Antwort an die Zeitung STERN von Evaristo Nugkuag Ikanan, Präsident des CONSEJO AGUARUNA V HUAMBISA

Geehrter Herr Direktor!
Der Artikel mit dem Titel „Die Herzog-Horror-Picture Show." erschienen in Ihrer Zeitung Nr. 49 vom 29.11.1979, hat uns sehr in Erstaunen versetzt. In ihm veröffentlicht man ohne irgendwelche Beweise eine Reihe von unwahrscheinlichen Informationen, die dazu beitragen, ein sehr seltsames Bild des Konfliktes zwischen den Aguarunas und der Wildlife-Kompanie zu geben, ebenso wie über die aktuelle Situation der Eingeborenen Völker des peruanischen Urwalds und über das Gebiet, in dem wir leben. Im übrigen ist es eine Darstellung, die verblüffend viel Ähnlichkeit mit der von Herzog erfundenen hat ...
Unsere Geschichte ist nur eine der vielen von Völkern, die ihre Rechte und ihre Würde verteidigen gegen die übermächtigen Interessen eines Handelsunternehmens. Die Methoden waren die üblichen: Beschuldigung der Führer als Subversive, Ausnutzung abtrünniger Gemeindemitglieder, Informationsmanipulation, Komplizenschaft mit ortsansässigen Händlern und Ausnutzung der entwürdigenden Sichtweise, die bereits im In- und Ausland über Eingeborene besteht.
Es fehlte wirklich nichts. Herzog hat die Straflosigkeit des Urwalds für seine eigenen Ziele ausgenutzt. Wir sind in der Lage, Ihnen Beweisstücke für alle angeführten Anschuldigungen zu liefern.
... Auf der einen Seite spielt Ihr Artikel auf Verbindungen der Aguarunas mit der APRA an, einer rechten Partei und keine Pro-Indianische, auf der anderen Seite wird den Filmern Verbindungen mit Trotzkisten und Ex-Guerilleros unterstellt, also mit der Linken. Einzigartig ist, daß Herren, die sich in Europa als Progressive geben, in Peru Beistand bei ultra-reaktionären Zeitschriften wie „El Tiempo" und reaktionären wie „Caretas" suchen. Die Argumentation, die man einsetzt, ist die, Peru würde 7 Millionen Dollar verlieren, wenn wir Aguarunas unser Recht erlangten, womit man ganz eindeutig das Einschreiten der Militärs heraufbeschwört.
Es liegt uns daran, besonders eine der drei erwähnten Tendenzen zu beschreiben, da sie mit einiger Hartnäckigkeit üvon der Filmkompanie selbst ins Spiel gebracht wird. Es handelt sich um die Tendenz der „Baptisten", die man unmittelbar mit dem ILV (1) und dem CIA in Verbindung bringt. Wir unterrichten Sie hiermit, daß die peruanische Regierung in unserer Zone Schulen über das ILV und die Jesuiten einrichtete. Tatsächlich sind die Schulen nach der Schulreform verbunden mit der Regierung. Wenn also etwas Befremdendes am ILV existiert, dann wäre es angebrachter, die Fragen wegen dieser Angelegenheit direkt an die Regierung zu richten, da nicht wir es sind, die sie (ILV und Jesuiten) gerufen haben.
In Ihrem Artikel ist konkret die Rede von der verdächtigen Strategie des ILV. Man sagt, daß sie Eingeborene als Arbeitskräfte für multinationale Unternehmen vorbereiten, Unternehmen, die immer dann auftauchen, wenn das Gebiet schon erschlossen ist, und daß sie Methoden der Desorganisation gebrauchen, um es zu erreichen. Wir wissen nicht, ob das die Strategie des ILV ist, was uns jedoch überrascht, ist die Tatsache, daß Herzog diese für seine Zwecke anwendet. Denn was anderes hat die Wildlife Filmkompanie gemacht, als aus der billigen Arbeitskraft Vorteil zu ziehen? Was anderes ist die Filmkompanie als ein multinationales Unternehmen? Was anderes hat die Filmkompanie gemacht als Mittel angewandt, um die autonome Organisationsstruktur der Eingeborenen zu brechen? Wenn Sie das ILV angreifen, weil es den Eingeborenen als wertvollen Rohstoff benutzt, dann gilt doch das gleiche für Herzog, der uns aus kommerziellen Interessen in Europa ausstellen will. Der Mangel an Selbstkritik ist erstaunlich! ...
In Ihrem Artikel ist von furchtbaren Folterungen an den Eingeborenen die Rede, die zu einer Zusammenarbeit mit der Filmkompanie bereit waren. Wahr ist, daß man einige Gemeindemitglieder mit fünf Tagen Haft zur Rechenschaft gezogen hat. Das entspricht Gemeinderegeln, die schon lange vor der Ankunft Herzogs bestanden haben und die als Gesetzgebung der Eingeborenen-Gemeinden bekannt sind. Geringfügige Delikte können von den jeweiligen Gemeindeautoritäten entschieden werden. Man bestrafte also die Gemeindemitglieder, die einen allgemeinen Beschluß verletzt hatten und die Blätter und andere Gemeindemittel an die Filmkompanie verkauft hatten....
Schließlich wollen wir noch einmal zum Ausdruck bringen, daß die Ablehnung der Filmarbeiten von Seiten der Aguarua grundsätzlich und unumstößlich ist. Herzog sagte aus, daß er, falls notwendig, sogar die Streitkräfte um Unterstützung bitten würde, um seine Vorstellung zu verwirklichen. Das stimmt insofern nicht, als er bereits wiederholt dieses Mittel angewendet hat. In diesen Tagen sind die Gemeindemitglieder Evaristo Orrego und Rafael Tsugki aus der Gemeinde Huaracayo festgenommen worden. Aber wir akzeptieren seine Erklärung. Herzog und die Filmkompanie wissen sehr gut, daß sie nur durch dieses Mittel ihr Ziel erreichen werden. Wenn er auf diese Weise konsequent sein will, dann muß er versuchen, mehr Probleme für unser Volk zu vermeiden. Falls es sein Wunsch ist, in unsere Geschichte einzugehen, müssen wir ihm sagen, diese traurige Rolle hat er bereits erfüllt. Jetzt soll er uns in Frieden leben lassen.
Wir Aguaruna müssen zurückkehren zur Normalität, zu unseren Arbeiten, zu unserer Entwicklung und zu unserer Organisation. Wir bitten alle um Unterstützung, die an die Verteidigung der Menschenwürde und Menschenrechte glauben.
Mit unserem Dank.
(Unterschrift)
Evaristo Nugkuag Ikanan L. E. No. 1337524
Presidente del Consejo Aguaruna y Huambisa

Gebühr bezahlt
M 3477 FX
iz3w
Postfach 5328
7800 Freiburg

Unetrstütz den Peter Hammer Verlag.

Im folgenden veröffentlichen wir einen Aufruf des Peter Hammer-Verlages Wuppertal, der zahlreiche wichtige Publikationen aus der Dritten Welt in der BRD bekannt gemacht hat. Der Peter Hammer-Verlag muß, um seine Arbeit gesichert fortführen zu können, sein Kapital aufstocken. Da die Bücher dieses Verlages bei unserer Informationsarbeit sehr hilfreich waren, liegt uns seine gesicherte und unabhängige Existenz am Herzen. Wir bitten alle Leser, die sich selbst in gesicherten finanziellen Verhältnissen befinden, zu prüfen, ob sie den Peter Hammer-Verlag mit einer Kapitaleinlage (ab DM 1000,–) unterstützen können.

Red.

Warum wir neue Gesellschafter brauchen

Vor 13 Jahren wurde der Peter Hammer-Verlag gegründet; mit der Herausgabe von Büchern der Autoren Ernesto Cardenal, Dom Helder Camara, Eduardo Galeano, Salvador Allende, der „Erfindung" der Initiative „Dialog Afrika" und Herausgabe von einigen hundert Titeln aus den Bereichen Entwicklungspolitik, Sachbuch und Literatur der Dritten Welt hat er sich auf dem allgemeinen Buchmarkt weitgehend durchgesetzt.
Titel wie „Die offenen Adern Lateinamerikas", „Die Geschichte Schwarz-Afrikas", „Muraho!", „Das Evangelium der Bauern von Solentiname", die Reihe „Friedenspolitische Konsequenzen" oder das Taschenbuchunternehmen mit „Lesebuch Dritte Welt" und „Die Stunde Null" haben dazu beigetragen, den oft geforderten Dialog mit der Dritten Welt in Gang zu bringen.
Dieser Prozeß war schwierig und teuer: wirtschaftlich, weil Übersetzungen teuer und die Autoren meist unbekannt sind;
vertriebsmäßig, weil eine Fülle von Barrieren zu überwinden sind bei dem Versuch, Menschen dazu zu bringen, sich mit der Thematik Dritte Welt auseinanderzusetzen.
Die Mittel des Verlages waren von jeher begrenzt, d.h. der Verlag ist unterkapitalisiert.
Die Arbeit ist jetzt in eine Phase gekommen, die Neustrukturierung erfordert. Mit steigenden Verkaufserfolgen wächst die Notwendigkeit von Neuauflagen und damit neuen Betriebsmitteln. Die Umsätze haben, kurz gesagt, einen Umfang angenommen, der mit dem vorhandenen Kapital (das weitgehend durch die Produktion aufgezehrt ist) nicht zu finanzieren ist. Die Aufgaben andererseits, die in Angriff genommen werden müßten, sind erheblich.

Dazu gehören: Ausbau eines Kinderbuchprogramms, literarische Erschließung Asiens, Entwicklung von Unterrichtsmaterialien für Schulen und Kirchen, Ausbau des Medienprogramms etc. An eine Programmausweitung ist zunächst nicht gedacht, da wir meinen, daß jährlich 20-30 Titel für den Markt zu verkraften sind und weil wir das Ziel haben, dies Programm ohne Wechsel und teure Zinsen ohne Verluste durchzusetzen.

Nach unseren Erfahrungen können wir zunächst nicht mit Gewinnen rechnen, weil wir mit diesem Programm immer noch einem allgemeinen Trend entgegensteuern und Gewinne einzelner Titel immer wieder in das Risiko der weniger erfolgreichen fließen. Die bisherigen Gesellschafter des Verlages haben dies ausdrücklich akzeptiert.

Ein anderer Trend muß erwähnt werden: Immer mehr Menschen unserer Region erkennen die Notwendigkeit, die Kulturen der Völker der Dritten Welt kennenzulernen; sie erkennen die Bereicherung, sich ihren Fragen und Antworten zu stellen. Dieser wachsenden Minderheit verdanken wir, daß dies Program und damit der Verlag überleben konnte; auf sie rechnen wir bei der Fortführung unserer Arbeit.

Um es konkret zu sagen: Dem bisherigen Umsatzvolumen von ca. 1,4 Mio DM steht ein Kapital von ca. 180 000,– DM gegenüber. Dies Verhältnis muß erheblich verbessert werden, denn die vorhandenen Mittel sind in Übersetzungen, Produktionen (und Verluste) geflossen. Mit wachsenden Umsätzen wird die Geschäftsführung zu einem Abenteuer, das nicht länger zu verantworten ist. Dies auch im Interesse unserer Autoren in der Dritten Welt.
Die Gesellschafterversammlung des Verlages (der als GmbH geführt wird) hat deshalb die Kapitalaufstockung beschlossen und mich gebeten, im Bereich der Kirchen und darüber hinaus Freunde zu suchen, die die inhaltlichen Anliegen des Verlages mit einer Kapitaleinlage von DM 1 000,– oder mehr zu unterstützen bereit sind (DM 1 000, = eine Stimme in der Gesellschafterversammlung). Dies ist also eine konkrete Einladung, die Sie bitte überdenken. Wir informieren Sie gerne über alle Einzelheiten.

Ihr
Peter Hammer Verlag GmbH
Hermann Schulz, Geschäftsführer
Postfach 20 04 15, 5600 Wuppertal 2